

Stephan Manning & Margit Mayer (Hrsg.)

Praktiken informeller Ökonomie
Explorative Studien aus Berlin und nordamerikanischen Städten

Berlin, Dezember 2004

Impressum

Stephan Manning & Margit Mayer (Hrsg.)

„Praktiken informeller Ökonomie –

Explorative Studien aus Berlin und nordamerikanischen Städten“

Arbeitspapier Nr. 2 der Abteilung Politik

des John-F.-Kennedy-Instituts

der Freien Universität Berlin

Dezember 2004.

ISBN 3–88646–052–5.



Bestellung als Druckversion bei

John-F.-Kennedy-Institut, Abteilung Politik, Lansstraße 7-9, D-14195 Berlin,

Tel: 030/83852875, Fax: 030/83852642, Email: jfkpol@zedat.fu-berlin.de.

Herunterzuladen als PDF-Dokument unter

<http://userpage.fu-berlin.de/~jfkpolhk/>

Wir danken Bruce Spear für die Gestaltung der Titel- und Rückseite sowie Jenny Künkel für die Bereitstellung des Titelbildes.

Übersicht

AutorInnen	Titel	Seite
Stephan Manning Margit Mayer	Praktiken informeller Ökonomie: Eine Einführung	4
Philippe Schmidt	New York City's Iron Triangle: Urban Planning and the Informal Economy of Willets Point, Queens	15
Marit Rosol	Community Gardens in Berlin und nordamerikanischen Großstädten – "Grüne Oasen" durch informelle Arbeit?	35
Julia Schweizer	The Informal Behind the Formal: The Unofficial Workers Supporting Vietnamese-Owned Retail Businesses in Berlin	54
Nils Brock	Arbeit und Aufenthalt oder Ausbildung und Abschiebung? Potenziale und Grenzen beruflicher Qualifizierung von Flüchtlingen am Beispiel serbischer Roma in Berlin	71
Jenny Künkel	Warum wir Sex im Dunkeln, aber keine Arbeit im Schatten haben sollten: Eine Fallstudie zur Sexarbeit an der Kurfürstenstraße in Berlin	90
Birgit Dietrich	Time as Money – Zeit als Geld: Über alternative Tauschsysteme in Berlin und Nordamerika	110
Annett Schulze	Attempting to Humanize the Worksite: Fighting Against Informality	133
	AutorInnen-Notizen	153

Praktiken informeller Ökonomie: Eine Einführung

Angesichts anhaltender struktureller Erwerbsarbeitslosigkeit und erodierender sozialer Sicherungssysteme sind in den letzten Jahren Wirtschaftsformen am Rande und jenseits formeller Erwerbsökonomie auf die politische Agenda Deutschlands und anderer Industrieländer gerückt. Diese Wirtschaftsformen werden häufig der „informellen Ökonomie“ zugeordnet (vgl. BMBF 2000). Doch sowohl der Gegenstand an sich als auch der politische Umgang damit bleiben bislang weitgehend unklar (vgl. Teichert 2000). Dies mag einerseits erstaunen, reicht doch die Auseinandersetzung mit diesem Thema in der Entwicklungspolitik, aber auch im Kontext „entwickelter“ Industriegesellschaften Jahrzehnte zurück (vgl. Hart 1973; Gershuny 1979). Andererseits erweisen sich bis heute die theoretische Einordnung (vgl. Teichert 2000; Portes 1994), die methodische Erfassung (vgl. Schneider & Enste 2000) und nicht zuletzt die politische Bewertung informeller Ökonomie als außerordentlich schwierig (vgl. Hilpert et al. 2000). Ungeachtet dessen wird Deutschland derzeit von einer Welle ordnungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur „Regelung“ informeller Tätigkeiten überschwemmt (vgl. Kasten 1).

Kasten 1: „Regelung“ informeller Tätigkeiten zwischen Bekämpfung, Duldung und Förderung: Vier Beispiele aus der aktuellen Debatte

Der Steuerehrliche darf nicht der Dumme sein

Da dem Staat und den Sozialkassen durch illegale Beschäftigung jedes Jahr etliche Milliarden verloren gingen, müsse die Regierung handeln, sagte Eichel vor der Abstimmung über das Gesetz [gegen Schwarzarbeit]. [...] Schwarzarbeit habe vielfach Formen der organisierten Kriminalität angenommen, betonte Eichel. [...] Über jene, die Schwarzarbeit als "Notwehr gegen den Staat" verharmlosten, "kann man sich nur wundern". [...] Hilfeleistungen durch Angehörige und Anwohner sollten jedoch "nicht kriminalisiert werden. Nachbarschaftshilfe ist selbstverständlich zulässig." [...] Regelmäßige Unterstützung etwa bei dem Bau eines Hauses, bei einer Arbeit als Putzhilfe oder als Nachhilfelehrer müssen jedoch entweder als Mini-Job oder als Gewerbe angemeldet oder aber als Honorartätigkeit versteuert werden.

Aus: Spiegel Online vom 6. Mai 2004

Letzte Ausfahrt Ich-AG*

Manfred Adamek hat eine Kanone. Früher gehörte die der Nationalen Volksarmee. Adamek hat sie im Internet ersteigert. Schießen kann er mit ihr allerdings nicht, dafür kochen. Mit einer Gulaschkanone kämpft der 49-jährige Ich-AG-Unternehmer um seinen Lebensunterhalt. [...] Adamek ist einer von 143.000 ehemals Arbeitslosen, die von Januar 2003 bis April 2004 eine Ich-AG* gegründet haben. [...] [Manche davon] bringen besondere Voraussetzungen [mit]: Sie haben bestimmte, beispielsweise handwerkliche, Qualifikationen und ein gut funktionierendes soziales Netz. Die meisten Arbeitslosen aber seien sozial abgeschnitten und auf wenige berufliche Tätigkeiten festgelegt. Und für solche Leute ist eine Ich-AG dann nichts anderes als der "Kampf gegen den sozialen Abstieg, gegen die Armut", sagt [Berthold Vogel, Soziologe vom Hamburger Institut für Sozialforschung].

Aus: Spiegel Online vom 2. Juni 2004

* Ich AGs sind Ein-Person-Unternehmen von vormaligen Arbeitslosen, die bis zu drei Jahre nach Gründung mit bis zu 14.400 Euro von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

Verfügbarkeit von Arbeitslosen bei ehrenamtlicher Betätigung §118a SGB III

Erfuhr das AA früher von einer ehrenamtlichen Tätigkeit* von 15 und mehr Stunden pro Woche, ging das Arbeitslosengeld/die Arbeitslosenhilfe verloren. [...] Nach dem mit dem Job-AQTIV-Gesetz eingefügten § 118a SGB III schließt ehrenamtliche Betätigung [auch bei über 15 Wochenstunden] einen Alg- / Alhi-Anspruch nicht aus [...]. „Arbeitslose können sich damit grundsätzlich wie beschäftigte Arbeitnehmer ehrenamtlich betätigen. Die Regelung trägt insoweit dem gesellschaftspolitischen Anliegen, das ehrenamtliche

Engagement von Mitbürgerinnen und Mitbürgern stärker zu fördern, Rechnung und berücksichtigt zugleich, dass ehrenamtliche Betätigungen auch Chancen für Arbeitslose bieten, weil sie den Kontakt zur Arbeitswelt erhalten und eine Brücke in eine neue reguläre Beschäftigung sein können“ (BT-Drs. 14/ 14/ 6944, S. 36). Eine ehrenamtliche Betätigung von 15 Stunden und mehr muss dem Arbeitsamt [jedoch] unverzüglich gemeldet werden. Die Beschäftigungssuche (!) darf durch die ehrenamtliche Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Aus: Leitfaden für Arbeitslose - Der Rechtsratgeber zum Sozialgesetzbuch III, 1.4.2003, S.111-112

* Eine Tätigkeit ist ehrenamtlich, wenn sie unentgeltlich ausgeübt wird, dem Gemeinwohl dient und bei einer Organisation erfolgt, die ohne Gewinnerzielungsabsicht Aufgaben ausführt, die im öffentlichen Interesse liegen oder gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke fördern.

Eltern sollen für kranke Lehrer einspringen¹

Die staatlichen Gymnasien in München greifen angesichts des Lehrermangels zu bizarren Methoden, um ihren Unterricht abzudecken. [...] So fordert das Michaeli-Gymnasium per Brief die Schülereltern auf, sich als Lehrervertretung zu melden: [...] „Da die mobile Lehrerreserve für Gymnasien aufgelöst worden ist, werden auch im Jahresverlauf Aushilfen gesucht werden. Ich darf Eltern, die bereit wären, für einen längeren Krankheitsfall auszuhelfen, bitten sich bei mir [Direktor] schriftlich unter Angabe der Unterrichtsfächer zu melden.“ [2. Elternbrief 2004/05] [...] Eine Arbeitsgruppe am Michaeli-Gymnasium kümmert sich derzeit um die Erstellung so genannter „Kompetenzlisten“, die über Berufe und Fähigkeiten von Eltern Auskunft geben, die für den Schulalltag dienstbar gemacht werden können. [...] Die Einsparung der Lehrerreserve [...] stellt Schulen vor große Probleme. [...] Das [Kultus-] Ministerium betont zwar, es stünden „Mittel für Zuweisungen“ zur Verfügung, doch viele Schulleiter klagen, wie schwer es sei, Aushilfen zu verpflichten, weil gerade in München mit befristeten Teilzeitverträgen niemand überleben könne. [...]

Aus: Süddeutsche Zeitung Nr. 241, vom 16./17. Oktober 2004, S. 48

Vor diesem Hintergrund wurde im Wintersemester 2003/04 am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Margit Mayer und Stephan Manning ein Seminar mit parallelem Studienprojekt veranstaltet: „Informelle/soziale Ökonomie in New York und Berlin – Bestandsaufnahme und Wege politischer Gestaltung“. Ziel des Seminars war es zunächst, Literatur zu Erscheinungsformen informeller und sozialer Ökonomie in der sog. Ersten Welt aufzuarbeiten (zur Begriffsklärung s.u.). Dabei wurde versucht, die Fülle amerikanischer – insbesondere New Yorker – Studien zu diesem Thema für das Verständnis informeller Ökonomie in Deutschland – insbesondere Berlin – nutzbar zu machen. Diese vergleichende Perspektive ermöglichte es ferner, kulturelle und institutionelle Einflüsse auf die Entwicklung informeller Ökonomie sowie deren jeweilige politische Gestaltung zu hinterfragen. Parallel dazu wurden sieben empirische Projekte initiiert, die sich jeweils einzelnen Praktiken informeller Ökonomie in Berlin und nordamerikanischen Städten widmeten (zum Praxisbegriff s.u.). Diese Studien waren explorativ angelegt und basierten auf Sekundäranalysen und leitfadengestützten Interviews mit ExpertInnen und informell Tätigen. Der vorliegende Band präsentiert die Ergebnisse der Projektgruppe.

Einleitend sollen wichtige Aspekte der Auseinandersetzung mit informeller Ökonomie in der Literatur umrissen werden, um die Lektüre der folgenden Einzelstudien zu erleichtern. Dabei abstrahieren wir zunächst von nationalstaatlichen Kontexten, greifen sie aber an späterer Stelle wieder auf. Allgemein verstehen wir informelle Ökonomie als jenen Bereich der Ökonomie², der nicht oder nur schwach formell geregelt und erfasst ist (Castells & Portes

¹ Den Hinweis für diesen Artikel zur Ambivalenz von Elternarbeit neben und in der Schule als Form (unbezahlter) informeller Arbeit verdanken wir Renate Ortlieb.

² Der Begriff der Ökonomie wird hier in einem weiten Sinne verwendet, in dem er alle Tätigkeiten umfasst, in denen individuelle und kollektive AkteurInnen unter Nutzung knapper Ressourcen Werte für Einzelne und die Gemeinschaft schaffen. Diese müssen nicht zwangsläufig entgolten werden, fließen aber in andere Wertschöpfungsprozesse ein (vgl. auch Körber et al. 2001; Birkhölzer 2003). Damit wird ferner auf den Ursprung des Wortes – oikos – zurückgegriffen, der auf die Gesamtheit produktiver

1989; Feige 1990).³ Aus ökonomischer Sicht verweist der Begriff somit auf jene wirtschaftlichen Aktivitäten, die zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, aber nicht in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes eingehen (vgl. Pommerehne & Kirchgässner 1994).⁴ Davon ausgehend zeigt Tabelle 1 eine vereinfachte Taxonomie von Bereichen informeller Ökonomie (vgl. zu komplexeren Modellen Hilpert et al. 2000). Diese werden im Folgenden auch mit Blick auf ihre Wechselbeziehungen näher vorgestellt.

Tabelle 1: Taxonomie verschiedener Bereiche der Ökonomie

	Erwerbswirtschaftlich	Nicht-erwerbswirtschaftlich
Formell	Regulärer Agrar-, Industrie- & Dienstleistungssektor	Gemeinnütziger (auch: „Dritter“) Sektor, formell erfasste soziale Ökonomie
Informell	Schattenwirtschaft, informeller Niedriglohnsektor	Private Haushaltswirtschaft, Selbst- & Nachbarschaftshilfe, Alternativwirtschaft

Zunächst lassen sich Ökonomie im Allgemeinen und informelle Ökonomie im Besonderen in primär erwerbswirtschaftliche und nicht-erwerbswirtschaftliche Bereiche einteilen.⁵ Im erwerbswirtschaftlichen Bereich umfasst formelle Ökonomie den formell geregelten Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor, während informelle Ökonomie häufig mit der sog. „Schattenwirtschaft“ assoziiert wird. Diese beinhaltet jene – nicht erfassten – ökonomischen Aktivitäten, für die keine oder nur unzureichende Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden (Portes 1994; Hilpert et al. 2000).⁶ Dabei erweist sich die Abgrenzung zwischen „illegalen“ und „informellen“ Aktivitäten als schwierig (vgl. Losby et al. 2002).⁷ Einige AutorInnen zählen zur informellen Erwerbsökonomie aber auch Teile des Niedriglohnsektors, die zwar legal, aber wenig reguliert sind bzw. zunehmend dereguliert und damit „informalisiert“ werden (Altwater & Mahnkopf 2002).⁸ Dieser Bereich steht wiederum in komplementärer Beziehung zur

Tätigkeiten in Haus und Hof verweist und interessanter Weise erwerbswirtschaftliche Tätigkeiten zunächst ausschloss (vgl. Sombart 1969).

³ Nach Feige (1990: 990) sind damit auch jene Aktivitäten gemeint „that fail to adhere to the established institutional rules or are denied their protection“.

⁴ Ein Grund dafür sind Gepflogenheiten der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes, wonach z.B. Selbstversorgungstätigkeiten nicht mit einfließen. Weitere Gründe sind unzureichende Erfassungsmethoden bzw. die mangelnde Erfassbarkeit zum Teil verheimlichter, zumindest verborgener Aktivitäten (vgl. Schneider & Enste 2000). Gleichwohl wird der Anteil allein der erwerbswirtschaftlichen informellen Ökonomie am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland auf ca. 17 Prozent geschätzt (vgl. Schneider 2003). Dabei machen insbesondere die Bauindustrie, das Gaststättengewerbe und Haushaltsdienstleistungen einen großen Anteil aus (vgl. auch Huning 1998).

⁵ Ähnliche Unterscheidungen treffen z.B. Hilpert et al. (2000) zwischen „for-profit“ und „not for-profit“-Aktivitäten oder Portes (1994), Neef (2003) u.a. zwischen informellen Aktivitäten am „Markt“ und außerhalb des „Marktes“. Die hier gewählte Unterscheidung differenziert analog zwischen ökonomischen Aktivitäten, die primär dem Einkommenserwerb/Profit dienen und dabei Regeln des Marktes unterliegen, und solchen Aktivitäten, die keinen Erwerbscharakter tragen und häufig anderen nicht-marktlichen Regeln unterliegen. Damit sind zwei idealtypische Modi ökonomischen Handelns beschrieben. Die Grenze zwischen den Bereichen ist jedoch fließend und nicht immer eindeutig. So nehmen beispielsweise „nicht-erwerbswirtschaftliche“ Bereiche im Zuge knapper werdender Ressourcen zunehmend Erwerbscharakter an bzw. orientieren sich an Regeln der Erwerbsökonomie („Not-For Profit-Märkte“).

⁶ Gemeinhin wird jedoch Steuerhinterziehung oder -umgehung in der formellen Ökonomie nicht dazu gerechnet, was die politische Schiefelage in der öffentlichen Diskussion unterstreicht (vgl. Kasten 1).

⁷ Manche AutorInnen setzen nicht erfasste „illegale“ mit „informellen“ Aktivitäten gleich. Andere weisen darauf hin, dass „illegale“ Aktivitäten eigentlich potenziell „formell“ und zwar sanktionierend geregelt sind (vgl. Feige 1990). Manchmal wird auch nur die nicht erfasste „illegale“ Produktion „legaler“ Güter der „informellen“ Ökonomie, die erfasste Produktion „illegaler“ Güter, wie z.B. Drogen und Waffen, der „illegalen“ Ökonomie i.e.S. zugerechnet (vgl. im Detail Losby et al. 2000).

⁸ Wenngleich große Teile des Niedriglohnsektors „legal“ sind und zudem zunehmend staatlich gefördert werden, wird deren „Legitimität“, d.h. insbesondere deren sozialstaatliche Vertretbarkeit, in Frage gestellt. Insbesondere wird von vielen AutorInnen die Auslagerung der Produktion an wenig regulierte Standorte bzw. Subunternehmen als nicht legitime Form der „Informalisierung“ kritisiert und ein Regelungsbedarf gesehen (vgl. Altwater & Mahnkopf 2002; vgl. auch zur Sozialstandarddebatte Fichter & Sydow 2002; Dürr et al. 2000).

formellen Erwerbsökonomie, indem er Leistungen zu geringen Kosten bereitstellt, die – individuelle und betriebliche – Erträge im formellen Bereich erhöhen bzw. sichern können. So ist z.B. die Expansion globaler Dienstleistungsmetropolen, aber auch multinationaler Unternehmen u.a. auf das zunehmende „Outsourcing“ arbeitsintensiver, aber standardisierter Leistungen in den informellen bzw. informalisierten Niedriglohnsektor zurückzuführen (vgl. Sassen-Koob 1989; Altvater & Mahnkopf 2002).

Die nicht-erwerbswirtschaftliche Ökonomie umfasst dagegen jene Wert schöpfenden Aktivitäten, die nicht primär auf Gewinnerzielung bzw. individuellen Einkommenserwerb ausgerichtet sind, aber auch von Dritten übernommen werden könnten, also keine Freizeitaktivitäten darstellen (vgl. Skolka 1984). Als formelle Variante gewinnt der sog. „Dritte Sektor“ Bedeutung, indem er durch gemeinnützige Organisationen bzw. darin häufig ehrenamtlich Beschäftigte soziale Leistungen erbringt, für die der Staat nicht (mehr) aufkommt (vgl. Anheier & Schneider 2000; Birkhölzer et al. 2004; Evers & Olk 1996; Anheier et al. 1997). Sozialstaatliche Aufgaben werden aber auch, besonders auf lokaler Ebene, von sog. „sozialen Unternehmen“ und Genossenschaften im Sinne einer „sozialen Ökonomie“ mit übernommen (vgl. Amin et al. 2002; Shragge & Fontan 2000; Körber et al. 2001). Zur informellen nicht-erwerbswirtschaftlichen Ökonomie lassen sich dagegen die private Haushaltswirtschaft und Selbstversorgung sowie die Selbst- und Nachbarschaftshilfe zählen (vgl. Teichert 2000; Hilpert et al. 2000). In diesen Bereich fallen auch – häufig politisch motivierte – Formen der Alternativwirtschaft, z.B. Tauschnetze und Landkommunen (vgl. Biggart & Delbridge 2004; Peters 1980). Dabei gelten einerseits z.B. Do-It-Yourself-Tätigkeiten im Zuge steigender Ausgaben sowie sinkender Einnahmen der Privathaushalte als *Ersatz* für den Bezug entsprechender Leistungen aus der formellen (Erwerbs-) Ökonomie (vgl. Gershuny 1979). Andererseits wird z.B. Haushalts- und Erziehungsarbeit eine *Ergänzungsfunktion* im modernen Kapitalismus zugeschrieben (Jessen et al. 1985): Nicht zuletzt gründete die Vollbeschäftigung u.a. auf der geschlechtsspezifischen „Arbeitsteilung“ in formelle Erwerbs- und informelle Reproduktionsarbeit (vgl. Hausen 2000). Jedoch stellt informelle Haushalts- und Erziehungsarbeit ebenso einen Ersatz für das mangelnde formelle Angebot sozialer Dienstleistungen in diesem Bereich dar (vgl. Bening 1997).⁹

Solch eine Taxonomie greift jedoch zu kurz, wenn es darum geht, konkrete Praktiken¹⁰ informeller Ökonomie zu verstehen. Zunächst suggeriert die Taxonomie trennscharfe Abgrenzungen, die praktisch nur selten bestehen. Das Beispiel der Kinderbetreuung soll dies verdeutlichen: So kann – kategorisch betrachtet – Kinderbetreuung zu Hause oder bei Nachbarn [informell/nicht-erwerbswirtschaftlich], als unversteuerter privater Nebenverdienst [informell/erwerbswirtschaftlich], ehrenamtlich in Verein oder Schule [formell/nicht-erwerbswirtschaftlich] oder im Auftrag einer gemeldeten Agentur stattfinden [formell/erwerbswirt-

⁹ Die Unterscheidung zwischen „ersetzenden“ und „ergänzenden“ informellen Tätigkeiten ist allerdings höchst problematisch. So sind „ergänzende“ informelle (weibliche) „Reproduktionsarbeit“ zum einen und „ersetzende“ informelle (männliche) „Produktionsarbeit“ zum anderen geschlechtsspezifisch belegt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sowohl ersetzende als auch ergänzende Leistungen zunehmend – zumindest von einkommensstarken (dual career-) Haushalten – aus der informellen Erwerbsökonomie bezogen werden (vgl. z.B. Huning 1998), womit allerdings nach Meinung einiger AutorInnen das Problem geschlechtlicher Benachteiligung im modernen Kapitalismus nicht aufgehoben, eher noch verstärkt wird (vgl. Ehrenreich & Hochschild 2003). Aber auch nicht-erwerbswirtschaftliche Arrangements, z.B. Baby-Sitting-Coops (vgl. bereits Sweeney & Sweeney 1977), gewinnen als Anbieter sozialer Dienstleistungen an Bedeutung, indem sie dafür notwendiges Humankapital poolen, ohne – idealer Weise – beteiligte AkteurInnen ökonomisch abhängig zu machen.

¹⁰ Praktiken sind hier im Sinne von Giddens (1984) zu verstehen als wiederkehrende Handlungsmuster und Verhaltensweisen, die Akteure unter Rückgriff auf geltende Regeln und Ressourcen (Strukturen) kontextbezogen anwenden und reproduzieren.

schaftlich].¹¹ In der Praxis ist eine solche Zuordnung jedoch oft schwierig, z.B. wenn Kinder über eine Agentur oder Schule vorübergehend informell betreut werden. Der Unterschied zwischen den genannten Formen der Kinderbetreuung besteht wiederum weniger in der Leistung selbst (Kinderbetreuung), sondern in den Bedingungen, unter denen die Leistung erbracht wird. So besteht z.B. zwischen der Autonomie und Abhängigkeit der Betreuenden ein Spannungsverhältnis, dessen Verständnis eine Betrachtung auf mehreren Ebenen erfordert: Denn die Praxis der Kinderbetreuung hängt in der einen oder anderen Form mit der individuellen Motivation und Situation der Betreuenden, den Arbeitsbedingungen und Anforderungen bzw. der Organisation von Kinderbetreuung in Schulen und Familien, sowie der Nachfrage, Regelung und Bewertung von Kinderbetreuung in der Gesellschaft – auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene – zusammen (vgl. Abbildung 1). Schließlich wird der – mehr oder weniger – informelle Charakter von Kinderbetreuung und dessen Bedeutung für die Betreuenden erst im Zusammenspiel dieser Ebenen deutlich.

Abbildung 1: Kinderbetreuung zwischen formeller und informeller Praxis



Diese am Beispiel der Kinderbetreuung vorgestellte Betrachtungsweise lässt sich für andere Praktiken und Kontexte informeller Ökonomie verallgemeinern. Auf der *individuellen* Ebene interessiert, aus welchen Motiven und Zwängen Menschen informelle ökonomische Aktivitäten – im erwerbswirtschaftlichen wie nicht-erwerbswirtschaftlichen Bereich – ausüben (vgl. auch Meulemann & Beckers 2004). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Menschen

¹¹ Meulemann und Beckers (2004) differenzieren auf ähnliche Weise drei Formen der Befriedigung des Bedarfs an Sozialdienstleistungen: Markt, Ehrenamt und private Hilfe, wobei sie Markt und Ehrenamt als sichtbare (formelle), private Hilfe als verborgene (informelle) Formen einstufen.

neben verbesserten Reproduktionsmöglichkeiten die Aussicht auf mehr Selbstbestimmung zu informeller Arbeit motiviert (Butscher 1996; Huning 1998). D.h. ökonomische Beweggründe gehen mit Wünschen nach mehr Autonomie einher, wobei letztere durch permanente Identitätsarbeit in sich wandelnden Erwerbsverläufen erzeugt werden (vgl. Snyder 2003; Hoff 1990). Dazu kommen Motive der Teilhabe an sozialen Gemeinschaften – ein Phänomen, das besonders in Bezug auf sog. MigrantInnen-Ökonomien (vgl. Light & Karageorgis 1994) und Transformationsökonomien (vgl. Neef 2003) untersucht wird. Betriebe und AuftraggeberInnen sehen in der Beschäftigung informeller Arbeitskräfte wiederum Kosten- und Flexibilitätsvorteile (vgl. Jessen et al. 1985). Dadurch werden Beschäftigte – zumindest im erwerbswirtschaftlichen Bereich – einem hohen Marktdruck ausgesetzt (vgl. auch Altvater & Mahnkopf 2002), der nach Meinung einiger AutorInnen zunehmend internalisiert wird. Beschäftigte werden so zu „UnternehmerInnen ihrer selbst“ – sog. „ArbeitskraftunternehmerInnen“ (vgl. Voß & Pongratz 1998) –, die ihr Portfolio an informellen und formellen, bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten wechselnden Lebensbedingungen flexibel anpassen müssen (vgl. Anheier & Schneider 2000; Sennett 1998).

Auf der *organisationalen* Ebene interessiert die Regulation informeller Aktivitäten in organisierten Sozialsystemen, wie in Betrieben, Netzwerken oder Märkten. Insbesondere die Regeln, nach denen beteiligte AkteurInnen Güter und Leistungen erstellen und austauschen, sowie die Ressourcen, die sie dazu heranziehen, sind hier relevant. Aber auch die Frage, unter welchen Bedingungen informelle Praktiken langfristig bestehen, wird zum Thema gemacht (vgl. auch Birkhölzer 2003). Dabei interessiert, in wieweit Verflechtungen mit der formellen Ökonomie bestehen und wie diese zur (Re-)Produktion informeller Praktiken beitragen. Meist werden informelle Aktivitäten als kleinteilig, lokal begrenzt, arbeitsintensiv und prekär beschrieben (vgl. Portes 1994). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass informelle – mehr als formell geregelte – Aktivitäten in soziale Netzwerke eingebettet sind, die auf sozialen Mechanismen, wie z.B. Vertrauen, Verpflichtung und Reziprozität, beruhen (vgl. Portes 1994; Granovetter 1985). Ein oft zitiertes Beispiel für die Bedeutung sozialer Netzwerke sind MigrantInnen-Ökonomien, die sich u.a. über solche Mechanismen zu regulieren scheinen (vgl. Light & Karageorgis 1994). Auch die „Sozialkapital“-Debatte schließt an diese Überlegungen an, indem sie verdeutlicht, welche Rollen soziale Beziehungen als Ressourcen zur Reproduktion informeller Praktiken bzw. daran beteiligter AkteurInnen spielen (vgl. Putnam 1995; Mayer 2002). Besondere Beachtung findet zudem die Rolle des Geldes in informellen ökonomischen Systemen. So wird z.B. in Tauschnetzwerken konventionelles Geld als Austauschmittel durch alternative Währungen ersetzt, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und das System gegen Einflüsse formeller Ökonomie zu schützen (vgl. Litaer 1998; Walker & Goldsmith 2003; Biggart & Delbridge 2004). Schließlich interessiert, wie sich Macht in der Regulation informeller Praktiken artikuliert, d.h. über welche Ressourcen Beteiligte verfügen, um ihre Interessen geltend zu machen.

Die *gesellschaftliche* Ebene nimmt schließlich den politischen, kulturellen und ökonomischen Kontext informeller Ökonomie in den Blick. Diese wird als „embedded economy“ begriffen, deren Existenz nur vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen erklärt werden kann (Polanyi 1944). Dazu gehört zunächst das politische System mit seinen rechtlichen Institutionen, aber auch seiner mehr oder weniger vorhandenen Kapazität zur Steuerung ökonomischer Aktivitäten. So scheinen eine Über- bzw. Unterregulierung, eine

Mangelwirtschaft sowie eine hohe Erwerbsarbeitslosigkeit im formellen Bereich informelle (Sekundär-) Ökonomien indirekt zu befördern (vgl. auch Neef 2003; Schneider & Enste 2000). In diesem Kontext sind aber auch unterschiedliche Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates im Allgemeinen sowie verschiedene politische Programme und Agenden, z.B. in Deutschland und den USA, als Interpretationsfolien für die nachfolgenden Studien interessant (vgl. Esping-Andersen 1990; Schmid 1996; Kaufmann 2003). Des Weiteren gilt es, Unterschiede im soziokulturellen Wertesystem zu berücksichtigen und die daraus sich ergebenden Folgen, z.B. für die Bereitschaft Betroffener und politischer EntscheidungsträgerInnen, sich auf informelle ökonomische Praktiken einzulassen (vgl. Hofstede 2001 [1980]). So scheinen z.B. im amerikanischen Kontext „Entrepreneurship“ primär im erwerbswirtschaftlichen sowie „Empowerment“ primär im nicht-erwerbswirtschaftlichen Bereich handlungsleitende Konzepte darzustellen (vgl. Berger 1991; Levy Simon 1994; Weissberg 1999), die aber auch in Deutschland zunehmend erprobt werden (vgl. Marit Rosol in diesem Band). Schließlich bedingen der lokale Arbeitsmarkt, der globale Kapitalmarkt sowie der lokale und globale Wettbewerb das Entstehen und Bestehen informeller Ökonomie (vgl. z.B. Altvater & Mahnkopf 2002). Neben diesen ökonomischen Bedingungen wirken sich aber auch die räumliche und sozio-technische Infrastruktur auf die individuelle Beteiligung an sowie die Entwicklung von informeller Ökonomie aus.

Dieses Analyseschema dient als Interpretationsraster für die folgenden Einzelstudien, die sich mit konkreten Praktiken informeller Ökonomie explorativ auseinandersetzen. Dabei interessiert zum einen, wie sich jene Praktiken herausgebildet haben. Zum anderen wird verdeutlicht, welche Anforderungen sich für die Beteiligten aus dem Zusammenspiel informeller Praktiken und gesellschaftlicher Kontexte ergeben und wie sie damit umgehen. Dabei wird gezeigt, dass informelle Praktiken nie losgelöst existieren, sondern mit formeller Ökonomie sowie den spezifischen Bedingungen formeller (Re-)Produktion zusammenhängen. Die Studien geben schließlich Einblick in die Möglichkeiten und Beschränkungen, informelle Praktiken qualitativ empirisch zu untersuchen.

Der Band startet mit einem Beitrag von **Philippe Schmidt** über Willets Point – einen florierenden Umschlagplatz für gebrauchte Autoteile in New York, der vielen AutobesitzerInnen günstig zu Ersatzteilen verhilft, die sie anderswo nicht (mehr) bzw. nicht so günstig bekommen, und der zur gleichen Zeit zahlreichen dort informell beschäftigten migrantischen TagelöhnerInnen ein Einkommen sichert. Die Studie macht deutlich, wie sich ein lokales, erwerbswirtschaftlich ausgerichtetes ökonomisches System dauerhaft trotz (oder gerade wegen) infrastruktureller Versäumnisse der Stadtverwaltung entwickeln und behaupten konnte.

Es folgt ein Beitrag von **Marit Rosol** über Community Gardens in Berlin und nordamerikanischen Städten. Die Autorin setzt sich am Beispiel „kollektiven Gärtnerns“ vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation mit der politischen Förderung und Forderung „bürgerlichen Engagements“ im Allgemeinen und „selbst bestimmter unbezahlter Gemeinschaftsarbeit“ im Besonderen kritisch auseinander. Dazu analysiert sie Motive und Zwänge der Beteiligten sowie die Organisation von Gemeinschaftsgärten als Formen nicht-erwerbswirtschaftlicher Ökonomie im nordamerikanischen und deutschen Kontext.

Der Beitrag von **Julia Schweizer** behandelt das Zusammenspiel der formellen und informellen Ökonomie vietnamesischer MigrantInnen in Ost-Berlin. Die Autorin stellt heraus,

wie formell tätige vietnamesische UnternehmerInnen auf informelle ethnische und Familiennetzwerke in Form kollektiven „Sozialkapitals“ zurückgreifen, um ihre geschäftliche und private Existenz zu sichern. Damit wird am Beispiel vietnamesischer MigrantInnen verdeutlicht, wie die verschiedenen – komplementären – Sphären der Ökonomie durch individuelles und kollektives Handeln verwoben sind.

Nils Brock analysiert Ziele und Wirkungen einer Qualifizierungsmaßnahme für Roma-Flüchtlinge in Berlin. Entlang der drei Analysedimensionen „institutionell“, „sozial“ und „ökonomisch“ diskutiert der Autor zunächst formelle und informelle Ausschlussmechanismen von Roma-Flüchtlingen in Deutschland, wobei er die Abschiebebedrohung und den Ausschluss vom formellen Arbeitsmarkt als zentrale Faktoren herausstellt. Darauf aufbauend zeigt er, welchen formellen und informellen Beitrag die Maßnahme zur Existenzsicherung der Betroffenen leisten kann und in wiefern sie ihnen zur Teilhabe an erwerbswirtschaftlichen und nicht-erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten verhilft.

Der Beitrag von **Jenny Künkel** untersucht Sexarbeit als Form regulierter, jedoch marginalisierter Erwerbsarbeit. Am Beispiel von Sexarbeiterinnen der Kurfürstenstraße in Berlin untersucht die Autorin ökonomische und soziale Reproduktionsbedingungen dieser Berufsgruppe, wobei sie insbesondere die Aspekte der Einkommenssicherung, der persönlichen Sicherheit sowie der Identität der Betroffenen diskutiert. Dabei macht sie auf die Vielfalt individueller Bedingungen und Bewältigungsstrategien dieser häufig als homogen wahrgenommenen Berufsgruppe aufmerksam. Schließlich verdeutlicht sie das Wechselspiel zwischen formeller städtischer Regelung und informeller Organisation dieser Arbeit.

Der Beitrag von **Birgit Dietrich** beschäftigt sich mit alternativen Tauschsystemen als Formen primär nicht-erwerbswirtschaftlicher informeller Ökonomie im nordamerikanischen und deutschen Kontext. Dabei befasst sie sich zum einen mit der Art der erstellten und getauschten Leistungen, zum anderen mit den jeweils spezifischen Mitteln, i.d.R. Zeit- und Lokalwährungen, die für den Tausch der Leistungen herangezogen werden. In ihrer Studie stellt sie politische, soziale und ökonomische Potenziale dieser Wirtschaftsformen heraus, wobei sie auf Grundlage der Erfahrungen von TeilnehmerInnen diskutiert, unter welchen Bedingungen diese Systeme langfristig bestehen können.

Der Band schließt mit einem Beitrag von **Annett Schulze**, die sich mit der gewerkschaftlichen Regulation informalisierter Niedriglohnarbeit beschäftigt. Am Fall eines amerikanischen „Locals“ analysiert die Autorin Gewerkschaftsstrategien zur Vertretung und Mobilisierung von NiedriglohnarbeiterInnen, insbesondere MigrantInnen. Dabei verdeutlicht sie die prekäre Machtposition dieser Beschäftigtengruppe und die Schwierigkeiten, deren Rechte im Betrieb durchzusetzen. Gleichzeitig verweist sie auf die Notwendigkeit, informelle Ökonomie im erwerbswirtschaftlichen Bereich zumindest partiell institutionell zu regeln, um betroffene ArbeitnehmerInnen ökonomisch und sozial (besser) abzusichern.

Literaturverzeichnis

- Altvater, E., Mahnkopf, B. 2002. Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amin, A., Cameron, A., Hudson, R. 2002. Placing the Social Economy. London/New York: Routledge.

- Anheier, H.K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A. (Hrsg.) 1997. Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin: edition sigma.
- Anheier, H. K., Schneider, F. 2000. Sozialwirtschaft, Dritter Sektor, Schattenwirtschaft und die Informelle Ökonomie. In: BMBF 2000, 9-68.
- Behning, U. 1997. Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushaltsdienstleistungen. Berlin: edition sigma.
- Berger, B. (Ed) 1991. The Culture of the Entrepreneur. San Francisco, CA: Institute for Contemporary Studies.
- Biggart, N. W., Delbridge, R. 2004. Systems of Exchange. *Academy of Management Review* 29 (1), 28-49.
- Birkhölzer, K. 2003. Formen und Reichweite lokaler Ökonomien. TU Berlin.
- Birkhölzer, K., Klein, A., Priller, E. 2004. Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und gesellschaftliche Perspektiven. Opladen: Leske und Budrich.
- BMBF 2000. Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung: Neue Herausforderungen für Forschung und Politik im Spannungsfeld zwischen Schwarzarbeit, Eigenarbeit, Ehrenamt und Drittem Sektor. Bonn.
- Butscher, S. 1998. Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- Castells, M., Portes, A. 1989. World Underneath: The Origins, Dynamics, and Effects of the Informal Economy. In: Portes, A., Castells, M., Benton, L.A. (Eds.) *The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries*. Baltimore/London: John Hopkins University Press, 11-37.
- Dürr, A., Fichter, M., Korthals, K., Lerch, F., Manning, S., Roberts, A., Staeglich, D., Sydow, J., Wachsen, C. 2001. Soziale Verantwortlichkeit in globalen Produktionsnetzwerken: Erkenntnisse aus der Bekleidungsindustrie. Abschlussbericht eines Studienprojektes. Institut für Allgemeine BWL, FU Berlin.
- Ehrenreich, B., Hochschild, A.R. (Eds.) 2003. *Global Woman: Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy*. New York: Metropolitan Books.
- Esping-Andersen, G. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Evers, A., Olk, Th. (Hrsg.) 1996. *Wohlfahrtspluralismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Feige, E. L. 1990. Defining and Estimating Underground and Informal Economies: The New Institutional Economics Approach. *World Development* 18 (7), 989-1002.
- Fichter, M., Sydow, J. 2002. Using Networks Towards Global Labor Standards? *Industrielle Beziehungen* 9 (4), 357-80.
- Gershuny, J. 1979. The Informal Economy: Its Role in Post-Industrial Society. *Futures* 1, 3-15.
- Giddens, A. 1984. *The Constitution of Society. Outline of a Theory of Structuration*. Cambridge: Polity Press.
- Granovetter, M. 1985. Economic Action and Social Structure: The Problems of Embeddedness. *American Journal of Sociology* 91, 481-510.

- Hart, K. 1973. Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana. *Journal of Modern African Studies* 11, 62-89.
- Hausen, K. 2000. Arbeit und Geschlecht. In: Kocka, J., Offe, C. (Hrsg.) *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt/New York: Campus, 343-61.
- Hilpert, M., Hotopp, U., Kistler, E. 2000. Schattenwirtschaft, Informelle Ökonomie und Dritter Sektor als Teile eines größeren Ganzen – Zusammenfassung des Workshops und Ansatzpunkte einer Europäischen Forschungsstrategie. In: *BMBF 2000*, 69-112.
- Hoff, E.-H. 1990. Identität und Arbeit. Zum Verständnis der Bezüge in Wissenschaft und Alltag. In: Ulich, E., Baitsch, C. (Hrsg.) *Arbeit und Identität*. *Psychosozial* 13 (3), 7-25.
- Hofstede, G. 2001 [1980]. *Culture's Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions and Organizations Across Nations*. 2nd Ed. Thousand Oaks CA: Sage Publications.
- Huning, S. 1998. Schattenwirtschaft in Berlin – Das Beispiel polnischer Haushälterinnen. Arbeitspapier des FG Soziologische Grundlagen der Raumplanung der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund.
- Jessen, J., Siebel, W., Siebel-Rebell, C., Walther, U.-J., Weyrather, I. 1985. Mythos informelle Ökonomie. *Leviathan* 3, 398-419.
- Kaufmann, F.-X., 2003. *Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. Frankfurt: edsu.
- Körper, M., Peters, U., Weck, S. 2001. *Wirtschaften im Kontext. Neue Räume für eine solidarische und nachhaltige Ökonomie?* Arbeitspapier Dortmund/Dessau.
- Levy Simon, B. 1994. *The Empowerment Tradition in American Social Work. A History*. New York: Columbia UP.
- Light, I., Karageorgis, S. 1994. The Ethnic Economy. In: Smelser, N. J., Swedberg, R. (Eds.): *The Handbook of Economic Sociology*. New York und Princeton: Princeton University Press, 647-71.
- Litaer, B. A. 1998. *Das Geld der Zukunft*. München: Piper Verlag.
- Losby, J. L., Else, J. F., Kingslow, M. E., Edgcomb, E. L., Malm, E. T., Kao, V. 2002. *Informal Economy Literature Review*. Working Paper. Washington, DC: The Aspen Institute/FIELD.
- Mayer, M. 2002. Soziales Kapital und Stadtentwicklungspolitik – ein ambivalenter Diskurs, in: Haus, M. (Hg.) *Lokale Politik, soziales Kapital und Bürgergesellschaft*. Opladen: Leske+Budrich, 33-58.
- Meulemann, H., Beckers, T. 2004. Das sichtbare und das verborgene soziale Engagement. Häufigkeiten und Hintergründe von Ehrenamt und privater Hilfe in Deutschland im Jahre 2002. *Soziale Welt* 55, 51-74.
- Neef, R. 2003. Zum Begriff und zu den sozialen Funktionen der Schattenwirtschaft in Osteuropa. *Soziale Welt* 54, 259-284.
- Peters, J. (Hg.) 1980. *Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975*. Berlin: Verlag Klaus Guhl.
- Polanyi, K. 1944. *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.
- Pommerehne, W., Kirchgässner, G. 1994. Schattenwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung. *wisu – Das Wirtschaftsstudium* 23 (10), 848-860.

- Portes, A. 1994. The Informal Economy and Its Paradoxes. In: Smelser, N. J., Swedberg, R. (Eds.) *The Handbook of Economic Sociology*. New York und Princeton: Princeton University Press, 426-50.
- Putnam, R. 1995. Bowling Alone: America's Declining Social Capital. *Journal of Democracy* 6 (1), 65-78.
- Sassen-Koob, S. 1989. New York City's Informal Economy. In: Portes, A., Castells, M., Benton, L.A. (Eds.) *The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries*. Baltimore/London: John Hopkins University Press, 60-77.
- Schmid, J., 1996. Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, F. 2003. Der Umfang der Schattenwirtschaft des Jahres 2003 in Deutschland, Österreich und der Schweiz – Weiteres Anwachsen der Schattenwirtschaft. Arbeitspapier der Universität Linz.
- Schneider, F., Enste, D. 2000. Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit: Umfang, Ursachen, Wirkungen und wirtschaftspolitische Empfehlungen. München/Wien: Oldenbourg.
- Sennett, R. *Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin Verlag.
- Shragge, E., Fontan, J-M (Hrsg.) 2000. *Social Economy: International Debates and Perspectives*. Montreal, QC: Black Rose Books.
- Skolka, J. 1984. Berufsarbeit und Eigenleistungen. In: Skolka, J. (Hrsg.) *Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich*. Wien: Signum, 27-38.
- Snyder, K. A. 2003. Working „Off the Books“: Patterns of Informal Market Participation within New York's East Village. *Sociological Inquiry* 73(2), 284-308.
- Sombart, W. 1969 [1916] *Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart*. München: dtv.
- Sweeney, J., Sweeney, R.J. 1977. Monetary Theory and the Great Capitol Hill Baby Sitting Co-op Crisis. *Journal of Money, Credit and Banking* (February), 86-89.
- Teichert, V. 2000. Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. WZB Discussion Paper P00-524. Berlin.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998. Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1, 131-58.
- Walker, P., Goldsmith, E. 2003. Local Money: A Currency for Every Community, in: Goldsmith, E., Mander, J. (Eds.) *The Case Against the Global Economy*. London: Earthscan, 264-274.
- Weissberg, R. 1999. *The Politics of Empowerment*. Westport, CT: Praeger Publ..

Philippe Schmidt

New York City's Iron Triangle:

Urban Planning and the Informal Economy of Willets Point, Queens

Abstract (Deutsch)

Willets Point in Flushing, Queens (New York City) ist ein Industriegebiet in dem mehrere hundert Personen in Kleinbetrieben Gebrauchtwartenteile von Alt- und Schrottautos recyceln und zur Autoreparatur wieder einbauen. Viele New Yorker sind auf diese Betriebe angewiesen da sie kostengünstige Waren und Leistungen anbieten. Doch die Folgen mangelnder Verantwortungsübernahme für das Gebiet durch Betriebe und Stadtregierung sind vor allem im Verfall des ökologischen und baulichen Umfeldes sowie in eingeschränkten städtischen Dienstleistungen nachvollziehbar. Politische Führungskräfte haben jahrzehntelang wiederholt die Enteignung und Neuansiedlung der Betriebe angekündigt um das Gebiet durch Stadterneuerungsprojekte zu transformieren. Die Bewerbung New Yorks für die Olympischen Spiele 2012 gibt erneut Anlass zu dieser Diskussion. In der Vergangenheit zeigte sich jedoch, dass die Einflussnahme politischer Stadtplanung eine schwache Rolle einnimmt, wenn es um Veränderungen in diesem Sektor geht, von dem viele Menschen in der auto-orientierten Gesellschaft abhängen. Die informelle Ökonomie wird Teil eines Prozesses der auf einem „Mix der Informalisierung“ aus Interferenzen zwischen der Regulativen und den informellen Akteuren aufbaut. Der Beitrag macht deutlich, dass eine rationale Lösung nur durch einen ganzheitlichen Ansatz entwickelt werden kann welcher Zugeständnisse beider Seiten beinhaltet – zwischen denjenigen, denen der Vorwurf gilt „informelle Akteure“ zu sein, und denjenigen, die einseitig mit diesen Vorwürfen argumentieren.

Abstract (English)

Willets Point in Flushing, Queens (New York City) is an industrial area where hundreds of people earn their money with jobs in small businesses in the recycling of used car parts and in auto-repair shops. Many New Yorkers who own a car depend on these businesses as they offer affordable services. But the consequences of lax regulation on the part of city government are especially obvious in the environmental and physical degradation of the area and in neglected city services. Political leaders have repeatedly announced the condemnation and relocation of the businesses to transform the area through urban renewal. New York's bid for the 2012 Olympic Games again is a motor for this discussion. But in the past, political urban planning played a weak role interfering with a sector that many people depend on in an auto-focused society. The informal economy becomes part of a process that builds on interaction between a regulatory side and informal actors in a "mix of informalization". The text shows that a rational solution might only be processed if a comprehensive approach includes the accommodation of both sides, those accused of being „informal actors“ and their critics.



Willets Point, New York City

Introduction

New York City has been the focus of much research regarding its "informal economy," with results revealing a large umbrella under which the term can be defined. The term *informal* means an economic practice beyond fixed rules, and is used as a synonym for related words such as *underground*, *submerged*, or *secondary* (Portes/Castells/Benton 1989: 3). The relation between the informal economy and the urban geography, however, plays an undervalued role in those studies and is mostly referred to as the 'ethnic enclave'. Here, research has especially focused on immigrant communities and their particular informal economic systems, referring mainly to ethnic entrepreneurship and its local spatial concentration. Sweatshops as part of a larger garment industry have been one of the most prominent examples in this research (Waldinger 1986, Chin 1998). The use of public domain or public space by street vendors is another topic addressed in the informal economy literature. The can collectors on Manhattan's streets pushing trolleys with hundreds of cans are a familiar image referencing our 'own daily soda' representing an informal sector that is spatially very flexible. Different forces in society tend to criticize the cruising radius of these flexible businesses or their consistency with the idea of a standard "quality of life" in the urban setting (cf. Duneier 1999). The informal economy and its impact on the urban geography at different places in New York City has been analyzed in a study focusing on different sectors including, the garment industry, construction, day care and auto repair (Sassen et al. 1987). These studies showed that informal activities are more than an internal local economy, often complementing the formal economy through links to a larger industry. The scrap metal industry, for examples, operates in the venues of both national and international trade. These activities often form a special spatial dimension and, in the case of the auto-repair business, are located outside the business districts (ibid.: 46). This article focuses on the "chop shops" of Willets Point, their role in an informal economy, and its relationship to the urban environment and urban development. It discusses the development of a New York area marked by an "informal economy" and how this development has intensified due to the tensions between business owners and city authorities over the years.

Willets Point or the "Iron Triangle" is an industrial area mainly operated by small businesses in the auto-parts recycling industry and auto-repair shops. The 55 acre (22 hectares) site is located in the Borough of Queens in New York City and constitutes part of Flushing in the Community District 7. Analyzing Willets Point as an informal economy area is challenging, because it presents a counter-example of successful planning concepts. Indeed, it is what could be considered a "worst case" scenario, reflecting the failure of urban planning at the political level. At the same time, it illustrates the degree to which planning is a matter of timing. Plans for large-scale projects have been repeatedly proposed for the entire area since 1936. Despite these efforts to transform the industrial area, businesses predominantly recycling used auto-parts continue to work there to this day. During the last 60 years, local political and economic forces from outside the area have pleaded for the condemnation and relocation of these businesses, arguing that they are engaged in illegal or informal practices and present an "eyesore" to the city.

As mentioned in the introduction, the larger concept of an informal economy does not distinguish between *informal*, *formal*, and *illegal* activities, which becomes particularly obvious in Willets Point. A study on auto wreckage in Washington Heights showed that a local economy is capable of providing a labor pool vital to both formal and informal auto repair activity (Sassen et al. 1987: 51). Yet this work may rely on stolen goods, such as stolen cars, which constitute an illegal source. An illegal economy, based on unrecorded activity, tax evasion, and organized crime and illegal enterprises, produces and commercializes "goods that are defined in a particular place and time as illicit." By contrast, the informal enterprise is mainly related to licit goods (Portes 1994: 428-430).¹ Licit products (Portes also refers to automobile parts, which play the main role at Willets Point) may have their origins in legally regulated or unregulated production arrangements. "They are produced and/or sold outside the regulatory apparatus covering zoning, tax, health and safety, minimum wage laws, and other types of standard" (Sassen 1988: 1). Although these definitions describe parts of the informal economy, the term should be understood as a process rather than an object (Castells/Portes 1989: 11).

When people describe the businesses in Willets Point, they often use the term "chop shops", meaning a place where one can buy goods that have been torn apart (chopped) from another source and then treated for resale. The chop shops of Willets Point dismantle car bodies and sell the reusable parts to customers.² The term is often connected to stolen goods, implying illegality. In a broader sense, however, it also refers to a recycling industry that seems to be complementary to the needs of an affluent society, while at the same time offering cheaper goods to consumers. Once a car has been dismantled at Willets Point for the resaleable parts and the remaining chassis has been compressed to a block of scrap

¹ An illegal case of business regulation at Willets Point has been investigated through the undercover-business "Stadium Scrap" which was threatened through repression (US Department of Justice 2001; www.recyclingtoday.com). The investigation led to the arrest of a scrap millionaire involved in Mafia activity who owned a scrap metal business outside Willets Point but repressed businesses in the area. Portes suggests to define the professional enforcer in Sicilian crime families as an illegal economy, which is similar to the formal economy in the sense that both possess established systems of redress and enforcement personnel (Portes 1994: 430).

² A person or business operating and maintaining a business engaged primarily in the purchase, processing and shipment of ferrous or nonferrous scrap must have a Scrap Metal Processor license from the New York City Department of Consumer Affairs and a certificate of occupancy from NYC Department of Buildings approving "Use Groups 18 or 18B", "Junk Yard", "Auto Wrecking" or "Scrap Metal". <http://www.nyc.gov/consumers>. For a city of less than one million in population, town or village an additional dismantler's permit from the New York State Department of Motor Vehicles, Division of Vehicle Safety Services under Vehicle and Traffic Law is needed regardless of the municipality's junkyard law. <http://www.dos.state.ny.us>. A General Municipal Law §136 provides the Regulation of automobile junk yards.

metal that goes to the foundry, the car itself can barely be traced. In fact, "the auto wrecking industry uses inoperative cars as a source of parts that are used to repair and extend the service of other cars of similar make and model" (US Department of the Interior 1967: 7).³ As Castells and Portes point out, the defining characteristic in the distinction between formal and informal activity is not so much the final product, but the way it is produced and/or exchanged (1989: 15). The "chop shops" of Willets Point surely sell licit products when trading used car parts; but in addition to the source of material, the circumstances under which the products are produced require further investigation and are the main focus of this paper. I suggest that informality at Willets Point goes beyond the practices of production, visual appearance, and modes of employment; it also overlaps with illegal practices. An ongoing process of speculation and disinvestments in order to transform the land for "big plans" has led to interferences between city politics and small manufacturing businesses, which form a "mix of informalization".⁴

A more specific analysis of the area under these terms is necessary in order to better understand what those political forces who suggest to "bulldoze" the area imply. The continuing existence of the Willets Points businesses has shown that despite the politicians' argument these businesses apparently have found a way to persevere through a "mix of informalization". The strong demand for affordable services in the auto-industries, including the re-use of car-parts, assures their survival. "The informal economy is not a set of survival activities performed by destitute people on the margins of society" and examples have shown that many informal entrepreneurs may earn a relatively high level of income (Castells/Portes 1989: 12). The 'urban phenomenon' of Willets Point, however, appears more unexplicable; while political forces have unanimously and for several decades called for the clearance of the present businesses, those same political forces have not succeeded in exerting any influence on the informal situation at Willets Point. Nor have they made any actual change or improvement to the present conditions. To the contrary, it seems that these political forces have contributed to the continuous deterioration of the area and to the long-term apathy among business owners to "formalize" the situation by investing in their business. Labor conditions as well as the conditions of production in Willets Point have existed unchanged for decades, which led to the definition of the area as a place of "illegal" and "informal businesses"⁵ harboring a variety of problems⁶ Who is working at Willets Point and what are their working conditions? Who is using the services in the area and what kind of networks exist? What are the obstacles facing political planning and its ability to reach established businesses? These questions would seem to matter at a time when "quality of life" is featured as

³ I repeatedly mention this 1967 study, as it shows the beginning debate on the problem of the growing amount of car-scrap and the related problems, which are identical to those of today.

⁴ According to Portes, the term "informal" is not clearly definable and overlaps with "formal" and "illegal". The process of informalization in Willets Point is influenced by these two different factors and generates a "mix".

⁵ Concerns in other areas within Community District 7 mentioned in the "Community District Needs" cover interesting features of the informal/ illegal sector: to improve the reliability of bus schedules and loss of passengers in underserved and highly congested areas, the CD 7 requests modern and innovative ideas which should be pursued by the New York Transit Authority to replace "illegal vans" as transportation means through "Minibuses", (DCP 2002: 166-168). Also mentioned are "Adopt-A-Park" and "Adopt A-Garden" programs (cf. Marit Rosol's contribution to this volume) emphasizing that these should not be implemented as a replacement for needed personnel (DCP 2002, 171). Other issues are the reported rise of illegal social clubs appearing throughout CD 7, the development of illegal rooming houses and illegal apartments, the potential of unreported income in the housing development and illegal conversion stores in the Downtown Flushing area, which are to be converted to small-scale supermarkets.

⁶ The terms "informal" and "illegal" have been used throughout a variety of documents, press articles and interviewed persons at city agencies.

key issue in the political discussions about urban transformation⁷. The emergence of areas of informal economy can be found on various levels, serving different needs. The Willets Point area in the middle of urban New York shows how these economies accommodate the demand for the reuse of used goods in a highly capitalized city.

After explaining my research methods I will describe the locality of Willets Point and the particular problems in the political planning of the area. Next, the “accumulation economy” is explained as part of a space-consuming recycling industry and the specific problem of a rather “informal visual appearance” of those businesses. The dilemmas faced by city government and the established businesses in taking on responsibility for the area within a formal frame is discussed next. Illegal as well as informal practices are identified and their interaction in the informal economy. After describing the material networks, a further section focuses on the multi-ethnic composition of the businesses. The conclusion sums up Willets Point as an urban phenomenon lying beyond the generally assumed boundaries of formal, informal and illegal sectors. This substrate of a ‘mix of informalization’ can’t be grasped by the concepts of the shadow economy or the underground economy. It could best be described as a gray zone of the “informal marrow” of mainly economic real estate and political interest that fails to develop adequate solutions.

Methodology and research categories

The main focus of my research is the geographical context of Willets Point, its development, and its relationship to the “informal economy”.⁸ Warnings of criminal activity and possible violence in the area restricted the radius of inquiry (cf. Footnote 1). Nevertheless several walking tours were undertaken for photographic documentation of the area, as well as walking tours through adjacent areas to understand the urban context. During these field trips casual conversations were conducted with business owners and workers. The current situation, overshadowed by an ongoing discussion and growing political support for taking land-ownership through eminent domain and bulldozing the area, has caused a distrust of strangers. This is especially the case of researchers who would not come to look for a bumper or for hubcaps. Some interview partners pointed out that the situation is unsatisfying, as they have to deal with a permanent threat to their existence and their companies if urban renewal plans are implemented. As “the independence and even secretiveness of operators of such establishments is virtually legendary” (US Bureau of Mines 1967: 1), several journalistic pieces covering the development of the area over the years have also been consulted to give a more detailed description of the laborers at Willets Point.

Staff of several City agencies such as the City of New York Department of Parks and Recreation, the Department of Housing Preservation and Development and the Department of City Planning provided information on former and current development issues of the area. Further information has been provided by the Waterfront Regeneration Trust, the City of New

⁷ The term “quality of life” is used with much priority in almost every single one of the 56 New York City Boroughs' District Needs Statements. These are included in the 1408 pages “Community District Needs for the Fiscal Year 2004”, New York City Department of City Planning, 2002.

⁸ My preliminary research as an urban planner in the area in 2001 included the preparation of the International Willets Point Workshop of the “International Brownfield Revitalization Trust” and my participation in the workshop with city and state agencies in October 2001. By definition, brownfields are “abandoned, idled or under-used industrial and commercial sites where expansion or redevelopment is complicated by real or perceived environmental contamination that can add cost, time or uncertainty to a redevelopment project” (U.S. EPA definition). “Brownfield revitalization” normally implies “post-industrial” conversion on a formerly occupied site, whereas Willets Point is currently still under heavy use!

York Municipal Archives, Queens Public Library Long Island Division, Queens Historical Society and Columbia University Libraries. Names have been kept anonymous, or have been quoted if they have already been published.

Newspaper articles, maps and statistics related to zoning, taxes, property ownership and real estate, as well as maps and statistics of the 2000 Census tract helped in understanding the historic development of the area. Planning studies and historical photographs of the area played an important role in identifying the transition of land in Willets Point. Secondary sources included books and articles about the history of New York City and theoretical approaches to the informal economy. Reports and studies related to the business of "auto salvage" and recycling helped in understanding this specific item. The sociological, geographical, and economic categories to analyze the business structures included the following: type of goods sold, services, working conditions, number of employees and ethnicity. The numbers of persons employed in the area as well as their employment status were not available in detailed numbers and refer back to the Willets Point Planning Study from 1991. Not all categories could be covered completely and some results are based on an elementary insight only. The description of physical structures is mainly based on these categories: type of land use, property ownership, age and condition of building, building material, building height and size, environmental impact (visual, soil, water, noise), and neighborhood context.

The Iron Triangle

Location

In New York City, businesses of auto-repair, car parts sales or auto-salvage can be found on large tracts of lands in large industrial areas (such as Hunts Point for car wrecking), or on a smaller scale in the form of businesses that sell used car parts (like at Sherman Creek/ Inwood, or eastern Washington Heights). Scrap metal industries are sometimes related to the waterfront, where shipping is used to transport scrap for further treatment by related industries, for example on the Bronx River at Lafayette Avenue, close to Riverside Park. Automobile junkyards are either "conventional junkyards" which store entire cars, and parts are removed when a consumer needs them, or 'automotive dismantlers', who "strip off" all usable parts to be numbered and inventoried for sale (US DOT 1979: 19). Both appear in Willets Point. Apart from the highly valuable real estate market in Manhattan, manufacturing areas in New York City including Willets Point are often said to be undervalued in use. The competition for space, however, may cause conflict between existing conditions of production and interests to develop land, especially in the ongoing efforts to revitalize the city's large waterfront (cp. MAS/PICCED 2001)⁹ The post-industrial transformation of the city, with its re-use and re-zoning of land, and converting old manufacturing or industrial sites, appears to be crucial for the Willets Point area. This is because actual businesses in the area seem inconsistent with the so-called post-industrial cities (cf. Sassen 1988). Although nowadays used

⁹ According to the report, public policy has, over the past three decades, all but ignored New York City's manufacturing sector, which provides 250,000 jobs and supports other important sectors of the economy. This has been the case even though the manufacturing sector is no longer characterized by the "smoke-stack" industries of the past, but by a mix of small and mid-sized production businesses and "niche" firms that are integrally related to the City's economic drivers, such as the finance, creative, cultural and health care industries (p.i.).

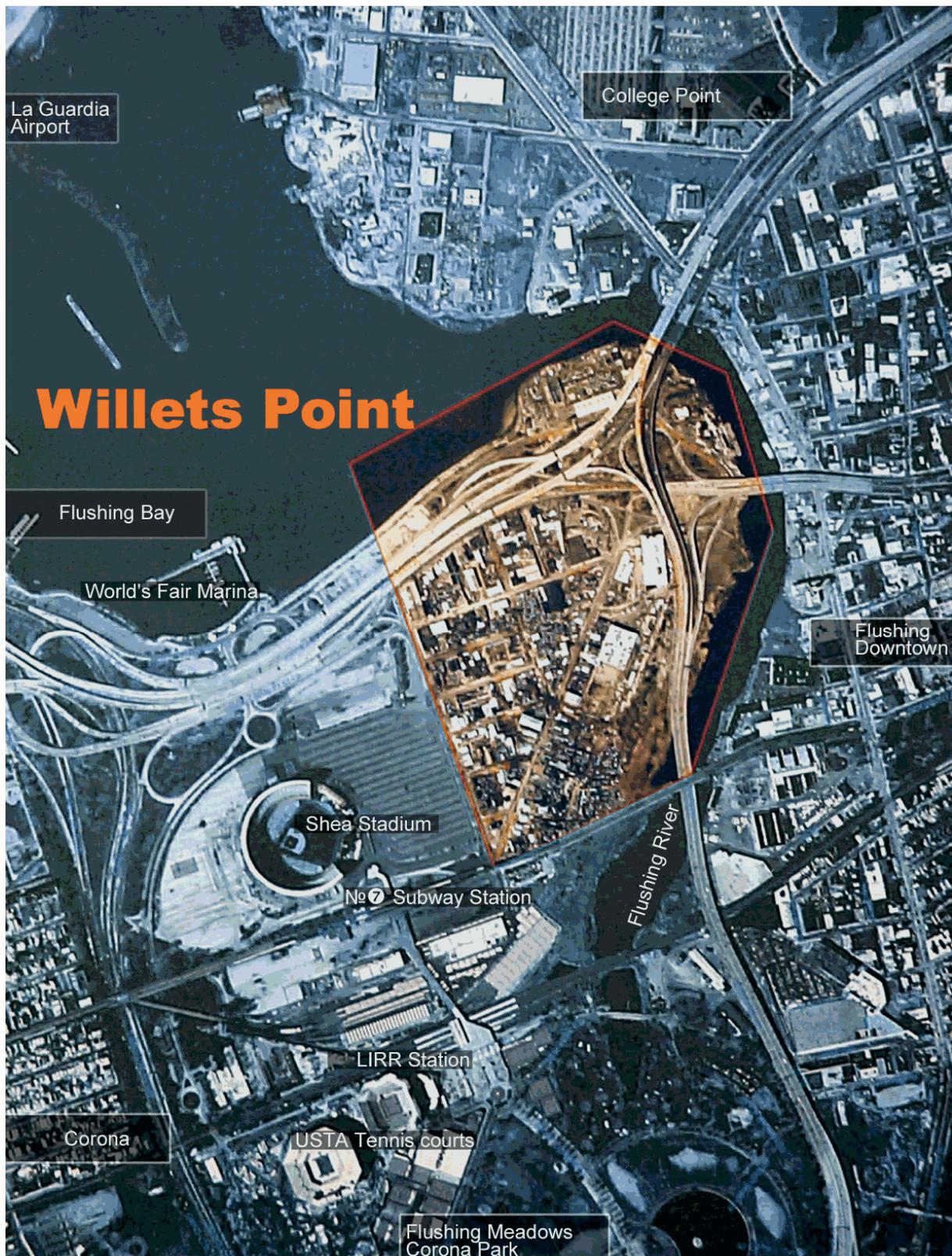
car parts are advertised nationwide on the respective internet pages, storage and work needs a real location.

The 55acre (22 hectares) industrial area of Willets Points is located in northern Queens and forms a triangle of 13 city blocks. It is used only for industrial purposes, excluding any residential uses. The area profits from an outstanding location between downtown Flushing, one of New York's fastest growing retail hubs with a rapidly growing Asian population, and Corona, with a mainly Hispanic population. The area is separated from these communities by the Flushing creek to the east, and the Grand Central Parkway/Shea Stadium to the west (*see picture on next page*). Flushing Bay with its recently refurbished waterfront promenade is just north of the area, and Flushing Meadows Corona Park is due south. The area is flanked by major regional road arterials, which make the area highly accessible, but at the same time isolate it from its surroundings (Schmidt 2002). In its "Community District Needs" for the Fiscal Year 2004, Community Board 7 mentions "illegal uses at the Willets Point business area, which is a valuable piece of real estate" and emphasizes the important benefits of accelerating development of downtown Flushing through the redevelopment of the area (NYC DCP 2002). (cf. Footnote 5)

Garages, auto wreckers, used auto lots, auto body shops, new and used auto glass suppliers and tire shops have been spreading steadily in Willets Point since the 1950s. This has led to the name "Iron Triangle", referring to the shape of the area. A few construction suppliers are also located in the area, as well as a manufacturer and distributor of bakery products and the "House of Spices", an Indian distributor of spices. To a great extent this area is privately owned. About 20 owners of large pieces of property who also work in the area lease land to smaller businesses. The high percentage of owner-occupied property presents a difficulty in acquiring land for large-scale urban development, as they are directly confronted with acquisition and need the land for their own purposes. Approximately 1,400 persons are working in approximately 83 businesses at Willets Point, almost 85% of which are related to auto repair and supply (NYC Public Development Corporation 1991: 16).

Political urban development

Local politicians as well as the press characterize the Willets Point area as an "eyesore", a "Shantytown" of "illegal buildings", where informal activities take part. The area has been part of several development plans, which were never realized. According to Portes (1994: 444) "the relationship between the state and civil society defines the character of informality and this relationship is in constant flux". Portes explains how the definition of informal economy depends on its past history and the nature of state authority, as well as city and state responsibilities. It seems that in Willets Point the "constant flux" had been constantly strengthening its informal status as an area of "informal business". The constant announcement of development plans for Willets Point under different political regimes has established, over the years, a tense relationship between the small businesses of the area (which are confronted by this permanent threat and uncertainty of condemnation) and the City (who failed to implement any 'formal' improvement during the last sixty years). The regulatory forces of state and city government have also contributed to the informal conditions apparent in Willets Point.



Willets Point Area: Aerial View
Source: City of New York, Department of City Planning

The failed development of the area started with the unsuccessful attempts by New York's influential planner and master builder Robert Moses¹⁰ to acquire the land for his plans "From Dump to Fair to Park" for the 1939/40 World's Fair. His later attempt to acquire the land for the 1964/65 World's Fair was resisted by the Willets Point Business Association, which still exists today. Plans to build a new stadium in Willets Point appeared in 1984, and again the businesses, which were organized in the Willets Point Business Association, fought against condemnation so that Donald Trump's plan for a "Sportsplex" failed in 1987. Other abandoned plans included a corporate park in 1987, a convention center in 1993, and an entertainment park from 1994 to 1996. While Willets Point served as the background scenery for the Century Fox thriller "Kiss of Death", starring Nicholas Cage and David Caruso in 1994, "the chaos of an unregulated mini-economy" among 125 businesses in the area was reported (N.O. July/24/1994) as well as a continuing ignorance and failure of politicians to provide public services (Queens Courier June/03/1993; Murray Aug/08/1994).

In 2001 political pressure for development plans to designate Willets Point for urban renewal came into discussion again. In the last year of his term Mayor Rudolph Giuliani again declared "Willets Point" as part of the urban agenda. In February 2001 he announced the condemnation of the site and the clearance of the businesses for urban renewal (NYC Government 2001). At the same time, Claire Shulman declared this as a goal for future development politics before ending her 15 years in office as Queens Borough President. The plans for a stadium, a convention center "or other development" appeared to be symbolic first steps for Willets Point's future transformation. The new Borough administration (under Shulman's successor Helen M. Marshall) continues to support a transformation of Willets Point, but no concrete plans have been announced nor implemented.

Several Asian developers and investors of the Flushing Downtown business community have a keen interest in transforming the area. After the New York City Economic Development Corporation had created an economic and developmental task force for Willets Point in June 2002, Flushing Assemblyman Brian Mc Laughlin met leaders and heads of businesses during a trip to China to discuss potential projects in Willets Point, where "40,000 people on any given morning or night" would be connected to the area after a "clean up". The visit of the waterfront of Dalian in northeastern China declared that city a model for the possible development on the Flushing waterfront (Woodberry Aug/14/2002). A principal member of the Cooper Carry consulting firm that was hired by the City's Economic Development Corporation (NYCEDC) to suggest plans for the future Flushing described "the opportunity to transform Flushing into a super-regional destination," with "Flushing as the center of urban activity that retains the feeling of a small town" (Lee Oct/30/2003). Whereas Flushing councilman John Liu expects an entertainment venue or convention center, other politicians favor an open "call for ideas" or possibly a theme park or stadium (Koons Nov/20/2003)¹¹. Specific goals of the development for Willets Point seem to play a minor role. It was now the Borough President Helen M. Marshall, supported by the New York City Public Advocate Betsy Gotsbaum, who again announced the condemnation of the businesses and indicated pursuing the

¹⁰ As New York City park commissioner (1934—60) and head of the Triborough Bridge and New York City Tunnel Authority (1946—68), as well as other municipal offices, Moses was responsible for planning large scale projects like highways, parks, bridges, and beaches.

¹¹ Cf. New York City Economic Development Corporation. „Request for Expressions of Interest: Development of Willets Point, Queens.“ In: Planning. American Planning Association Vol. 70, No.9. October 2004.

creation of a redevelopment authority for the area, created by the governor (Koons Feb/12/2004), an administrative entity which would allow the condemnation of the land.

To date neither the condemnations have taken place nor have specific goals or plans for the development been made public. Other forces exist on a higher political level, which indirectly influence the continuity of the businesses in Willets Point. Mayor Bloomberg and Deputy Mayor for Economic Development Daniel Doctorof both prefer the construction of an Olympic stadium on Manhattan's 'Far Westside' rather than the alternative proposal of an Olympic stadium in Willets Point. Politicians and investors in Queens as well as civic groups have announced their opposition to the mayor's plans and mainly support this Willets Point alternative. As the Olympic concept includes three venues at Flushing Meadows Corona Park, which is adjacent to Willets Point, the extension of the plans with an Olympic stadium in Willets Point seems somewhat plausible. The discussion about condemnation and relocation of 83 businesses in Willets Point thus continues. In contrast to former times, the majority of newspaper reporting on Willets Point implies support for the implementation of development, and focuses less on the situation of the working people. The realization of an Olympic concept possibly will take place after the final decision for the location of the 2012 Olympic Games in July 2005.

The Informal Setting of Willets Point

The agglomeration economy

A 1967 study marks the growing problems resulting from the consumption of cars and gives a detailed overview of the industries based on these problems. The primary objective was to identify the factors that influence the accumulation of automobile scrap (U.S. Bureau of Mines 1967).¹² By the end of 1963, automobiles made up a significant part of the scrap supply, and the rate at which cars were being junked was so great that the aesthetic and utilization problems involved were becoming "matters of public concern" (Ibid: i, 7). In October 1964 the Institute of Scrap Iron and Steel sponsored the first national conference on auto salvaging.

The problem of the accumulation of recycling material becomes clearer when we look at other examples, as adequate statistics are lacking for the Willets Point area. For example, the area report on the Eastern Montana Counties of the 1967 National Automobile Disposal Study (US Bureau of Mines, 561-568) shows that of a total inventory of 2,899 cars, 94 % were 1958 models or older, and 67% were 1953 or older models. From this old inventory,

¹² In the 54 selected case study districts representing a variety of urban, suburban, and rural conditions in various parts of the United States, scrap processors and auto wreckers were interviewed. Also, the prevalence of auto graveyards and abandoned automobiles was appraised. Inquiries were addressed to local and State agencies regarding their statutory regulations that apply to these industries. Major consumers and trade associations also provided significant information.

"The Controlling Junk", a 2004 government publication of New York State begins with an introduction explaining that "The accumulation of junk can reduce property values, be an eyesore and an attractive hazard to children, and be a potential health risk. Unfortunately, the inadequate disposal of junk is a problem which predates the birth of the nation. The problems associated with junk motor vehicles is a more recent phenomena. In the early 1960s, soaring new car production coupled with plummeting demand for automobile scrap metal by the steel industry led to an epidemic of abandoned cars nationwide. By 1965 thirty-five states either had or were considering state junkyard legislation. In September of 1965, New York State adopted a state junkyard law which is still applicable in many communities today." Further, "In adopting the state statute, the State Legislature found that a "clean, wholesome, attractive environment" was of key importance to inhabitants of New York. At the same time, the Legislature recognized that commercial junkyard and salvage operations are necessary services which can contribute to the local economy and provide a controlled place for the disposal of certain items. Balancing these health and aesthetic effects of allowing junkyards against the public need for junk and salvage operations has largely been left to city, town and village officials." (p. i).

24% of wrecks were held because parts were still in demand, and 64 percent were retained because they could not be given away. 55% of the total were not considered of further value for parts, which shows the difficulty of "cannibalized cars," the demand for adequate space and a production mode that depends on the degree of recyclable material from car to car. The study further shows that the average time for a vehicle to remain in inventory with valuable parts was 30 months. This phenomenon of an "agglomeration economy" (Sassen et al. 1987: 47) to pile up and collect for a random demand is a crucial reason for why Willets Point appears to its critics as an economy informal in its visual impact and hence labeled an "eyesore".

This random demand is dependent on flexible reserves of labor that work on the dusty roads of the area, implying yet a further level of informal economy as shown below. Most of the buildings in Willets Point are made of 'walls' of corrugated metal. Behind the high sheet metal walls, large storage systems are loaded with various car parts. Where there is no brick building or concrete structure, the businesses are separated from each other by walls of corrugated steel, surrounding the lots one story high. These rather simple constructions of sheet metal panels that do not fit into a regular understanding of "buildings" characterize most of the area and have led critics to call it a shantytown (comparing it to informal settlements in developing countries). Although the city calls these structures "illegal buildings", they are not illegal in terms of the local building codes (cf. US DOT 1979),¹³ they seem to indicate that the area could be bulldozed easily and quickly.

Interferences of the informal economy

A main problem of Willets Point's informal economy are the tensions between the businesses operating in the area and the city government. Their interactions lead to the informal appearance of Willets Point. Forces from outside the area have taken advantage of the city's inactivity concerning the disastrous situation of its infrastructure as well as the decline of city services (despite rising taxes). Regulating agencies of the city claim that the auto-wreckers are the reason why the streets of the Iron Triangle are used for parking, storing and dumping, loading and unloading of scrap. They accuse them of leaving junked cars on the roadsides. Sometimes cars are stacked one on top of another. On the other side, many businesses complain that wrecked cars and tires are dumped in front of their property during the night by people who do not belong to the businesses, but who are obviously aware that the City ignores the area, and thus utilize this situation to get rid of their scrap (cf. Marinaccio Apr/09/1987). As a result, not just car parts but also large household items like furniture and refrigerators can be found in the streets.

Further, business owners in Willets Point accuse city government of not serving the area with adequate and regular waste collection and street cleaning, despite the fact that they are paying rising taxes to the City (cf. Queens Courier April/01/1993, March/26/1987). The City curtailed these services, claiming that the Willets Point owners are guilty of dumping

¹³ The report gives practical advice for variations in texture, use of colors, use of line and compositions of materials to avoid "see-through effects" which seems rather absurd, regarding the situation of Willets Point. Environmental issues beyond the visual are completely neglected in that study. Much emphasis is given to themes like "entrance gate design" or "retrofitting of planting projects". I would admit that Willets Point to a certain degree even has an esthetical uniqueness regarding the different colors of metal walls, regarding the ad-hoc design individually undertaken for signage or even as artifacts like welded objects which can be understood as part of Willets Point's long history. Especially the hundreds of properly and thematically arranged car parts might certainly be attractive to the viewer's eye.

trash on the streets, and refers to increasing tax arrears that have accumulated over the years. The City also accuses the businesses of having taken advantage of the situation by widening the areas into "an amorphous parking and storage area" where curbs and sidewalks are non-existent (NYC Public Development Corporation: 31, 32). Some contractors store cranes, trucks, and heavy equipment on the streets, which is illegal. Two streets in the area have, however, been closed to traffic as the City has leased them to adjoining businesses.

Thus, the informal economy at Willets Point is fostered by the inactivity and abstention of the city government in improving the situation. During the on-field research at Willets Point, an Indian car mechanic sitting in front of his garage explained his fears of an uncertain future while his two kids played on the dusty street. His situation is typical of the business situation at Willets Point (cf. Queens Courier March/26/1987). He established his business, a small auto repair shop, nearly ten years ago and has worked as a one-man business since. Expressing fears about new upcoming plans for "a stadium or something like that," he described the derelict infrastructure as well as the ongoing discussion and news about plans to redevelop Willets Point as constant and ubiquitous threats to his business. The City favors large-scale development plans for other "attractive" businesses, which would require expropriation and relocation of the businesses themselves, under the right of eminent domain. This right allows the government to seize private property for public use in exchange for payment of fair market value. Due to the many poorly built structures of the businesses and the relatively low value of the land due to contamination, these payments might not be adequate income replacements to people who depend on their businesses as means of existence. The Indian business owner complained that he and his fellow entrepreneurs in the area are constantly reading about plans to transform the area in newspapers without ever being informed by local politicians or city representatives about these plans. Willets Points' business owners have criticized the failure of potential investors and of politicians to contact them for a long time (Queens Tribune May/02/1985).

Living in the perpetual shadow of these vague plans has caused a difficult situation for business owners to plan future investment they would need to do. The degradation of the area's conditions as described above represents a further factor allowing the continuation of the informal situation (cf. Hays Jun/02/1996, Queens Courier March/26/1987) and creates a situation nobody wants to be responsible for. However, the Indian business owner also expressed confidence that relocation plans would not be realized, as all former plans to "change" the area have failed. He believed that the implementation of plans would cause him to go out of business, and it would be hard to find a new place close to Flushing where he lives with his family. Examples in planning history have shown that in the practice of large-scale condemnation, high percentages of owners go out of business instead of relocating. Many of the owners live in adjacent areas and depend on a short commute to stay profitable.

The City also fails to operate or maintain basic services that are found in other neighborhoods; such as sewers, road ways, operating fire hydrants, street lights etc. Several broken streetlights as well as broken hydrants with water flowing continuously could be observed during the field trips. Most streets are unpaved, and just a few locations with intact curbs are remaining. Much of the pavement is in poor condition, where it has even been built. There are no sidewalks, and some businesses have poured their own concrete curbs or have

created curbs with painted boards and gravel sidewalks. These acts of “volunteering” show a substantial lack of the city to fulfill its basic obligations to maintain the public infrastructure. A similar situation can also be found in mainly poor residential areas in the city. In areas with a concentration of small businesses, such as eastern Inwood (Northern Manhattan), business owners provide basic repair of deteriorated or poorly constructed sidewalks in front of their shops. The disinterest in investing public money in the Willets Point area for its current uses is connected to the constant speculation about implementing large scale plans and raising land value. Disinvestment leads to an environmentally disastrous situation, in which the regulatory side has bowed out of responsibilities. Government agencies and businesses are playing off each other by counterbalancing one informal situation with another. This leads to the stabilization of the informal status of the local neighborhood and its economy.

Although the properties are served by the city's water distribution system, the city has never provided utilities like sanitary sewers for the area. The open storm sewers on the streets dispose wastewater into Flushing Bay and some of them have collapsed over time, some already in 1961. The lack of a citywide sanitary sewer system has discouraged many of the businesses from improving their properties. Some have invested in septic tanks, which they empty at their own expense. Toxic materials in the soil have been identified by soil boring studies. The level of contamination with different petrochemicals such as fuel, motor oil, antifreeze, and brake fluid would require remedial action if plans are realized for the area. The disposal of toxic materials in the soil and in sewer systems clearly represents illegal procedures for which the Willets Point business owners are fully accountable. Yet, on the other hand, the installation and maintenance of a disposal system available to the entire area could have been the government's responsibility as part of long-term planning for the highly specialized industrial area. For cleaning up the area, as much as five feet (1.5 meters) would have to be stripped off from the top layer of soil (ibid: 26). The city estimated the costs for removal of hazardous material to be \$33 million and construction of sanitary and storm sewers to be \$22 million. This would be part of total preliminary costs of \$214 million to redevelop the land, including acquisition of real estate and commercial relocation with removal of vehicles and scrap. Once infrastructure and other improvements would be added, the area "could attract further development" through its "superb access, high percentage of underdeveloped land, and large open lots" (ibid: 36).

The material network

It is not only the location (with its easy access to a road system) that is advantageous to the current businesses, but also the geographical concentration of many similar businesses, which form a local network. The auto wrecker's primary business is to salvage and sell used auto body and mechanical parts and although he may branch out into related fields such as towing or scrap processing, the success of the enterprise depends entirely on his ability to sell used parts profitably. The selling of parts is either related to auto models that are no longer produced or to an active inventory of recent models. Therefore the difficulty lies in the availability of exchange parts and their storage (used car doors, bumpers etc.) that have to fit a customer's demand for a certain product. This demand is not easy to meet, as it depends on the availability of specific used material, and causes an uncertain and unregulated work process that does not fit into the regular understanding of a formal economy (depending on

new parts). This uncertainty is managed by work on demand through so-called "gypsies" as a flexible labor-force. Their work depends on incoming material through the delivery of car-wrecks by auto dealers, individual owners or insurance companies (US Bureau of Mines 1967: 563). The limited space availability for storage leads to extended workspace on the streets and the shuffle of untreated cars to the rear of lots. The availability of parts within the individual customer-seller relation, as well as the development scale of prices in densely populated areas are aided by an exchange system among wreckers in a communication network. This system allows that the selling prices for parts are established competitively in a particular market area. Through it, a wrecker unable to supply a part for a customer can quickly contact associated wreckers in the area and locate the desired part (cf. US Bureau of Mines 1967: 10f.). A sign at one Willets Point business advertises "Computerized Parts Inventory" which shows that the stored masses of car parts are also logistically well documented, which is normally a feature of a formal practice.

The material exchange network, which could not be further investigated in detail for this paper, is surely one of the explanations for the constant flow of workmen walking through Willets Point holding car doors or other items in their arms. Businesses in similar industries benefit from their proximity and local concentration. "Auto wreckers may get cars from the used car auction house; auto glass shops and auto body shops buy parts from the auto wreckers; and wreckers send the remaining chassis to the scrap metal dealer" (NYC Public Development Corporation 1991: 19, 20). This system also includes the sharing of special machines like incinerators or portable car flatteners and balers to compress the remaining car hulk for the steel or foundry industry. These specialized networks of Willets Point form an interior circle where services can be freely exchanged, but which is hard for the regulatory agencies to control. These networks and interdependencies imply that even partial relocation of automotive businesses would harm the productivity of related businesses left in the area. As much as cars serve individual mobility, in the end their remains have to be reintroduced to the larger metal working industry. The businesses at Willets Point represent an intermediate, space-consuming stage in the process of the product's recycling.¹⁴ Although the businesses are mostly small in number of employees, the scrap metal and recycling industry is a large scale and globally operating trade with links between developed and undeveloped countries, which has undergone important changes in import regulations (environmental restrictions) and the availability of domestic material in recent years. According to the Seattle-based Basel Network (BAN.org) the United States exported 10 million tons of scrap metal in 1995, worth \$1.7 billion. The main issue at Willets Point is that many jobs and small individual businesses are at stake. So, who is working at Willets Point and to what extent is the work part of an informal economy?

Cars and parts – a multi-ethnic economy

What the visitor sees are men with working clothes full of grease, oil, rust and traces of welding carry parts around the area. They come through the garage-fronts of the lots,

¹⁴ The trade associations of the scrap processing and recycling industry are organized in the "Institute of Scrap Recycling Industries Inc." which was formed in 1987 through a merger of the "Institute of Scrap Iron & Steel" founded in 1928 merged with the "National Association of Recycling Industries" founded in 1913 to the "Institute of Scrap Recycling Industries Inc." in 1987. 68 million tons of recyclable scrap iron and steel for domestic use and overseas markets had been handled in the US alone in 2003 (ISRI, isri.org). There is also an association of the "Automotive Dismantlers and Recyclers Association".

through the gates of the yards, where car parts of all colors are stored almost artistically in multi-level "thematic stacks". A steady exchange of materials takes place between businesses where parts are dismantled, where they are stored or where they are fixed. Although the unsatisfactory environmental condition and the critical situation of living with the looming risk of urban renewal, ownership tables of the City reveal that several businesses were established a long time ago, and new businesses have still opened in recent years (City of New York 2001). Sambucci Brothers Auto Salvage, for example, was established in Willets Point in 1951. Today the son of the founder runs it with the help of family members. The example of the Indian man mentioned earlier shows that the area has been attractive to aspiring small business entrepreneurs in more recent times.¹⁵ Despite the fact that different City administrations have been predicting to acquire the land, some parcels with the typical sheet metal garages are available for sale. As other areas in the city are named for their characteristic businesses, like the "garment district", the "flower district" or the 'diamond district', Willets Point would adequately represent an "auto repair district". Unlike these other specialized areas, which are often dominated by one ethnic group, the business owners and workers at Willets Point represent a cross section of a variety of ethnic groups living nearby. A large number of them live in the adjacent neighborhoods of Flushing and Corona, which are diverse immigrant communities and "urban receiving areas" of initial settlement for immigrants (Khandelwal 2002:7-9,12-34; Park 1997; Foner 2000).¹⁶ Willets Point reflects that diversity as a multi-ethnic and business-specific area.

The names of the businesses mirror this variety. Spanish-speaking customers, for example, might go to "Columbia Auto Glass", owned by Hector Ospina, a 45-year-old Columbian immigrant from Woodside. There is the Mexecu auto repair shop, El Salvador Auto Glass and an Ecuador (Car) Body Shop. The new Pancho Auto Glass is next door to New Pamir Auto Body. Nearby is Aryana Auto Body, owned by Salman Ali, an Afghan immigrant in his mid-thirties who supports his family in Flushing. Kabul Auto Repair, Inc., is also advertising in Spanish. Ebukune Transmissions, Panjoti Body and Malek Motors are further auto-related businesses. In between a restaurant provides lunch, along with some mobile vendors who criss-cross the area with their vans. A reporter from the 'New York Times' described how "high-end Korean auto body shops might serve well-to-do businessmen from Flushing, young hip Japanese men flock to certain Japanese shops to soup up their low-riding sports cars" (Kilgannon Mar/04/2004). Whereas the customer's choice to go to a shop of a certain ethnic group due to language barriers describes the interethnic relations of the Willets Point economy, the network for material exchange described above describes a network among different ethnic groups.

Willets Point offers a first opportunity to new immigrants to earn money and many immigrants start to work in businesses at Willets Point directly after their arrival in the United

¹⁵ For a further study of the area, it would be interesting to find out how business ownership developed and where the workers live and commute from.

¹⁶ It seems appropriate that an "Immigrant Workers Freedom Ride" started from the Willets Point Subway Station on October 4, 2003 to the Flushing Meadows Park, organized by a national Sponsoring Committee including the AFL-CIO, major international Unions, national immigrant and civil rights groups, religious institutions, student and community organizations, and elected officials (www.iwfr.org, www.nycccl.org 10/2004). The text on the flyer calls the march "Inspired by the Civil Rights Movement" and demands "legalization and a 'road to citizenship' - family reunification - immigrants' rights in the workplace - civil rights and civil liberties for all" (www.iwfr.org). One of the activists' letters for the solidarity march expressed: "We want to ensure that informal workers (such as day laborers and domestic workers) are included in any amnesty legislation" (National Day Laborers Organizing Network).

States. Many jobs require relatively low skills and are based on an informal agreement for documented as well as undocumented workers, who do not have a work permit. Unfortunately, the arrival situation of new immigrants and their need for “survival strategies” is often exploited through the different practices of the informal economy. Previous research on New York has shown that access to a job market of an ethnic economy is often connected to a migration network (cf. Light/ Bhachu/ Karageorgis 1993) and that social networks within an ethnic group are often used as a promise in return for financial exploitation of the workforce (Chin 1998). Immigrants often accept to work under unacceptable conditions to get a first foothold into the business world of the new country, but they also are excluded from a formal system that provides health insurance and social security. The expectation of men, who started to work at Willets Point after their arrival in the country and thought to work there only for an initial period, can often not be fulfilled. Some have been working there for many years, which they never intended to do. “We were looking for an easier life but didn't find it,” says a 43 year old immigrant from Jamaica who works at Afri Tires. He started to work there in 1993, when he arrived in the United States. He never planned to stay at Willets Point, coming with the intention to earn money as a musician (Barnes 2000). Bicky Singh, who arrived from India at the age of 17 nearly ten years ago, has worked 10-hour days since then at Willets Point (ibid.). As Barnes found out through interviews for a journalistic study project on Willets Point, many of the immigrants working in the area said that they came here because “jobs were almost guaranteed, skill requirements low, and the shop owners rarely ask about citizenship or papers.” In return they work up to ten hours a day, seven days a week and are paid based on the number of customers they serve (ibid.). This flexibility in the demand for labor force and the employment of workers without social security ensures that prices for products and services at Willets Point remain low and are competitive on the market.

Another form of the flexible responsibility in the informal economy at Willets Point is the work of the so called “gypsies”, a synonym for flexible workers independently operating their “business” without a permanent place and paid in cash on the street. They accost drivers, promising to “fix the cars cheap”. Most of these mechanics work on the street and are not associated with a legitimate repair shop (NYC Public Development Corporation 1991: 19). A City employee pointed out, however, that it can be assumed that some businesses owners also pay the flexible labor force of the “gypsies,” using the street as an expanded working space of their garage. Much like at different locations throughout the city, blocks away from Willets Point day laborers are waiting to get a job, standing on Roosevelt Avenue in the shade of the elevated subway tracks.¹⁷

Conclusions on a “Mix of Informalization”

Willets Point exemplifies the development of an area where different factors have worked to enforce a “mix of informalization.” The mix goes back to interactions between forces determining “informality” or “illegality,” and those accused to be culprits of those practices. The result includes both practices with negative environmental impact as well as employment of people without working permits. But in between these broad overlapping informal practices,

¹⁷ James DeFilippis who mentioned this location of day laborers (May 26, 2004) is a member of the research project called “Off the Radar Screen: Unregulated Jobs in Chicago and New York City”. The project is undertaken collaboratively by The Brennan Center for Justice at NYU; The University of Illinois at Chicago; Baruch College, CUNY; The University of Wisconsin at Madison.

there is a gray zone of the “informal narrow”. Politicians interested in the clearance of the informal situation in Willets Point have themselves contributed to this informalization by withholding investments in infrastructure and maintenance of services for decades. While several different City administrations included Willets Point on their urban agenda, proclaiming to transform it through “big plans” for “better and more valuable uses”, the current businesses at Willets Point serve a general demand in a marketplace where re-used goods are competitive with new goods. It is therefore important to analyze ideas for how to integrate them into the economic system under improved conditions (rather than “clearing” them). This would include the improvement of labor conditions for the workers, the provision of adequate space for these space-consuming enterprises, the opportunity for the business owners to further share machines and goods in a material network, and the enforcement of standards which ensure a higher level of environmental protection.

The demand for the businesses in the area is obvious, but the advantages stemming from the informal setting are also clear. Whereas a large number of car-owners from all over the city benefit from the services (which is also due to the easy accessibility by a main traffic arterial), the lack of environmental awareness and the informal and illegal employment practices require more responsible and authoritative management. Although Willets Point is to be part of the “post-industrial transformation,” planning under this aspect seems not to be adequate, as a large amount of manufacturing jobs are still settled in the area. But “post-industrial” may also mean a chance for environmental and social responsiveness. The basis on which the businesses have produced for decades, and under which the city administrations have been unable to improve the situation, appears to be an informal agreement on conditions. These are not seriously due to be altered, as they firstly provide services used by a wide array of people and secondly, adequate uses for the land can not yet be identified.¹⁸ The hazardous environmental burdens require a solution that goes beyond brownfield revitalization. It also must provide an adequate model to facilitate the recycling business under better conditions. In case of a relocation, it would also be the responsibility of the political leadership to maintain and support the network structures and create infrastructures that rely on the spatial concentration of businesses to ensure that the businesses can work effectively.

The pressure for development of Willets Point is growing. Downtown Flushing with its Main Street is one of the most vibrant retail hubs, and represents the city's fourth largest commercial district, in which a rapidly growing population and commercial growth are accompanied by a high demand for increased city services (NYC DCP 2002: 161-169). The rezoning of a mainly industrial area for commercial, residential and light industrial use through the Flushing Rezoning and Waterfront Access Plan (NYC DCP 1998) is a first step in approaching the Iron Triangle as it fosters development along the Flushing Creek. The risk of causing what would be considered a new “eyesore” following immediate political action to fulfill the urban agenda is relatively high. If an Olympic stadium next to the existing Shea baseball stadium were to be built, where half of the area would be required for parking lots, it might be questioned if this would not create another barrier between Flushing Bay, Corona

¹⁸ Further restrictions to build in the area are the geophysical conditions and flood areas, where expensive pile construction would be necessary for new construction. This has been analyzed through soil boring studies in 1970, 1985, and 1986. There is also an intense noise pollution as the area is below the flight corridor of La Guardia Airport.

Park and the neighborhoods. Also, arguing that a new stadium would bring new jobs, while hundreds of people working in the area seven days a week would be displaced, is hardly to be justified. The flexible reserves of labor are part of the Willets Point informal economy, as well as the speculation with flexible reserves of land through disinvestment by the City. Both have to be investigated in a careful, comprehensive and sustainable way, before causing the next "eyesore".

As there are possibilities for the political leadership to intervene in Willets Point, the greatest challenge will be not only to follow any developer's plans but also to offer solutions for how the recycling sector can continue to work in an economically and environmentally sustainable way. A basic environment for the businesses must be established so that they may produce under enhanced conditions and are able to provide adequate and safe working conditions, as well as higher payment for the workers. This could serve as a new model for a responsible recycling industry under the City's authority of the Economic Development Corporation. It will not only be *how* the area is used after acquisition of land and relocation of the businesses, but *where* the businesses will relocate *and under what conditions* they may continue to offer their services under more formal circumstances. Public money should be used for a different physical approach that would allow the businesses to work in the future. Also, benefits have to be negotiated to the community of the area, to where the businesses will be relocated, as the types of businesses described above are usually concentrated in industrial servicing areas near immigrant communities as a type of neighborhood subeconomy. For the redevelopment, a participatory action plan would require both, the participation of businesses willing to follow appropriate improvement plans, and an effective task force, which works out the improvement, plans and involves the participation of the business owners. This task force, however, would demand an intense cooperation between different agencies to cover the varying levels of concern.¹⁹ The present withdrawal of responsibilities by local government as well as the irresponsibility of the business owners towards environmental behavior and employment issues may only be resolved in a common and comprehensive effort.

References

- Barnes, Cecil et al. 2000. Dreams Deferred: The Workers of Willets Point. In: 7 Train. New Media Workshop. Graduate School of Journalism. Columbia University New York City. <http://nyc24.jrn.columbia.edu/2000/7train>.
- Belger Hyde (Ed.) 1927. Atlas of the Borough of Queens. Vol. 2. New York.
- Blum, Randolph F. 1979. Junkyards, the Federal Highway and Visual Quality: Final Report. US Department of Transportation and Organization for Environmental Growth, Inc. Washington.
- Castells, Manuel/ Portes, Alejandro 1989. World Underneath: The Origins, Dynamics, and Effects of the Informal Economy. In: Portes A./ Castells, M./ Benton, Lauren A. (Ed.). The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries. Johns Hopkins University Press. Baltimore and London: 11-37.

¹⁹ For example the NYC Department for Environmental Protection and NY State Department of Environmental Conservation concerning soil and groundwater contamination, the Economic Development Corporation to establish and support an appropriate business plan, the Department of Parks and Recreation to make a connection between waterfront, Flushing Meadows Corona Park and Flushing Downtown, and the Department of City Planning and of Buildings to guide the implementation and oversee the improvement, also state agencies for the aviation rights and changes on the waterfront.

Chin, Margaret May 1998. *Sewing women: Immigrants and the New York City Garment Industry*. (PhD thesis). Columbia University, New York City.

City of New York 2001. *Ownership Table for Willets Point*. Unpublished document.

Duneier, Mitchell 1999. *Sidewalk*. New York.

Fisher, Maxine P. 1980. *The Indians of New York City: A Study of Immigrants from India*. Columbia, Missouri.

Foner, Nancy 2000. *From Ellis Island to JFK: New York's two Great Waves of Immigration*. New Haven, Connecticut.

Gaber, John Albert 1993. *Manhattan's 14th Street Vendors Market: An Analysis of the Informal Economy*. PhD thesis. Columbia University, New York City.

Hays, Constance L. 1996. *New Yorkers & Co: Where Strange Dogs Roam and Cars Go to Die*. *New York Times* June/02/1996.

Jacobsen, Mark 2001. *Around these Parts*. In: *New York, August 6, 2001: 26-27, 78*.

Khandelwal, Madhulika S. 2002. *Becoming American, Being Indian: An Immigrant Community in New York City*. Cornell University Press. Ithaca, NY.

Kilgannon, Corey 2004. *A Messy Business: Cleaning Up the Junk*. *NYTimes* March/04/2004.

Koons, Cynthia 2003. *Times Ledger* November/20/2003.

Koons, Cynthia 2004. *Times Ledger* February/12/2004.

Lee, Tien-Shun 2003. *Times Ledger* Oct/30/2003.

Light, Ivan; Bhachu, Parminder; Karageorgis, Stavros 1993. *Migration Networks and Immigrant Entrepreneurship*. In: Light, Ivan/Bhachu P. (Eds.): *Immigration and Entrepreneurship: Culture, Capital, and Ethnic Networks*. New Brunswick (USA), London (U.K.): 25-49.

Marinaccio, Paul 1987. *Merchants: Domed Stadium's Uncertainty Is Bad for Business*. *Newsday*, April/09/1987: 49.

Municipal Art Society (MAS)/ Pratt Institute Center for Community and Environmental Development (PICCED). 2001. *New York City Manufacturing Land Use & Zoning Initiative*. New York City.

Murray, Caryn Eve 1994. *Deja Vu: Battle of Willets Point II Businesses Fear Latest Shea Plan*. *Newsday* August/08/1994: B.07.

NYC Government 2001. *Mayor's Weekly Column*. Jan/09/2001. www.ci.nyc.us.

New York City Public Development Corporation/ Urbitran Associates 1991. *Willets Point Planning Study: Final Study*. New York City.

New York City Department of Consumer Affairs: www.nyc.gov/consumers

New York City, Department of City Planning 1998. *Flushing Rezoning & Waterfront Access Plan*.

New York City, Department of City Planning 2002. *Community District Needs: Queens. Fiscal Year 2004: 147-173*.

New York City Economic Development Corporation. *Request for Expressions of Interest: Development of Willets Point, Queens*. In: *Planning*. American Planning Association Vol. 70, No.9. October 2004: 42

New York State 2004 (Tug Hill Commission/Governor Pataki). *Controlling Junk*. Albany, NY.

N.O. 1994. *Industrial Park To Be Revamped Somewhere Else*. *New York Times* July/24/1994: CY8.

- Park, Kye Young 1997. *The American Dream: Immigrants and Small Businesses in NYC*. Cornell Univ. Press. Ithaca and London.
- Portes, Alejandro 1994. *The Informal Economy and Its Paradoxes*. In: Smelser, N.J./Swedberg, R. (Ed.): *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton and New York: 426-449.
- Sassen, Saskia et al. 1987. *The Informal Economy in Low Income Communities*. New York City. Columbia University Graduate School of Architecture Planning and Preservation: Planning Studio.1987.
- Sassen, Saskia 1988. *New York City's Informal Economy*. Institute for Social Science Research. Vol IV. No. 9. 1988-89 - Conference on Comparative Ethnicity: Conference Papers, June 1988. University of California, Los Angeles.
- Schmidt, Philippe 2001. *Steps of Development of Willets Point*. Research Documentation. Unpublished.
- Schmidt, Philippe 2002. *Car Parts City*. In: Christ Wolfgang/ Hassenpflug, Dieter (Ed.): *Jahrbuch der Modellprojekte 2001*. Bauhaus Universitätsverlag Weimar: 78-89.
- Tung, William T. 1974. *The Chinese in America 1820-1973: A Chronology and Fact Book*. Dobbs Ferry, New York.
- U.S. Bureau of Mines 1967. *Automobile Disposal, a National Problem*. Case Studies of Factors that Influence the Accumulation of Automobile Scrap. U.S. Dept. of the Interior. Washington.
- U.S. Department of Transportation and Randolph F. Blum, Organization for Environmental Growth, Inc. 1979. *Junkyards the Highway and Visual Quality*. Final Report. Washington.
- U.S. Department of Justice 2001. Press Release. www.usdoj.gov/tax/usaopress/2001/2001aug16.htm.
- Waldinger, Roger David 1986. *Through the Eye of the Needle: Immigrants and Enterprise in New York's Garment Trades*. New York: New York University Press.
- Warren Woodberry 2002. *New York Daily News*. August/14/2002.

<http://repositories.cdlib.org/issr/volume4/9>

Marit Rosol

Community Gardens in Berlin und nordamerikanischen Großstädten – “Grüne Oasen“ durch informelle Arbeit?

Abstract (Deutsch)

Thema des vorliegenden Beitrags sind Gemeinschaftsgärten bzw. community gardens in New York, Toronto, Seattle und Berlin. Sie sind ein Beispiel für eine besondere, noch weitgehend unbekannt Form gemeinschaftlicher Arbeit, die sich durch den gleichzeitigen individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Nutzen auszeichnet. Geschichte und Kontext einzelner Beispiele von Gemeinschaftsgärten – schwerpunktmäßig in Berlin - werden vorgestellt, Ansätze ihrer Wirkungen und Bedeutungen für die beteiligten „GärtnerInnen“ und die Quartiere aufgezeigt. Am Rande wird die Ambivalenz kollektiver Aneignung von Flächen und selbstbestimmter Gestaltung ihrer Nutzungen einerseits und ihre potenzielle Instrumentalisierung als „Gratisarbeit“ durch die Übernahme bisher kommunaler Aufgaben andererseits problematisiert.

Abstract (English)

In this paper I present community gardens in New York, Toronto, Seattle and Berlin. The maintenance of community gardens is a still hardly known form of collective, informal work. It is characterized by the simultaneity of individual, collective and societal benefits. History and context of some examples of community gardens – mainly in Berlin – are presented. Their effects and impacts on the gardeners and the neighborhood are discussed. I also focus on the ambivalent situation of community gardening as a collective appropriation of vacant lots in the urban environment and the self-determined organization of their uses on the one hand and the possible instrumentalization of gardeners as „unpaid labor“ against the background of the erosion of the welfare state on the other hand.

Community gardens in Berlin? Gibt es sie hier wirklich? Gehören sie nicht eher in die Lower East Side, nach Harlem oder Brooklyn? Und statt der dortigen kämpferischen Green Guerillas, die sich die Räume einfach nehmen, die sie für ein gutes Leben brauchen, findet man hier doch sicher nur spießige Laubenpieper? Beides täuscht. Weder die revolutionäre Romantik der community gardens in New York noch die Reduzierung von „städtischem Gärtnern“ in Berlin auf kleinbürgerliche Schrebergärten wird dem Anliegen der Menschen in der jeweiligen Stadt gerecht. Und doch gibt es große Unterschiede zwischen community gardens in Nordamerika und in Berlin. Während erstere einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit gesunden Lebensmitteln insbesondere für ärmere StadtbewohnerInnen darstellen, geht es hierzulande stärker um gemeinschaftliche, oft nur temporäre Brachenprojekte zur Verbesserung der Freiraumsituation im Viertel. Was sie verbindet, ist das scheinbar paradoxe - das kollektive Gärtnern mitten in der Großstadt.



Straßengrün, Berlin

Community Gardening als selbstorganisierte Freiraumnutzung und Form informeller Gemeinschaftsarbeit

Im Gegensatz zu New York und anderen nordamerikanischen Städten, in denen *community gardens* seit Jahren ein bekanntes Phänomen sind, sind öffentlich zugängliche Gemeinschaftsgärten in Berlin noch recht neu und kaum erforscht. Die Berliner Gärten stehen deshalb im Zentrum dieses Aufsatzes. Auf sie beziehen sich die einleitenden Kapitel zur Problemlage und der Methodik. Beispiele aus New York, Toronto und Seattle dienen der Hintergrundinformation und werden anschließend vorgestellt. Im Hauptteil werden einige Berliner Beispiele anhand ihrer Geschichte, der Beteiligten sowie ihrer strukturellen Einbindung genauer vorgestellt. Eine zusammenfassende Diskussion der Berliner und nordamerikanischen Projektbeispiele sowie ein Ausblick beschließen diesen Aufsatz.¹

Freiraumsituation in Berlin

Berlin gilt als sehr grüne Großstadt. Dennoch bestehen auch hier große Mängel in der qualitativen und quantitativen Freiraumversorgung, welche zwischen den verschiedenen Stadtteilen variiert. Insbesondere in den hochverdichteten Gründerzeitgebieten fehlen Freiflächen bzw. sind die vorhandenen übernutzt. Neben der daraus resultierenden beeinträchtigten Lebensqualität in der Stadt selbst ist auch der z.T. mit dem Mangel an Grün begründete Wegzug in Umlandgemeinden als planerisches und ökologisches Problem anzusehen. Potenziale für neue Grünflächen bieten derzeit v.a. Baulücken bzw. Brachflächen sowie Flächen auf dem ehemaligen Mauerstreifen. Eine qualitative und quantitative Verbesserung der Freiflächenversorgung in Berlin wird jedoch erschwert durch die schlechte Finanzausstattung der Grünflächenämter (Europäische Akademie für städtische Umwelt 2000; HS-Projekt Landschaftsplanung 1999/2000). In diesem Zusammenhang wird von offizieller Seite – neben anderen Modellen wie Eintrittspreisen - ein Ausweg in verstärktem bürgerschaftlichem Enga-

¹ Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit meinem Promotionsvorhaben an der HU Berlin, in dem ich seit einem Jahr gemeinschaftliche Gartenprojekte in verschiedenen Stadtteilen Berlins untersuche. Die empirische Untersuchung sowie die Auswertung des Materials dauern noch an. Insofern stellt dieser Aufsatz einen Zwischenstand und ein Diskussionsangebot dar.

gement der BewohnerInnen bei der Pflege der Flächen gesehen. Vor allem in den Medien wird dies seit einiger Zeit umfassend diskutiert.² In einer umfangreichen Senatsstudie zur „Qualität und Nutzung öffentlicher Grünanlagen in Berlin“ wird explizit auf die Erfahrungen mit *volunteering* in den USA verwiesen (konsalt / Ökologie & Planung 2000: 45ff).

Volunteering, informelle Arbeit und Selbstbestimmung

Als problematisch wird dieses verstärkte Propagieren von *volunteering* – nicht nur in der Freiflächenpflege, sondern auch in anderen Bereichen - u.a. bei Reichert (2002) gesehen. Er wirft Konzepten wie dem der „Bürgerarbeit“ von Ulrich Beck (Beck 1999) vor, lediglich bisher brachliegende Humankapitalressourcen nutzbar machen zu wollen, um die Finanzkrise der kommunalen Haushalte zu lösen, und mit den Metaphern von „Bürgersinn“, „Selbstbestimmung“ und „Eigenverantwortung“ den „Blick auf die politische Ökonomie der unbezahlten Arbeit“ (Reichert 2002: 44) zu verstellen.

Um unbezahlte, informelle Arbeit handelt es sich auch bei der hier untersuchten gemeinschaftlichen Freiraumgestaltung, die sich durch die gleichzeitige Produktion (Pflege) und Konsumption (Nutzung) kollektiver Güter auszeichnet. Sie erfordert Zeit, Regelmäßigkeit, physische Anstrengung, Verantwortungsgefühl und die Kooperation mit anderen – einschließlich der damit verbundenen Entscheidungs- und Planungsprozesse. Für Reichert umfasst informelle Ökonomie:

(...) nur solche Bereiche der Volkswirtschaft (...), in denen gesetzlich erlaubte Aktivitäten stattfinden, nicht-monetäre Austauschprozesse dominieren, in denen die Autonomie und Motivation der menschlichen Arbeit betont wird und das Subsistenzwirtschaftliche Kriterium überwiegt. (2000:6)

Er beschreibt damit – unbeabsichtigt - recht gut die hier untersuchten Gartenprojekte. Konkret lässt sich diese Form von Arbeit nach Reichert (2000:52ff) als Selbsthilfeaktivität in den Bereich der Selbsthilfeökonomie einordnen, wobei Überschneidungen zur Selbstversorgungswirtschaft bestehen (ibid.:41, 45f.).³ Skolka (1984, zitiert in Reichert 2000: 14) hingegen unterscheidet nur zwischen Eigenleistung für den eigenen Gebrauch und Freiwilligenarbeit zum überwiegenden Nutzen anderer. Hier ließen sich die Gemeinschaftsgärten ebenfalls zwischen den beiden Kategorien der Eigenleistung und der Freiwilligenarbeit einordnen, da sie – wie bereits erwähnt – einerseits Aspekte der Selbstversorgung und des Arbeitens für den wie auch immer gearteten individuellen Nutzen aufweisen. Zum anderen produzieren sie öffentliche, d.h. auch von Nicht-GärtnerInnen nutzbare Güter. Konkret schaffen sie allgemein zugängliche Freiräume, welche die Wohn- und Lebensqualität im Quartier potenziell verbessern.

Neben ihrer Charakterisierung als informelle Arbeit geht es auch um die Frage von mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes. Unabhängig von den Debatten um informelle Ökonomie und neue Arbeitsbegriffe greift der verstärkte Ruf

² Vgl. u.a. Fuchs, Claudia, Bürger sollen Grün-Paten werden, in: Berliner Zeitung, 25.02.04: 29; Schulz, Stefan, Grünanlagen in privater Obhut, in: Berliner Morgenpost, 30.01.04. N.N., Bezirke lehnen Eintrittsgeld für ihre Parks ab, in: Berliner Morgenpost, 30.01.04.

³ Reichert unterscheidet zwischen den Sektoren von Haushaltswirtschaft; Selbstversorgungswirtschaft (Renovierung, Heimwerken, Gartenarbeit) und Selbsthilfeökonomie (Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfevereinigungen, Ehrenamtlichen Tätigkeiten und Bürgerinitiativen/Politik/Gewerkschaften) (Reichert 2000). Dabei orientiert er sich u.a. an Skolka, der ebenfalls die sog. „Schattenwirtschaft“ – von ihm definiert als ungesetzliche Wirtschaft - von der informellen Ökonomie ausnimmt und beide zusammen als Parallelwirtschaft bezeichnet.

nach bürgerschaftlichem Engagement eine Diskussion auf, die von VertreterInnen emanzipatorisch orientierter Freiraumplanung seit Jahrzehnten geführt wird. Denn tatsächlich besteht ein Bedürfnis nach mehr und anderen Freiräumen und darüber hinaus nach neuen, unbürokratischen Formen der Bereitstellung sozialer Infrastruktur. Damit verbunden sind Forderungen nach eigenverantwortlicher Gestaltung von Flächen und größerer Selbstbestimmung im eigenen Kiez bei weiterhin stattfindender gesellschaftlicher Finanzierung. Ob diese Forderungen und das, was in den 1970er Jahren unter den Stichworten „BürgerInneninitiative“, „mehr Mitbestimmung“ und „kollektive Selbsthilfe“ diskutiert wurde, in den heutigen Begriffen von Kommunitarismus, Zivilgesellschaft und Sozialkapital wirklich wieder auftauchen, bleibt zu klären.

Gemeinschaftsgärten in Berlin

Tatsächlich sind in den letzten Jahren in Berlin an den verschiedensten Orten Kiezgärten, Brachenprojekte und Ökogärten entstanden, d.h. der Wunsch nach neuen Formen einer bewohnerInnenorientierten Freiraumgestaltung wird längst in die Praxis umgesetzt. Oft beziehen sich diese Projekte auf die Erfahrungen der *community gardens* in New York City. Es gibt in Berlin selbst auch eine längere Tradition von BewohnerInneninitiativen zur Schaffung von mehr Grünflächen, so zum Beispiel die Initiative zur Schaffung des Mauerparks oder des Naturparks Schöneberger Südgelände, die jedoch mehr oder weniger klassische Parks zum Ziel hatten. Die besondere und bisher kaum untersuchte Form der *community gardens* oder Nachbarschaftsgärten füllt eine Lücke zwischen den vorherrschenden Freiraumtypen von Stadtpark, Privat- oder Schrebergarten. Sie können – so meine Vermutung – spezifische Funktionen erfüllen, die durch andere Formen nicht abgedeckt werden.⁴

Der Überprüfung dieser Vermutung dient zunächst eine Beschreibung der vorhandenen Projekte sowie die Bestimmung ihrer unterschiedlichen Wirkungen und Bedeutungen. Zudem ist es wesentlich, die Motive und Anforderungen der VertreterInnen dieser selbstorganisierten Formen genauer zu untersuchen. Es gilt herauszufinden, ob die KiezgärtnerInnen die Flächen unter den z.T. prekären Rahmenbedingungen – wie z.B. zeitliche Befristung - tatsächlich für ihre Ziele und Bedürfnisse nutzen können. Entsprechend wird der Fokus auf soziale und politische Fragen gelegt und ein subjekt- bzw. akteursbezogener Ansatz gewählt.

Die Anlässe und Formen der Aktivitäten sind auf den verschiedenen Freiflächen in Berlin sehr unterschiedlich. Eine allgemeingültige Definition oder Benennung des Phänomens fehlt bisher. Ihnen gemeinsam ist - neben der gärtnerischen Nutzung - die gemeinschaftliche Pflege der Flächen und die Präsenz einer gewissen Öffentlichkeit. Letzteres bedeutet, dass zumindest ein zeitweiliger öffentlicher Zugang gewahrt ist, d.h. tatsächlich ein allgemein nutzbares Gut geschaffen wird. Insofern unterscheiden sich die von mir untersuchten Projekte auf der einen Seite von reinen Beteiligungsprojekten in der Entstehungsphase von Grünflächen, auf der anderen Seite auch von den individuellen und mit einem privaten Verfügungsrecht ausgestatteten MieterInnen- und Kleingärten. Demzufolge lassen

⁴ Nach Boching/ Selle (1992) erfüllen Freiräume in der Stadt immer verschiedene soziale, ökologische und ökonomische Funktionen.

sich Gemeinschaftsgärten als Orte gemeinschaftlichen Gärtnerns auf zumindest zeitweise öffentlich zugänglichem Land definieren.⁵

Um eine möglichst große Vielfalt der Projekte zu erfassen und räumliche Einflussfaktoren zu prüfen, habe ich exemplarisch Projekte in Gründerzeitvierteln, Großwohnsiedlungen und Einzelhausgebieten mit Privatgärten jeweils im Ost- und Westteil der Stadt untersucht.⁶ Neben diesen reinen „Nachbarschaftsgärten“ wurden auch eher thematisch orientierte Gemeinschaftsgärten in die Untersuchung aufgenommen.

Methodische Vorgehensweise

Aufgrund des bisher noch nicht wissenschaftlich untersuchten Forschungsfeldes und der damit verbundenen explorativen Rechercharbeiten gestaltete sich die empirische Arbeit als recht aufwändig und langwierig. Die Kontakte zu den Projekten ergaben sich durch Recherche im Internet, durch einzelne Literaturhinweise, v.a. aber durch mündliche Berichte. Insgesamt wurden neun Projekte in die ausführliche Untersuchung einbezogen, über einige weitere wurden nur Kurzinformationen zusammengetragen. Neben verschiedenen (Vor-) Gesprächen wurden 2003 und 2004 qualitative Interviews mit 20 VertreterInnen von Projekten, vier VertreterInnen intermediärer Organisationen in sechs Berliner Bezirken (Ost und West) sowie fünf VertreterInnen aus Universitäten und von Umweltverbänden durchgeführt. Zudem fanden fünf Interviews mit MitarbeiterInnen öffentlicher Verwaltungen und der Lokalpolitik statt. Zusätzliche Informationen zu den untersuchten Projekten wurden Veröffentlichungen sowie Primärdokumenten entnommen.

Die Interviews orientieren sich am Typus des Problemzentrierten Interviews (Witzel 2000) mit erzählgenerierender Eingangsfrage sowie einem Gesprächsleitfaden für Nachfragen zu Einzelaspekten. Die Interviews dauerten je nach Gesprächsbereitschaft und je nachdem, ob es sich um ein Gruppen- oder Einzelinterview handelte, zwischen ein und drei Stunden. Sie wurden digital aufgezeichnet.

Während eines sechswöchigen Forschungsaufenthaltes in Toronto und Seattle im Herbst 2003 habe ich ebenfalls *community gardens* besichtigt, dokumentiert und VertreterInnen der Gärten, der Stadtverwaltungen und von Unterstützungsorganisationen interviewt. Durch die bessere Organisation und Vernetzung der Projekte in den besuchten Städten war der Zugang zu relevanten GesprächspartnerInnen bedeutend einfacher und schneller möglich. Insgesamt wurden in 13 Interviews 14 Personen befragt. In den Interviews in Nordamerika interessierte weniger die individuelle Motivation, sondern – auch aus zeitlichen Gründen – die institutionellen Rahmenbedingungen und die Arbeit der Unterstützungsorganisationen.

Da sich die Berliner Gärten z.T. an den nordamerikanischen Erfahrungen orientieren, werden diese im Folgenden vorangestellt.

⁵ Diese Definition hat sich von Fall zu Fall entwickelt. Mein Vorgehen folgt dem Paradigma qualitativer Forschung (vgl. u.a. Flick 1998: S. 56ff; Kleining 2001[1982]; Witt 2001). So geht es nicht um einen linearen Forschungsverlauf, in dem jeder einzelne Schritt vorab festgelegt wird, sondern um ein zirkuläres Vorgehen, in dem die Analyse von einzelnen Fällen das weitere Vorgehen und die Auswahl der folgenden Fälle bestimmen. Diese Vorgehensweise bietet sich an, da der Gegenstand – v.a. in seiner Gesamtheit – bislang fast nicht untersucht ist. Nur zu wenigen einzelnen Projekten gibt es sog. „Graue Literatur“, so z.B. zur Marie (s. u.) und zu einer weiteren Initiative im Prenzlauer Berg (Kibler 2001).

⁶ Eine Gesamterfassung aller Berliner Projekte war methodisch nicht möglich, zudem auch nicht Ziel dieser qualitativen Untersuchung.

Community Gardens in Nordamerika

New York City, USA

In der Bundesrepublik sind am ehesten die New Yorker *community gardens* ein Begriff.⁷ Diese entstanden seit den 1970er Jahren auf brachgefallenen - i.d.R. städtischen - Grundstücken als Antwort auf Mangel an Grünflächen und städtischen Verfall, aber auch auf Armut, Nahrungsmittelmangel und Kriminalität. Es ging darum, sich städtischen Raum aktiv anzueignen und die Flächen nach den eigenen Vorstellungen zu nutzen. Die Besetzungen der Flächen waren zunächst illegal. Seit Ende der 1970er Jahre gibt es jedoch **Green Thumb**, einen Bereich der Stadtverwaltung, der die *community gardens* legalisiert und unterstützt. Im Laufe der Zeit veränderte sich die Ausrichtung der Gärten stark. Im Vordergrund der meisten Gärten standen weniger gesellschaftspolitische Ansprüche, sondern eher die Versorgung mit Nahrungsmitteln – d.h. ihre Subsistenzfunktion - sowie der Wunsch nach sozialen Kontakten. Die oft verzerrte Wahrnehmung ergibt sich daraus, dass die bekanntesten Gärten aus der Lower East Side, die eher von Mittelschichtsangehörigen betrieben werden, den kleinsten Teil der gesamten Gärten ausmachen. Die Mehrzahl der Gärten liegt in den armen Vierteln und wird v.a. von Schwarzen und Latinas/Latinos betrieben. Aufmerksamkeit auch über New York hinaus und eine Repolitisierung erlangte das Thema Ende der 1990er Jahre, als unter Bürgermeister Giuliani eine große Anzahl der damals ca. 1000 Gärten durch Verkauf und anschließende Bebauung bedroht wurden. Durch massiven Protest, Lobbyarbeit und spendenfinanzierten Kauf konnten viele Gärten gerettet werden und erlangten z.T. sogar einen dauerhaft gesicherten Status. Heute gibt es weiterhin ca. 800 *community gardens*.

Toronto, Kanada

Im Unterschied zu New York City ist die Community Garden - Bewegung – wenn sie denn so bezeichnet werden kann – bedeutend jünger und nahm ihren Ausgangspunkt an anderer Stelle.⁸ Die heute wohl wichtigste Unterstützungsorganisation – **Foodshare** – entstand 1985 als Informationsdienst zu Nahrungsmittelversorgung und *foodbanks*.⁹ Schon ein Jahr später beschäftigte sich Foodshare auch mit der Bedeutung von *community gardens* - als Teil von urbaner Landwirtschaft - zur Hungerprävention. Mit der Schaffung eines eigenen Community Garden - Programms richtete Foodshare zu Beginn der 1990er Jahre eine Vollzeitstelle für eine Community Garden Koordinatorin ein (Baker 2002).

Die politische Arbeit auf breiter Ebene zur Unterstützung von *community gardens* zeigt Ende der 1990er Jahre verschiedene Resultate: Der 1998 von der Stadt beschlossene Community Garden Action Plan sieht die Einrichtung eines Gartens in jedem der 44 *wards* – Stadtbezirke, in denen durchschnittlich ca. 50.000 Menschen leben - vor. Außerdem wurde ein Community Garden Koordinator im Bereich der **Parkverwaltung** der Stadt eingestellt, an den sich interessierte BewohnerInnen wenden können. Vorausgegangen war in Zusammen-

⁷ Da die *community gardens* in New York auch in hiesigen Publikationen bereits mehrfach beschrieben wurden (vgl. u.a. Grünsteidel 1996; 2000; Meyer-Renschhausen 2002; Moll 2003; Stone 2002), wendete ich mich in meinen Vor-Ort-Untersuchungen anderen nordamerikanischen Städten zu.

⁸ Es gab zwar auch Anfang der 1970er Jahre *community gardens*, die laut Hayes in Zusammenhang mit der Ölkrise bzw. allgemeiner der ökonomischen Krise standen. Diese existierten jedoch nicht sehr lange und können zudem eher als *allotment gardens* (s.u.) bezeichnet werden. Ein wiedererwachtes größeres Interesse gibt es erst seit Ende der 1980er (Hayes 2003).

⁹ Nahrungsmittelsammel- und -verteilstellen für Bedürftige, in Berlin am ehesten vergleichbar mit der „Berliner Tafel“.

arbeit mit Foodshare ein halbjähriges Ausbildungsprojekt für „*youth at risk*“. Hier erlernten Jugendliche gärtnerische und allgemein berufsqualifizierende Fähigkeiten, die sie praktisch in den bereits bestehenden *community gardens* anwenden konnten. Der Nutzen dieses Projektes war also ein doppelter: die informellen *gardeners* erhielten fachliche Beratung, die Jugendlichen für den formellen Sektor qualifizierende Praxis.

In den Berichten des **Food and Hunger Action Committee**, welches aus Stadtverordneten, Stadtverwaltung und *community activists* besteht, wird die Einrichtung von *community gardens* als wichtiges Instrument zur Sicherstellung einer gesunden und ausgewogenen Ernährung aller StadtbewohnerInnen genannt.¹⁰ *community gardens* als praktischer Ansatzpunkt lokaler Ökonomie werden sowohl kurz- als auch langfristig als wichtige Strategie angesehen, da sie die lokale Nahrungsmittelautonomie erhöhen sowie zum Umweltschutz und zur Gemeinwesenentwicklung beitragen. Sie sollten insbesondere in armen Gebieten mit schlechter Versorgung mit frischem Gemüse und Obst gefördert werden. Grundsätzlich sieht das *committee* die Ursache von Hunger in Toronto jedoch in der Armut der Bevölkerung bzw. konkreter in Sozialhilfekürzungen, niedrigen Löhnen und hohen Mieten und nicht in einer Lebensmittelknappheit (Food and Hunger Action Committee 2001; 2003). Eine ebenfalls wichtige Rolle für die Stärkung von urbaner Landwirtschaft und *community gardens* spielt der **Toronto Food Policy Council**. Diese Einrichtung der Stadtverwaltung arbeitet an dem Ziel einer langfristigen Ernährungssicherung für Toronto.

Neben diesen beiden Hauptakteuren – Foodshare und Stadtverwaltung – gibt es zahlreiche weitere, oft nur sublokal agierende Organisationen. Hierzu zählt z.B. **AfriCan Foodbasket**, eine Organisation die sich v.a. auf die *african-canadian community* bezieht, oder **The Stop Community Food Centre**, die einen eigenen *Community Garden* in einem Park betreibt, der für die verschiedenen Ernährungssicherungsprogramme genutzt wird. Erst 1999 wurde das **Toronto Community Garden Network** gegründet, welches den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren und einzelnen *gardeners* ermöglicht. Der Vernetzung der *gardeners* dient auch eine seit einigen Jahren stattfindende Besichtigungstour durch einige Gärten. Gemeinsam ist allen genannten Einrichtungen die starke Betonung der Nahrungsmittelproduktion durch *community gardens*, d.h. der ökonomischen Aspekte.

Evergreen, eine Non-Profit-Organisation mit dem Ziel der Begrünung von Städten, hat hingegen *community gardens* geschaffen, deren Schwerpunkt nicht im Nahrungsmittelbereich liegt. Ihnen geht es um die Schaffung von Habitaten und die Bewahrung von einheimischen Pflanzen. Die Evergreen-Gärten befinden sich in öffentlichen Parks und auf dem Gelände anderer Organisationen. Nicht für jeden dieser Gärten finden sich jedoch genug Freiwillige, so dass z.T. relativ viel Pflegearbeit von den Evergreen-MitarbeiterInnen selbst geleistet wird und auf Personen zurückgegriffen werden muss, die sich im Rahmen eines *workfare*-Programms durch die Mitarbeit ihre geringe Sozialhilfe aufbessern (Brierley 2003). Gründe für das mangelnde Interesse vermute ich zum einen in der Lage der Gärten, zum anderen im Ansatz von der Organisation Evergreen-. Die Gärten entstehen nicht aufgrund eines Bedarfs und einer Organisation in der Nachbarschaft, sondern werden von Evergreen mit dem Ziel entwickelt, vor Ort auf Interesse zu stoßen. Zudem könnten die Beschränkung

¹⁰ Hier findet sich auch eine Definition von *community gardens*. Sie werden definiert als: "(...) outdoor spaces on public or private lands, where neighbours meet to grow and care for vegetables, flowers and native plant species. The gardeners take initiative and responsibility for organizing, maintaining and managing the garden area. Community gardens can also include skills development and/or job training components" (Food and Hunger Action Committee 2003).

auf einheimische Wildblumen und der Ausschluss von Nahrungsmittelanbau an den Interessen vorbeigehen.

Zur Zeit gibt es in Toronto ca. 100 **community gardens**. Einige von ihnen sind sehr klein, z.T. nur 20 m² groß. Ungefähr 30 von ihnen befinden sich in öffentlichen Parks¹¹, die anderen entstehen im Zusammenhang mit sonstigen Einrichtungen, z.B. *Community Centres*, Gesundheitseinrichtungen, Bibliotheken etc.. Auch im Sozialen Wohnungsbau gibt es *community gardens*.¹² Oft werden in Zusammenhang mit den sonstigen Einrichtungen Menschen für ihre Moderations- und Beratungstätigkeit bezahlt, d.h. es werden aus der informellen Arbeit heraus formelle Arbeitsplätze geschaffen. Dies kann insbesondere dann von Vorteil sein, wenn Personengruppen angesprochen werden sollen, die über weniger Ressourcen zur Selbstorganisation und Interessenartikulation verfügen. Die Gärten werden ansonsten weitgehend selbstbestimmt organisiert.¹³ Dabei wird auch von der Gruppe selbst festgelegt, wie gemeinschaftlich oder wie individuell die Gärten betrieben werden. Üblich sind Mischformen, d.h. gemeinschaftliche (Erholungs-)Flächen und Beete neben individuellen *plots*.

Neben den *community gardens* gibt es in Toronto die **allotment gardens**, die sich z.T. auch in öffentlichen Parks befinden. Diese sind eher mit den deutschen Kleingärten bzw. stärker noch mit „Grabeland“ vergleichbar, da sie individuell und gegen Nutzungsentgelt jeweils für ein Jahr gepachtet werden.¹⁴ Sie sind nicht öffentlich zugänglich, sondern eingezäunt und abgeschlossen, und die Vergabe wird über die Stadtverwaltung geregelt. Mit einer typischen Parzellengröße von 18 m² sind sie sehr klein und werden ausschließlich zum intensiven Anbau von Gemüse und anderen Pflanzen genutzt. Rasen und weitere Flächen für passive Erholung und Lauben sind nicht zu finden (Boyé 2003).

Die P-Patch-Gardens in Seattle, USA

Die **P-Patches** in Seattle können als Zwischenform zwischen den *community* und den *allotment gardens* in Toronto eingeordnet werden.¹⁵ Für die Parzellen muss eine jährliche Pacht von ca. 50 \$ bezahlt werden, die offizielle Vergabe und Verwaltung erfolgt durch die Stadt.¹⁶ Die einzelnen Parzellen sind jedoch nicht durch Zäune abgegrenzt und der gesamte *P-Patch*-Garten ist jederzeit öffentlich zugänglich. Meist gibt es eine größere Gemeinschaftsfläche mit Sitzmöglichkeiten, einem Informationsbrett und einem Geräteschuppen. Die interne Organisation erfolgt durch die *gardeners* selbst. Der organische Anbau, d.h. der Anbau ohne künstlichen Dünger oder Schädlingsbekämpfungsmittel, ist für alle *P-Patches* verpflichtend. Der Name *P-Patch* geht auf den ersten Garten zurück, der 1973 auf dem Gelände der Picardo-Familie entstand. Der Erwerb der Fläche durch die Stadt im darauffolgenden Jahr markiert den Beginn des städtischen P-Patch-Programms. Die meisten Gärten begannen als Zwischennutzungen mit unsicherem Status, was dazu führte, dass in der Zeit des

¹¹ vgl. http://www.city.toronto.on.ca/parks/programs/garden_parks.pdf

¹² Diese sind oft nur den MieterInnen zugänglich, würden in der Bundesrepublik also eher als MieterInnengärten bezeichnet werden.

¹³ Auch die in den Parks angelegten Gärten werden nicht durch die Stadt verwaltet. Der *community garden coordinator* gibt nur Starthilfe und berät die potenziellen *community gardeners* (Toronto Parks and Recreation Division 2002).

¹⁴ Auf „Grabeland“ dürfen nur einjährige Pflanzen angebaut werden, d.h. keine Sträucher, Bäume, Stauden. Zudem dürfen keine Lauben errichtet werden. Dadurch soll ein Zwischennutzungscharakter gewahrt bleiben.

¹⁵ Neben den ca. 70 von der Stadt verwalteten *P-Patches* gibt es eine kleine Zahl weiterer, unabhängiger *community gardens*.

¹⁶ Die Stadt betreibt ein Wartelistensystem. Auf dieser Liste stehen derzeit ca. 600 Personen (Macdonald 2003).

Immobilienbooms in Seattle Ende der 1990er einige Gärten (v.a. auf privaten Grundstücken) verloren gingen.¹⁷ Inzwischen gibt es in der Stadt eine breite Koalition zum Erhalt der Gärten, was auch Resultat politischer Kämpfe der *gardeners* ist. Faktisch haben die Gärten inzwischen einen dauerhaften Status.

Neben diesem „*Rent-a-plot*“-System betreibt das *P-Patch*-Program in Kooperation mit dem ehrenamtlichen Zusammenschluss der „*Friends of P-Patch*“ und der *Seattle Housing Authority* seit 1995 ein besonderes Programm: die **Cultivating Communities** (Goodlett 2003). Diese umfasst 19 Gärten für Haushalte unter der Armutsgrenze, de facto v.a. MigrantInnen. Durch dieses Sonderprogramm sollen auch die Personengruppen Zugang zu einem Garten erhalten, die aufgrund finanzieller oder sonstiger Restriktionen bisher ausgeschlossen waren. Ebenso soll die ethnische Vielfalt der Viertel, in denen sich die Gärten befinden, widerspiegelt werden, was in den sonstigen *P-Patches* meist nicht der Fall ist.

Drei dieser Gärten sind **Market Gardens**, d.h. Produkte aus diesen Gärten können – im Gegensatz zu den anderen *P-Patches* - verkauft werden und der Gewinn kommt größtenteils den *gardeners* zugute. Der Verkauf erfolgt über ein Abonnement-Kisten-System. Diese Gärten stellen einen Sonderfall dar: Da das Ziel der – legalen – monetären Einkommensverbesserung im Vordergrund steht, ähneln sie stark der formellen Ökonomie. Da die Situation der *gardeners* jedoch äußerst prekär ist, die finanziellen Einnahmen bei weitem nicht ausreichend für den Lebensunterhalt sind und es sich um ein städtisches Förderprogramm handelt, kann zu Recht von informeller Ökonomie gesprochen werden. Neben den ökonomischen Zielen der Einkommensverbesserung verfolgt das Projekt auch soziale und allgemein qualifizierende Ziele – z.B. den Erwerb von Englischkenntnissen und Vermarktungsfähigkeiten für ihre Produkte.

Fazit

In den drei vorgestellten Städten gibt es diverse Arten von *community gardens* mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten, Entstehungsgeschichten und Organisationsformen. Gemeinsam ist den meisten jedoch eine starke Ausrichtung auf die Produktion gesunder Nahrungsmittel. Diese dient v.a. der Selbstversorgung, nur in einigen Pilotprojekten wie den *Market Gardens* in Seattle bietet die Möglichkeit des Verkaufs der Produkte eine direkte Einkommensverbesserung. Dabei handelt es sich keinesfalls um Subsistenzwirtschaft. Die angebauten Produkte dienen eher der Bereicherung der Nahrungsmittelversorgung der *gardeners* oder werden an Food Banks gespendet. Ein auf weitgehende Selbstversorgung orientierter Anbau lohnt sich nur, wenn die *gardeners* nicht mehr formell beschäftigt sind und über entsprechend viel Zeit sowie gärtnerisches Fachwissen verfügen. Dies ist i.d.R. nicht der Fall. Es handelt sich also meist um eine Ergänzung, selten den vollständigen Ersatz formeller Arbeit.

Im Folgenden werden Beispiele aus Berlin vorgestellt, welche die Bandbreite der existierenden Projekte widerspiegeln sollen.

¹⁷ Ca. 2/3 der Gärten befinden sich auf öffentlichem Land verschiedener öffentlicher Einrichtungen und Betriebe, der Rest auf Privatgrundstücken.

Projekte in Berlin

Nachbarschaftsgärten / Wohnumfeldorientierte Projekte

(1) Kiezzgarten auf der Marie, Prenzlauer Berg (Gründerzeit Ost) – Ein Kiezzgarten in einem öffentlichen Park

Der Kiezzgarten in der Marienburger Str. entstand anlässlich eines umfangreichen Beteiligungsverfahrens zur Planung und Gestaltung eines für eine 10jährige Zwischennutzung angelegten Parks im Sanierungsgebiet Winsstraße. Dabei wurde von Beginn an der Wunsch nach eigenen gärtnerischen Betätigungsmöglichkeiten durch die BewohnerInnen geäußert. Inspiriert war dieser Wunsch durch die Erfahrungen der *community gardens* in New York City. Die Planungen begannen 1997, zwei Jahre später wurde der „Platz für die Marie“ mit dem Kiezzgarten eröffnet. Die Gruppe der zunächst 16 Erwachsenen und zehn Kinder, die sich um den Kiezzgarten kümmern, hat sich inzwischen reduziert. Das Projekt läuft jedoch weiterhin sehr erfolgreich und ruft positive Reaktionen der BesucherInnen hervor (Gehrke / Grünsteidel / Wend 1999; Grünsteidel 2001).

(2) Brachflächen in Friedrichshain (Gründerzeit Ost) – Gärtnerische Zwischennutzung durch BewohnerInneninitiativen

Dieses Projekt wurde durch die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Samariterviertel und die Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirks angeregt. Es wurde durch den Sanierungsbeauftragten „Stattbau GmbH“ initiiert. Als Vorarbeit wurde eine Studie über brachgefallene Grundstücke im Sanierungsgebiet sowie potenzielle Zwischennutzungen erstellt (Hoffmann 2000). In dieser Studie wurden auch die Erfahrungen der *community gardens* aufgenommen, die Nutzungsideen wurden jedoch bewusst nicht auf gärtnerische Nutzungen beschränkt. Nach einem zweijährigen Vorlauf, in denen Kiezzspaziergänge und Workshops mit interessierten BewohnerInnen durchgeführt sowie rechtliche und finanzielle Fragen geklärt wurden, begannen die BewohnerInnengruppen 2002 mit der selbstbestimmten Gestaltung von drei Flächen. Auf allen Flächen setzte sich eine gärtnerische Nutzung durch. Es werden wie auf der „Marie“ v.a. Blumen und Sträucher gepflanzt. Als allgemeine Vorgabe war die Sicherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit zu gewährleisten. Bei einem Projekt gibt es einen Zaun als Schutz vor Hunden. Als vorteilhaft wird von den Beteiligten der Status als Sanierungsgebiet und die Anwesenheit von „Stattbau“ als intermediärer Instanz eingeschätzt sowie die allgemein große Bereitschaft der BewohnerInnen und des Bezirksamtes zu neuen Wegen der Zwischennutzung von Brachflächen.

(3) Kinderbauernhof Mauerplatz, Kreuzberg (Gründerzeit West) – Kämpferische Aneignung von unten

Der Kinderbauernhof in der Kreuzberger Adalbertstraße ist der erste der rund 10 Kinderbauernhöfe in Berlin¹⁸. Er entstand 1981 durch die Besetzung eines Grundstückes direkt an der Mauer im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen dieser Zeit und dem Widerstand gegen die „Kahlschlagsanierungspolitik“. Der Kinderbauernhof stand damit in enger Verbindung zu

¹⁸ Eine genaue Zahlenangabe ist nicht möglich, da viele Projekte nicht als Kinderbauernhof definiert sind, obwohl sie typische Merkmale aufweisen und umgekehrt.

den Anfängen der „Behutsamen Stadterneuerung“ und spielte auch allgemein in der Kreuzberger Lokalpolitik v.a. während der 1980er Jahre eine gewisse Rolle. Eine Gruppe alleinerziehender Mütter machte den Anfang; bald entwickelte sich der Kinderbauernhof zu einem Projekt, das im ganzen Stadtteil stark verankert ist. Er trägt wesentlich zur Integration der recht heterogenen Nachbarschaft bei. Der Kinderbauernhof lebt vom unbezahlten Engagement der Initiative und der Nachbarschaft sowie wenigen bezahlten Projektstellen mit unsicherer Zukunft. Erst Ende 2001 wurde zwischen Bezirk und dem in der Bezirkspolitik lange umstrittenen Trägerverein ein Pachtvertrag abgeschlossen. Im Unterschied zu den sonstigen hier vorgestellten Projekten werden auf dem Kinderbauernhof auch Tiere gehalten.

Es gibt mehrere Gartenprojekte: den Nachbarschaftsgarten oder „Hexengarten“ von Beginn an, den „Biogarten“ seit 1999 (Bull / Goltz 1999; Syrbe 1999) sowie den Kartoffelacker. Es werden einige Kräuter und wenige Gemüsesorten angebaut, insgesamt dienen die Gärten jedoch eher der gärtnerischen Betätigung an sich sowie zu Demonstrationszwecken und kaum zur Nahrungsmittelproduktion. Der Platz wird v.a. von Kindern – inzwischen schon in der 3. Generation - sowie Schulklassen genutzt. Einzelne Kitagruppen betreuen Beete im Nachbarschaftsgarten. Darüber hinaus dient der Garten als Nachbarschaftstreff für alle Altersgruppen und Nationalitäten. Er ist jedoch auch über das unmittelbare Umfeld hinaus bekannt.

(4) Volkspark Lichtenrade (Großsiedlung West) – Ein vereinsbetriebener öffentlicher Park

Der Volkspark Lichtenrade stammt ebenfalls aus der Zeit um 1980, hat jedoch einen anderen Hintergrund. Er entstand durch eine symbolische Besetzung und Bepflanzung einer zur Vergrößerung der Großwohnsiedlung Lichtenrade Ost vorgesehen Fläche. Die BewohnerInnen dieser Siedlung setzten sich dafür ein, eine Grünfläche als Ausgleich zur dichten Bebauung zu schaffen. Dafür suchten sie erfolgreich die Unterstützung von Lokalpolitik und Kirche, welche letztlich auch zur schrittweisen Verpachtung und 1989 zum Abschluss eines Pachtvertrages über die 46.000 m² große Gesamtfläche führte. Seit seiner Gründung 1981 betreibt der Volkspark Lichtenrade e.V. den öffentlich zugänglichen Park allein mit ehrenamtlicher Arbeit und Mitgliedsbeiträgen sowie sporadischer Projektförderung. Innerhalb des sehr abwechslungsreich gestalteten Parks gibt es einen abgeschlossenen Werkhof, auf dem die Vereinsmitglieder eigene Beete anlegen können. Hier werden z.T. auch Gemüse und Kräuter zur Selbstversorgung angebaut.

Themenorientierte Projekte

Die in diese Kategorie fallenden Projekte lassen sich wiederum drei verschiedenen Themen zuordnen: Interkultureller Austausch, Ökologie und Kinder- und Jugend(bildungs)arbeit. Zum Teil fallen diese Themen jedoch zusammen, so gibt es Gärten mit dem Ziel der Umweltbildungsarbeit für Kinder und Jugendliche sowie Projekte, in denen es um einen interkulturellen und ökologischen Anspruch geht.

(1) Interkultureller Garten Köpenick

Die Gründung des Interkulturellen Gartens in Köpenick wurde durch die Erfahrungen der Göttinger Internationalen Gärten (Müller 2002) inspiriert. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Köpenick bildete sich eine Projektgruppe zur Errichtung eines Interkulturellen Gartens im

Bezirk. Mit Unterstützung des Bezirksamtes, der Ausländerbeauftragten und der Kirche wurde Ende 2002 ein ca. 4000 m² großes Grundstück am Rande einer Kleingartenanlage gefunden, auf dem der Bezirk ursprünglich einen Spielplatz anlegen wollte. Die 15 NutzerInnengruppen aus verschiedenen Ländern (Vietnam, Ukraine, Ägypten, Ungarn, Kasachstan) wohnen nicht alle in direkter Nachbarschaft des Gartens, sondern kommen aus dem gesamten Bezirk Treptow-Köpenick. Sie wurden durch die Ausländerbeauftragte vermittelt. Der Garten ist geöffnet, wenn NutzerInnen auf der Fläche sind oder öffentliche Veranstaltungen stattfinden. Derzeit wird ein Großteil der organisatorischen Arbeit durch zeitgleich geschaffene ABM-Stellen erledigt, die inzwischen jedoch bereits ausgelaufen sind oder demnächst auslaufen.¹⁹ Neben einem großen gemeinschaftlichen Bereich gibt es Einzelparzellen. Je nach Interesse werden vorwiegend Blumen oder Gemüse und Kräuter zur Selbstversorgung angebaut, oft typisch für die jeweiligen Herkunftsländer.

(2) Ökogarten des Fördervereins Landschaftspark Nordost in Wartenberg / Hohenschönhausen

Das vom Förderverein Landschaftspark Nordost e.V. gepachtete, ca. 800 m² große Grundstück in der Siedlung Wartenberg soll als ökologischer Gemüse- und Kräutergarten und als Lehr- und Demonstrationsgarten fungieren. Derzeit wird die Pflege v.a. von einer Nachbarin, welche auch Vereinsmitglied ist, übernommen. Zudem arbeiten zeitweise Jugendliche im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres, „lernbehinderte“ SchülerInnen, zu gemeinnütziger Arbeit Verurteilte sowie zwei interessierte Frauen aus der Großwohnsiedlung Hohenschönhausen mit. Letztere erhalten als Anerkennung für ihre Arbeit Naturalien aus dem Garten.

(3) Der „Kids' Garden“ – Ein ökologischer Natur- und Spielgarten in Neukölln

Dieser Garten befindet sich auf einem für den Bau einer Kita vorgesehenen bezirklichen Grundstück. Beteiligt sind 14 verschiedene Kinderläden, Kitas und Elterninitiativen aus der direkten Umgebung, die sich zum „Grün für Kinder e.V.“ zusammengeschlossen haben.²⁰ Unterstützt wurde die Gründung des Gartens 1999 durch den Sanierungsbeauftragten und das Quartiersmanagement. Er entstand aus dem Mangel an angemessenen Freiflächen für verschiedene Kindereinrichtungen. Es gibt verschiedene, allein mit natürlichen Materialien gestaltete Gemeinschaftsbereiche und ökologische Demonstrationsobjekte sowie Beete für die einzelnen beteiligten Projekte. Die Fläche ist i.d.R. verschlossen und bis auf öffentliche Veranstaltungen nur für die Einrichtungen sowie die Eltern zugänglich. Die Zahl der NutzerInnen ist jedoch recht groß – es wird geschätzt, dass ca. 250 Kinder sowie 100 Erwachsene die Fläche in Anspruch nehmen.

Die Gärten, die GärtnerInnen und die Stadt – Erste Ergebnisse und Tendenzen

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl an gemeinschaftlichen Gartenprojekten in Berlin entstanden. Dies legt nahe, dass es einen bisher unterschätzten **Bedarf** nach derartigen Pro-

¹⁹ Im Unterschied zu den sonstigen Beispielen handelt es sich beim Interkulturellen Garten Köpenick stärker um ein „von oben“ geplantes und durchgeführtes Projekt. Dies spiegelt sich u.a. in dem Begriff „NutzerInnen“ wider. Wie sich die nach Auslaufen der bezahlten Stellen notwendige Selbstorganisation der „NutzerInnen“ gestalten wird, ist noch offen.

²⁰ Der „Kid's Garden“ ist zwar stark im Quartier – dem Reuterkiez – verankert, hat jedoch eine spezifische thematische Ausrichtung, weshalb er in diesem Abschnitt vorgestellt wird.

jekten zu geben scheint. Gleichzeitig handelt es sich jedoch – im gesamtstädtischen Kontext betrachtet - um eine marginale Form der Freiflächennutzung. Die weitaus stärker verbreiteten Kleingärten bieten den Interviewten jedoch keine Alternative.²¹ Sie sind finanziell inzwischen für viele nicht mehr erschwinglich und entsprechen durch ihre Strukturen und Vorschriften oft nicht den Bedürfnissen. Zudem liegen sie oft nicht in Wohnungsnähe.

Nachbarschaftsgärten sind in allen **Wohngebietstypen** zu finden, überwiegend sie jedoch in den Gründerzeitvierteln der Innenstädte.²² Allerdings wurden trotz intensiver Recherche in den Großwohnsiedlungen im Ostteil der Stadt keine entsprechenden Projekte gefunden. Hier scheinen nur Modelle mit privatrechtlicher Verfügungsgewalt, d.h. MieterInnengärten oder reine Beteiligungsprojekte bei der Planung von Grünflächen zu funktionieren.²³ Die räumliche Nähe zur Wohnung hat einen großen Einfluss. In der Regel wohnen die GärtnerInnen ein bis fünf Gehminuten entfernt, d.h. die Gärten befinden sich in ihrem direkten Wohnumfeld. Projekte, die außerhalb des Aktionsraumes der (potenziell) Beteiligten liegen, sind weniger erfolgreich oder so attraktiv, dass auch weitere Wege in Kauf genommen werden.

Der Charakter der einzelnen Projekte hängt stark von ihrer Entstehungsgeschichte und den Involvierten ab. Hier lassen sich indirekte Bezüge zu ihrer Lage im Stadtgebiet herstellen. Ein Ost- / West-Unterschied lässt sich in einer unterschiedlichen Geschichte des Umgangs mit Freiflächen feststellen. So lässt sich sicherlich auch erklären, dass die älteren Projekte (Kinderbauernhof Mauerplatz, Volkspark Lichtenrade) im Westteil der Stadt liegen.

Ökologisches Gärtnern und ein ökologisch bewusster Umgang mit Ressourcen gehört in fast allen Projekten zum Selbstverständnis. Die Auswahl der angebauten Pflanzen variiert jedoch: In den exponierteren Lagen werden kaum Nutzpflanzen angebaut, sondern v.a. Blumen, Sträucher und Bäume. Am Stadtrand und in geschützteren Projekten werden hingegen auch Gemüse, Kräuter und Obst angebaut.

Die **soziale Zusammensetzung** der GärtnerInnen unterscheidet sich in den verschiedenen Projekten, jedoch auch nach ihrer Lage im Stadtraum. Die GemeinschaftsgärtnerInnen in der Innenstadt sind überwiegend jüngere Menschen, in der Mehrzahl mit Kindern, in den Randbezirken oft auch RentnerInnen. Die Mehrheit der Engagierten sind Frauen, hier treffen sich anscheinend das sozialisationsbedingte unterschiedliche Verhalten von Frauen im öffentlichen Raum und die immer noch mehrheitlich von Frauen getragene Verantwortung für die Kindererziehung. Bis auf zwei „Interkulturelle Gärten“ (in Köpenick und Neukölln) sind die GärtnerInnen mehrheitlich Deutsche. Die meisten von mir Interviewten haben einen sehr hohen Bildungsstand, jedoch oft geringe Einkommen. Zum Teil besitzen sie Kontakte zu anderen Bereichen informeller oder alternativer Ökonomie, z.B. zu Tauschringen (vgl. Birgit Dietrich in diesem Band).

²¹ In Berlin gibt es ca. 79.000 Kleingärten in 833 Kleingartenanlagen.

²² Eine genauere Überprüfung dieses Ergebnisses ist sicherlich sinnvoll. Ebenso könnte noch genauer untersucht werden, welche Differenzen es innerhalb eines Wohngebietstyps gibt. Ich vermute, dass nicht von den Beispielen in Friedrichshain oder Kreuzberg auf Gründerzeitgebiete per se verallgemeinert werden kann. Dort ist zwar der Problemdruck aufgrund des Mangels an Freiflächen besonders groß. Es bedarf jedoch bestimmter unterstützender Einrichtungen und v.a. eines besonderen persönlichen Interesses, gemeinschaftlich auf solchen Flächen tätig zu werden. Dass soziale und kommunikative Interessen eine besonders große Rolle spielen zeigen v.a. die Beispiele des Engagements von EinfamilienhausbewohnerInnen mit eigenem Garten. Letzteres ist beispielsweise in Lichtenrade und Wartenberg der Fall.

²³ Anzumerken wäre, dass in der DDR die Pflege von Vorgärten und Hinterhöfen durch Hausgemeinschaften erfolgte, worauf mich mehrfach GesprächspartnerInnen hinwiesen. Diese Besonderheit und ihre potenzielle Bedeutung für die Gegenwart verdient m.E. eine eigenständige Untersuchung.

Die GärtnerInnen geben unterschiedliche **Motivationen** an. Ausgangspunkt ist z.B. die Fläche, die als unangenehm oder ungenutzt empfunden wird, die Kritik an den vorhandenen Freiräumen, ein gärtnerisches Interesse, ein Interesse an Naturerfahrung. Zudem gibt es soziale, gemeinschaftliche oder politische Motive. So sind viele an Kontakten zu ihren NachbarInnen interessiert, sind allgemein gern Teil gemeinschaftlicher Prozesse oder möchten selbst ihr Lebensumfeld mitbestimmen und Einfluss nehmen können. Wesentlich ist für die meisten, dass sie gemeinsam darüber entscheiden, was auf der Fläche konkret stattfindet. Aspekte der Selbstversorgung tauchen im Gegensatz zu ihrer hohen Bedeutung in Nordamerika nur in einigen Gärten auf und nehmen auch dort oft nur eine nachrangige Stellung ein. Jedoch ist für viele das selbstbestimmte Tätigsein jenseits der üblichen Zwänge im Bereich der formellen (Lohn)Arbeit bedeutsam.

Oft überlagern sich bei den Befragten mehrere dieser Motive und Bedürfnisse. Es lassen sich Verbindungen zu den jeweiligen Lebenslagen der Beteiligten sowie zu der Freiraumstruktur der Quartiere ziehen. So sind z.B. in den innerstädtischen Gründerzeitquartieren sehr viele junge Paare/Frauen mit Kindern engagiert, da sie die vorhandenen Grünflächen und Spielplätze als ungeeignet empfinden bzw. sich selbst sinnvoll im Freien beschäftigen und nicht nur ihre Kinder beaufsichtigen wollen.

Als **Bedingungen** bzw. Ansprüche der Engagierten an die Bezirke und andere Organisationen werden die beratende, rechtliche und eine gewisse finanzielle Unterstützung genannt. Dazu wären feste und engagierte Ansprechpersonen sowie Sprechzeiten auch in den Abendstunden notwendig. Darüber hinaus wollen sie jedoch eigenverantwortlich über Gestaltung und Nutzung der Flächen entscheiden. Die gemeinschaftlichen Gartenprojekte im öffentlichen Raum werden nicht als Ersatz für kommunale Freiflächenbereitstellung angesehen, sondern als Ergänzung und Bereicherung des Freiflächensystems einer Stadt. Die Wirkung staatlicher sowie intermediärer Organisationen wie Sanierungsbeauftragte oder größere Vereine ist unterschiedlich. Sie können unterstützend wirken, Voraussetzungen schaffen, können jedoch auch an den Bedürfnissen vorbeiplanen und Aktivitäten blockieren. Dies hängt m.E. wesentlich davon ab, ob es einen partizipativen Prozess gibt, und ob eine Selbstorganisation der GärtnerInnen unterstützt wird. Außerdem wird die zeitliche Begrenzung einiger Projekte als Zwischennutzung von einigen Interviewten problematisiert. Sie würden sich wünschen, dass Flächen vom Bezirk/Senat aufgekauft und langfristig zur Verfügung gestellt würden.

Ein erschwerender Faktor ist m.E. die derzeit kaum vorhandene **Vernetzung** der Gruppen.²⁴ Es fehlen Unterstützungsorganisationen, welche die Initiierung solcher Projekte erleichtern und auch in fachlichen Fragen beraten könnten. Jede Gruppe muss sich deshalb immer wieder neu Erkenntnisse über Verfahren etc. aneignen. Die Beispiele aus Nordamerika zeigen, wie hilfreich solche Vernetzungen und Anlaufstellen sind, und dass dabei sowohl soziale als auch gärtnerisch-fachliche Kompetenzen vonnöten sind.

²⁴ Bei existierenden und geplanten Interkulturellen Gärten bahnt sich derzeit eine Vernetzung an. Vom BUND Berlin wird die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle geplant (Lohner 2004). Auch einzelne Veranstaltungen z.B. im Rahmen des Jour Fixe der workstation / RAW-Tempel e.V. in Friedrichshain dienen der Vernetzung. Es existiert derzeit jedoch kein regelmäßiger Austausch und es gibt keine zentrale Anlaufstelle.

Wirkungen und Bedeutung der Gemeinschaftsgärten in Berlin

Verglichen mit nordamerikanischen Metropolen ist die Anzahl der Gemeinschaftsgartenprojekte in Berlin noch sehr gering. Es mangelt an einer Unterstützungs- und Vernetzungsinfrastruktur. Der Aspekt der Selbstversorgung, der in den überwiegend in armen Stadtvierteln gelegenen *community gardens* sehr bedeutsam ist, ist meist nachrangig. Auffällig ist auch die anscheinend größere Akzeptanz urbanen Gartenbaus auf öffentlich zugänglichen Flächen wie z.B. in Parks in den von mir besuchten Städten Nordamerikas, v.a. in Toronto. Sie zeigt sich an der Bekanntheit der *community gardens* und den doch recht geringen Zerstörungs- und Diebstahlraten. Die größere Akzeptanz könnte jedoch auch damit zusammenhängen, dass es die in der Bundesrepublik weitverbreitete Form der Kleingärten dort so nicht gibt.

Die Wirkungen der Gemeinschaftsprojekte sind vielfältig und divers. Am auffälligsten ist sicherlich, dass vorher brach liegende Flächen nun nutzbar gemacht und in Anspruch genommen werden. Die Gestaltung wird durch die einzelnen Gruppen selbst bestimmt. Durch die Vielseitigkeit der Ideen und Bedürfnisse, die vereinbart werden müssen, entstehen ganz besondere Freiräume, die sich stark von den durch DIN-Normen und knappen Finanzen bestimmten öffentlichen Parks unterscheiden. Durch Entmüllung und Entsiegelung können „Habitats“ für Menschen, Tiere und Pflanzen geschaffen werden. Der öffentliche Raum wird belebt und ausgeweitet. Die so geschaffenen kleinen grünen „Oasen“ werden von der umliegenden Bevölkerung mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Ebenso spielt die Selbstversorgung mit gesundem Gemüse eine gewisse Rolle. Die Gärten bieten zudem eine Möglichkeit, in Kontakt mit NachbarInnen aus dem Quartier und/oder Gleichgesinnten zu kommen. Dies wird möglich durch das Arbeiten in einer Gruppe und durch den (regelmäßigen) Aufenthalt im öffentlichen Raum, der ansonsten heutzutage oft nur durchschritten wird. Hier lassen sich Erfahrungen aus den USA übertragen:

Frequent meetings in connection with daily activities increase chances of developing contacts with neighbors (...). With frequent meetings, friendship and the contact network are maintained in a far simpler and less demanding way than if friendship must be kept up by telephone and invitation. (Gehl 1987, zitiert in MacGilvra 1997:108f.)

So entwickeln sich Kontakte und Freundschaften. Gegenseitige Hilfe und der Einblick in andere Lebenswelten werden angeregt. Außerdem werden die politische Einmischung und das politische Selbstvertrauen gestärkt, und es kann aktiv Einfluss auf das Wohnumfeld bzw. die Gestaltung des eigenen Lebensbereiches genommen werden.²⁵ In vielen Aspekten treffen sich meine empirischen Befunde mit den Ergebnissen von Studien aus den USA (MacGilvra 1997; Malakoff 1995; Shafer 1998).

Genauer untersucht werden müssen demgegenüber mögliche problematische Aspekte dieser Projekte. Dies könnten z.B. interne und externe Ausschlussmechanismen, normativ-moralische Aufladung von bestimmten BewohnerInnengruppen und Quartieren, Hierarchien und Zwänge oder externe Instrumentalisierungen der Projekte und der GärtnerInnen für andere Zwecke sein. Es muss gefragt werden, an wen und gegebenenfalls gegen wen sich

²⁵ Mehrere von mir Interviewte haben über die Gartenprojekte Interesse an der Betroffenenvertretung ihres Sanierungsgebietes gefunden und engagieren sich jetzt dort. Viele gewinnen zum ersten Mal stärkeren Einblick in lokaler Verwaltung und Politik und erlernen Basiskompetenzen für Selbstorganisation. Die jeweilige Organisationsstruktur der Gruppen – also die Form ihrer Selbstorganisation – ist jedoch sehr unterschiedlich und reicht von implizitem Konsensprinzip über formelle Aufgabenverteilungen bis zu tendenziell autoritären Strukturen.

diese Projekte richten. Es müsste untersucht werden, wie „freiwillig“ und „selbstbestimmt“ die StadtgärtnerInnen tatsächlich auf den Flächen arbeiten. Auch wenn sie nicht gesetzlich verpflichtet werden, bleibt dennoch die Frage, inwiefern die prekäre Ausstattung mit Freiflächen einige Aktive zu dieser Art von Engagement „zwingt“. Denn die Bedeutung der Gemeinschaftsgartenprojekte steht auch im Zusammenhang mit sozialen und ökonomischen Aspekten, indem – wie oben eingeführt – (kollektives) Gärtnern stets auch „Arbeit“ ist, die so organisiert werden muss, dass sie individuell und kollektiv als gerecht, aber auch als produktiv empfunden wird. Dies ist sicherlich in großen Teilen nicht ein originäres Problem solcher Gartenprojekte, sondern allgemein von Gruppenprozessen. Hinzu kommt der zwiespältige Charakter dieser Arbeit als Form von Selbsthilfe auf der einen Seite und als Form einer öffentlichen Dienstleistung auf der anderen.

Ausblick

Ob die Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements im offiziellen Diskurs zu einer Stärkung demokratischer Selbstorganisation führt, bleibt weiterhin offen. Offensichtlich ist die diskursive Aufwertung auch den veränderten Bedingungen postfordistischer Stadtentwicklungspolitik, d.h. einer Abkehr vom traditionellen Kern lokalstaatlicher Verantwortung (Bereitstellung kollektiver Dienstleistungen – zu denen beispielsweise auch Grünflächen gehören) hin zur primären Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung und Standortwettbewerb geschuldet (Mayer 1996). Problematisch ist dabei die Annahme, dass der Abzug von staatlichen Ressourcen auch in diesem Bereich durch die bürgerschaftlich aktive Zivilgesellschaft ausgeglichen werden kann und soll (vgl. u.a. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2000). Meine empirischen Beispiele zeigen deutlich, dass dies zudem so nicht funktioniert, dass auch bürgerschaftliches Engagement nicht zum „Nulltarif“ zu haben ist, sondern ebenfalls materieller, personeller und fachlicher Voraussetzungen ebenso wie einer Delegation von Macht und Entscheidungsbefugnissen bedarf. Auch hier gilt, was schon vielfach in der Beteiligungsforschung sowie Forschungen zu bürgernahen Kommunen etc. festgestellt wurde: Engagement und Mitbestimmung erfordert verändertes Verwaltungshandeln, materielle und personelle Ressourcen und erst einmal viel Zeit (vgl. u.a. Selle 2000).

Dass sich dennoch Spielräume für eine progressive, bewohnerInnenorientierte Freiraumpolitik durch veränderte Verhandlungsmodelle und das Aufweichen des paternalistischen fordistischen Wohlfahrtsstaat ergeben, ist ebenso deutlich geworden. Die vorgestellten Beispiele sind nutzbare Freiräume, die in unterschiedlichem Maße durch die Kommune unterstützt oder ihr abgerungen werden mussten. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass gerade diese positiven Beispiele im Zuge einer Privatisierungsstrategie instrumentalisiert werden (können). Dazu müssten die konkreten Entwicklungen der Projekte und ihre mediale Aufbereitung über einen längeren Zeitraum hinweg verfolgt werden.

Im Verlauf der bisherigen Forschung zeigte sich, dass das wenig verbreitete Phänomen der Gemeinschaftsgärten Relevanz und Aktualität in verschiedenen Bereichen von Stadtplanung und Quartiersentwicklung besitzt. So werden ähnliche Formen einer gemeinschaftlichen Gartennutzung im Stadtumbau-Prozess z.B. in Berlin und Leipzig diskutiert und insbesondere als mögliche Zwischennutzung erfahren sie z.Zt. größere Aufmerksamkeit.²⁶

²⁶ Anzeichen dafür sind verschiedene Tagungen und Veranstaltungen zu diesem Thema, z.B. das 8. Werkstattgesprächs des Arbeitskreises Stadtumbau zum Thema „Zwischennutzungen im Stadtumbau“ am 24.01.04 in Berlin und die Tagung des

Meines Erachtens lässt sich das gestiegene Interesse auf die Suche nach vermeintlich kostenneutralen Nutzungen für brach fallende Flächen zurückführen, für welche z.B. das Grünflächenamt aufgrund beschränkter Mittel keine Verwendung finden kann. Da sich das Problem v.a. in den „schrumpfenden Städten“ ausweiten wird, vermute ich, dass solche Lösungen in Zukunft noch stärker propagiert werden. Die Frage nach der Instrumentalisierung von Bürgerengagement als „Lückenbüsser“ für lokalen Sozialstaatsabbau - unter Rückgriff auf neoliberale wie kommunitaristische Elemente - stellt sich natürlich nicht nur für das relativ begrenzte Thema von Gemeinschaftsgärten. Insofern ist eine verantwortliche Forschung, welche Ambivalenzen, d.h. neben den positiven, emanzipatorischen Wirkungen auch Gefahren von Instrumentalisierung und neuen Ausschlüssen aufzeigt, von besonderer Bedeutung. Mit der Veränderung von Staatlichkeit in der postfordistischen Stadt wird auch die Thematisierung von Glanz- als auch Schattenseiten informeller, eigenverantwortlicher Arbeit notwendiger. Vorliegende Studie soll als Beitrag zu dieser Diskussion verstanden werden.

Quellenangaben

Literatur und Interviews

- Baker, Lauren 2002. Seeds of our City - Case Studies from 8 Diverse Gardens in Toronto. Projektbericht Foodshare (Hg.), Toronto, Canada.
- Beck, Ulrich 1999. Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft. Frankfurt / Main.
- Bochnig, Stefan; Selle, Klaus (Hg.) 1992. Freiräume für die Stadt., Wiesbaden u. Berlin.
- Boyé, Solomon. Parks and Recreation Department, City of Toronto, Interview am 29.09.2003.
- Brierley, Sarah, Evergreen, Interview am 02.10.2003.
- Bull, Anette; Goltz, Sophie u.a. 1999. Im Garten leben, lernen und sich laben - Studentischer Projektbericht des Theorie-Praxis-Seminars. TU Berlin, Sozialpädagogisches Institut am Fachbereich Erziehungswissenschaften, Berlin.
- Europäische Akademie für städtische Umwelt 2000. Kein Geld für Stadtgrün? Finanzierungs- und Managementstrategien für Grünflächen in Berlin und polnischen Städten. Berlin.
- Flick, Uwe 1998. Qualitative Forschung - Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek bei Hamburg.
- Food and Hunger Action Committee 2001. The Growing Season - Phase 2 Report. Toronto. --- 2003. Tending the Garden - Final Report on Implementing The Growing Season and Recommended Next Steps. City of Toronto, Toronto, Canada.
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (Hg.) 2000. In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements. Jg. 13, Heft 2, Wiesbaden.
- Gehl, Jan 1987. Some Different Meanings Attached to a Public Park and Community Gardens. In: Landscape Journal, Nr. Heft 2: 101-112.
- Gehrke, Brigitte; Grünsteidel, Irmtraud; Wend, Birgit 1999. Ein Platz für die Marie. Der Prozeß einer nicht alltäglichen Stadtplatzgestaltung - Berlin Prenzlauer Berg, Sanierungs-

- gebiet Winsstraße. Broschüre der STERN (Hg.) im Auftrag der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Berlin.
- Goodlett, Martha, Managerin "Cultivating Communities", City of Seattle, Interview am 14.10.2003.
- Grünsteidel, Irmtraud 1996. Community Gardens in New York City. Magistra-Arbeit am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Freie Universität Berlin, Berlin.
- 2000. Community Gardens. Grüne Oasen in den Ghettos von New York. In: Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Die Wiederkehr der Gärten. Innsbruck 125-139.
- 2001. Radieschen im Park: Der Kiezgarten auf der MARIE. In: Kraut und Rüben - Biologisches Gärtnern und naturgemäßes Leben, 1:
- Hayes, Jane, Evergreen, Interview am 17.09.03.
- Hoffmann, Heike 2000. Brach. Und danach? Studie über die Zwischennutzung von Brachflächen im Sanierungsgebiet Samariterviertel. Gutachten im Auftrag der Stattbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin.
- HS-Projekt Landschaftsplanung 1999/2000. Kein Geld für Grünanlagen (?). Projektbericht am IMUP TU Berlin, Berlin.
- Kibler, Martina 2001. Community Gardens - Möglichkeiten und Grenzen eigeninitiiertter Freiflächennutzung und -gestaltung in Berlin dargestellt an ausgewählten Beispielen (unveröff.). Fachbereich Landespflege, Technische Fachhochschule, Berlin.
- Kleining, Gerhard 2001[1982]. An Outline for a Methodology of Qualitative Social Research. Verfügbar über: www.rrz.uni-hamburg.de/psych-1/witt/Archiv/QualitativeMethoden/KleiningEng1982.htm [Zugriff: 2004, 2. März].
- konsalt / Ökologie & Planung 2000. Bürgerumfrage: Qualität und Nutzung öffentlicher Grünanlagen in Berlin. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Hamburg und Berlin.
- Lohner, Herbert, Naturschutzreferent BUND Berlin, Interview am 30.03.2004.
- Macdonald, Rich, Seattle P-Patch-Program, Interview am 08.10.03.
- MacGilvra, Glenn Eric 1997. The Value of Community Gardens to the People of their Community. Master Thesis Urban Design and Planning, University of Washington, Seattle.
- Malakoff, David 1995. What Good is Community Greening? American Community Gardening Association. Verfügbar über: www.communitygarden.org/pubs/whatgood.html [Zugriff: 2004, Januar].
- Mayer, Margit 1996. Postfordistische Stadtpolitik: Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie: Regulationstheoretische Ansätze in der Geographie, Düsseldorf, Nr. 40/1-2: 20-27.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth 2002. Grüner Daumen. Community Gardens, eine neue soziale Bewegung in NYC. In: Frankfurter Rundschau vom 11.10.2002: 19.
- Moll, Sebastian 2003. Frische Kräuter aus der Bronx. In: taz vom 11.12.2003: 5.
- Müller, Christa 2002. Wurzeln schlagen in der Fremde - Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München.
- Reichert, Ramón 2002. "Volunteering" und "Bürgerarbeit" in Gemeinwohl-Konzepten. Überlegungen zur unbezahlten Arbeit. In: Arbeit, Dortmund, Nr. Heft 1: 33-47.
- Selle, Klaus 2000. Wer? Was? Wie? Wie weit? Warum? Auszug aus: Selle, Klaus (2000): Was? Wer? Wie? Warum? - Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen

- Kommunikation, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 141-186. Verfügbar über: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Methoden/Selle/5w.htm [Zugriff: 2004, 13. Januar].
- Shafer, Liza 1998. The Benefits of a Community Garden: Implications for a Sustainable Society. Master Thesis Urban Design and Planning, University of Washington, Seattle.
- Skolka, Jiri (Hg.) 1984. Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich., Wien.
- Stone, Edie 2002. Community Gardening in New York City wird zur politischen Bewegung. In: Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Die Gärten der Frauen. Herbolzheim 159 - 177.
- Syrbe, Fabian 1999. Der Biogarten auf dem Kinderbauernhof am Mauerplatz e.V. 1999. TU Berlin, Sozialpädagogisches Institut am Fachbereich Erziehungswissenschaften, Berlin.
- Teichert, Volker 2000. Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. WZB Discussion Paper. Verfügbar über: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2000/p00-524.pdf> [Zugriff: 2004, 23.03.].
- Toronto Parks and Recreation Division 2002. Community Gardens Program Toolkit. Toronto, Canada.
- Witt, Harald 2001. Forschungsstrategien bei quantitativer und qualitativer Sozialforschung. in: Forum Qualitative Sozialforschung [On-line Journal], 2(1). Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-01/1-01witt-d.pdf> [Zugriff: 2004, Februar].
- Witzel, Andreas 2000. Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung [On-line Journal], 1(1). Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.pdf> [Zugriff: 2004, 3. März].

Weiterführende Webseiten zu den community gardens in Nordamerika:

- <http://communitygarden.org/> (USA und mehr)
- <http://www.greenthumbnyc.org/> (New York City)
- <http://www.greenguerillas.org/> (New York City)
- http://www.city.toronto.on.ca/parks/programs/community_intro.htm (Toronto)
- <http://www.foodshare.net/> (Toronto)
- <http://www.cityofseattle.net/neighborhoods/ppatch/> (Seattle)

Julia Schweizer

The Informal Behind the Formal: The Unofficial Workers Supporting Vietnamese-Owned Retail Businesses in Berlin

Abstract (Deutsch)

In diesem Artikel untersuche ich, wie wichtig informelle Arbeiter durch ihre Unterstützung der täglichen Aktivitäten für die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter sind. Letztere schufen sich in den Neunziger Jahren vor allem als Selbständige im Einzelhandelssektor Berlins eine Existenz. Nach einer kurzen Zusammenfassung der sozialwissenschaftlichen Literatur zum Thema Informalität und Migranten in der industrialisierten Welt, stelle ich den Prozess der Formalisierung der vietnamesischen ethnischen Ökonomie in Berlin dar. Anschließend stelle ich die informellen Arbeiter und ihre Wirkungsorte vor. Ich versuche zu zeigen, dass der Wettbewerbsvorteil der Selbständigen in ihrer hohen Flexibilität und der Bereitschaft zu langen Arbeitstagen bei geringem Gewinn begründet liegt, sie aber bei der Sicherung dieses Vorteils abhängig von informeller Arbeit sind. Dennoch sind sie dabei wählerisch mit ihren Netzwerken und bevorzugen für Tätigkeiten mit größerer Verantwortung Arbeiter aus der Familie oder engeren Sozialnetzwerken vor solchen aus der breiteren co-ethnischen Gemeinde.

Abstract (English)

In this article, I explore the vital role that informal laborers play in supporting the everyday activities of Vietnamese former contract workers, who reinvented themselves as entrepreneurs in Berlin's retail sector during the 1990s. Following a brief summary of the scholarly literature that has been compiled to date on informality and migrants in the industrialized world, I outline the process of formalization and establishment of the Vietnamese ethnic economy in Berlin. I then present the informal workers and the settings in which they act by situating them within the framework of the formal Vietnamese ethnic economy. I attempt to demonstrate that while the comparative advantage of the entrepreneurs in a cut-throat market lies in their flexibility and high work input in return for low profits, they are dependent on informal labor to meet these criteria. In doing so, however, they are selective in their choice of networks from which to solicit informal laborers, preferring recruits from family or close social networks to those from the wider co-ethnic community for tasks holding greater responsibility.



Delivery of flowers, Berlin

Introduction

During the aftermath of the fall of the Berlin Wall in November 1989, large numbers of the East German labor force would go to work in the morning only to discover that their factories or offices were in the process of either severely downsizing or completely disintegrating, and that their jobs were being made redundant. A small but no less significant sub-group among these newly unemployed were the “contract workers”—nationals of the former German Democratic Republic’s (GDR) fellow socialist countries—who had been hired on a temporary basis to come to the GDR to work on the assembly lines of its factories. These laborers included small numbers of Angolans, Mozambicans, Mongolians, Chinese, Algerians and Cubans, but the lion’s share were Vietnamese, who constituted a total of 60.000 at the time the Wall fell. Since the communist system was in the process of collapsing, most socialist countries ended their bilateral labor agreements with East Germany and recalled their workers. The Vietnamese government, however, determined a different fate for its contract workers by renegotiating its bilateral treaty to allow the laborers the option of receiving a compensation package of 3.000 German marks and returning to Vietnam, or remaining in eastern Germany until the end of their original contract period and working. There was only one problem with this plan: in order to secure a new residence permit, proof of adequate earnings had to be displayed to the authorities. Yet by the end of 1990 the vast majority of Vietnamese had lost the jobs they had come to the GDR to perform (Liepe 1997: 44). Because of the depressed economy in eastern Germany and the ever-rising unemployment rate among the native population, finding new work as a foreigner with few local language skills was nearing the impossible. Self-employment therefore became the only option for most Vietnamese wishing to remain in the country to meet the legal criteria. Approximately 15-20.000 former contract workers took advantage of this option and decided to try their luck in a new system (Bui, 2003: 17). Many began selling goods to an eastern German population hungry for Western

products in an effort to earn and save as much money as possible before their visas expired and they would have to return to Vietnam. Over the course of the 1990s, however, extensive political negotiations took place that eventually resulted in permanent residence permits for those contract workers who had remained and worked in Germany for at least eight years. During this time, Vietnamese entrepreneurial participation in the retail sector formalized and evolved into a sizeable ethnic economy that began in the eastern part of the city but is gradually spreading to the west. Attached to it, however, is an equally sizeable informal sector that has evolved in a parallel fashion, and without which the formal economy in its current form would not be able to survive.

In this article, I focus on the informal workers that support formal Vietnamese-run businesses in Berlin. The article is based on research conducted on the Vietnamese ethnic economy from September 2003 to February 2004. First, I briefly outline some of the relevant scholarly literature on migrants in the informal economy as well as informal practices within ethnic economies. In order to situate the informal work that takes place within the full picture, I briefly present the evolution of the Vietnamese formal ethnic economy in Berlin. Following this, I highlight the settings in which informal activities are carried out, and introduce the groups of individuals who perform them. In doing so, I explore the roles that these individuals play and the tasks entrusted to them.

Major theories and concepts surrounding migrants and informal work

Literature on migrant participation in informal economies

Migrants have constituted a popular component of the literature on informal economies since research on the topic as a whole was initiated in 1973 with a series of International Labor Organization studies on informal migrant labor in Ghana (Hart 1973). Since then, scholarly interest has expanded from developing countries to the industrialized world, with different traditions evolving on different sides of the Atlantic and migrants sometimes getting “lost” in the process. In the United Kingdom, for instance, British social scientists (Gershuny 1979; Pahl 1984, among others) focused on the role of informal activities among the indigenous unemployed during the recession (Kloosterman et al, 1998: 249), omitting migrants entirely. In contrast, researchers in the USA (Castells and Portes 1989; Portes and Sassen-Koob 1987; Sassen 1991, among others) explicitly linked informal activities to immigrants in an urban context. They contradicted the common assumption that migrants had not “imported” informal practices from the Third World, but that these practices were part and parcel of modern post-industrial economies (ibid).

According to Sassen (1997), the growth of informalization in advanced countries is connected to structural macroeconomic changes that have escalated the cost of doing business. The need to provide effective services has led to a casualization of employment relations, especially affecting workers at the most vulnerable rungs of society. This naturally includes migrants, and Sassen goes on to point out that the job search by immigrants entails stepping into networks that lead and confine them to informal labor markets (p.12). As Cross and Waldinger (2002: 24) point out, it is partly because of exclusion from the formal labor market and partly because of physical concentration that migrants are well-placed to apply entrepreneurial skills in this segment of employment. It can be said that immigrants are one

of the most vulnerable groups in any economy, and it is therefore logical that they are prevalent in many informal sectors. Although migrants appear as highly skilled and unskilled players on Western labor markets, it is the unskilled who are most likely to find a niche in informal urban economies, and therefore much of the research that addresses migrants directly focuses on this category. Much literature relating to migrants in the informal sector has been devoted to activities in the manufacturing or productive service sectors, such as textiles or construction. In her text on the informal economy in Berlin, for example, Wilpert (1998: 286) discusses informal work in the construction industry. Similarly, Sassen (1988), in her analysis on the informal economy in New York, refers to migrants who are active in the production side of the service sector. This includes construction, or what she calls “industrial services”, such as auto repair shops and various types of packaging. Further research has looked at migrant involvement in the service industry, such as cleaners (Wilpert, 1998).

Literature on informal labor within ethnic enterprises

Many migrants opt to circumvent institutional and social barriers to the labor market in their host countries by becoming entrepreneurs themselves, and much scholarly attention has been devoted to this phenomenon as well. Enterprises sometimes take on an informal nature, and can range from unlicensed street vending, ‘gypsy’ cabs (Sassen, 1988; Kloosterman et al, 1998) to childcare centers or video-rentals (Kloosterman et al, 1998), and many other entrepreneurial activities in between. Portes (1994: 436), in his discussion on retail commerce in informal economies, points out that industrial restructuring and growing income inequality in urban areas have also created new commercial opportunities by catering to the needs of low-income groups, with immigrants of different nationalities occupying this niche

Just as often, however, and depending on the nature of the rules and regulations surrounding formalization of the entrepreneurial activity, migrants make the move to become formal entrepreneurs. For the migrant with few or no marketable skills, this generally involves founding a business in the lower-order retailing, wholesaling, restaurant or catering sectors (see e.g. Rath et al, 2002). As will be demonstrated in the empirical part of the article, this is precisely where Vietnamese former contract workers who have been able to secure residence permits and have opted for self-employment fit in. In order to ensure competitiveness within their business, however, migrants often must find ways of cutting costs, and it is in this situation that informal practices are fallen back on. Informal cost-cutting mechanisms can range from incomplete recording of turnover to hiring workers on an informal basis to help out in the business (ibid).

While informal labor within ethnic enterprises can be as exploitative as among native enterprises, academic writing on informal labor within the co-ethnic retailing sector has tended to concentrate on the benefits that migrants can reap by working on an unofficial basis. Portes and Bach (1985), for example, see economic incorporation of recent arrivals as being promoted through informal employment in enterprises owned and operated by co-ethnics. Raijman (2001) discusses employment in co-ethnic firms as representing on-the-job training rather than exploitation. Literature has also been compiled that discusses the informal productive activities of migrants within co-ethnic formal enterprises, such as butchers in Amsterdam who prepare meat in accordance with Muslim stipulations (Kloosterman et al, 1998).

Finally, migrant network theory is a useful concept for explaining the ways in which migrants find co-ethnics to work in their businesses. This theory is based on the proposition that the social and economic ties which matter are ultimately ethnic, and has been used to explain how migrants find informal labor through their co-ethnic networks (e.g. Massey 1988; Portes, 1995b). Indeed, as Yoo (1998: 21) states, networks are one of the most crucial aspects in entrepreneurship. In addition to access to capital and updated business information, networks, for example, ensure access to a labor supply (p.22). Yoo (ibid) proposes that networks have two distinctive elements: family networks and social networks. Family networks offer an ideal source of informal labor in that members will work for little or no direct pay in order to support the success of the business. As Light and Gold (2000: 161) state, “family (...) factors are of clear importance to ethnic economic life, determining patterns of economic integration (...)” Similarly, among ethnic minorities social networks arguably tend to be composed of co-ethnics of a similar social background and age group. Within this network, someone is usually available, or knows of someone available, to help out in the business informally. In this vein, social capital – the ability to make use of resources (financial, information, labor) from other members of the same social network – can come into play to significantly reduce transaction costs of a business (Rath et al, 2002: 8).

Many of the research findings described in the above works are applicable to a discussion on the role of informal labor within formal Vietnamese enterprises in Berlin. Portes and Bach’s theory that informal work in co-ethnic shops acts as a safety net to assist—if not economically incorporate—migrants certainly applies to many Vietnamese informal workers in Berlin. Similarly, working informally in co-ethnic shops can even qualify as on-the-job training, as Raijman has suggested, in that many migrants gain the experience they need and eventually open their own shops in a sort of copycat fashion, legal status permitting. Indeed, many Vietnamese entrepreneurs operating businesses in Berlin today learned their trade by helping friends with established businesses out. In this article, however, I shall pay special attention to the role of networks in soliciting informal labor, and investigate the common research finding that ethnic entrepreneurs prefer to engage co-ethnics in their businesses. At first sight, this theory would seem to apply to the Vietnamese entrepreneurs in Berlin, as almost all informal laborers are, in fact, also Vietnamese. As I shall demonstrate in the empirical part of the article, however, informal workers recruited via family and close social networks are preferred to workers recruited from a wider ethnic network, with issues of trust coming into play. Therefore, although network theory is a relevant concept in that it describes the predominant method used by Vietnamese entrepreneurs to locate in Berlin, it must be understood that different networks yield different kinds of desired workers, and co-ethnics are not necessarily more desirable than non co-ethnics.

Methods

The findings presented here were gleaned during a larger project I conducted between August 2003 and February 2004 that looked at the formal Vietnamese ethnic economy in Berlin. Field work included 20 semi-structured interviews with Vietnamese shop owners concerning 21 businesses.¹ In addition, 10 interviews were conducted with experts who work in acade-

¹ One entrepreneur spoke about two businesses she owns and operates.

mia, civil society and religious organizations, government offices and the press. While the media has extensively documented the illegal Vietnamese cigarette trade in eastern Germany, there is only scant academic and press literature on the topic of formal Vietnamese economic activity in Berlin (see e.g. Liepe 1997; Hillmann forthcoming; Bui 2003; and articles in various Berlin daily newspapers by journalist Marina Mai amongst others). I was therefore reliant on interviews and informal chats to acquire information. Participant observation accompanied the process. Among the entrepreneurs, I chose to interview individuals active in four areas of the lower-order retail sector in which the Vietnamese in eastern Germany have typically found their “niche”: trinkets, flowers, textiles, and fresh fruits and vegetables and/or convenience items. I decided not to focus on a further sector—catering and restaurants—in which many Vietnamese are active, as some research has already been carried out in this area (see Bui 2003, chapter 4). I conducted between one and five interviews with shop owners in each of the branches, with a special concentration of 11 interviews in flower retailing. This branch was especially interesting to me because it has gained momentum in the past few years and has crossed the invisible line into western Berlin more so than any of the other niches. I omitted focusing on the illegal cigarette trade—a business that many former Vietnamese contract workers dabbled in during the period immediately after the Wall fell, and more recently many asylum seekers—because I was more interested in the formal economy and its opportunities and constraints.

During my interviews with the entrepreneurs, it became apparent that the vast majority of these businesses depended on a support system of informal workers in order to survive. It was clearly a delicate issue, however, and, as an outsider with a very limited knowledge of Vietnamese attempting to conduct interviews with members of a community that is considered to be very closed, I did not wish to push the limits too far by inquiring into unlawful activities. My Canadian status, while sometimes providing me with a ticket as a “fellow foreigner” in Germany, just as often seemed to be irrelevant as I clearly appeared to look like a native German to many of the Vietnamese interviewees, and therefore was deemed to be capable of passing on any suspicious information to the tax office or whatever other authorities were feared.² Nonetheless, queries on seemingly formal activities such as choice of branch, choice of location, number of employees and so on constantly unearthed details on this “hidden” sector – perhaps because by nature informal workers are such an integral part of the functioning of many shops, even if only on a part-time basis. It therefore became apparent that such assistance not only supports and sustains the formal economy, but that the latter would often not even be able to thrive without this support.

In the next section, I briefly outline the history of Vietnamese entrepreneurship in Berlin, and then present the settings in which informal labor is needed as well as actors who perform the work.

² One entrepreneur pointed out to a Vietnamese friend who sometimes acted as an interpreter that she did not wish to divulge too much information to me as I was linked to a university, and in her opinion universities were closely attached to government authorities.

History of Vietnamese³ entrepreneurship in Berlin

By the end of the 1980s when the Wall fell, two waves of Vietnamese migrants had made their ways to the two Germanies. The “boat people” constituted the first wave. These were usually southern Vietnamese who had fled the communist regime in Vietnam in the late 1970s and early 1980s and were granted refugee status in West Germany. Since the boat people were accepted into Germany as refugees during a time of great economic prosperity, distinct efforts were made to integrate them into wider German society. Such measures included language and skills training which qualified them for waged labor. As a result, only few became self-employed, with those opting for this route generally founding highly-skilled or larger-scale enterprises (e.g. the Vinh Loi grocery chain).

The contract workers constituted the second wave of Vietnamese to arrive in divided Germany. These individuals usually came from northern Vietnam, and were hired to work in the GDR for up to five years as agreed in a contract between the two socialist countries. When the Wall fell, and the vast majority lost their jobs, many turned to self-employment in order to be able to remain and economically thrive in Germany. It is this second wave that I have chosen to look at in my study.

The formal Vietnamese ethnic economy as it stands today in Berlin, and indeed in many of eastern Germany’s cities, has its origins in the chaotic time during the fall of the Wall and, to some extent, even before then. When the Vietnamese began arriving in the GDR in larger numbers in the 1980s to perform manual labor in factories, many of them discovered a way of topping up their incomes by dabbling in an extensive informal economy that prevailed at the time in all socialist countries. Like most products available for purchase in the GDR, clothing was limited to a few patterns that everyone wore. The Vietnamese found that by sewing trousers and shirts (often copies of whatever was currently fashionable in the West at the time) in their spare time and selling these items to the local population, they could earn a substantial amount of extra cash. This unofficial side activity quickly became widespread, and both men and women participated in it. Hillmann (forthcoming) quotes a former supervisor in charge of Vietnamese workers who was interviewed on this topic:

“Some Vietnamese developed a parallel economy. They bought some sewing machines and were able to fabricate fashionable clothes on their own. With the money that came out of these businesses they were able to send even more goods back to Vietnam.⁴ As far as I know, the common dream to build a house on their own was fulfilled for the majority of the Vietnamese. They were so clever in the production of fashionable clothes that they succeeded in imitating stonewashed trousers!”

When the Wall fell in 1989, cheap Western imports immediately began to penetrate eastern Germany, rendering Vietnamese labors at the sewing machine unprofitable. However, through their efforts, the Vietnamese were already familiar with the needs of the local eastern German population and, as they began losing their jobs in larger numbers, many of them were quick on the bandwagon of a fledgling retail sector by hawking cheap Western clothing, and also household products, at outdoor markets. This period encompassing the initial years

³ As will be explained in the text, the term “Vietnamese” in this article refers exclusively to the wave of Vietnamese who performed contract labor in the GDR as well as those linked to their networks. The former “boat people” who came from southern Vietnam have displayed much lower rates of self-employment and were not included in the study.

⁴ The main aim of the Vietnamese contract workers was to earn enough money in the GDR to support themselves and their families back home. As the GDR mark was not convertible to Vietnamese dong, contract workers sent home packages with GDR products that could be sold by their families on the Vietnamese black market in order to earn currency.

after the fall of the Wall is considered to have been the most lucrative during the 1990s for the Vietnamese, and took on the dimensions of a “gold rush” as the native population, newly armed with the German mark, were eager to refurbish their homes and wardrobes with new products. From the Vietnamese perspective, selling goods was a way of making quick money during an insecure period in which it was unclear whether they would be able to remain in the country or would have to return to Vietnam. Operating a stand at these markets was a cheap if somewhat bureaucratic affair, as it involved going to the local district council every morning to obtain a permit—a possibility only for those who could remain in Germany because their original work contracts had not yet expired. Many also sold contraband cigarettes on the street, sometimes initially unaware that this activity was actually illegal. In 1993, a “right to stay regulation” was agreed upon that allowed former Vietnamese contract workers to obtain a special work permit if they showed proof of adequate earnings, living space and a clean criminal record (Bui:17). This gave many of the approximately 19,000 former contract workers still in Germany a chance to legalize their situation and establish proper enterprises, and it was these that became the basis for securing an income in a country where unemployment was soaring and the formal job market offered few options. In 1997, a final agreement was signed that permitted former contract workers who had been tax payers in Germany for at least five years, and resident for at least eight, a chance to obtain permanent residence permits (ibid). During this time, the ethnic economy formalized and grew. Market stands were abandoned for proper shops once savings had accumulated, and the cigarette trade was left to migrants in a more precarious legal position, such as asylum seekers. More adventurous entrepreneurs who had managed to save some capital moved into the wholesale sector, which enabled them to begin providing their fellow co-ethnic entrepreneurs with goods in bulk numbers.

Today, the Vietnamese community in eastern Berlin is the largest in Germany, and its numbers are growing. In December 2003, there were 10,425 registered Vietnamese in all of Berlin, with exactly 8,200 living in the former eastern districts of the city.⁵ Of these, it can be expected that the vast majority of adults over the age of 31 are former contract workers⁶, and that those under the age of 18 are their children. Businesses have sprouted all over eastern Berlin, and more recently in western Berlin, with many Vietnamese trying out a different branch when one proved unsuitable for making a quick German mark (or later Euro). While some small-scale forms of informal enterprise exist that cater to co-ethnics, such as video-rentals or Vietnamese style food, the businesses that cater to the population at large are legally registered. Any form of enterprise with a fixed address requires a permit in Germany, which has to be obtained from the district authorities – a fairly simple (if bureaucratic) process as long as the applicant is in possession of a residence permit. When waged labor is not easily accessible for migrants who have secured residence permits, founding an enterprise is the most attractive legal option for securing an income, and many Vietnamese in eastern Germany who have faced barriers in the labor market have chosen to do just this. More lim-

⁵ On 1 January 2001, the former 23 districts in all of Berlin were amalgamated to comprise 12 new districts. Some of these new districts are comprised of former subdistricts in both the eastern and western parts of the city, such as Friedrichshain-Kreuzberg, which is made up of Friedrichshain in the former East Berlin, and Kreuzberg across the Spree river in the former West Berlin. The statistic mentioned here is therefore compiled at the subdistrict level.

⁶ The majority of the Vietnamese registered in the western part of the city are thought to be former boat people and their families. Many boat people have, however, in the meantime become German citizens and no longer figure into the foreigners' statistics.

iting, however, is the choice of branch, as restrictive regulations exist in many areas that require a specific skill. Whereas, for example, it is possible to open a hairdresser's or a tailor's shop in many countries without having to prove any specific training, German regulations stipulate the attainment of a special certificate known as the "Meisterbrief" as a prerequisite for opening a business in these fields. Most such certificates and degrees that were acquired outside the country, however, are not recognized in Germany and are by nature not equivalent to the German concept of the "Meisterbrief". In addition, the "Meisterbrief" is expensive and complicated to obtain, and most migrants who de facto have the relevant training find themselves unable to found a business in these branches. This therefore usually only leaves a limited number of low-end retailing branches open as an option for self-employment. These branches, however, are exactly those in which the migrants' competitive edge is composed of a willingness to work long hours in order to sell products at a low return. And it is precisely the long working hours combined with low profit that forces a migrant entrepreneur to turn to informal labor for help.

Although the real heyday for the Vietnamese, and indeed any other entrepreneur in eastern Germany, ended when the retail sector in the east caught up with its counterpart in the west, new shops continue to open, even though many Vietnamese businesses are barely surviving because of the long-running recession in the country. The Chamber of Commerce in Berlin states that there are currently 983 registered Vietnamese enterprises in the city (IHK May 2004). Their comparative advantage lies in their own ethnic networks and resources. In order to keep a shop up and running, extra help is essential, and for most Vietnamese hiring extra labor on an official basis is unaffordable, and perhaps even undesirable. Indeed, the former contract workers—who make up the predominant group of Vietnamese in eastern Germany to have secured permanent residence permits (and hence work permits)—have a vast pool of informal co-ethnic labor to fall back on in order to maintain their comparative advantage and keep their businesses running.

The actors and the settings

Many ethnic entrepreneurs are dependent on extra help to keep their shops and home lives functioning smoothly, and in this section I describe the actors who perform the informal labor as well as the settings in which this type of work is needed. Vietnamese entrepreneurs in Berlin have access to a wide range of individuals willing to perform informal labor in their businesses. In addition to family members and close friends, there is, for example, a large group of Vietnamese asylum seekers in Germany. Added to this is a possibly vast number of undocumented migrants. In total, therefore, the Vietnamese community in eastern Berlin in real terms is of a substantial size, and Vietnamese businesses have a large pool of informal labor to fall back on. As ethnic entrepreneurs often require help in two spheres – at home and in the business – the settings have been divided into two categories to reflect each one.

Informal services in the domestic sphere

One of the comparative advantages of any low-skilled migrant in the retail sector involves being able to keep the shop open at unpopular hours, and this means that the owner of the business has to spend extensive amounts of time physically present in the business. This requirement is especially a burden on female entrepreneurs. Although no census has been

conducted to date, it can be assumed that the gender discrepancy between Vietnamese women and men owning and operating businesses is not very wide,⁷ and that many entrepreneurs have families with children.⁸ Division of labor among the Vietnamese generally means that the women, while emancipated in the sense that there are no cultural aspects restricting them from being involved in the working world, are nonetheless entirely responsible for the smooth functioning of the domestic sphere. In keeping with Vietnamese traditions, the men are also often completely dependent on their wives for their services within the domestic sphere, such as cooking and laundry.⁹

Nonetheless, it is practically impossible to keep house and run the shop simultaneously, and especially female business owners are therefore often dependent on extra help in the home. This is where especially older children come into the picture.¹⁰ Two female shop owners I interviewed stated that they depended on their teenage children to take care of the younger children at home. Many older children were expected to spend the time that they were not in school themselves picking up the youngsters from daycare, feeding them, washing them, supervising them and putting them to bed. In addition, in one case, the teenager was also expected to do all of the grocery shopping during the week, and to do light housework such as washing up and vacuuming. The mothers indicated that they ensured that the teenagers were fulfilling their chores by telephoning them on their mobile phones from work at regular intervals to check up on them. On top of this, and in keeping with the strict Confucian¹¹ culture prevalent in Vietnam, the teenagers were expected to invest enough time studying in order to perform well in school – an almost impossible task if all of their free time was occupied with childcare and housework. Indeed, staff members at the ‘Reistrommel’, an organization that works with Vietnamese migrants in Berlin, have expressed concern about this phenomenon, indicating that problems such as drug addiction among Vietnamese teenagers are on the increase. The two parents interviewed, however, did not seem to see working in the home and doing school work as a conflict of interest, and instead felt that the work performed in the home kept the teenagers away from the trouble their friends often got into during after-school hours.

According to a journalist who has researched the Vietnamese community in Berlin extensively, undocumented migrants also play a substantial role in the domestic sphere. In exchange for some cash, meals or a place to stay in a familiar cultural environment, undocumented migrants take care of small children and/or cook and clean within the home

⁷ Because there are no statistics, this assumption is based on interviews with experts as well as a general observation of Vietnamese businesses in Berlin. Of the 21 businesses I interviewed, 9 businesses were owned by women, 6 were owned by men, and 6 were owned by married couples. The interview partner selection process did not involve a gender criterion, with interview partners mainly identified by approaching owners in shops to inquire about the possibility of an interview, or by referral. In two cases, female owners had hired men to run the shop on an unofficial basis while they themselves tended other businesses. This differs widely from Turkish businesses in Berlin, where the majority are owned by men.

⁸ Of the 20 interview partners, 15 confirmed that they have children living with them in their homes in Berlin.

⁹ One interview partner did indicate, however, that in Germany her husband had gradually shown a willingness to perform such domestic duties himself that he would never perform if he were in a Vietnamese context, and that this was one reason why she did not wish to return to Vietnam.

¹⁰ A number of former contract workers have older children whom they left in Vietnam in the late 1980s as infants when they went to the GDR to work, and whom they brought to Germany after the fall of the Berlin Wall. Whilst pregnancies were forbidden while engaged in contract labor for the GDR, many of these workers had further children after 1989.

¹¹ Confucianism is widespread in Vietnam, and derives from the thought of the Chinese intellectual Kong Fuzi (551-479 B.C.E.) In this thinking, “correct” behavior is propagated as harmony with the eternal world order. Discipline, selflessness and respect are major aspects that dominate parent-child relations.

environment, freeing up the entrepreneurs from domestic responsibilities that would otherwise hinder their ability to run their businesses effectively.

Informal services in the retail business sphere

The vast majority of self-employed Vietnamese are in the catering and retail sectors, selling basic goods such as prepared, packaged or fresh food, textiles, trinkets and flowers. These branches vary in their labor requirements, with fresh food and flowers entailing a mandatory visit to a wholesale center at very early hours (usually between 3 and 6 a.m.) at least three days a week to collect wares. Textiles, packaged food and trinkets, while more “civilized” in the sense of allowing the entrepreneurs to sleep a bit longer in the mornings, require just as much effort in terms of transporting wares, unpacking boxes and arranging them on shelves. Added to this, all businesses must be minded, often for long hours of the day. All of these activities require physical labor and substantial amounts of time, and although most business owners are simultaneously the predominant worker in the shop, they are often completely dependent on part-time informal help to keep the business running smoothly.

As in many ethnic economies throughout the world, the family is a prime source of assistance in the retail sphere. Perhaps predominantly, the spouse is of most assistance if this individual is not indeed a business partner him or herself. Spouses often either perform up to half the work within the business and see it as their full-time job even if the shop is in the other partner’s name, or perform short but essential labor at regular intervals of the day or week, such as driving the partner to the wholesale market, carrying heavy boxes or helping to transport the goods. While wives of male shop owners sometimes mind the business for an hour or two while the owner runs errands, the female business owners seem to be especially dependent on assistance from their husbands. Indeed, all female interview partners who indicated that they are the sole business owners stated that they could not manage without the assistance of their husbands for the heavy physical work. One flower shop owner stated:

“I don’t know what I would do without my husband. It was my idea to set up a flower shop, because I love flowers. So I stay in the shop all day and do all the flower arrangements as well as selling them. My husband sometimes helps to sell them, or he minds the shop for an hour while I go home to rest. But his main job is to go to the wholesale market at 4 a.m. three times a week to buy the flowers. I can’t drive anyway, and he carries all the crates and everything. But I have to tell him what to buy, otherwise he would bring back the wrong flowers that none of the customers want!”

While many former contract workers are married to fellow former contract workers, some also left spouses behind in Vietnam when they came to the GDR to work. In some cases, these couples have long been reunited, however, there are also a number of newly-arrived spouses are often exploited for their unpaid informal work. In some cases, as I was told both by a staff member of the Reistrommel and a journalist who has researched the topic extensively, the spouse - usually female in this case - has been living with her husband’s family in Vietnam for the past decade while her husband has been trying his luck in Germany. At some point, the family gets tired of supporting the wife, and insists that she be reunited with her husband in Germany. The husband, however, has since begun a new relationship in the host country, and when the wife arrives she discovers that the relationship is de facto over but that she must work in the shop to pay off the expense of having brought her to Germany.

The retail sphere is also an area in which adolescent and teenage children are often active. One mother interviewed stated that the whole family got up at 5 o'clock every morning, and the adolescent children worked in the shop alongside their parents until they had to go to school at 8 o'clock. The children apparently sometimes complained that this was too much for them, but, as the mother told me, "if they want to live in my house they have to contribute". A number of interviewees stated that they request that their children help in the shop on weekends, usually sorting or pricing products, or minding the shop while the parent/s go to the wholesale market to purchase new products. While none of my interviewees confessed to sending their teenage children to the wholesale market at 3 a.m. to pick up produce (usually fresh fruit and vegetables, or flowers), a number of experts in the field mentioned during interviews that this is a problem of major concern. A staff member at the Reistrommel, an organization that offers social assistance to Vietnamese migrants, told me that many parents require that their children wake up in the night to fetch produce from the wholesale market, and then are too tired to go to school at 8 a.m. While the children are not directly compensated for their efforts, all parents who responded to this issue pointed out that they buy the child everything he or she wants. Indeed, many of the children I saw were well-dressed, carried mobile phones and were well equipped with books, CDs, etc.

Families do not always exist, however, or the children are too young and/or the spouses too busy to help in the business. In these cases, other sources of informal assistance need to be located, and this is where non-familial labor such as asylum seekers and undocumented migrants¹² often come into play. The Vietnamese have constituted one of the largest asylum seeking nationalities in Germany in the past years, and there are substantial numbers based in Berlin and the surrounding region of Brandenburg. 99% of this asylum seeking group is eventually rejected by the German government on the basis that formally socialist Vietnam has opened its doors to a market economy and peace and stability prevail in the region. Nonetheless, the Vietnamese government refuses to take back its asylum seekers on the grounds that they have committed an offense by leaving the country illegally in the first place. These asylum seekers are then given an exceptional leave to remain in the country (a so-called 'Duldung'), indicating that they have been rejected by the German government but may stay in the country, renewable on a six month basis, until it is possible for them to be repatriated.¹³ Such individuals are not permitted to work, however, and are expected to remain in the districts to which they have been assigned. As their monthly allowances are minimal, many asylum seekers take a leap into the underground co-ethnic economy, where they perform services in exchange for much-needed cash or other sought-after benefits such as Vietnamese food that they may not be able to prepare otherwise. Obviously, the same needs are applicable to undocumented migrants, who have no social security system whatsoever backing them and are more often than not completely at the mercy of

¹² Some asylum seekers and undocumented workers are, in fact, former contract workers. These individuals often returned to Vietnam after losing their jobs when the GDR collapsed, only to come back to Germany disillusioned to apply for asylum.

¹³ In this case, the Vietnamese government considers citizens who have left the country without permission to have acted unlawfully, and has refused to take them back. In July 1995, Germany and Vietnam signed an agreement in which Vietnam stated that it would take back 40.000 Vietnamese by the year 2000 (including 2.500 in the year 1995) in exchange for EUR one hundred million in development assistance. According to *die Zeit*, not one single Vietnamese had been repatriated according to this scheme in May 1996 (Gaserow, 1996: p.61). The number of Vietnamese holding a "Duldung" status in Germany continues to be very high.

¹³ The total number of Vietnamese asylum seekers in Germany on 21 December 2002 was 2.340 (Federal Statistical Office, June 2003)

their ethnic community for their survival. These workers are generally solicited via networks: the entrepreneur decides that he or she needs extra assistance and either spreads the word, or directly approaches unemployed individuals met in social settings to ask if they would be interested in some work.

Similar to family members and depending on the capacity of the employees, non-familial labor can stretch from fetching fresh produce in the early hours of the morning from the wholesale market to minding the business to performing hard physical labor within the shop. One female convenience shop owner stated that she was assisted by a young man every once in a while, who came to carry boxes and mind the shop with her in the evenings. She indicated that she would not be able to run the shop without his assistance, because “a shop like this is just too much work for one person”, and that, being divorced, there was no one at home who could help. Similarly, a male fresh fruits and vegetables shop owner stated that he would not be able to operate his business without “the assistance of my partner”. This person alternates with him in going to the wholesale market to fetch produce, and assists in carrying all of the produce outside the shop in the mornings to set it up, and bringing it all back inside at the end of the day, but is not on any records and is paid informally. While I was conducting the interview towards the end of a busy Saturday when the shop was about to close, two further Vietnamese, neither of whom seemed to speak a word of German, suddenly appeared and began to carry crates back into the shop. It was clear that the shop owner had extra human resources at hand for particularly laborious moments of the day. The entrepreneur stated that his wife was busy at home taking care of the baby, and was not able to help in the shop, and he was therefore dependent on extra help. In a further case, a male flower shop owner hires two young women at particularly busy times of the year, such as during the weeks before Christmas, to assist him. He reimburses them at a rate of EUR 3.- per hour, apparently the “going” rate among the Vietnamese community.

What is striking in all of these cases is that the informally hired workers – with the exception of the “partner” helping the man in the fresh produce shop – are not fully engaged in the shop, and only assist in specific tasks over which they have little control, and are not given any real responsibilities. A standard question during my interviews with entrepreneurs was how they coped with the long hours in the shop and the many tasks that needed to be performed. Many indicated that they would be interested in hiring a full-time assistant so that they could have more time for themselves or with their families, but that they were barely making ends meet and that there was simply not enough cash left over to cover such an expense. One flower shop owner stated:

“I would like to hire another person to run the shop, so that I could be with my children more. But business is so bad. Ever since the Teuro¹⁴ came, things have gotten worse, so I just don't have the money. So I have to keep sitting here, all day long. And I have to keep the shop open on weekends, because that's when most people want to buy flowers. “

When asked who she would hire, though, she immediately indicated that she would not take a Vietnamese person on board: “If you don't know them well, if they are not friends, then they cheat you; they are dishonest. If I could, I'd rather hire a German”. Interestingly, this sentiment was echoed by three further entrepreneurs, indicating that trust among many Vietnam-

¹⁴ “Teuro” is an informal word created by amalgamating “Euro” and “teuer”, the German word for expensive.

ese entrepreneurs in Berlin does not seem to extend much past the family and the closest friends. Therefore, while networks are fundamental resources that are utilized to further economic pursuits, trust seems to diminish the further down the network one goes. This is in contrast to the findings of many researchers of ethnic economies: Yoo (1998) states, for example, that Korean business owners in the United States prefer to hire co-ethnics because of shared language and values.

In three enterprises I approached for interviews, however, the everyday running of the shop was indeed conducted by someone who was not the owner, posing the question of the relationship of these individuals to their bosses and the element of trust between them. In one case, it turned out that the owner was male who, having identified a lucrative market in flowers, had chosen to set up his own wholesale enterprise with which he supplied his five shops. In each shop, he had hired two women to mind the business and sell the flowers, most likely on a formal basis. Since he was in charge of delivering the products from the wholesale enterprise, he had full control over the goods that his employees were selling, eliminating most scope for any potentially disloyal activities. Interestingly, he only seemed to hire younger women, embodying a form of gender domination in the employee/employer relationship.

In the latter two cases, each flower shop was run by men in their 40's who had worked as contract workers during GDR times, and had stayed on. In both of these cases, the men had poor German language skills and had not been able to set up their own enterprises because of a lack of financial resources. Most substantially, they had known the owners of the shop since GDR times when they had been colleagues on an assembly line. Tight networks developed in those days, with co-ethnic colleagues becoming sort of like a "family away from home". During the tumultuous times after the Wall fell, such friendships consolidated among those who were able to remain in Germany, and, as one interview partner indicated, bonds of this kind tend to form the basis for the most intensive and trustworthy support systems among Vietnamese in the eastern part of the city today.

In the cases of the two flower shop workers, both had been out of work for some time, with one returning to Vietnam after the Wall fell and then coming back to Germany as an asylum seeker, and the other having managed to scrape through by working for others but never amassing the money need to found his own business. Although the conditions were grueling (both had to fetch flowers from the wholesale market in the early hours of the morning and then work in the shop alone all day), both were glad to have any work at all. One indicated that he was being paid a sort of minimum hourly wage plus a commission, and the other stated that he received a commission for each flower sold. Both indicated that they were merely surviving at the subsistence level, and were not able to accumulate any savings from their work. Neither had enough savings to open an own business, and both saw the experience as short-term and "interesting" in the sense that it gave them an insight into the operations of a flower shop. Both were quick to state that they would not choose this particular entrepreneurial niche for themselves, as they found the work difficult. Indeed, one of my standard questions while interviewing was inquiring into the disadvantages of the particular entrepreneurial niche, and it was these informal workers who were able to give me a

more comprehensive list of pros versus cons¹⁵ than did the entrepreneurs themselves. These individuals were glad to have work at all, and it can be argued that their friends' shops have provided a type of social security system in enabling them to work in exchange for subsistence level wages. This is consistent with Portes and Bach's argument that informal work in the shop can act as an economic safety net for migrants. However, the work in their friends' shops will most likely not improve their predicaments any further than that. Both workers indicated that they would like to return to Vietnam eventually, with one hinting that it would be highly embarrassing to return to such a culture without some savings, as this would suggest a failed migration project.

Summary and conclusion

Although exact figures are unknown, it is assumed that a large percentage of the Vietnamese former contract workers who have remained in Berlin are now entrepreneurs who tend to operate lower-order retailing businesses. In order to run their businesses successfully, they are clearly dependent on extra assistance. Informal labor plays an essential role in the home setting but also within the business itself, with tasks including taking care of children, cleaning and cooking, fetching products from the wholesale markets and minding the business when the owners are away. Like in many ethnic economies around the world, most Vietnamese entrepreneurs seem to prefer to solicit assistance from their family networks. Since most former contract workers are now married with children, these are the prime family members who provide informal assistance in the shops. Family members are usually directly unpaid but compensated by the family system. If, however, the family is in Vietnam or does not exist, or the children are too small and/or the spouses burdened otherwise, then the next preferable option for informal assistance is through close social networks – in other words, friends whom the entrepreneurs consider to be like family and trust fully. Often they have known these individuals since their shared time as contract workers during the GDR time, and these bonds tend to be intimate and long-lasting. Failing this, a further option is to solicit informal labor from wider co-ethnic networks. They usually reimbursed with cash falling significantly under the minimum hourly wage in Germany or else with culturally familiar rewards such as food, housing or other benefits. Individuals recruited along these networks, however, are generally not entrusted with any tasks that assume higher levels of responsibility, indicating that trust diminishes the farther that the network stretches. Indeed, some business owners interviewed stated that if they had the financial means to hire an extra person on a full-time basis to help with the everyday running of the shop they would prefer to have a German rather than a Vietnamese person. This statement contradicts research findings among other ethnic economies, in which co-ethnics provide a preferred pool of informal labor. Nonetheless, informal laborers in Vietnamese businesses are almost exclusively co-ethnics,¹⁶ per-

¹⁵ In the case of the flower shops, "cons" included: the early hours that the wholesale market opened at; the cold temperature at which the shop had to be maintained in order to keep the flowers fresh; the cuts and bruises from thorns and needles; allergies from the plants and the chemicals sprayed on them; and the high hydro bills resulting from constant necessary watering of the flowers.

¹⁶ There are at least two known cases of Vietnamese entrepreneurs hiring unemployed Germans who often loiter around shopping streets to help in the shop on an occasional basis in exchange for a drink or some pocket money.

haps a result of the fact that local language skills are still weak among most entrepreneurs¹⁷ and the fact that their networks do not yet penetrate the population at large in Berlin. Soliciting informal labor from ethnic networks can in this case therefore perhaps be regarded as a symptom of segregation within the host community at large. In this sense, it can be said that this feature is a constraint just as much as it is a resource, in that seeking labor from within the co-ethnic supply limits Vietnamese entrepreneurs from making a further necessary step towards integrating into broader German society.

Bibliography

- Bui, P. 2003. *Envisioning Vietnamese Migrants in Germany: Ethnic Stigma, Immigrant Origin Narratives and Partial Masking*. Münster.
- Cross, M., Waldinger, R. 2002. *Migrants in the Urban Labor Market in Europe and North America*, in Cross, M. and Robert Moore, (eds): *Globalization and the New City*. Houndmills: Palgrave Publishers Ltd.
- Gaserow, V. 1996. *Die verkauften Vietnamesen*. In: *Die Zeit*, Nr.22. 24 May: 61.
- Hart, K. 1973. *Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana*. In: *Journal of Modern African Studies* 11: 62-89.
- Hillmann, F. forthcoming. *Riders on the Storm: Vietnamese in Germany's 2 Migration Systems*. In: Hillmann, F., T van Naerssen and E. Spaan (eds.): *Asian Migrants and European Labour Markets*. Routledge.
- IHK 2004. *Conversation with Representative*. 3 May 2004.
- Informationen zur Ich-AG Förderung, 09/03. Available on Internet: www.ich-AG-Foerderung.de.
- ISED 2003. *Field Forum: Informal Economy*. Issue 14. Available at: http://eserver.org/bs/66/Lara_english.html
- Kloostermann, R.; Leun, J. v.d.; Rath, J. 1998. *Across the Border: Immigrants' Economic Opportunities, Social Capital and Informal Business Activities*, in *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol.24 No.2: 249-268.
- Leung, M. 2001. *Get IT Going: New Ethnic Chinese Business. The Case of Taiwanese-owned Computer Firms in Hamburg*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*; April 2001. 27(2): 277-294.
- Liepe, L. 1997. *Die vietnamesische Migrantenökonomie*. In: *Zweimal angekommen und doch nicht zu Hause: vietnamesische Vertragsarbeiter in den neuen Bundesländern*. Hentschel, T et al. Berlin: Reistrommel e.V.
- Light, I., Gold, S. 2000. *Ethnic Economies*. San Diego: Academic Press.
- Losby, J. et al 2002. *Informal Economy Literature Review*. Newark: ISED.
- Mai, M. 1998. *Vietnamesen im Berliner Osten*. In *Berlin 21* (ed): *Berlin 21: Umwelt- und Entwicklungspolitische Bilanz*. Berlin: FUCL Verlag.
- Mai, M. 2003. *Asiacenter in Berlin*, in Spennemann, N. (ed): *Fremde Heimat Deutschland!? Lebenssituation der vietnamesischen Migranten in Berlin*. Berlin: Reistrommel e.V.

¹⁷ An academic who has conducted research on the Vietnamese community in eastern Germany has pointed out that between 60 and 80% of the Vietnamese in eastern Germany do not have enough German language skills to sustain a basic conversation (Weiss 2003).

- Massey, D.S. 1988. Economic Development and International Migration in Comparative Perspective. In: Population and Development Review, Vol. 14 No. 3: 383–413.
- Mehrländer, U. et al 1996. Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik. Bonn: Bundesministerium für Arbeit. Ref LP3.
- Portes, A., Sassen-Koob, S. 1987. Making It Underground: Comparative Material on the Informal Sector in Western Market Economies. American Journal of Sociology, 93(1): 30-61.
- Portes, A., M. Castells, Benton, L. (eds.) 1989. The Informal Economy. Studies in Advanced and Less Developed Countries. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Portes, A. 1995b. Transnational Communities: Their Emergence and Significance in the Contemporary World System. Working Papers Series No 16, Department of Sociology, The Johns Hopkins University.
- Rath, J. et al 2002. Working on the Fringes: Immigrant Businesses, Economic Integration and Informal Practices. Amsterdam: IMES. Available at: <http://users.fmg.uva.nl/jrath/ImmEnt/tser.htm>.
- Sassen-Koob, S. 1988. New York City's Informal Economy. Conference Papers vol. 4, paper 9. Institute for Social Science Research. UCLA.
- Sassen, S. 1991. The Global City, New York, London Tokyo. Princeton University Press.
- Sassen, S. 1997. Informalization in Advanced Market Economies. Issues in Development discussion paper 20. Geneva: International Labor Organisation.
- Statistisches Landesamt Berlin: BMI press release 13.07.2003. Available at: www.bafl.de.
- Stepick, A. 1989. Miami's Two Informal Sectors. In: A. Portes, M. Castells, & L. Benton (Eds.), The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries (pp.111-131). Baltimore: Johns Hopkins Press.
- Weiss, K. 2003 (10.10.): Lecture: „Funktion und Strukturen der Selbsthilfe unter ehem. vietnamesischen Vertragsarbeiter“ in: Vom Ausländer zum Mitbürger--die Geschichte der ehemaligen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR von 1980-2000. Workshop, FH Potsdam.
- Yoo, J. 1998. Korean Immigrant Entrepreneurs: Network and Ethnic Resources. New York : Garland Publishing.

Arbeit und Aufenthalt oder Ausbildung und Abschiebung? Potenziale und Grenzen beruflicher Qualifizierung von Flüchtlingen am Beispiel serbischer Roma in Berlin

Abstract (Deutsch)

In Berlin bietet der Verein Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) Roma-Flüchtlingen seit mehr als einem Jahr die Möglichkeit, an einer beruflichen Qualifizierung teilzunehmen. Die vorliegende Arbeit untersucht den Nutzen für die TeilnehmerInnen und versucht außerdem Antwort darauf zu geben, in wie fern die Ziele des Projektponsors EQUAL (einer anti-diskriminatorischen Arbeitsmarktinitiative der Europäischen Union) innerhalb des deutschen Gesetzesrahmens erreicht werden können. Hierfür wurden Interviews mit den Mitarbeitern der RAA und den teilnehmenden Flüchtlingen durchgeführt. Dabei ist deutlich geworden, dass die Integration in den nationalen Arbeitsmarkt in erster Linie an den rechtlichen Bestimmungen scheitert. Aber obgleich der aus dem RAA-Projekt resultierende formale Nutzen gering ist, zeigten die Gespräche mit den TeilnehmerInnen, dass die wirklichen Vorteile eher als informell beschrieben werden könnten, da die Initiative die praktischen Fähigkeiten der Roma stärkt. Dies umfasst zum Beispiel die sprachlichen Fertigkeiten, die Computerkompetenz und ein spezifisches Wissen um den Kontakt mit den Behörden zu meistern. Ferner bildet das Programm ein temporäres aber effektives Mittel um den prekären Aufenthaltsstatus geduldeter Flüchtlinge zu sichern.

Abstract (English)

In Berlin, the association Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) is running a professional qualification project for Roma (gypsies) refugees from Serbia for more than one year now. This paper examines the program's benefits for the participants and tries to evaluate in how far the objectives of its sponsor EQUAL (an anti-discriminatory labor market initiative of the European Union) can be achieved within the limits of the German law. For this, interviews with the staff of the RAA and the participating refugees were conducted. As a result, I found out that the integration into the national labor market constantly fails, primarily due to legal restrictions. Even though there are only few formal benefits of the RAA qualification project, interviews with the participants indicate that its real advantages could rather be described as informal, since the initiative is strengthening the practical skills of the Roma. This includes for example linguistic abilities, computer literacy, and a specific knowledge which can be of help in dealing with the public authorities. Furthermore, the program constitutes a temporary but effective mean to secure the precarious residential status of so called "tolerated refugees".



Roma-Flüchtlingskinder

Das Dilemma der Fluchtmigranten, eine Einführung

In Deutschland lebende Roma-Flüchtlinge unterliegen einer Reihe von rechtlichen Einschränkungen. Dadurch sind sie von einer Vielzahl politischer, sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten ausgeschlossen. Besonders diejenigen unter ihnen, deren Aufenthalt nur geduldet¹ ist, befinden sich in einer extrem marginalisierten Lage. Diese Flüchtlinge dürfen de facto weder berufliche Weiterbildungen absolvieren, noch haben sie bis auf wenige Ausnahmen die Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, und das sowohl im formellen als auch im informellen Bereich.

Der Duldungsstatus ist eine Besonderheit des deutschen Ausländerrechts, der in dieser Form in keinem anderen Staat der Europäischen Union existiert. In seiner ursprünglichen Intention sollte dieser gesetzliche Passus nur den kurzfristigen Aufenthalt von Nicht-Deutschen regeln. Spätestens seit dem jugoslawischen Bürgerkrieg wurde der Duldungsstatus jedoch auch auf Flüchtlinge angewandt, deren Abschiebung in ihre Herkunftsländer zeitlich nicht genau planbar ist, da externe Faktoren (wie Kriegs- oder Krisensituationen) eine Rückkehr oft über Jahre verhindern. Damit entstand ein so nicht vorgesehener dauerhafter Ausschluss von Fluchtmigranten, deren Anzahl im Jahr 2003 nach offiziellen Angaben 227.000 Menschen betrug.

Damit wird nicht unterstellt, dass das Ausländerrecht die monokausale Ursache für den gesellschaftlichen Ausschluss darstellt, auch wenn ihm eine entscheidende Bedeutung zukommt. Das gesetzlich festgeschriebene Arbeitsverbot und der unsichere Aufenthaltsstatus werden noch ergänzt von einer Reihe weiterer formaler und informeller Praxen, die sich nicht nur auf institutionelle sondern auch auf ökonomische und soziale Gründe zurückführen lassen. Wie sich dieses Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren im Fall der in Berlin lebenden Roma-Flüchtlinge auswirkt, steht im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Besonders gravierend wirkt sich für die Flüchtlinge zunächst ihre Ausgrenzung am deutschen Arbeitsmarkt aus. Dies erschwert ihnen, „die stigmatisierende Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung“ (Kühne 2002, S. 151) zu überwinden.² Die Klischees der dynami-

¹ Der Rechtstitel der Duldung ist in den §§ 55-56 des Ausländergesetzes definiert. Man versteht darunter die befristete Aussetzung der Abschiebung. Rechtlich bleibt mit der Duldung die Pflicht zum Verlassen des Bundesgebietes bestehen (vgl. Dohse 1985; Kanein/Renner 1991).

² Diese Leistungen sind innerhalb des Asylbewerberleistungsgesetzes auf die Zahlung einer verminderten Sozialhilfe festgelegt.

schen migrantischen Ökonomie und Vernetzung lassen sich somit kaum auf die Situation der Roma-Flüchtlinge übertragen.

Des Weiteren fördert der Arbeitsausschluss auch die gesellschaftliche Isolation der Geduldeten. „Grundlegender Indikator für den Prozess sozialer Integration in einer von ökonomischen Austauschprozessen geprägten Aufnahmegesellschaft ist immer noch das Recht und die tatsächliche Möglichkeit, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen.“ (Kühne, S. 153). Die Ansicht, dass die ökonomische Teilhabe an der Gesellschaft eine zentrale Bedeutung für eine Verbesserung der migrantischen Randexistenz hat, teilen viele Forscher. Allgemein unterliege die Gruppe der Ausländer und Migranten „überdurchschnittlichen Armutsrissen“ (Andreß, S. 30). Die Ungleichbehandlung mache die Flüchtlinge „per Gesetz zumindest teilweise zur Underclass“ (Bremer/Gestring, S. 73). Gemeint ist damit, dass sich aus den Fluchtmigranten tendenziell eine Schicht konstituiert, die gegenüber der Mehrheitsbevölkerung sozio-ökonomisch ausgeschlossen wird.

Neben den unterschiedlichen theoretischen Standpunkten mangelt es jedoch an empirischen Untersuchungen zur Situation der verschiedenen Flüchtlingsgruppen. Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es deshalb, die Lage einiger in Berlin lebender Roma-Flüchtlinge im Rahmen einer Fallstudie zu dokumentieren. Dabei stehen MigrantInnen im Mittelpunkt, die innerhalb eines Pilotprojekts für berufliche Qualifikation versuchen, ihren marginalen Status aufzuwerten. Da die rechtlichen Restriktionen den Flüchtlingen eine Verbesserung ihrer Lebenslage aus eigener Kraft verunmöglichen, sind die Roma auf solche Maßnahmen politischer Gestaltung angewiesen. Der Öffnung bestehender und der Schaffung neuer Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen für Migranten und speziell für die geduldeten Flüchtlinge kommt dabei eine große Bedeutung zu (vgl. Kühne, S. 160).

Das hier untersuchte RAA-Projekt entstand im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL und richtet sich konkret an Sinti- und Roma-Flüchtlinge. Bei EQUAL handelt es sich um ein aus dem europäischen Sozialfond gefördertes Programm, das es sich zum Ziel gesetzt hat: „neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden zu erproben. Benachteiligte Personengruppen sollen mit Hilfe neuer, innovativer Modelle verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden“ (AiD 2002). Die Projektierung und Umsetzung dieser konkreten Innovationen obliegt Entwicklungspartnerschaften (so zum Beispiel im Saarland) oder Vereinen, wie „Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen“ (RAA e.V.), die sich mit ihren Projektideen bewerben.

Schon vor Beginn der einzelnen EQUAL-Projekte wurde die Kritik laut, dass die angestrebte Einbeziehung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in den Aktionsradius der EQUAL-Träger scheitern müsse, da eine Reihe von Einschränkungen (Aufenthaltstatus, Arbeitserlaubnis, etc.) die „Brüsseler Intentionen im nationalen Kontext der Bundesrepublik Deutschland weitgehend neutralisieren“ (Kühne, S. 162) würden. Für beide Statusgruppen ist nirgends explizit vorgesehen, sie in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Qualifizierung zielt eher auf eine erwünschte Reintegration im Herkunftsland ab. Diese Vermutung korrespondiert mit den unveränderten Aufenthaltstiteln, die eine berufliche Anwendung der Qualifikationsinhalte in Deutschland in Frage stellen.

Vor diesem Hintergrund soll ein Projekt betrachtet werden, dass sich in der Umsetzung nach den EQUAL-Vorgaben richtet und sich explizit auf Fluchtmigranten bezieht. Dabei er-

schien mir das Qualifizierungsprojekt für Roma-Flüchtlinge³ der Berliner Sektion des Vereins RAA aus zwei Gründen besonders interessant. Zunächst einmal setzen sich die Projektteilnehmer bis auf wenige Ausnahmen aus geduldeten Flüchtlingen zusammen. Hinzu kommen Flüchtlinge mit „höherwertigeren“ Aufenthaltstiteln und ehemalige Flüchtlinge, die innerhalb der Gruppe jedoch eher die Ausnahme bilden. Alle Roma sind bereits seit mindestens fünf Jahren in Deutschland und haben selbst Erfahrungen bei der (erfolglosen) Arbeitssuche gesammelt.

Des Weiteren ist das EQUAL-Projekt der RAA hauptsächlich auf die Sprach- und Berufsqualifizierung ausgerichtet. Bereits existierende Programme und kulturelle Aktivitäten des Vereins werden zwar weitergeführt, sind aber strikt von dem EQUAL-Projekt getrennt. Dies ermöglicht, das Projekt und dessen Wirkungsweise trennscharf von den übrigen Aktivitäten zu untersuchen. Schließlich handelt es sich bei den ProjektteilnehmerInnen, serbischen Roma-Flüchtlingen, um eine relativ kleine Gruppe innerhalb der Flüchtlingscommunities, die bisher eher selten im Zentrum empirischer Forschung stand. Die Erfahrungen der Roma, die sie während ihres Aufenthalts in Deutschland gesammelt haben, bieten somit auch einen Einblick in einige spezifische Probleme, denen Roma-Flüchtlinge gegenüberstehen.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, inwiefern das Projekt den Roma bei der Bewältigung ihres (Über)Lebens hilft, ob ihr marginaler Status verbessert wird und wo die Grenzen des Qualifizierungsprogramms liegen. Auf dieser Mikroebene wird erneut ein immanenter Widerspruch des EQUAL-Ansatzes deutlich, der sich so formulieren lässt: Eine unveränderte rechtliche Situation, auf welche die Arbeit der RAA keinen Einfluss hat, verunmöglicht das Gelingen der Initiative, denn die Roma-Flüchtlinge können am Ende der Qualifikation nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Im Folgenden möchte ich zuerst auf die aktuelle Situation der in Berlin lebenden Roma-Flüchtlinge eingehen. Anschließend sollen die Arbeitsweise und die Ziele der RAA beschrieben werden. Danach werde ich den methodischen Ansatz der Arbeit vorstellen, um dann die empirischen Ergebnisse der Fallstudie auszuwerten. Abschließend sollen noch einmal individuelle Bewältigungsstrategien und die Zukunftsprognosen der Roma-Flüchtlinge betrachtet werden.

Die Situation serbischer Roma-Flüchtlinge in Berlin

Es gibt wenig aktuelle empirische Befunde zur Situation der in Deutschland beziehungsweise Berlin lebenden Roma-Flüchtlinge. Dies hat verschiedene Gründe. Zunächst muss bemerkt werden, dass es nicht möglich ist von *den* Roma als einer homogenen Gruppe zu sprechen. So wie die in ihrer pejorativen Fremdbezeichnung „Zigeuner“ genannten Gruppen (darunter zum Beispiel Roma, Sinti, Manuschi und Kale) Wert auf eine gegenseitige Abgrenzung legen (vgl. Matras/Winterberg/Zimmermann 2003) ist bei den Roma innerhalb der Gruppe eine ähnliche Tendenz feststellbar. So wird eine Trennung nach Herkunftsland beziehungsweise -region hervorgehoben. Die im Rahmen dieser Arbeit befragten Roma betonten, dass sich ihre Aussagen nur auf serbische Roma, wenn nicht sogar nur auf ihr unmittelbares Umfeld bezogen.

³ Die offizielle und vollständige Bezeichnung des Projekts lautet: „Entwicklungspartnerschaft zur Förderung der Selbstorganisation für Roma und Sinti durch Beschäftigung und Existenzsicherung als Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf dem Arbeitsmarkt“.

Der Forschungsstand ist auch deshalb sehr beschränkt, da es in Deutschland aus einer historischen Erfahrung mit dem Antiziganismus heraus keine Statistiken mehr gibt, die Roma-Flüchtlinge entsprechend ihrer Herkunftsländer gesondert als ethnische Minderheit erfassen.⁴ Dementsprechend gibt es auch keine offiziellen Angaben auf der Ebene der einzelnen Bundesländer. Ein Sozialarbeiter aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe schätzte jedoch, dass sich im Sommer des Jahres 2003 etwa 5000 serbische Roma in Berlin aufhielten.

Im Zusammenhang mit der landesweiten „Roma Bleiben“-Kampagne aus dem Jahr 2002 versuchten Hilfsorganisationen zuletzt über die Situation der Gruppen geduldeter Roma-Bürgerkriegsflüchtlinge zu informieren und damit politische Forderungen zu begründen.⁵ Leider geben diese Dokumente (Petitionen, Forderungskataloge, Aufklärungsbroschüren, offene Briefe, etc.) im Grunde nur die Angaben der behördlichen Statistiken wieder (in denen Roma wie gesagt nicht explizit erfasst sind, sondern Flüchtlinge nur nach ihrer nationalstaatlichen Herkunft unterschieden werden), schildern Einzelfälle oder referieren die geltende Rechtslage. Letzteres ist jedoch in sofern interessant, da die Berliner Umsetzung der Bundesgesetze bezüglich geduldeter Flüchtlinge deutlich wird, die bis heute Bestand hat und somit auch für Roma-Flüchtlinge zutrifft. Dazu lassen sich im Wesentlichen vier Punkte rechnen, welche der Berliner Flüchtlingsrat so zusammenfasst: „(1) faktisches Arbeits- und Ausbildungsverbot, (2) vielfach sozialhilferechtliches Verbot der Anmietung einer Wohnung (unterschiedliche Praxis je nach Berliner Stadtbezirk), (3) Beschränkung des Aufenthalts auf das Land Berlin und (4) 40 Euro/Monat als einziges für den täglichen Bedarf verfügbares Bargeld (dazu Sachleistungen, Gutscheine oder Chipkarten)“ (Berliner Flüchtlingsrat 2002, S. 2).

Speziell für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien kommt hinzu, dass sie in bestimmten Regionen wie z.B. Berlin von so genannten „Altfallregelungen“ ausgeschlossen wurden, die Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern 1996 und 1999 eine „zunächst nur sechs Monate geltende Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitssuche“ gewährten, „die bei Nachweis eines Arbeitsverhältnisses und Unabhängigkeit von Sozialhilfe in ein auf Dauer angelegtes Bleiberecht umgewandelt wurde“ (ebd., S. 2).

Ziele und Arbeitsweise des EQUAL-Programms der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen

Flüchtlinge, formal nahezu vollständig von den staatlichen Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeits- und Sozialämter (vgl. KÜHNE, S. 152), erhalten bei der RAA erstmalig die Möglichkeit in Deutschland eine Weiterbildung zu absolvieren, die ihnen helfen soll, ihre marginale Situation zu verbessern. Seit Dezember 2002 bieten die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL ein EU-weites Bildungs- und Qualifizierungs-Programm für jugendliche und erwachsene Roma und Sinti an.

⁴ Der Journalist Karl-Peter Schwarz glaubt außerdem eine Tendenz zu erkennen, dass das Thema „Roma“ hauptsächlich auf eine Darstellung der Lebenssituation in den heutigen europäischen Herkunftsländern beschränkt bleibt und nie die Situation in Deutschland lebender Roma thematisiert wird. „Es gibt hunderte von wissenschaftlichen Studien, Untersuchungsberichten und literarischen Übungen in mitmenschlicher Betroffenheit. Der Ethno-Voyeurismus geilt sich an den „Waldmenschen“ und den „Hundeessern“ auf“ (Schwarz 2004, S. 10).

⁵ Ziel der damaligen „Amen ačas kate!“- Gruppe Berlin beispielsweise war es, die Abschiebung von Roma nach Serbien sofort zu beenden und ein generelles Bleiberecht für Roma durchzusetzen. Siehe dazu: Öffentliche Bekanntmachung zur Besetzung des Karl-Liebkecht-Haus am 18. November 2002.

Unterstützt wird der Verein dabei von so genannten Entwicklungspartnern (Partnervereine) in Aachen und Frankfurt am Main.

Nach eigenen Angaben, widmet sich das EQUAL-Projekt der RAA Berlin „insbesondere der Förderung der Selbstorganisation sowie der Schul- und Bildungsmotivation von in Berlin lebenden Roma, Sinti und Flüchtlingen“ (aktualisierte Selbstdarstellung vom Februar 2004). Das Berliner EQUAL-Programm knüpft an den langjährigen Erfahrungen des vorherigen Roma- und Flüchtlingsprojekts an, „bei der das wesentliche Ziel darin bestand, schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingswohnheimen für den regelmäßigen Schulbesuch und interkulturellen Kinder- und Jugendaustausch zu motivieren“ (ebd.). Dies sollte durch den Einsatz von Roma, MigrantInnen und Flüchtlingen als SchulhelferInnen⁶ erreicht werden. Dabei wurden vor allem zwei Probleme deutlich, welche die inhaltliche Konzeption des jetzigen RAA-EQUAL-Projekts stark prägten. Zum einen wurde deutlich, dass die mangelnde (Aus)Bildung der Eltern von Flüchtlingskindern die Arbeit der SchulmediatorInnen erschwerte. Hinzu kam eine Perspektivlosigkeit der jugendlichen Flüchtlinge, da „nach Beendigung der Schulpflicht keine Aussicht mehr auf Schulabschluss und/oder Berufsqualifizierung gegeben war.“ (ebd.).

Die Berliner RAA wollte sich mit ihrem EQUAL-Programm insbesondere diesen beiden Problemen stellen. Es sollte eine Möglichkeit für „bildungsmotivierte jugendliche und erwachsene Roma“ (ebd.) geschaffen werden, um ihr (Aus)Bildungsniveau zu verbessern. Bei der Qualifizierung werden inhaltlich verschiedene Schwerpunkte gesetzt, die aus folgenden vier Teilprojekten bestehen: „(1) Sozialpädagogische Begleitung und Koordination des lokalen Programms, Qualifizierung von Roma und Sinti als interkulturelle SchulhelferInnen, (2) Qualifizierung von Roma und Sinti als interkulturelle Sozial- und FamilienberaterInnen, (3) Berufsvorbereitende Qualifizierung zum/r interkulturellen MediengestalterIn und (4) Vorbereitung zum Hauptschulabschluss für jugendliche und erwachsene Roma und Sinti.“ (ebd.). Bei den fachberuflichen Qualifikations-Bausteinen kooperiert das RAA-Projektteam auf lokaler Ebene mit anderen von den Berliner Arbeitsämtern anerkannten Bildungs- und Weiterbildungsträgern. Das sind im Einzelnen: (1) Die Wille GmbH, (2) Zukunftsbau GmbH, (3) Projekt „Flucht nach vorn“ des Sozialpädagogischen Instituts Berlin, und (4) Offene Häuser e.V.⁷

Der normale Tagesablauf der am Projekt teilnehmenden Roma beinhaltet einen Sprachkurs und das Mitwirken an einem der vier von der RAA angebotenen Teilprojekte. Den TeilnehmerInnen stehen aber auch Teile der Infrastruktur des Vereins zur freien Verfügung, die zum Beispiel die Nutzung der Internetplätze ermöglichen. Schon diese Möglichkeit stellt faktisch ein Angebot für die Projektteilnehmer dar, dass zwar Teil der Qualifizierung ist und doch gleichzeitig über deren Zielsetzung hinausreicht. Um solche Aspekte mitzuerfassen, orientiert sich meine Untersuchung nicht so sehr an den Qualifikations-Zielen der RAA, sondern versucht vielmehr die Lebenslage der Flüchtlinge in ein Verhältnis mit den Begleit-

⁶ Zu den Aufgaben von Schulhelfern gehört es unter anderem die Selbstorganisation und die Schul- und Bildungsmotivation von Flüchtlingskindern zu fördern. Außerdem sollen Schulhelfer dabei helfen, bestehende Vorurteile gegenüber Flüchtlingen seitens der Mehrheitsbevölkerung aber auch zwischen den verschiedenen Flüchtlingscommunities abzubauen. Ein einführender Artikel zu diesem Thema von Ksenija Jüngling findet sich unter <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=4&kat=15&artikelid=334>.

⁷ Außerdem ist auch ein früheres Projekt der RAA, die Forumtheatergruppe „Rabenschwarz“ als Bestandteil in das EQUAL-Projekt übernommen worden. Da es inhaltlich kaum in Bezug zu den übrigen Qualifikationsprojekten steht und eher auf kulturelle Emanzipation als auf ökonomische Teilhabe abzielt, wird in dieser Arbeit auf eine nähere Betrachtung verzichtet.

wirkungen des Projekts zu setzen. Dieser Anspruch bildet auch die Grundlage des methodisch-empirischen Forschungskonzepts.

Methodischer Ansatz der empirischen Fallstudie

Wie bereits erläutert, ist die Situation der Roma-Flüchtlinge von verschiedenen Ausgrenzungen rechtlicher, ökonomischer und sozio-kultureller Natur gekennzeichnet. (vgl. Kühne) Die Überwindung eines dieser Exklusionsmomente, nämlich des Ausschlusses von Arbeit (und Ausbildung) stellt eine wesentliche Motivation für die Teilnahme an dem RAA-Projekt dar, aber – so ist zu vermuten – nicht die einzige. Deshalb soll dieser zentrale Punkt auch in einen erweiterten Zusammenhang gestellt und dementsprechend operationalisiert werden, um die Bedeutung der EQUAL-Initiative in seinen verschiedenen Dimensionen zu erfassen. Die Ausschlüsse selbst treten in unterschiedlichen Formen auf, die sich trotz fließender Übergänge grob in zwei Ausprägungen unterscheiden lassen. Einerseits haben die Exklusionen einen rechtlich-formalen Charakter. Hierzu zählen vor allem im Ausländergesetz formulierte Bestimmungen. Andererseits gibt es aber auch Ausschlüsse, die informelle Züge tragen. Dazu zählen beispielsweise die Handlungspraxen der Exekutive (Ämter, Behörden, Polizei, etc.), aber auch das diskriminierende Verhalten der Mehrheitsbevölkerung und anderer Flüchtlingsgruppen im Allgemeinen.

In ersten Vorgesprächen mit den beiden Roma-Mitarbeitern der RAA und den von mir durchgeführten Interviews mit einigen Flüchtlingen, die am RAA Programm teilnehmen haben sich viele Hinweise gefunden, die eine solche Sichtweise unterstützen. Unter Berücksichtigung der Aussagen der interviewten Roma erscheinen die folgenden Kategorien für meine Arbeit sinnvoll, die sich zum besseren Verständnis schematisch in einer sechsfeldrigen Matrix darstellen lassen (Tabelle 1). Die Kategorien, die sich aus den Erkenntnissen der Interviews mit den Flüchtlingen ableiten lassen, sind kursiv hervorgehoben.

Tabelle 1: Formelle und informelle Ausschlussmechanismen von Roma-Flüchtlingen

	(1) staatlich-institutionell	(2) ökonomisch	(3) sozio-kulturell
Rechtlich-formaler Ausschluss	Arbeitsmarkt, Aufenthaltsstatus	Geringes oder kein Einkommen	Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen Wohnsituation
Informeller Ausschluss	<i>behördliche Diskriminierung</i>	Erhöhte Risiken bei illegalen Beschäftigungsverhältnissen <i>eingeschränkter Konsum</i>	Rassismus, Vorurteile <i>Fehlen sozialer Netzwerke</i>

Die so unterschiedenen Ausschlüsse sind als analytische Kategorien zu verstehen und stellen nicht den Versuch dar, die komplexe Flüchtlingssituation erschöpfend abzubilden. Die Tabelle stellt vielmehr einen Versuch dar, all jene Ausschlussmomente nachzuzeichnen, die sich während der Feldforschung als zentrale Anliegen der Roma-Flüchtlinge herauskristallisiert haben und die in Bezug mit der Forschungsfrage stehen. Hinzu kommt, dass die Übergänge zwischen den von mir gewählten Unterscheidungen fließend verlaufen. *Sprache* beispielsweise, welche in der Matrix im Feld der sozio-kulturellen rechtlich-formalen Aus-

schlüsse betrachtet wird, hat ebenso Einfluss auf den ökonomischen Status. Die wechselseitige und teils kausale Bedingtheit der hier einzeln ablesbaren Kriterien, ihre Interdependenz also, sollte deshalb immer gegenwärtig bleiben, auch wenn sie hier nicht im Einzelnen erörtert werden kann.

Die Fallstudie stellt in ihrer empirischen Anlage einen Beitrag qualitativer Sozialforschung dar. Da es für den speziellen Fall in Deutschland beziehungsweise Berlin lebender serbischer Roma-Flüchtlinge bisher keine empirischen Befunde gibt, hatte die Feldforschung zunächst einmal ein erkundendes Interesse. Sie soll in ihrem Ergebnis, wie eingangs erwähnt, sowohl einen Einblick in den Alltag und die Lebenssituation von Flüchtlingen gewähren, als auch die Arbeits- und Wirkungsweise des EQUAL-Projekts erörtern.

Im Dezember 2003 und im Januar 2004 führte ich acht Leitfadeninterviews durch, davon sechs mit Roma-Flüchtlingen, fünf Männern und einer Frau, und zwei mit Mitarbeitern der RAA. Die Roma, die ich zu ihrer Situation in Berlin befragt habe, leben alle bereits seit mindestens fünf Jahren in Deutschland. Bis auf eine Befragte haben alle noch immer einen Duldungsstatus.⁸ Vier der sechs Roma erhalten verminderte Sozialhilfe, eine Befragte lebt vom Einkommen ihrer Mutter und wieder ein anderer bekommt seit mehreren Jahren keine staatliche finanzielle Unterstützung.⁹ Fünf der Flüchtlinge leben im Moment in Wohnheimen.

Die Gespräche, die ich mit drei der insgesamt sechs Projektleiter führte – von denen zwei selbst serbische Roma sind –, unterschieden sich nicht nur in einigen der offenen Leitfäden, sondern wurden auch bei der Auswertung entsprechend ihres Charakters als *Experteninterviews* behandelt.

Dabei kommt den Experten, von denen zwei selbst Erfahrungen als Flüchtlinge gemacht haben, die Rolle zu, die Aussagen der Roma in einen Kontext zu stellen und zu versuchen, auch Tendenzen zu beschreiben, die die gesamte Gruppe betreffen. Ihr spezifisches Verständnis der Situation geduldeter Flüchtlinge allgemein und der Projektteilnehmer im Einzelnen, macht sie dafür besonders geeignet. Im Folgenden werde ich die Ziele und Wirkungen der Qualifizierungsmaßnahmen der RAA anhand der gebildeten Ausschluss-Kategorien untersuchen. Dabei sollen zuerst die rechtlich-formalen Ausschlüsse Erwähnung finden; anschließend kommen die informellen Exklusionen zur Sprache. Dabei werden jeweils zuerst die Aussagen der RAA-Mitarbeiter betrachtet um einen ersten Überblick zu gewährleisten. Diese werden dann den Meinungen der Flüchtlinge gegenüber gestellt.

Rechtlich-formale Ausschlüsse

(1) Auf **staatlich-institutioneller** Ebene lassen sich im Wesentlichen zwei zentrale Exklusions-Momente feststellen, und zwar hinsichtlich des Arbeitsmarkts und des Aufenthaltsstatus. Im Bezug auf den Erwerbsschluss bestätigen die drei befragten Projektleiter das im Ausländergesetz festgehaltene quasi-totale Arbeitsverbot und stellen fest, dass alle TeilnehmerInnen während der letzten zehn Jahre nicht arbeiten konnten. Obwohl die Anerkennung von Berufstiteln aus dem früheren Jugoslawien neben der aktuellen Grundqualifikation

⁸ Die Mutter der Teilnehmerin, die einen geregelten Aufenthalt in Deutschland erlangt hat, bürgt dafür, dass ihre Tochter keine staatlichen Leistungen in Anspruch nimmt und sichert damit vorläufig ihr Bleiben.

⁹ Flüchtlingen, die in Verdacht geraten keinen ausreichenden Grund für eine Asylgesuch zu haben, kann die staatliche Unterstützung, bei gleichzeitigem Arbeitsverbot, auch gänzlich aberkannt werden.

der Flüchtlinge perspektivisch von großer Bedeutung sein mag,¹⁰ ist es jedoch unrealistisch zu glauben, dass eine Arbeitserlaubnis automatisch auch eine Arbeitsstelle bedeute.

Dass eine berufliche Qualifikation ein entscheidendes Kriterium für künftige Beschäftigung sei, finden auch die Projektteilnehmer. Als positive Eigenschaft des EQUAL-Projekts bemerkten die Befragten, dass man einen Beruf¹¹ erlernen könne und wieder eine Idee und eine Perspektive zum Arbeiten erhalte. Kritisch wurde zunächst angemerkt, dass das berufliche Qualifizierungsangebot erst so spät [Dezember 2002] nach dem Eintreffen der Bürgerkriegsflüchtlinge geschaffen wurde. Ob sich durch ihre Teilnahme am Projekt die Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt erhöhen, lässt sich gut mit der Äußerung eines Befragten zusammenfassen, der sagte: „Man muss mit der Hoffnung leben“. Die Flüchtlinge sehen den eigentlichen Einstieg in den Arbeitsmarkt mehr im Erhalt einer Arbeitserlaubnis als in der beruflichen Qualifikation. Obwohl alle Befragten es bevorzugen würden, in ihrem neu erlernten Beruf zu arbeiten, steht für viele im Vordergrund zunächst einmal „überhaupt [zu] arbeiten“. Ob sich diese Möglichkeit tatsächlich bietet, wird nach Meinung der Roma-Flüchtlinge auch entscheidend von ihrem künftigen Aufenthaltsstatus abhängen.

Die Projektleiter sehen zur Zeit kein politisches Interesse in der Integration der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt und deshalb habe sich auch an dem restriktiven Duldungsstatus in den letzten Jahren nichts geändert.¹² „Wenn jemand [aus dem Ausland] hier Arbeit aufnehmen will, [...] so solle er sich hier formal entsprechend mit Visum anmelden, heißt es auf den Ämtern oft. Das kann man aber in einer Bürgerkriegssituation nicht. Das heißt, sie sind hierher gekommen und wollen trotzdem arbeiten“, beschreibt einer der RAA-Mitarbeiter die Einstellung der Behörden.¹³

Für TeilnehmerInnen des EQUAL-Projekts hat die RAA-Berlin mit dem Berliner Senat bezüglich des Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge eine Sonderregelung ausgehandelt. Sie garantiert, dass der geduldete Aufenthalt der Roma-Flüchtlinge kontinuierlich bis zum Ende der Qualifizierung im Dezember 2004 verlängert wird. Dies ist nach Aussagen der RAA-Mitarbeiter eine notwendige Voraussetzung, das Projekt überhaupt durchführen zu können. Unabhängig davon bietet diese Regelung den Flüchtlingen aber auch mehr Sicherheit, ein Umstand den einer der Projektleiter zugespitzt so formuliert: „Ohne die Qualifizierung würden die Leute schon gar nicht mehr hier sein.“

Die aufenthaltsrechtlichen Garantien scheinen neben dem Ausbildungsangebot der zweite entscheidende Grund für die Teilnahme der Roma am EQUAL-Projekt zu sein. Die Befragten bestätigten, dass ihnen das Projekt dabei helfe, ihren Aufenthalt zu sichern. Die Prognosen für die Zeit nach dem Ende der Qualifikation schwanken zwischen Ungewissheit und Fatalismus („Dann muss ich zurück, egal ob die Politik gut ist oder schlecht“). Ohne eine Aufenthaltserlaubnis gebe es keine Chance, eine Arbeit zu finden.

¹⁰ Ob der strukturelle Ausschluss vom Arbeitsmarkt schon heute von mangelnden Qualifikationen der Flüchtlinge unterstützt wird, ist einerseits aufgrund der geringen Betätigungsmöglichkeiten (Im Fall serbischer Roma wären vorstellbare erlaubte Tätigkeiten zum Beispiel Übersetzungen der Serbischen Sprache oder eines Romanes) und andererseits aufgrund der eingeschränkten Fallstudie nicht beantwortbar.

¹¹ Eine empirische Analyse der Wertigkeit und Akzeptanz dieser Qualifikations-Zertifikate steht noch aus.

¹² Hierzu ist anzumerken, dass die 2002 gescheiterte Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes eine Abschaffung des Duldungsstatus vorgesehen hatte, wobei damit nicht gesagt ist, dass dies zu einer Verbesserung der momentanen Lage geführt hätte.

¹³ Wie unzutreffend die gesetzliche dichotomische Unterscheidung zwischen Arbeits- und Fluchtmigranten ist zeigt unter anderem Annette Treibel in: „Migrationsprozesse“ (1999)

(2) Die institutionellen Restriktionen haben auch unmittelbar Einfluss auf die **ökonomische** Situation der Flüchtlinge. Für ihre Lebensgestaltung haben sie entweder ein geringes (öffentliche Transferleistungen) oder kein geregeltes Einkommen zur Verfügung. Somit ist es bereits schwierig die Grundversorgung zu gewährleisten, weshalb man an dieser Stelle von einem ökonomischen Ausschluss formaler Art sprechen muss. Das EQUAL-Projekt der RAA kann an diesem Umstand zunächst nichts ändern, aber zumindest dabei helfen, dass die Roma-Flüchtlinge die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen erhalten. Grundlage, überhaupt an der Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen zu können, sei zunächst die Gewährleistung eines gewissen Grundeinkommens, das in Form [verminderter] Sozialhilfe abgedeckt wird. Diese Einkommens-Basis herzustellen, ist Anspruch der RAA-Mitarbeiter, auch wenn dies eigentlich nicht explizit Bestandteil des EQUAL-Programms ist.

Ein solches Grundeinkommen zu gewährleisten, ist jedoch nicht immer gelungen. So gibt es einige TeilnehmerInnen, die seit bis zu vier Jahren keine staatliche Alimentation erhalten und die immer noch versuchen ihre Ansprüche durchzusetzen. Einer der befragten Roma der davon betroffen ist, glaubt jedoch, dass die RAA viel versucht habe, um seine Situation zu verbessern. „Es geht aber nicht“.

(3) Auch auf **sozio-kultureller** Ebene gibt es Probleme welche direkt auf rechtliche Bestimmungen zurückgehen, aber außerhalb des EQUAL-Fokus liegen. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften ist eine Form der Ausgrenzung, die zwar nur indirekt mit dem Arbeitsmarkt zu tun hat, dafür aber viel mit der allgemeinen Lebenssituation der Flüchtlinge. Dieser Umstand sollte deshalb mitbetrachtet werden, weil er eine Erklärung für das nur schwach entwickelte soziale Netzwerk zwischen Roma-Flüchtlingen darstellen könnte. Die Projektleiter, von denen zwei selbst früher in Wohnheimen gelebt haben, bezeichnen die Situation dort als „unerträglich Zwangslage“. Wegen der von der Mehrheitsbevölkerung isolierten Unterbringung gehe jedes Gefühl für die Umgebung verloren und ruiniere gleichzeitig die kollektive Identität.¹⁴ Erschwerend komme hinzu, dass im Heim Menschen mit völlig verschiedenen persönlichen Hintergründen zusammenträfen, was zusätzliches Konfliktpotenzial schaffe. War es früher nur mittels eines Krankenattests möglich dieser Situation zu entgehen, bestehe in Berlin in letzter Zeit auch der Anspruch auf eine Wohnung. Nach Angaben der Projektleiter lebt der Großteil der Roma jedoch noch immer im Heim.

Die unerträgliche Lebenssituation wird detailliert auch von den jetzigen HeimbewohnerInnen bestätigt. Eine Teilnehmerin berichtet davon, wie ihre Familie schließlich eine Wohnung mietete, weil sie es im Heim nicht mehr ausgehalten hätten und anschließend große Probleme bekommen habe, weil die Behörden wissen wollten, wie sie sich als Flüchtlinge diesen Luxus denn leisten könnten. Meist ist es ohnehin so, dass ein geringes Einkommen weder das Anmieten zentralen Wohnraums in Nähe der Qualifizierungsstätte ermöglicht, noch das Geld ausreicht, um eine Monatskarte für die öffentlichen Verkehrsmittel der Berliner Verkehrsbetriebe zu finanzieren und so, bei einem etwaigen Wohnen in Randbezirken,

¹⁴ Ein RAA-Mitarbeiter verweist auf das sogenannte Broken-Window-Phänomen, ein soziologisches Experiment, welches dynamische Zerstörungsprozesse nachgewiesen hat, wenn sich eine Gruppe von Menschen nicht ausreichend mit ihrer Umgebung identifiziert.

räumlich mobil zu bleiben.¹⁵ Dennoch ist eine generelle Novellierung der Unterkunftregelung nicht in Sicht.¹⁶

Bei der inhaltlichen und konzeptionellen Gestaltung des Projektes versucht die RAA vor allem zwei Umständen gerecht zu werden. Zum einen sei zu berücksichtigen, dass die Bildungs- und Berufserfahrungen der TeilnehmerInnen sehr unterschiedlich sind. Es gebe Leute, die schon in Serbien studiert haben und andere, die in den unterschiedlichsten Branchen aktiv waren. Innerhalb der verschiedenen Gruppen und Qualifizierungsmodule wird daher versucht diesen unterschiedlichen Ausgangslagen gerecht zu werden. Des Weiteren ist man bemüht, möglichst die gesamte Familie und insbesondere Frauen in das Projekt zu integrieren. Letzteres sei trotz vieler Konflikte in der Familienhierarchie vielfach gelungen. Tendenziell sei jedoch eine fortschrittliche Tendenz erkennbar. Auch wenn in dieser Aussage implizit deutlich wird, dass die bewusste Förderung weiblicher TeilnehmerInnen teils konträr zu patriarchalischen Familienstrukturen steht, äußerte sich keiner der Befragten negativ zu diesem Aspekt. Dagegen wiesen mehrere Teilnehmer ungefragt darauf hin, dass ihre Ehefrauen sich ebenfalls qualifizieren.¹⁷

Die (Aus)Bildung entsprechend der vier Qualifizierungsbausteine (vgl. III.) wird von den Flüchtlingen besonders aus zwei Gründen geschätzt. Einerseits gebe es sonst nirgends die Möglichkeit mit einer zeitlich unsicheren Aufenthaltsgenehmigung eine Ausbildung zu absolvieren. Andererseits rechnen viele der Befragten nicht mehr damit, mit ihren alten Berufstiteln und -ausbildungen Chancen auf den aktuellen Arbeitsmärkten zu haben. Die Qualifizierung sei für eine „langfristige“ [gemeint ist damit wohl auch qualifizierte] Arbeit sehr wichtig, ob nun in Deutschland oder anderswo.

An anderer Stelle im sozio-kulturellen Bereich besitzt die RAA mit dem EQUAL-Projekt mehr Möglichkeiten um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern. Das RAA-Projekt geht von der Überlegung aus, dass vor allem die Sprachkenntnisse über Erfolg und Misserfolg in der Gesellschaft entscheiden. Um die Erfolgchancen der Roma-Flüchtlinge zu erhöhen, habe man die Deutschkurse deshalb zu einem zentralen Kriterium des EQUAL-Projekts erhoben. Die Flüchtlinge bestätigen, dass fehlende Deutschkenntnisse anfangs ein großes Problem darstellten. Abgesehen von einer Befragten, die schon in Jugoslawien Deutsch gelernt hatte, war den Flüchtlingen vor ihrer Teilnahme am RAA-Projekt das systematische Erlernen der deutschen Sprache nahezu unmöglich. Sprachliche Barrieren bereiteten den Flüchtlingen auch bei der Verständigung mit den Behörden immer wieder Probleme. Die Nichtzahlung der staatlichen Leistungen ist in einigen Fällen kommunikativen Missverständnissen und Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung geschuldet. In anderen Fällen ist der Ausschluss von Sozialhilfe und anderen Leistungen (zum Beispiel der Gesundheitsvorsorge) aber auch informellen Ausschlusspraktiken der öffentlichen Ämter geschuldet. Diese und weitere gesellschaftliche Exklusionen und die ihre Bedeutung Berücksichtigung im EQUAL-Projekt sollen im nächsten Abschnitt genauer betrachtet werden.

¹⁵ Die Gespräche fanden noch vor der Aufkündigung des Sozialtickets seitens der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) statt. Mit dem Wegfall der ermäßigten Beförderung für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen zu Beginn dieses Jahres, hat sich die Situation nochmals verschlechtert.

¹⁶ Es gibt im übrigen Studien die belegen, dass die Unterbringung in Sammelunterkünften teurer ist, als die individuelle Unterbringung der FluchtmigrantInnen und die jetzige Situation somit nicht einmal Kostengründen geschuldet ist, sondern eine reine Schikane darstellt.

¹⁷ Leider war es aus zeitlichen Gründen nicht möglich, noch mehr Frauen zu ihrer Flüchtlingssituation, frauenspezifischen Aspekten und ihrer Stellung innerhalb des Projekts zu befragen.

Informelle Ausschlüsse

Entsprechend der Kategorien unter institutionellen, ökonomischen und sozio-kulturellen Gesichtspunkten lassen sich für den Fall der Roma-Flüchtlinge auch Ausgrenzungen feststellen, deren Ursachen nicht rechtlich-formal begründet sind.

(1) Auf der **staatlich-institutionellen** Ebene betrifft dies vor allem die Handlungspraktiken der behördlichen Vertreter, das heißt die Wahrnehmung ihrer exekutiven Funktion gegenüber den Flüchtlingen. Dabei kritisieren die Projektleiter vor allem die pauschale behördliche Bearbeitung der einzelnen Flüchtlingsfälle. Ärztliche und psychologische Gutachten würden oft nicht anerkannt, weil gerade Roma-Flüchtlinge als „Trittbrettfahrer der Balkankrise“ stigmatisiert würden. Allgemein beschrieben die Mitarbeiter der RAA die institutionelle Haltung nicht als „neutral“, sondern als „abweisend“. Teilweise spiele das Sozialamt „den verlängerten Arm der Ausländerbehörde“. Obwohl die Mitarbeiter die Flüchtlinge bei ihrer behördlichen Kommunikation beraten, sei es schwierig, gewisse willkürliche oder diskriminierende Entscheidungen im Nachhinein zu „korrigieren“.¹⁸

Was ihre Chancen angeht, auf behördliche Diskriminierung Einfluss zu nehmen, sind die Flüchtlinge ihrerseits pessimistisch. Man habe alles versucht, die individuelle Lage zu erklären, aber die Leute [auf den Behörden] hätten einfach keine Lust auf sie, sagte einer der Befragten sinngemäß. Dem Roma sei gesagt worden, dass es in seinem Land gar keinen Krieg gäbe. Sie seien mitunter gefragt worden, was sie denn hier wollten, und dass sie zurück nach Jugoslawien gehen sollten, wo sie hingehörten. Die Ausländerbehörde habe ihnen wiederholt zu verstehen gegeben, dass sie auf Kosten anderer leben würden.

(2) Das von den Behörden wiedergegebene Klischee des „Trittbrettfahrers“ wird im Bereich informeller **Ökonomie** ergänzt vom Bild des migrantischen „Schwarzarbeiters“. Obwohl die ökonomische Knappheit eine solche Beschäftigung aus Sicht der Flüchtlinge strategisch naheliegend wäre, widerlegen die Befragungen diese Vermutung. Denn die Aufnahme eines solchen Arbeitsverhältnisses ist mit großen Risiken verbunden, da das Bekanntwerden eines illegalen Arbeitsverhältnisses für Flüchtlinge die sofortige Abschiebung nach sich zieht. Statt einer Chance, die finanzielle Lage zu verbessern, sprechen die Projektleiter von Ausnutzung und einem zunehmend geringerem Angebot an Jobs in Bereichen des informellen Sektors, in denen häufig „Illegalisierte“ beschäftigt werden.

Die befragten Roma stimmen mit dieser Ansicht mehrheitlich überein. Dabei wird oft darauf hingewiesen, dass das Risiko einer Abschiebung in Folge von „Schwarzarbeit“ die Existenz der gesamten Familie bedrohe, da beispielsweise die gegenseitige finanzielle Unterstützung zusammenbrechen könnte, wenn die staatlichen Transferleistungen eines Familienmitglieds in Folge der Ausweisung wegfallen.

Außerdem kann der nicht gezahlte Lohn aus einem illegalen Beschäftigungsverhältnis von den Flüchtlingen in Deutschland nicht eingeklagt werden, was dazu führt, dass viele ArbeitgeberInnen diesen schwachen Rechtsstatus ausnutzen. Somit bleibt den Roma faktisch auch diese Einkommens-Möglichkeit weitgehend versagt. Zwar sei noch immer Arbeit auf Baustellen oder in Putzkolonnen zu finden, aber das Misstrauen gegenüber den Arbeitgebe-

¹⁸ Besonders zu erwähnen ist die Schilderung eines RAA-Mitarbeiters über eine Reihe von Fällen, in denen die Sozialämter mittels Suggestivfragen versuchten die Beantragung von Sozialhilfe als eigentliches Fluchtmotiv darzustellen. Mit dieser Praktik wurden vielen Roma die Legitimität ihrer Flucht und ihr Anspruch auf Sozialhilfe aberkannt.

rInnen oder VermittlerInnen solcher Jobs ist groß, sagte die Mehrheit der Befragten. In diesem Zusammenhang wurde auch oft erzählt, dass es immer dann zu Razzien auf Baustellen komme, wenn das Bauprojekt fast fertiggestellt ist, beziehungsweise die Auszahlung der Löhne aussteht. Mehrfach äußerten die Befragten den Verdacht, dass es Absprachen mit der Bauaufsicht gäbe.

Entgegen den Aussagen der übrigen Roma, stellte eine Projektteilnehmerin den von den RAA-Mitarbeitern beschriebenen abnehmenden Bedarf an illegaler Arbeit generell und vor allem im Servicesektor (Reinigungsfirmen, Gastronomie) in Frage. Sie sagte, dass informelle Einkommensstrategien im Flüchtlingsmilieu allgemein nach wie vor eine Rolle spielen. Sie schilderte, wie „Großketten“ im Gastronomie- und Servicebereich informell Flüchtlinge beschäftigen. Demnach werden Personen ohne Arbeitsvertrag und für einen geringen Lohn, ohne Papiere oft monatelang beschäftigt. Im Fall einer Kontrolle wird dann behauptet, der betroffene illegal Beschäftigte habe falsche Angaben zur Person gemacht und sei nur wenige Tage auf Probefbasis tätig gewesen. Damit deutet sich an, dass die Frage, ob es tatsächlich einen allgemeinen Ausschluss beziehungsweise eine allgemeine Abstinenz von Flüchtlingen im Bereich nicht-regulierter Beschäftigung gibt, weiterer Untersuchungen bedarf.

Klar scheint dagegen zu sein, dass der ökonomische Ausschluss im rechtlich-formalen Bereich praktisch ein eingeschränktes Konsumverhalten für die Flüchtlinge nach sich zieht. Die staatlichen Leistungen reichten allemal für die Sicherung der Grundexistenz, „gerade genug das man nicht verhungert“, sagen die Mitarbeiter der RAA. Für andere Dinge (genannt wurden unter anderem CDs, Eintrittsgelder für kulturelle Veranstaltungen, Monatskarte für den Nahverkehr), die auch Geld kosteten und die man bräuchte um sich zu integrieren seien nie ausreichend Mittel verfügbar.

Besonders die Flüchtlinge mit schulpflichtigen Kindern beklagen, deren Bedürfnisse nur teilweise decken zu können. Normalerweise könne man von Sozialhilfe nicht leben; „es müsse aber gehen“, sagen andere. In den Gesprächen wurde seitens der Flüchtlinge oft unterschieden zwischen ihrem eigenen und einem „richtigen Leben“.

(3) Ein „richtiges Leben“ beinhaltet auch eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung beziehungsweise die Abwesenheit von Ausschlüssen auf **sozio-kultureller** Ebene. Von einer solchen Anerkennung sind Roma in den Staaten in denen sie eine Minderheit bilden jedoch weit entfernt. Deutschland bildet dabei keine Ausnahme. Nach Aussagen der RAA-Mitarbeiter seien die Vorstellungen der Allgemeinheit noch immer von Vorurteilen und antiquierten Stereotypen über die Lebensweise der Sinti und Roma geprägt. Die beiden Roma-Mitarbeiter der RAA weisen darauf hin, dass die Wahrnehmung der „Roma-Problematik“ zu undifferenziert sei. Eine häufige Assoziation sei immer noch „der bettelnde Zigeuner“. Wegen solch eines pauschalen Bildes würden die sozialen Unterschiede innerhalb der Roma-Community nicht erkannt. Solche Überlegungen lassen auch die Erwerbsausschlüsse in einem noch komplexeren Zusammenhang erscheinen.

Die Experten stimmen darüber ein, dass auch bei einer Gleichstellung von Roma mit anderen Arbeitssuchenden, noch immer diskriminierende und rassistische Ausschlusspraktiken bestehen bleiben würden. Antiziganismus sei kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern eine Einstellungen, mit der sich Roma sowohl in Jugoslawien, als auch hier in der

Flüchtlings-Community konfrontiert sehen. Entgegen dem Verhältnis zu anderen Migrantengruppen seien bei einem Kontakt zwischen Roma und der deutschen Bevölkerung nach Ansicht der Projektleiter „Mediatoren“ notwendig. Eine solche vermittelnde Tätigkeit versucht das EQUAL-Projekt in seinen kulturellen Projekten (zum Beispiel dem Forumtheater) zu leisten. Ob sich der im Projekttitle enthaltene Anspruch „Rassismus und Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu bekämpfen“ realisieren lässt, kann erst dann betrachtet werden, wenn den Flüchtlingen eine solche gesellschaftliche Teilhabe auch rechtlich möglich gemacht würde.¹⁹

Die Flüchtlinge haben ihrerseits nie direkt Rassismus oder Antiziganismus thematisiert.²⁰ Vielmehr wurde in den Gesprächen aber oft deutlich, dass sie sich vor allem beim Kontakt mit Behörden teils offen diskriminiert fühlten. Von Konflikten mit der Zivilbevölkerung erwähnten die Befragten nichts.²¹ Dies könnte auch daran liegen, dass der dafür nötige Kontakt nur selten zustande kommt. Abgesehen von ihren Muttersprachen – die befragten Roma sprachen alle sowohl Romanes als auch Serbisch – und traditionellen „Zigeuner“-Stereotypen gebe es zwischen den serbischen Roma und der Mehrheitsbevölkerung sozio-kulturell im Grunde keine gravierenden Unterschiede, sagen die beiden Roma-Mitarbeiter der RAA.²²

Die letzte hier behandelten Spezifika der in Berlin lebenden Roma-Flüchtlinge behandelt das Fehlen eines migrantischen Netzwerkes, innerhalb welchem beispielsweise gegenseitige Hilfeleistungen über den familiären Rahmen hinaus organisiert werden könnten. Die Projektleiter verneinen zunächst die Existenz eines organisierten Roma-Netzwerks oder einer allumfassenden Roma-Community. Sie sprechen von verschiedenen Gruppen, privaten und familiären Beziehungsgeflechten. Dafür nennen sie im Wesentlichen drei Gründe. Erstens seien der soziale Status und die Interessen der Roma zu unterschiedlich. Deshalb kommen den Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen sowie der gemeinsamen regionalen Herkunft eine größere Bedeutung zu. Zweitens verhindere besonders im Fall geduldeter Flüchtlinge der unsichere Aufenthaltsstatus die Entstehung einer dauerhaften Struktur und fördere gegenseitiges Misstrauen. Drittens bestünde bis heute ein gespanntes, obschon dialogisches Verhältnis zwischen VertreterInnen deutscher und ausländischer Sinti und Roma. Eine spezifische Hierarchie innerhalb der Communities gäbe es nicht und deren Ausprägung sei je nach Sozialisation unterschiedlich.

Die Aussagen der Roma-Flüchtlinge bestätigen im Wesentlichen die Vermutungen der RAA-Mitarbeiter. Gegenseitige Hilfe erfahren oder gewähren sie zum größten Teil innerhalb des Verwandtschafts- und Freundeskreises. Vor allem kurz nach der Ankunft in Deutschland scheinen diese Kontakte von großer Bedeutung gewesen zu sein. Der Teilnehmer, der keine

¹⁹ Peter Kühne schreibt dazu: „Die Arbeitsverwaltung verabschiedete sich, teils aus aufgrund politischer Vorgaben, teils aus eigener Initiative – weitgehend vom Potential zugewanderter Flüchtlinge“ (Kühne, S. 157).

²⁰ Der französische Soziologe Patrick Simon kam nach einer Umfrage mit verschiedenen Migrantengruppen zu dem Schluss, dass Migranten sich selbst nicht als „victime d'une discrimination“ betrachten wollen, selbst dann, wenn eine Diskriminierung vorliegt (vgl. Simon 1998, S. 61).

²¹ Ein anderer interessanter Aspekt kultureller Kontakte, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, ist naiver Altruismus. Motiviert von einer romantisierten Vorstellung der Fahrenden, komme es vor, dass Personen helfen wollen, mit dieser Hilfeleistung aber auch eine spezifische Dankeshaltung erwarten. Die Roma-Mitarbeiter der RAA wiesen darauf hin, dass solche Kontakte eher negative Folgen haben.

²² Das vielleicht einzige klassische Roma-Klischee für das sich Anhaltspunkte finden lassen betrifft die traditionell große Bedeutung mündlicher Vereinbarungen innerhalb der Roma-Community. Dies äußert sich in der allgemeinen Feststellung der Befragten, dass ein „gegebenes Wort“ innerhalb der Gemeinschaft sehr wichtig ist. Die einzelnen Schlüsse, welche die Roma aus diesem Umstand ziehen, fallen jedoch zu unterschiedlich aus, um dazu an dieser Stelle weitergehende Aussagen treffen zu können (vgl. dazu auch Fraser, Angus: *The Gypsies* (1992), Oxford/Cambridge und Matras/Winterberg/Zimmermann: *Sinti, Roma, Gypsies. Sprache – Geschichte – Gegenwart* (2003), Berlin).

staatliche Unterstützung erhält, ist bis heute auf die Hilfe von Freunden angewiesen. Er spricht im Zusammenhang der sozialen Beziehungen als einziger von einer „besonderen Roma-Mentalität“.

Das Fehlen eines größeren organisierten Netzwerkes wird von den Flüchtlingen jedoch ersatzweise mit ihrer Teilnahme an dem EQUAL-Projekt der RAA kompensiert. Für eine relativ kleine Gruppe von Flüchtlingen, die nicht über die Ressourcen zu einer effektiven Selbstorganisation verfügt, wird die Qualifizierungsmaßnahme zu einem entscheidenden Knotenpunkt. Im Rahmen des Projekts seien Leute aus verschiedenen Roma-Gruppen zusammengekommen, die vorher nicht in Kontakt zueinander standen. Da auch Roma mit höheren am RAA-Projekt beteiligt sind, habe auch an dieser Stelle der Austausch zugenommen, sagen die Projektleiter.

Für die Roma-Flüchtlinge ist besonders wichtig, dass in der RAA auch Roma mitarbeiten. Das Mitwirken von zwei Roma habe positiv zur Vertrauensbildung beigetragen und erleichtere die sprachliche Verständigung. Außerdem gebe es auch Probleme, die Flüchtlinge leichter mit ihnen besprechen könnten, als mit anderen Mitarbeitern.²³

Fazit

Die Aussagen der Roma-Flüchtlinge und der Mitarbeiter der RAA zeigen, worin die Stärken und die Grenzen des EQUAL-Projekts liegen. Schematisch lassen sich die Ergebnisse zunächst so zusammenfassen:

Tabelle 2: Stärken und Schwächen des RAA-Programms

	Stärken	Schwächen
staatlich-institutionell	Beratung beim Kontakt mit den Behörden Gesicherter Aufenthalt während der Projektteilnahme	Ausschluss vom Arbeitsmarkt bleibt bestehen Aufenthalt nach Projektende unsicher
ökonomisch	Grundversorgung der Teilnehmer gesichert Unentgeltliche Nutzung der Infrastruktur der RAA	Weiterhin eingeschränktes Konsumverhalten Kein eigenständiges Einkommen kann erzielt werden
sozio-kulturell	Sprachliche und berufliche Qualifizierung RAA als Mediator gegenüber der Mehrheitsbevölkerung Kontaktvermittlung	Gesellschaftliche Teilhabe bleibt gering

Die Ergebnisse lassen sich auf zweierlei Weise interpretieren. Zum einen kann man das Scheitern des eigentlichen integrativen Anspruchs der Qualifizierung hervorheben, denn an der gesetzlichen Diskriminierung kann das RAA-Projekt nichts ändern. Dies spiegelt sich auch in den hier konstatierten Schwächen des Projekts wieder. Sie beziehen sich im institutionellen als auch im ökonomischen Bereich vor allem auf formale Ausschlüsse, die das

²³ Die Bedeutung dieses Umstands scheint sich auch insofern zu bestätigen, dass keiner der Teilnehmer weder früher noch heute regelmäßig Kontakt zu anderen Hilfsorganisationen unterhielt oder noch hat.

EQUAL-Projekt „perspektivisch lindern“ aber nicht auflösen kann. Der Ausschluss vom Arbeitsmarkt, dessen Überwindung das eigentliche Ziel der EU-Initiative ist, bleibt unverändert bestehen und mit ihm die materielle Unterversorgung der Flüchtlinge.

Andererseits bedeutet das RAA-Projekt für die Roma eine große Unterstützung bei ihrer Lebensgestaltung. Die eigentlichen Vorteile lassen sich jedoch nicht aus dem Projekttitel ablesen, sondern sind eher informeller Art. Schon die Teilnahme an der Qualifizierung setzt voraus, dass mit Hilfe der RAA-Mitarbeiter bleiberechtliche Grundlagen geschaffen werden, die eine qualitative Verbesserung gegenüber dem herkömmlichen Duldungsstatus bedeuten. Hinzu kommen eine beratende Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden und die weitere soziale und psychologische Betreuung. Die Qualifizierung selbst eröffnet den Roma schließlich weitere Möglichkeiten verstärkt selbst zu handeln.

Die Inhalte der Qualifizierung sind zwar entsprechend dem EQUAL-Rahmen ausgerichtet, helfen den Teilnehmern aber auch Fähigkeiten zu schulen die außerhalb des Fokus *Arbeitsmarkt* von Bedeutung sind. Die Beherrschung des Computers beispielsweise befähigt die Roma nicht nur perspektivisch dazu irgendwann vielleicht tätig zu werden, sondern erschließt ihnen schon jetzt ein Kommunikationsmittel, dass sie im Computerpool der RAA auch außerhalb der Unterrichtszeiten nutzen können.

Die positiven Nebeneffekte lassen sich fortsetzen. So hilft der tägliche Spracherwerb den Flüchtlingen dabei ihren Standpunkt und ihre Argumente gegenüber den Behörden besser artikulieren zu können. Die Zusammenführung verschiedener Roma-Gruppen und -familien innerhalb des Projekts fördert die sozialen Kontakte der sonst schwach organisierten Community. Im Rahmen des Forumtheaters, das als fakultatives Angebot neben der berufsorientierten Ausbildung angeboten wird, führt die RAA Roma mit anderen Flüchtlingen zusammen.

Die Vorteile, die sich den Projekt-Teilnehmern bieten, sind also trotz des noch ausstehenden Anspruchs, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nicht wenige und weit mehr als eine kompensatorische Linderung ihres prekären Status. Das Projekt stellt ein Empowerment der Roma dar: es befähigt sie trotz aller fortbestehenden formalen Unsicherheiten und Diskriminierungen wieder aktiver Einfluss auf ihr Lebensgestaltung in Berlin zu nehmen, da ihre informelle gesellschaftliche Stellung gestärkt wird.

Theoretische und empirische Probleme

Bei der Durchführung der Feldforschung und der Auswertung der einzelnen Gespräche sind Vorannahmen des Forschenden und eine reduktionistische oder verzerrte Darstellung des Untersuchungsgegenstandes nie gänzlich auszuschließen. Ich habe versucht diese Beeinflussung gering zu halten, möchte im Folgenden aber dennoch kurz auf einige methodisch-empirische „short-comings“ eingehen.

Das für die Fallstudie verwendete Analysekonzept hatte zum Ziel, sich so wenig wie möglich auf normative Annahmen zu stützen. Allerdings wird sowohl bei der Aufstellung des Forschungsdesigns, als auch bei der Formulierung der Ergebnisse deutlich, dass einige der beschriebenen Aspekte der Flüchtlingssituation nicht frei von Vorannahmen sind, die inner-

halb der Forschung aus zeitlichen und organisatorischen Gründen weder theoretisch noch empirisch belegt werden konnten.²⁴

Methodisch gab es eine Vielzahl von unvorhergesehenen Faktoren, die teils erhebliche Auswirkungen auf den Forschungsverlauf hatten. Abgesehen von den sprachlichen Schwierigkeiten und zeitlich organisatorischen Hindernissen, war es nicht immer einfach das Vertrauen der Befragten zu gewinnen, denn deren Angst etwas „falsches“ zu sagen und damit den Aufenthaltsstatus zu gefährden, ist spürbar groß.²⁵

Abschließend sollte deshalb erwähnt sein, dass die prekäre Situation der Flüchtlinge sicherlich Misstrauen gegenüber Befragungen dieser Art fördert. Leider gab es zu wenig Zeit, die einzelnen GesprächspartnerInnen näher kennen zu lernen und eine bessere Vertrauensbasis zu schaffen.

Ausblick

Das EQUAL-Programm geht im Jahr 2005 in seine nächste Runde. Die Erfahrungen mit den Pilotprojekten, zu denen auch das Qualifizierungs-Angebot der RAA gehörte, werden einer internen Auswertung unterzogen, auf die dann die neuen Initiativen aufbauen werden. Ein Mitarbeiter der Berliner RAA lies verlauten, dass es das in dieser Arbeit untersuchte Projekt in seiner jetzigen Form dann nicht mehr geben werde. Stattdessen werde man seitens der RAA versuchen, Programme zu initiieren, bei denen Roma auch als Zielgruppe dabei sein können, dann aber nicht mehr ausschließliche Zielgruppe sein werden.

Noch vor Beginn der EQUAL-Initiative gab es einige grundlegende Bedenken bezüglich der Effizienz dieser Programme in Deutschland (vgl. Kühne, S. 163). Dabei wurden vor allem drei wesentliche Bedenken laut, auf die ich noch einmal kurz eingehen möchte. Erstens vermutete man, dass die Integration in den Arbeitsmarkt perspektivisch nicht den der Bundesrepublik, sondern den des Herkunftslandes betreffen würde. Da es im Rahmen des RAA-Projekts lediglich zu einer Sonderregelung bezüglich des Aufenthalts, nicht aber des Arbeitsrechts kam, scheint sich diese Vermutung zu bestätigen.

Zweitens mutmaßte man, dass sich die Förderungspraxis zwar einerseits an den konkreten Bedürfnissen der AsylbewerberInnen orientieren würde, andererseits aber auch an den nach deutscher Rechtslage konkret vorhandenen Aufenthaltstiteln, und somit die Aufenthaltsdauer auch die konkreten Förderungsziele definieren würden. Das RAA-Projekt zeigt, wie mittels einer Sonderregelung mehr Spielraum für Förderungen geschaffen werden kann. Dass eine 50 Personen umfassende Regelung eine generelle Kritik substantiell entkräftet, ist damit nicht gesagt.

Drittens und letztens wurde befürchtet, dass für Personen im Erwachsenenalter allenfalls vorberufliche individuelle Hilfsmaßnahmen in Betracht kämen, das heißt konkret Deutschkurse und modulare berufsorientierte Qualifizierung. Für Jugendliche, so vermutete man, würde die Hinführung zu einem Schulabschluss angestrebt werden. Bis auf den Unterschied, dass bei dem RAA-Projekt auch Erwachsene einen Hauptschulabschluss nachholen

²⁴ Die geringe Anzahl der Befragten lässt keine Verallgemeinerung der Ergebnisse zu. Außerdem gibt es ein genderspezifisches Ungleichgewicht (innerhalb der längeren Interviews konnte lediglich eine Frau befragt werden), das die Forschungsergebnisse zusätzlich verzerrt haben könnte.

²⁵ Beispielsweise ist neben dem Bürgerkrieg nie ein zusätzlicher Grund für eine Flucht nach Deutschland erwähnt worden, hat nie jemand schwarz gearbeitet, hat nie jemand eine kritische Anmerkung zu dem EQUAL-Projekt gemacht. Auch Versuche gezielter nachzufragen haben an dieser Selbstzensur nichts ändern können

können, entsprechen die Prognosen genau dem RAA-Konzept. Was die „vorberuflichen“ Qualifizierungen auf formal-rechtlicher Ebene wert sind, bleibt bei allen positiven persönlichen Effekten für die Einzelnen abzuwarten. Wenn den so Qualifizierten im Anschluss eine tatsächliche Ausbildung verwehrt bleiben sollte, ist der integrative Nutzen der EQUAL-Initiative in Deutschland letztendlich stark eingeschränkt.

Der politische Handlungs- und der wissenschaftliche Forschungsbedarf bestehen also weiterhin. Vor allem eine Novellierung des Ausländerrechts und die immer noch anstehende Einführung eines Einwanderungsgesetzes werden einen entscheidenden Anteil am Gelingen der künftigen EQUAL-Projekte haben. Die in dem Gesetz vorgesehene Abschaffung des Duldungsstatus könnte zu einem massenhaften Illegalisierungsprozess führen. Anstelle der jetzigen Regelungen wird es dann nur noch befristete und unbefristete Aufenthaltsverhältnisse geben. Es ist zu vermuten, dass es für Flüchtlinge dann nach wie vor kein Recht auf Arbeit geben wird (Düvell 2002, S. 147). Der momentan bestehende quasi-totale Arbeitsausschluss, wird dann ersetzt werden durch eine „Zuwanderung im Auswahlverfahren“ und diese: „erfolgt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und dient keinen Individualinteressen.“ (ebd. S. 148)

Damit steht eine Lösung der Duldungsproblematik im Sinne der Flüchtlinge noch immer aus. Die Fallstudie zeigt, dass integrative Bemühungen auf formaler Ebene kaum Erfolg haben können, solange die beiden zentralen Kategorien „Aufenthalt“ und „Arbeit“ nicht berücksichtigt werden. Dass Projekte, wie die berufliche Qualifizierung des Vereins RAA einzelnen Flüchtlingen dennoch helfen, ihr Leben in Deutschland wieder aktiver gestalten zu können, ist an sich eine positive Entwicklung, ändert jedoch nichts an der allgemeinen diskriminierenden Gesetzeslage, welcher der Großteil geduldeter Flüchtlinge weiterhin ausgesetzt ist.

Literaturangaben

AiD 2002. EQUAL – eine Chance für Migranten? Die Förderung des Arbeitszugangs durch die EU. In: Ausländer in Deutschland, 4/2002, 18.Jg.

Andreß, Hans-Jürgen 1997. Armut in Deutschland: Prozesse sozialer Ausgrenzung und die Entstehung einer neuen „Underclass“?, in: Soziale Probleme, 8. Jahrgang, Heft 1, S. 3-40.

Andreß, Hans-Jürgen 1999. Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Wiesbaden.

Bremer, Peter; Gestring, Norbert 1997. Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in den Städten?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 106, 27. Jg, Nr.1, S. 55-76.

Castillo, Ana 1999. Peel My Love Like an Onion, New York.

Dohse, Knuth 1985. Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Düvell, Franck 2002. Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen .Einwanderungspolitik in Europa. Berlin.

- Flüchtlingsrat Berlin e.V. 2002. Bundesweite Bleiberechtsregelung endlich durchsetzen. in: Amen ačas kate! Gruppe Berlin: Reader zur Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses am 18. November.
- Fraser, Angus 1992. *The Gypsies*, Oxford/Cambridge.
- Hauser, Richard 1999. Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse? in: Glatzer, Wolfgang; Ostner, Ilona (Hrsg.): *Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen*, S. 133-145.
- Heckmann, Friedrich 1999. *Ethnische Minderheiten*. in: Albrecht, Günter; Groenemeyer, Axel; Stallberg, Friedrich W. (Hrsg.): *Handbuch sozialer Probleme*. Wiesbaden.
- Kanein, Werner; Renner, Günter 1991. *Ausländerrecht. Ausländergesetz, materielles Asylrecht, Asylverfahrensgesetz sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften*. Kommentar. München.
- Kromrey, Helmut 2002. *Empirische Sozialforschung*. Opladen.
- Kühne, Peter 2002. Asylsuchende auf dem deutschen Arbeitsmarkt. in: Treichler, Andreas (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten. Probleme, Entwicklungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 151-165.
- Matras, Yaron; Winterberg, Hans; Zimmermann, Michael (Hrsg.) 2003. *Sinti, Roma, Gypsies. Sprache – Geschichte – Gegenwart*. Berlin.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 1994. Expertenwissen und Experteninterview. in: Hitzler, Ronald et al. (Hrsg.): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen, S. 180-192.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike 1991. ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Sozialforschung. in: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.) *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*, Opladen, S. 441-471.
- Silver, Hilary 1994. *Social Exclusion and Social Solidarity – Three Paradigms*. in: *International Labour Review*, No. 5-6, Vol. 133, S. 531-578.
- Simon, Patrick 1998. *La discrimination: contexte institutionnel et perception par les immigrants*. in: *Hommes & Migrations. Le racisme à l'oeuvre*. Nr. 1211 Janvier-Février, S. 49-68.
- Schwarz, Karl-Peter 2004. *Inseln der Dritten Welt. Die Revolte der Roma bestärkt latente Ängste vor einer Einwanderungswelle*. in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 14. März, NR. 11, S. 10.

www.drehscheibe.org

Jenny Künkel

Warum wir Sex im Dunkeln, aber keine Arbeit im Schatten haben sollten: Eine Fallstudie zur Sexarbeit an der Kurfürstenstraße in Berlin

Abstract (Deutsch)

Dieser Beitrag betrachtet Sexarbeit als informelle Arbeit und untersucht wie Arbeitsbedingungen und Beziehungen zwischen Sexarbeiterinnen durch formelle und informelle Regulierung auf verschiedenen Ebenen beeinflusst werden. Nach einer Einordnung des Themas in den Kontext von "Gender" und Ethnizität im Prozess der Informalisierung werden die Ergebnisse einer auf neun qualitativen Interviews mit lokalen ExpertInnen und zehn Interviews mit Sexarbeiterinnen basierenden Fallstudie zur Berliner 'Kurfürstenstraße' präsentiert – einem Straßenstrich, der vornehmlich als wenig attraktive Einkommensquelle für Drogenkonsumentinnen bekannt ist, jedoch auch einer heterogenen Gruppe weiterer Frauen als alternative Erwerbsmöglichkeit dient. Die auf drei Ebenen diskutierten Ergebnisse betonen: Erstens die Bedeutung der lokalen Ebene für die (informelle) Regulierung der informellen Ökonomie. Zweitens die (auf dem sozialen und rechtlichen Status der Sexarbeiterinnen beruhende) Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen selbst innerhalb der Straßenprostitution als nur einer Form der Sexarbeit. Und Drittens die fortbestehende Wirkmächtigkeit unterliegender Dualismen der Trennung von Produktion/ Reproduktion trotz Informalisierung der Arbeit im Allgemeinen und Versuchen der Formalisierung der Sexarbeit im Besonderen.

Abstract (English)

This paper takes a look at prostitution as informal work - analyzing how working conditions and relationships among sex workers are shaped by formal and informal regulation on different scales. Starting with a discussion of gender and ethnicity in the process of informalization the paper presents the results of a case study based on 9 qualitative interviews with local experts and 10 interviews with sex workers from Berlin's "Kurfürstenstraße" – a street walking area known as last resort income source for minor drug users, but in fact also providing a viable employment option for a heterogeneous group of women. Findings are discussed in three dimensions: First, the importance of the local level for the (informal) regulation of the informal economy. Second, the diversity of working conditions (based on the social and legal status of the workers) even within street prostitution which is only one form of sex work. And third, the persistence of underlying dualisms of the production/ reproduction split despite informalization of work arrangements in general and attempts to formalize sex work in particular.



An der Kurfürstenstraße, Berlin

Vorab eine Freihandskizze

Die Berliner Kurfürstenstraße hat vor allem durch ihre Nebenrolle als Drogenstrich in Christiane F.s autobiographischem Roman "Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" eine traurige Berühmtheit erlangt. Doch die Schwere dieser Geschichte trifft bestenfalls einen Teilausschnitt der – oftmals auch ganz banalen - Realität auf dem Straßenstrich rund um die Kurfürstenstraße. Keineswegs alle Frauen arbeiten dort unter so direkten Zwängen wie dem erpressbar machenden Druck einer Drogensucht. Vielmehr bietet der Job einigen Frauen gerade eine relative Unabhängigkeit. Das bringt die 22-jährige Kathrin im Interview folgendermaßen auf den Punkt: "...auf ALDI an der Kasse hatte ich keinen Bock". Steffi, eine 38-jährige Berlinerin (die natürlich auch nicht wirklich Steffi heißt) meint: "Ich kriege noch Sozialhilfe, aber sag's nicht weiter". Sie bevorzugen also eine selbständige Beschäftigung im Sexgewerbe bzw. einen unregistrierten Zusatzverdienst gegenüber den (wachsenden) Zumutungen klassischer Lohnarbeit oder der Abhängigkeit vom daran gekoppelten sozialen Sicherungssystem. Dennoch bleibt das Bild ambivalent, wenn etwa bei Kathrin die fehlende Ausbildung den Hintergrund der Entscheidung bildet. Eine Wahl ist damit zwar entgegen der vereinheitlichenden Klischees über Prostituierte vorhanden. Doch die Sexarbeiterinnen der „Kurfürstenstraße“ sind, auch soweit ihnen der (immer engere) formelle Arbeitsmarkt zugänglich ist, typischer Weise auf dessen untere Segmente beschränkt.

Zudem sind selbst Frauen mit gutem Verdienst, wie die 28-jährige Cindy, die von der (Sex-) Arbeit an zwei oder drei Abenden pro Woche gut leben kann, zumindest durch die Stigmatisierung ihres Berufes eingeschränkt. So beschreibt Cindy (wie die meisten anderen Frauen) die Beziehungen zu Arbeitskolleginnen als eher oberflächlich: "Man kennt sich, aber freundschaftlich ist das nicht". Wie wenig sie ihren Job als stützendes Netzwerk und Identitätsressource nutzen kann, zeigt ihre Betonung der Bedeutung von Bekanntschaften jenseits der Sexarbeit: "Man will ja auch eher die Freundschaften von vorher behalten". Andere Sexarbeiterinnen gehen offensiver mit ihrem Job um. Doch eine anstrengende Normüberschreitung bedeutet der Job angesichts der negativen gesellschaftlichen Zuschreibungen für alle.

Einige Frauen kämpfen mit weiteren Diskriminierungen. "Ich bin schwarz hier" wiederholt eine meiner Interviewpartnerinnen immer wieder. Die Bewertung ihrer Hautfarbe trifft die Bulgarin vor allem finanziell. Denn das, was sie als "nicht-weiße", knapp 40-jährige Frau an

der "Kurfürstenstraße"¹ verdient, reicht nicht zum Leben – obwohl sie sieben Tage die Woche von 20 bis drei Uhr arbeitet. Doch eine andere Arbeit findet sie nicht. Wie sie den Job in den Abendstunden mit ihrem Privatleben vereinbare? Das sei einfach. Bei ihr sei alles tot. Ihre Ehe mit einem Deutschen sei nach 13 Jahren gescheitert. Jetzt sei sie ganz allein. Trotzdem treffe ich sie recht vergnügt an. Sie unterhält sich mit einer etwas jüngeren Mexikanerin, mit der sie regelmäßig zusammenarbeitet, und hat auch ein wenig Zeit für mich. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ermöglichen ihr, angstfrei reden zu können.

Von den vereinzelt in der Gegend arbeitenden afrikanischen Migrantinnen erreiche ich keine für ein längeres Gespräch. Dennoch werden bereits vor den ersten leitfadengestützten Interviews bei einem Rundgang starke Kontraste deutlich. Vor allem wird offensichtlich, wie sehr sich die unterschiedlich starke Diskriminierung der Frauen angesichts der Informalität der "Kurfürstenstraße" direkt in Form unterschiedlicher Arbeitsbedingungen äußert, wie sie die Frauen spaltet, und wie jede (räumliche) Einschränkung "nach unten" weitergegeben wird, also die sozial und rechtlich "Schwächsten" am härtesten trifft. So erzählt eine Sudanerin, die "weißen Mädchen" hätten alle "Männer", die sie schlagen würden und nicht in der Kurfürstenstraße stehen ließen. Anstatt sie zur Sexarbeit zu zwingen, halten Zuhälter sie also eher von der Arbeit ab. Denn der Standplatz am Park, wo ich sie mit einem Bein schon halb über dem Zaun antreffe, bietet ihr zwar offensichtlich die Möglichkeit, Polizeikontrollen zu entgehen. Er ist jedoch wegen des Nachtfahrverbots, das die AnwohnerInnen Anfang der 90er Jahre gegen die Sexarbeit durchgesetzt haben, wenig lukrativ.

Auch die weißen, deutschen Frauen arbeiten an der "Kurfürstenstraße" keineswegs alle mit Zuhälter. Denn nicht alle wollen oder können sich dies leisten. So räumen auch die Drogenkonsumentinnen ab 22 Uhr (wenn professionelle Zuhälter ein Standgeld von 50 Euro für den Schutz auf zwei kurzen Straßenabschnitten erheben) den mittleren Teil der Kurfürstenstraße. Dort sind dann nur noch junge (weiße, deutsche) Frauen in Berufskleidung anzutreffen.

Drei ebenfalls weiße, deutsche Frauen haben sich gleich daneben autonom organisiert, um sich per Handykontrollruf gegenseitig zu schützen. Für sie bedeutet die Ausgrenzung sozial und rechtlich schlechter gestellter Frauen, dass sie die Polizei als Ressource nutzen können, statt Repressionen fürchten zu müssen. Entsprechend, so erzählt eine 23-jährige Berlinerin, achten sie an ihrem Platz (notfalls mit den Fäusten) darauf, dass keine Frau mit "BTM-Stempel" (also polizeilicher Registrierung wegen Drogenbesitzes) bei ihnen arbeitet. Als Beweis für ihren guten Verdienst verweist sie auf die teure Berufskleidung und ihr Auto. Die eigenen schwierigen Umstände, die sie mit dem Job als Sexarbeiterin erfolgreich bewältigt, erwähnt sie eher nebenbei: Wenig Geld in der Familie und der Vater, der auch mal auf der Straße gelebt habe, werden nur als Begründung für die heutige verständnisvolle Unterstützung der Eltern bezüglich ihres Berufes angeführt.

Das ist sie in etwa, die Bandbreite an Lebens- und Arbeitsbedingungen an der "Kurfürstenstraße": Frauen ganz überwiegend mit einer Wahl, wenn auch eben eingeschränkt durch ethnische und klassenspezifische Diskriminierung, sowie durch die Marginalisierung der Sexarbeit, die sie als das ausgegrenzte "Andere" heterosexueller Familiennormen kon-

¹ In Anführungszeichen steht der Begriff "Kurfürstenstraße" dann, wenn der Straßenstrich, der sich tatsächlich über die Kurfürstenstraße hinaus auf die Frobenstraße, Genthinerstraße, Einemstraße, Lützowstraße, Bülowstraße und Potsdamer Straße erstreckt, als Ganzes bzw. als Institution gemeint ist.

stituiert.² Der (Arbeits-) Alltag der Frauen ist dabei sicher oft undramatischer, als es in dieser kondensierten Darstellung erscheinen mag. Gerade angesichts der Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen besteht kein Grund zu moralisieren oder Sexarbeit als solche zu verdammern (statt Arbeit im Kapitalismus allgemein). Vielmehr gilt es zu untersuchen, wie die Regulierung der Sexarbeit auf unterschiedlichen politischen Ebenen diese Arbeitsbedingungen hervorbringt. Doch um die Hintergründe der Regulierung zu verstehen, ist vorab eine Ausweitung des Blicks notwendig. Im Folgenden soll daher zunächst Sexarbeit in den Kontext der Informalisierung von Arbeit eingeordnet werden. Daran anknüpfend soll das der Untersuchung eines informellen Gewerbes angepasste methodische Vorgehen der Studie aufgezeigt werden. Anschließend werden knapp die jüngsten (zaghaften) Ansätze zu Formalisierung von Sexarbeit auf bundesrechtlicher Ebene und deren Umsetzung auf der Ebene der Bundesländer umrissen. Zudem wird die spezielle Berliner Situation einer Stadt ohne Sperrgebietsverordnungen dargestellt. Im Hauptteil werden die Interviews mit den ExpertInnen zu den informellen zivilgesellschaftlichen Arrangements auf der Quartiersebene ausgewertet, und es werden die Ergebnisse der Interviews mit den Sexarbeiterinnen zu den Aushandlungen untereinander und ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen präsentiert.

Keine Informalität ohne Formalität? – Sexarbeit als informelle Arbeit

Sexarbeit kann als informelle Arbeit gelten, wenn informelle Ökonomie unter Einbeziehung prekärer Arbeitsverhältnisse weit gefasst wird (z.B. Altvater & Mahnkopf 2002). Dies gilt auch angesichts des hohen Anteils von unverteuerter Arbeit im Sexgewerbe. Dennoch stellt Sexarbeit eine atypische Form informeller Beschäftigung dar. An der Norm der (heterosexuellen) Zweierbeziehung und der Form der Ehe gemessen - nicht jedoch am (männlichen) Normalarbeitsverhältnis - und eher als moralisches Problem denn als Arbeitsverhältnis reguliert, wird Sexarbeit noch immer partiell der Charakter als Arbeit abgesprochen. Damit fehlt es ihr zugleich am formellen Pendant. Denn in den meisten europäischen Ländern ist Sexarbeit selbst keineswegs illegal. Somit ist es nicht die strafrechtliche Kriminalisierung, sondern die zivilrechtliche Diskriminierung, die die Besonderheit der Sexarbeit ausmacht. So galt bis 2002 Sexarbeit in Deutschland als sittenwidrig. Trotz Steuerpflicht waren Verträge zwischen SexarbeiterInnen und Kunde/in also nichtig. Seit Inkrafttreten des "Prostitutionsgesetzes" (ProstG) im Januar 2002 können SexarbeiterInnen (die sich bisher rechtswirksam im Voraus bezahlen bzw. Geld übereignen ließen) ihren Lohn einklagen. KundInnen können über den einseitig verpflichtenden Vertrag jedoch keinen vereinbarten Sex einfordern. Damit wurde Sexarbeit zwar als Arbeit anerkannt, die Anerkennung bleibt aber prekär und umstritten.

² Nach Hubbard (1999) etabliert die (umkämpfte) staatliche und zivilgesellschaftliche Kontrolle von Sexarbeiterinnen eine (räumliche) Ordnung, die zentral für die Aufrechterhaltung von westlichen, heterosexuellen "Familienwerten" ist. Sexarbeit wird damit – entgegen feministischer Ansätze, die generell von einem ausbeuterischen Charakter der Sexarbeit ausgehen (s.u.) – als historisch kontingent, also veränderbar, verstanden. Sullivan (1995) verdeutlicht dies im Rahmen der Debatte, ob Sexarbeit (im Gegensatz zur Ehe) in einer post-kapitalistischen, post-patriarchalischen Welt fortbestehe. Sie hält spezialisierte sexuelle Dienste (Sexarbeit) auch in einer solchen Welt für sinnvoll, und Sex auch in nicht-monogamen, nicht-romantischen Beziehungen auf der Basis von Lust oder zum Lebensunterhalt für denkbar. Damit problematisiert sie herrschende kulturelle Deutungen, welche einen hierarchischen Dualismus zwischen Sexarbeit einerseits und auf Reziprozität und Liebe beruhenden sexuell-ökonomischen Austauschverhältnissen andererseits konstruieren, und damit nicht nur Sexualität allgemein eingrenzen, sondern auch die Arbeitsbedingungen von SexarbeiterInnen negativ beeinflussen. Wenn dieser Artikel solche essentialistischen Zuschreibungen entsprechend vermeidet und die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit befürwortet, soll damit weder die Durchkommerzialisierung aller Lebensbereiche propagiert, noch entfremdete Arbeit im Kapitalismus beschönigt werden.

Bisherige Blicke auf die Sexarbeit

Angesichts der auch in der feministischen Literatur umstrittenen Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit haben bisherige empirische Arbeiten zwar wichtige Erkenntnisse geliefert, Sexarbeit jedoch noch unzureichend als informelle Arbeit untersucht.

Denn auf internationaler Ebene legt zwar der Begriff "Frauenhandel" eine Betrachtung von Sexarbeit als Industrie nahe. Der durch nationale Politiken und restriktive Einwanderungsbestimmungen geförderte Frauenhandel wird dabei allerdings vornehmlich als organisierte Kriminalität und Problem innerer Sicherheit thematisiert (kritisch: Helwes 1998, Hanochi 1998) und insbesondere von der internationalen Organisation für Migration (IOM) als Argument gegen die Sexarbeit und für ein restriktiveres Migrationsregime gebraucht (kritisch: noborder 2002).

Empirische Studien auf lokaler Ebene dagegen betrachten Prostitution noch seltener als (informelle) Arbeit. Gespalten entlang disziplinärer Grenzen und der alten feministischen Debatte, ob Sexarbeit als offensichtlichste Form der sexuellen Ausbeutung von Frauen abgeschafft (Barry 1995, Schwarzer 1981) oder als legitime Erwerbsalternative anerkannt werden soll (wie die Hurenorganisationen fordern), tendieren auch empirische Arbeiten dazu, jeweils vereinheitlichend entweder Zwang oder Autonomie in der Sexarbeit zu betonen (vgl. Sullivan 1995). Wo unterschiedliche Arbeitsbedingungen und Hierarchien im Sexgewerbe thematisiert werden, gilt Sexarbeit auf der Straße meist als unterstes Segment. Nur vereinzelt wird die relative Freiheit bezüglich der Arbeitsgestaltung betont (Hofmann 1994).

Straßenprostitution ist bislang am besten aus sozialarbeiterischer Perspektive erforscht, häufig zur HIV-Prävention unter DrogenkonsumentInnen (Dalla 2002). Damit standen bisher eher die Verbesserung von Gesundheitsbedingungen und die Erleichterung des "Ausstiegs" (Berufsaufgabe) als die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit im Vordergrund der Betrachtungen.

Ich möchte Sexarbeit als (informelle) Arbeit und legitimen, wenngleich nicht immer einfachen Weg der Unterhaltssicherung betrachten. Denn ich gehe davon aus, dass die (unterschiedlichen) Arbeitsbedingungen keine Folge von Sexarbeit als solcher sind, sondern von ihrer jeweiligen Regulierung (sowie des rechtlichen und sozioökonomischen Status der SexarbeiterInnen). Regulierung der Sexarbeit wie ökonomische Bedingungen unterliegen derzeit einem Wandel, dessen Kontext ich im Folgenden skizzieren möchte.

Sexarbeit im Kontext der Informalisierung

Feministische Analysen zu den sozioökonomischen Restrukturierungen seit den 70er Jahren betonen (trotz Einigkeit darüber, dass auch Frauen zu den GewinnerInnen der Umstrukturierungsprozesse gehören) vor allem die negativen Auswirkungen von "Globalisierung" und "Informalisierung". Denn die neoliberale Politik treibt auch die Vergeschlechtlichung und Ethnisierung von Arbeitsteilung voran – sie tut dies aufgrund der ihr inhärenten Tendenz,

Menschen bzw. Personengruppen, die bereits mit Ressourcen ausgestattet sind, systematisch zu privilegieren ("frei für" etwas zu machen) und Menschen, die nicht auf Ressourcen zurückgreifen können, zu marginalisieren ("frei von" jeder Sicherheit bzw. jedem Rückhalt zu machen) (Appelt & Sauer 2001: 131).

Der informelle Sektor wirkt dabei als "Schockabsorber" (Altvater/Mahnkopf 2002: 157), der Gesellschaften die Kosten der Modernisierung weniger stark spüren lässt, indem er Teile dieser im Rahmen von Arbeitsmarktrestrukturierungen und Sozialstaatsumbau freigesetzten Menschen aufnimmt – auch eine gestiegene Zahl migrierender und im Lande tätiger Sexarbeiterinnen vor allem aus den Transformationsländern (dies. 2002: 128, Wichterich 1998: 99 ff.). Gerade Frauen werden als "Stoßdämpfer der Sparmaßnahmen" (Wichterich 2000: 64) und "Pionierinnen für die neuen flexiblen Arbeitsformen" (dies. 1998: 65) thematisiert.³ Denn sie sind nicht nur verstärkt erwerbstätig, sondern überdurchschnittlich oft prekär beschäftigt und weltweit im informellen Sektor (insbesondere in dessen unteren Segmenten) überrepräsentiert (Altvater & Mahnkopf 2002: 121ff.). Mit steigender weiblicher Erwerbstätigkeit unterhöhlt die informelle Ökonomie jedoch auch die für das fordistische Genderregime (d.h. für die institutionalisierten Geschlechterpraktiken im Nachkriegskapitalismus) zentrale Trennung von Öffentlichkeit/ Privatheit und Produktion/ Reproduktion (Young 1998: 189). Entsprechend wird eine "Neustratifizierung der Genderregime" (ebd.: 180) und die "Krise der Hegemonie des kollektiven Subjektes (des weißen Mittelklassemannes)" (Ruddick 1992: 296) konstatiert, und darin zumindest die Möglichkeit neuer Handlungsspielräume für Frauen gesehen (Young 1998: 196). Wie sich die weithin festgestellte Veränderung des Verhältnisses von Produktions- und Reproduktionsbereich vollzieht, bleibt bislang allerdings weitgehend unbestimmt.⁴

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen der Arbeit möchte ich untersuchen, wie sich die Regulierung von Sexarbeit auf verschiedenen Ebenen verändert, und wie dies die Arbeitsbedingungen und -organisation der Sexarbeiterinnen prägt. Indem ich ein als informelle Arbeit traditionsreiches Gewerbe betrachte, dem angesichts seines Ausschlusses sowohl aus dem Bereich legitimen Sexes als auch aus dem legitimer Arbeit eine Schlüsselposition bei der Definition beider Bereiche zukommt, will ich gleichzeitig zur Klärung der Frage nach der Neubestimmung der Grenzen von Produktion und Reproduktion beitragen.

Aufbau und Methoden

Die Untersuchung legt also den Schwerpunkt auf Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiterinnen im Kontext der im Wandel begriffenen Regulierung. Die Regulierung des Sex-

³ Postfordistische Arbeitsverhältnisse werden demnach mit Hilfe von (noch seltener gewerkschaftlich organisierten) Frauen durchgesetzt, bevor die "feminisierten" (d.h. schlecht abgesicherten und gering entlohnten) Formen der Erwerbsarbeit auch für männliche Erwerbstätige normal werden (Wichterich 2000). Dabei werden Frauen zunehmend auch entlang von Klassen- und ethnischen Grenzen gespalten. Dies gilt bezüglich der weltweiten Arbeitsteilung wie innerhalb der Industrieländer - etwa wenn in den USA für qualifizierte Teilzeitbeschäftigung (den fordistischen Genderrollen angepasster) "Suburbanitinnen" gegenüber (migrantischen) Innenstadtbewohnerinnen vorgezogen werden (Frank 2003), während unqualifizierte, niedrig entlohnte Arbeit häufig an (illegalisierte) Migrantinnen delegiert wird, die im wachsenden städtischen informellen Sektor nicht zuletzt die Reproduktionsarbeit berufstätiger Mittelschichtsfrauen übernehmen (Sassen 2000).

⁴ Zwei Trends werden diskutiert: Einerseits findet eine Ausdehnung der Erwerbsarbeit in die Privatsphäre statt (durch neue Arbeitsformen wie Tele- und Heimarbeit, ausgedehnte Arbeitszeiten und das Produktivmachen von in Freizeit oder Beziehungsarbeit erworbenen Qualifikationen im Produktionsbereich). Andererseits ist weibliche Arbeit immer weniger auf die Reproduktionssphäre beschränkt, sondern findet in einem breiten Spektrum von formeller, informeller und Haushaltsökonomie statt. Angesichts dessen werden verstärkt Veränderungen der geschlechtsspezifischen Grenzen von Produktion/ Reproduktion und Öffentlichkeit/ Privatheit thematisiert. Dabei wird teilweise die zunehmende Auflösung dieser Grenzen (und Kategorien) angenommen (Young 1998: 198, Peinl 2004: 171, Hardt & Negri 2002: 372). Andere hingegen gehen (u.a. mit Blick auf die weiterhin überwiegend Frauen angelastete und abgewertete Reproduktionsarbeit) von selektiven Verschiebungen der Grenzen aus (Appelt & Sauer 2001, Schultz 2002). Die These der Auflösung der Grenzen wird entsprechend dafür kritisiert, dass durch die Grenze produzierte Hierarchisierungen aus dem Blick geraten (Schultz 2002). Empirische Untersuchungen in den oberen Segmenten der neuen Arbeitswelten der formellen Ökonomie legen bereits nahe, dass die Verschiebungen selektiv ausfallen und unterliegende geschlechtlich kodierte Dualismen nur bedingt in Frage stellen – etwa wenn in der High-Tech-Branche zwar einerseits eine Ausdehnung der Arbeit durch nach Hause mitgenommene Arbeit stattfindet, andererseits Firmen aber nach wie vor von Männlichkeitsformen profitieren, die keine Hausarbeit einbeziehen (Massey 1996) Wie weit das Anwachsen der informellen Ökonomie die Grenzen von Produktion und Reproduktion tatsächlich in Frage stellt, bleibt noch zu untersuchen.

gewerbes in diesem weiterhin stark informellen und deutlich von normativen Fragen beeinflussten Bereich besteht aus einem komplizierten System von formellen Regulierungen auf unterschiedlichen Ebenen (Prostitutionsgesetz, Polizeirecht, Quartiersmanagement). Zu diesen formellen Regulierungen treten (ergänzend oder auch auf eine Umgehung der formellen Regulierungen zielend) informelle Organisationsmechanismen. Formelle wie informelle Regulierung auf den drei Ebenen (Bund, Land, Quartier) sollen zuerst Thema sein, da sie den (rechtlichen, moralischen und räumlichen) Rahmen für die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen an der "Kurfürstenstraße" setzen. Die Regulierung von Sexarbeit trifft unterschiedliche Gruppen an der "Kurfürstenstraße" jedoch in unterschiedlicher Weise. Dies schlägt sich in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen nieder, was ich anhand von drei am deutlichsten von der Informalität der Arbeit geprägten Aspekten diskutieren möchte: 1. Bedingungen und Formen der Unterhaltssicherung, 2. Sicherheit und 3. professionelle Identität. Dabei sollen sowohl Arbeitsorganisation und das Verhältnis der Sexarbeiterinnen untereinander als auch individuelle Strategien beleuchtet werden.

Die Darstellung der bundesweiten rechtlichen und der Berliner Situation stützt sich auf Fachliteratur, Zeitungsartikel und ein Gespräch mit Vertreterinnen der Berlinweiten Hurenorganisation Hydra. Die weitere Untersuchung besteht aus einer Fallstudie zur "Kurfürstenstraße". Methodisch legte das wenig erforschte, informelle (also statistisch praktisch nicht erfasste) und schwer zugängliche (weil stigmatisierte und teilweise illegalisierte) Forschungsfeld einen qualitativen Zugang nahe. Acht aufgezeichnete, leitfadengestützte Interviews mit ExpertInnen aus Sozialarbeit, Polizei und Quartiersmanagement (jeweils in Tempelhof-Schöneberg und Mitte, also beiderseits der die Bezirksgrenze darstellenden Kurfürstenstraße) gaben einen Überblick über die Regulierung der Sexarbeit auf Quartiers-ebene sowie einen Einblick in Sexarbeit an der "Kurfürstenstraße". Sieben informelle Gespräche mit Sexarbeiterinnen in Sozialprojekten und auf der Straße sowie eine "geführte Begehung" mit einer Sexarbeiterin aus dem Gebiet halfen bei der Exploration des Themas und der Ausarbeitung eines Leitfadens. Auf dessen Grundlage wurden dann systematischer zehn kurze Interviews mit Sexarbeiterinnen geführt (von denen drei angesichts von Sprachbarrieren weniger ergiebig waren).⁵

Bundesrechtliche Neuregelung – Fallstricke eines zaghaften Formalisierungsversuchs

Bundesrechtlich wurde Sexarbeit mit dem ProstG vom Januar 2002 so weit anerkannt, dass sie als selbständige Beschäftigung oder abhängiges Arbeitsverhältnis ausgeübt werden kann. Damit besteht die Möglichkeit zur Sozialversicherung. Auch "Zuhälterei" ist nur noch in (allerdings unbestimmt bleibender und ohnehin als Nötigung strafbarer) "ausbeuterischer" und "dirigistischer" Form strafbar. SexarbeiterInnen können sich damit legal von anderen oder gegenseitig (etwa in Hurenkollektiven) schützen lassen. Mit dem Wegfall des Straftatbestandes "Förderung der Prostitution" wird das Bereitstellen günstiger Arbeitsbedingungen nicht länger bestraft. Allerdings grenzen die fortbestehende Möglichkeit zum Erlass von

⁵ Die Interviews fielen mit nur knapp 15 Minuten extrem kurz aus und konnten lediglich als Gedächtnisprotokoll festgehalten werden. Denn die Frauen wurden direkt auf der Straße angesprochen. Entsprechend vorsichtig war daher die Auswertung. So wurden die Ergebnisse auf ihre Plausibilität hin anhand der vorab gesammelten Erkenntnisse sowie zwei sozialarbeiterischen Studien über Minderjährige und Drogenkonsumentinnen an der "Kurfürstenstraße" (AG Kurfürstenstraße 2000, Soziologisches Institut der FU Berlin 2003) eingeschätzt.

Sperrgebietsverordnungen und die "Sittenwidrigkeit" nach dem Gaststättengesetz Sexarbeit nach wie vor räumlich ein, und das Werbeverbot verhindert zwar nicht unbedingt ihre Präsenz in den Anzeigenteilen von Zeitungen, wohl aber die Möglichkeit explizit (z.B. mit dem Hinweis "safer sex") zu werben.

Hurenorganisationen kritisieren die mangelnde Praktikabilität der neuen Arbeitsverhältnisse. Denn diese sichern den SexarbeiterInnen zwar volle Rechte von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Urlaubsgeld sowie jederzeit ein sofortiges Kündigungsrecht zu. Das Weisungsrecht der ArbeitgeberInnen ist dagegen auf das Bestimmen von Ort und Zeit eingeschränkt. Nicht nur Arbeitsverhältnisse am Rande der Scheinselbständigkeit seien das Resultat, sondern auch die mangelnde Attraktivität für die ArbeitgeberInnen. Freiheitliche Vertragsbedingungen auf ArbeitnehmerInnenseite (statt verbesserter sozialer Absicherung) befördern also potentiell das Verbleiben in der Informalität. Auch die in der Branche üblichen Absprachen über Preise seien mit den Neuregelungen unzulässig. An den realen Arbeitsverhältnissen geht das Gesetz also vorbei.

Vor allem für MigrantInnen, die nach Schätzungen etwa die Hälfte der schätzungsweise 400.000 SexarbeiterInnen in Deutschland ausmachen, bleibt die Situation prekär. Legale Arbeitsmigration mit dem Ziel der Sexarbeit bleibt auf EU- und (in eingeschränktem Maße) auf EU-Beitrittsländer beschränkt. Für illegalisierte MigrantInnen greifen die Regelungen ohnehin nicht. "Menschenhandelsprozesse" enden nach wie vor im Regelfall mit ihrer Abschiebung und staatlicher Gewinnabschöpfung.⁶

Rechtsunsicherheit besteht für alle, die ihr Gewerbe legalisieren wollen, insofern, als zum ProstG bislang keine Ausführungsbestimmungen erlassen wurden und daher keine Stichtagsregelungen existieren. Entsprechend müssen Steuernachforderungen für bis zu zehn Jahren befürchtet werden, wie sie tatsächlich in München in Höhe von 1,2 Mio. Euro an eine Bordellbetreiberin bereits gestellt wurden (Hauer 2004). Zudem ist die Umsetzung in den einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Bayern, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und Bremen erkennen Bordelle noch immer wegen "Sittenwidrigkeit" nicht als Gewerbe an, und die ersteren drei strengen noch regelmäßig Verfahren wegen Zuhälterei gegen BordellbetreiberInnen an. Andernorts haben die gewachsene Legitimation durch das Gesetz und vor allem die Finanznot der Kommunen zu neuen Experimenten bei der Erhebung von Steuern im weitgehend auf Bargeldverkehr beruhenden Gewerbe geführt. So besucht in Stuttgart die Steuerfahndung täglich die Bordelle und verlangt für jede Sexarbeiterin 15-25 Euro als "freiwillige Steuervorauszahlung" (Hauer 2004).⁷

Die neuen Regelungen des ProstG lassen also Raum für ein hohes Maß an Willkür (wenngleich gerichtliche Prozesse noch zur Klärung beitragen werden) und sind offen für neue moralisierende Grenzziehungen. Dies zeigt sich auch an der Praxis der Arbeitsämter. Nach interner Weisung vermitteln diese keine Stellen in der Sexarbeit und lassen keine "Ich-AGs" als Sexarbeiterin zu. Dieser Ausschluss der Sexarbeit von den neuen arbeitsmarktpoli-

⁶ Auch MigrantInnen mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung sind laut Hydra in der Praxis weiterhin benachteiligt, da die Ausländerbehörden etwa bei verheirateten MigrantInnen, die als SexarbeiterInnen tätig sind, eher eine so genannte "Scheinehe" annehmen als im Falle der Ausübung anderer Berufe. Auch bleibt der Nachweis des eigenständigen Unterhalts zur Erlangung einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung als SexarbeiterIn schwieriger als bei anderen Berufen.

⁷ Köln und Gelsenkirchen erheben eine Vergnügungssteuer, die seit 2003 im alleinigen Ermessen der Kommunen liegt, auf Bordelle, Spielhallen, Pornokinos und Diskotheken. Sie trennen zwischen "wertvollen" und "anderen" Vergnügungen, indem Kinos, Sportstätten und Veranstaltungen mit Eventcharakter (in Köln angesichts lautstarken Protests) von der faktischen zweiten Umsatzsteuer ausgenommen sind (Bunjes 2004).

tischen Instrumenten wird in medial geführten Debatten bestätigt. So sorgte etwa im Juli 2003 die versehentliche Vermittlung einer Berliner Sozialhilfeempfängerin in ein Bordell für öffentliche Aufmerksamkeit und Empörung. Indem solche Debatten geführt werden, ohne die grundsätzlichere Frage nach der Legitimität von Arbeitszwang zu stellen (kritisch: Schwarzer 2003), wird nicht nur die Verortung von Sexarbeit im Bereich jenseits (formeller) Arbeit erneuert, sondern es werden auch die Grenzen von ("zumutbarer") Arbeit überhaupt ausgehandelt. Mit der prekären Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit wird die Marginalisierung von Sexarbeit also über das Aufrechterhalten sexueller Normen hinaus auch für das Aufrechterhalten der Arbeitsmoral in Zeiten der Durchsetzung des Abbaus von Sozialstandards und Arbeitsrechten bedeutsam.

Berlin – Stadt ohne Sperrgebietsverordnung, aber nicht ohne Kontrolle

Anhand der unterschiedlichen Umsetzung des ProstG und der Besteuerung der Sexarbeit wird bereits deutlich, dass das lokale (moralische) Klima eine erhebliche Bedeutung für die SexarbeiterInnen hat. Berlin gilt als verhältnismäßig liberal im Umgang mit der Sexarbeit. Entsprechend wird hier mit Umsetzung des ProstG eine Gewerbeanmeldung erst ab drei bis vier SexarbeiterInnen nötig sein, und SexarbeiterInnen auf dem Straßenstrich brauchen keinen Reisegewerbeschein. Auch begrenzt Berlin als einzige der großen deutschen Städte die Sexarbeit nicht mittels Sperrgebietsverordnung. Entsprechend arbeiten die schätzungsweise 5-8000 Sexarbeiterinnen in etwa 600 sehr kleinen Bordellen sowie auf drei Straßenstrichen: Der Oranienburgerstraße und der Straße des 17. Junis, die als Arbeitsorte professioneller, mit Zuhälter arbeitender Sexarbeiterinnen gelten, sowie der "Kurfürstenstraße", die (zu Unrecht) vor allem als "Drogenstrich" bekannt ist.

Geprägt ist die Situation der Berliner Sexarbeiterinnen, von denen etwa die Hälfte Migrantinnen⁸ sind, auch durch die ökonomische Lage der Stadt. So klagen in Berlin (wie angesichts der allgemeinen Rezession auch landesweit) Sexarbeiterinnen über rückläufige Einkünfte. Die Berliner Finanznot des öffentlichen Haushalts führt zudem zu Kürzungen bei den sozialen Einrichtungen. Die große Berliner Hurenorganisation Hydra ist bislang eher von indirekten Kürzungen durch verstärkte inhaltliche Einflussnahme betroffen.⁹ Insgesamt nimmt jedoch unter dem Kürzungsdruck die gegenseitige Unterstützung der bisher sehr solidarisch zusammenarbeitenden freien Träger in Berlin ab. Andererseits ist das Berliner Sexgewerbe wegen des geringeren ökonomischen Drucks auf die Stadt räumlich weniger durch private Investitionen bedroht als dies in stärker prosperierenden Städten der Fall ist.¹⁰

Räumliche Verdrängung ist in Berlin aber dennoch ein Thema. Erstens – daran zeigen sich noch einmal die Schwierigkeiten der Formalisierung eines so lange Zeit informellen Ge-

⁸ Inzwischen arbeiten laut Hydra im Berliner Sexgewerbe etwa zur Hälfte Osteuropäerinnen, vor allem aus Polen, der Ukraine, Weißrussland und Bulgarien, sowie bereits vor der Wende viele Thailänderinnen.

⁹ So müssen sie etwa ohne zusätzliche Stellen das Thema "Frauenhandel" bearbeiten, obgleich dies eine Reduzierung der Arbeit in anderen Bereichen bedeutet. Das von ihnen zwar als wichtig befundene Thema ist für sie aus zwei Gründen problematisch. Erstens angesichts der Erfahrungen, dass in Berlin migrantische Sexarbeiterinnen ganz überwiegend nicht unter Zwang Schulden abarbeiten müssen (wie dies in den meisten individualisierenden, Strukturen nicht hinterfragenden Medienberichten vermittelt wird (kritisch: Howe 2003)), sondern gerade osteuropäische Frauen auf ähnliche Migrationsnetze wie in anderen ethnischen Gewerben (etwa zur Vermittlung von Wohnungen) zurückgreifen können. Zweitens wegen der Verknüpfung mit dem Thema "Festung Europa" in der internationalen Debatte, die nicht mit ihren Forderungen nach legalen Einreisemöglichkeiten für Sexarbeiterinnen und Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern kompatibel ist.

¹⁰ So musste das innerstädtische Sexgewerbe in den 90er Jahren andernorts z.B. der Aufwertung durch das Frankfurter Bankengewerbe (Beste 2000) bzw. den Umwandlungen des New Yorker *Times Square* durch den auf sein Familienimage bedachten Disney-Konzern (Roost 2000) weichen.

werbes – müssen BordellbetreiberInnen, die ihr Gewerbe anmelden wollen, momentan potentiell mit der Schließung ihres Betriebes rechnen (zumindest bis auf weitere informelle oder gerichtliche Klärungen). Denn ihre Daten werden vom Gewerbeamt an das Bauamt weitergeleitet, welches auch die kleinen Bordelle (mit oftmals weniger Publikumsverkehr als in einer Arztpraxis) als "Vergnügungsstätten" einstuft (also wie Großdiscos und Spielhallen behandelt), und entsprechend nur in so genannten "Kerngebieten" der Innenstadt zulassen will. Zweitens bedroht - wie nun am Beispiel der "Kurfürstenstraße" gezeigt werden soll – auch die staatlicherseits verordnete Aufwertung von so genannten "benachteiligten Quartieren" mittels Quartiersmanagement das Sexgewerbe mit einer schleichenden Verdrängung.

Die "Kurfürstenstraße"

Der gängigen Vorstellung der hinter einer Schamwand verborgenen "Rotlichtgasse" entspricht die "Kurfürstenstraße" nicht. Denn der Straßenstrich entstand in der Gegend bereits mit der Errichtung des Viertels zur Jahrhundertwende als Ort illegaler Gelegenheitsprostitution und ist seitdem nicht per Sperrgebietsverordnung begrenzt worden. Hier und da ein paar Frauen, größtenteils in alltäglicher Kleidung und verstreut über sechs Straßenzüge geben ein eher unauffälliges Bild ab. Doch das Fehlen der starren räumlichen Grenze bedeutet nicht, dass die Sexarbeit nicht (räumlich) reguliert würde. Die Kontrolle mittels Stadtplanung hat ebenso Tradition im Quartier wie die polizeiliche. Bereits in den 80er Jahren war die Sexarbeit mit der städtebaulichen Sanierung aus den Bordellen in der Potsdamer Straße auf die Straße und zugleich in die Nebenstraßen verdrängt worden. Anfang der 90er Jahre boomte das Gewerbe und erregte einen AnwohnerInnenprotest, der im Quartier die Sperrung einer Straße und mehrere Nachtfahrverbote durchsetzte (mittels Demonstrationen, der Androhung, Kunden zu fotografieren, und schließlich an Runden Tischen). Um 1996 kamen phasenweise massive polizeiliche Kontrollen hinzu. Diese sind im Gebiet, das seit 1987 "gefährlicher Ort"¹¹ ist, jederzeit verdachtsunabhängig möglich. Durch die Polizeikontrollen wurde vor allem die Drogenszene aus dem Gebiet verdrängt. Auch osteuropäische Migrantinnen, die nach der Wende zum Teil in kleinen VW-Bussen an der "Kurfürstenstraße" ankamen, sind heute in dieser Form nicht mehr im Gebiet zu sehen. Die Sexarbeit im Quartier hat gegenüber der Hochphase Anfang der 90er Jahre stark abgenommen. Entsprechend hat sich auch der BewohnerInnenprotest auf vereinzelte Beschwerden reduziert. Dennoch wurde 1999 u.a. mit Verweis auf den öffentlichen Raum und dabei insbesondere die Drogenszene und die Prostitution beiderseits der Bezirksgrenze ein Quartiersmanagementteam zur "sozialen Stabilisierung" des Quartiers eingesetzt. Obgleich die intermediäre Instanz nicht das explizite Ziel der Bekämpfung der Sexarbeit im Quartier hat, findet seitdem eine schleichende Verdrängung der Sexarbeiterinnen durch die Umgestaltung von Plätzen statt. Einer der Quartiersmanager erklärt dies mit dem Auftrag des Quartiersmanagement, der "Sozialstruktur stabilisieren"

¹¹ Das Konstrukt der "gefährlichen Orte" erlaubt an Orten, an denen polizeistatistisch hohe Deliktzahlen ermittelt wurden, verdachtsunabhängige Personenkontrollen sowie (im Falle festgestellter Straftaten oder etwa polizeilicher Registrierung wegen Drogenbesitzes) das Erteilen von Platzverweisen und befristeten Aufenthaltsverboten. Die "gefährlichen Orte" sind bereits 1974 im Zuge der Vereinheitlichung der Polizeigesetze im Berliner Polizeigesetz ASOG verankert worden. In Berlin sowie Baden-Württemberg, Bayern, Rheinlandpfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sieht das Gesetz die Kontrollmöglichkeiten auch explizit für Orte, an denen Prostitution stattfindet (d.h. unabhängig von Straftaten), vor. In den 90er Jahren erhielt das Gesetz sowohl vermehrt mediale Aufmerksamkeit als auch erweiterte Kontrollbefugnisse (vgl. Lisken & Denninger 2002).

laute. Er charakterisiert die daraus resultierende Haltung des Quartiersmanagements gegenüber der Sexarbeit so:

Du hast ja auch gemerkt durch das Interview, dass wir da nicht so ganz tief drin stecken in der Sache, weil das (...) in unserer Wahrnehmung, in unserem Handlungsfeld nicht die oberste Priorität hat. Unsere Zielgruppe ist ja eigentlich mehr so eine Art aufgeklärtes Bildungsbürgertum, das wir hier herholen und hier halten wollen, um unsere Sozialstruktur zu verbessern. Wir machen zwar auf der einen Seite auch Angebote für sozial schwache Bevölkerungsteile (...). Das sind aber alles Sachen - so Tropfen auf den heißen Stein irgendwie. Da machst Du so Nothilfe eigentlich. (...) Wenn wir ein heterogenes, lebendiges Viertel hier wieder herbekommen, müssen wir unsere Zielgruppe im aufgeklärten Bildungsbürgertum sehen, und entsprechend arbeiten wir halt ganz stark in diese Richtung, dass wir den öffentlichen Raum so herrichten, dass er für diese Gruppe nutzbar ist... (QM Magdeburger Platz)

Tatsächlich werden durchaus einige Maßnahmen des Quartiersmanagements explizit zur Unterstützung von Sexarbeiterinnen bzw. DrogenkonsumentInnen durchgeführt. Anhand der Beschreibung der Schöneberger Quartiersmanager wird allerdings deutlich, dass auch diese Maßnahmen eher den AnwohnerInnen dienen, und - wie es auf der Tiergartener Seite selbstkritisch formuliert wird - ein "hartes Integrationsangebot" sind:

(D)as beste Beispiel ist dafür KARAMBA, wo Methadon-Substituierte, ehemals Drogenabhängige, über so praktisch 1.51€ Stundenlohn, für 60 Stunden im Monat öffentliche Parkanlagen, Grünanlagen hier im Schöneberger Raum entmüllen. Also nicht die Pflegeleistungen, sondern sauber halten. Das hat mehrere Nebeneffekte. Es hat eben einmal den Effekt, dass die Anlagen einigermaßen sauber gehalten werden und die Leute sich darüber freuen. Zum anderen dass die Leute sehen, dass Leute, die vielleicht früher mal dafür mitverantwortlich waren, dass Spritzen 'rumgelegen haben, dass die die wegräumen, dass die eine nützliche Funktion erfüllen. Und die erhalten wiederum dann von der Bevölkerung - und es gibt Bewohner die das anerkennen, die das sehen, die hingehen und begeistert sind, dass die das machen - die erhalten da Rückkopplung. Das ist ein ganz tolles Projekt. (QM Schöneberger Norden)

Insgesamt wurde mit dem Quartiersmanagement auf der Quartiersebene eine Struktur etabliert, in die zwar die mit den Themen Sexarbeit und Drogenkonsum befassten sozialen Einrichtungen im Gebiet einbezogen sind. Doch es werden sowohl dem Auftrag nach als auch durch die informelle Struktur der Beteiligung von Bevölkerung und Gewerbetreibenden, die vor allem artikulationsstärkeren Gruppen entgegenkommt, Mittelschichten privilegiert. Die Sexarbeiterinnen selbst werden gezielt weder als Gewerbetreibende¹² noch als marginalisierte Gruppe im öffentlichen Raum einbezogen.

Bleibt die Frage, wie die Sexarbeiterinnen angesichts dieser Umstände arbeiten, kommunizieren, leben. Sie sollen nun zu den drei Themen Unterhaltssicherung, Sicherheit und professionelle Identität selbst zu Wort kommen.

¹² Die Förderung des lokalen Kleingewerbes ist explizites Ziel des Berliner Quartiersmanagements, ebenso wie allgemeiner die Verbesserung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dem liegt ein Diskurs zugrunde, der "die in den 'benachteiligten Quartieren' (...) herrschende strukturelle Arbeitslosigkeit (d.h. die strukturelle Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt bzw. die Einbindung in wachsende prekäre Teile desselben) mit der Folge unübersehbarer Gesellschaftsspaltung nicht mehr als Symptom städtischen Versagens, das mit übergeordneten Redistributionsleistungen zu kompensieren sei, sondern als Barriere für die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Ortes" (Mayer 2003: 3) beschreibt. Darauf gestützt, wird mittels Quartiersmanagement eine lokale "soziale/informelle Ökonomie" (ebd.: 5) gefördert, in der zivilgesellschaftliche Organisationen oftmals unter Aufgabe sozialer Ziele an der Aktivierung der Ausgegrenzten beteiligt sind. Die geschilderte Maßnahme zur Parkreinigung ist ein Beispiel dafür, dass dabei auch die Vermittlung in wenig sinnstiftende oder Qualifizierung bietende Tätigkeiten als erfolgreiche Integration gilt (kritisch: ebd., Eick & Grell 2002). Sexarbeit wird im Rahmen des Quartiersmanagements jedoch nicht als Gewerbe behandelt, sondern meist im Zusammenhang mit strafrechtlich verfolgten Tätigkeiten, wie Drogenhandel, als Problem "subjektiven Sicherheitsempfindens" thematisiert (so Häußermann & Kapphan 1998: 53). Ähnlich der Ausklammerung der Sexarbeit aus den neuen Arbeitsmarktpolitiken auf nationaler Ebene, wird Sexarbeit (wie Drogenhandel) auch in den Debatten um "benachteiligte Quartiere" vom Lob prekärer Arbeit ausgenommen: Als Tätigkeit, die "'normale' Arbeitshaltungen und Erwerbsorientierungen" (Keim & Neef 2000: 261) untergrabe, wird sie anderen Formen informeller Beschäftigung gegenübergestellt, die (wie z.B. Putzen in Privathaushalten) z.T. zwar als ausbeuterisch gelten, jedoch wegen der Entwicklung von "Arbeitsmarkt-Tugenden" (ebd.) als förderlich für die Überwindung von Ausgrenzung stilisiert werden.

Bedingungen und Formen der Unterhaltssicherung

Die Sexarbeit nimmt im Rahmen der Strategien zur Unterhaltssicherung der Frauen an der "Kurfürstenstraße" unterschiedliche Funktionen ein. Sie reichen von der kurzfristigen Vollerwerbstätigkeit bis zum dauerhaften Nebenverdienst. Gleichzeitig steht die "Kurfürstenstraße" den Frauen (v.a. entsprechend dem Alter) zu sehr unterschiedlichen Bedingungen offen. Wie verschiedene Frauen die Sexarbeit unter unterschiedlichen Bedingungen für sich nutzen können, wird im Folgenden dargestellt.

Nur die Hälfte¹³ der interviewten Frauen bestreitet ihren Lebensunterhalt vollständig aus der Sexarbeit – jedoch aus unterschiedlichen Gründen. So gehören zwei Frauen zu zwei Gruppen professionell gekleideter und mit Zuhälter arbeitender Sexarbeiterinnen (Cindy, 28 Jahre, Kathrin, 22 Jahre). Ihnen stünden durchaus zumindest die unteren Bereiche des formellen Arbeitsmarkts offen. Doch die Sexarbeit bietet ihnen als selbständige Beschäftigung relative Freiheiten. Zudem verdienen sie als junge (weiße) Frauen verhältnismäßig gut. Entsprechend können sie sich die Arbeitszeiten frei einteilen und arbeiten an zwei/ drei bzw. sechs Abenden pro Woche nur ein paar Stunden.

Für zwei ältere Migrantinnen – aus der Türkei und Bulgarien - ist die Sexarbeit dagegen ein Ausweg angesichts mangelnder Erwerbsalternativen (Lydia, ca. 40 Jahre, Anna, ca. 40 Jahre). Sie arbeiten jeden Abend etwa sieben Stunden. D.h. sie schöpfen die Zeit, in der mit Kunden für ihr Angebot zu rechnen ist, voll aus. Da die Sexarbeit statt Aufstiegschancen mit zunehmendem Alter immer geringere Einkommen bietet, können sie kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten. "Die Männer wollen zu viel", erklärt Lydia und meint, dass gerade gegenüber ökonomisch erpressbareren Frauen seit Ende der 90er Jahre wieder zunehmend Sex ohne Kondom gefordert wird. "Ich will meinen Stolz behalten und meine Gesundheit", sagt sie und strahlt dabei viel Stärke aus. Unterstützung findet sie in sozialen Netzen in der Türkei, in die sie zurückkehren will – ähnlich wie Anna, die die Rückkehr in ihr Heimatland als Ausweg sieht, falls sie nicht bald einen Job findet. Denn beide Frauen sind nach einer gescheiterten Liebe bzw. Ehe in Deutschland sozial relativ isoliert und erhalten keine sozialstaatliche Unterstützung (bzw. scheitern scheinbar an der deutschen Bürokratie).

Eine weitere Frau, eine sehr junge Berlinerin, ist vollständig auf die Sexarbeit für die Unterhaltssicherung angewiesen – dies jedoch nur phasenweise als Ergänzung zu anderen prekären Jobs (Julia, ca. 19 Jahre). Für sie ist es der weitgehend bedingungslose Zugang, der die "Kurfürstenstraße" attraktiv macht. "Also, ich war auf der Straße", beginnt die fast noch jugendlich wirkende Frau das Gespräch, obwohl ich etwas ganz anderes gefragt habe. Eigentlich sei sie Kellnerin, fände aber in diesem Bereich zur Zeit keine Arbeit. Seit drei Monaten arbeite sie nun (mit 6-wöchiger Unterbrechung, in der sie wieder eine Anstellung gefunden habe) jeden zweiten Tag an der Kurfürstenstraße. Der Verdienst schwanke zwischen 0 und 200-300 Euro am Abend, aber zumindest in den kurzen Phasen, in denen sie davon leben muss, reicht es. Auf Sozialhilfe angesprochen, meint sie, sie wolle sich nächste Woche darum kümmern - "weil, ich will ja nicht ewig hier stehen".

¹³ Die qualitative Untersuchung gibt keinen Aufschluss darüber, ob die Zahlenverhältnisse repräsentativ sind. Dennoch kann angesichts der räumlichen Aufteilung des Straßenstrichs (auf dem verschiedene Gruppen von Frauen je nach rechtlichem und sozialen Status unterschiedlich attraktive Straßenabschnitte für sich reklamieren können) davon ausgegangen werden, dass die vorgestellten Sexarbeiterinnen bezüglich der dargestellten Aspekte repräsentativ für jeweils eine Gruppe von Frauen in ähnlicher Lebenslage stehen. Kategorisierungen der ExpertInnen und die Befragung der Sexarbeiterinnen jeweils auch über ihre Kolleginnen bzw. andere Gruppen ließen diese Schlüsse zu.

Die andere Hälfte der Interviewten nutzt die Sexarbeit als ergänzende, aber dauerhafte Erwerbsquelle: Drei Frauen erhalten staatliche Transferleistungen. Zwei geben an, weitere Jobs zu haben (wobei fraglich bleibt, ob sie bei der Frage nach staatlicher Unterstützung nicht angesichts der Illegalität zu einer kleinen Notlüge gegriffen haben).

Vier der Frauen sind schon etwas älter und bereits viele Jahre als Sexarbeiterinnen tätig (zwei von ihnen über 20 Jahre): Drei Deutsche (Nadine, knapp 40 Jahre, Steffi, 38 Jahre, Jaqueline, 41 Jahre) und eine Griechin (Georgette, 48 Jahre). Alle vier profitieren angesichts des anderweitig abgesicherten Unterhalts von der flexiblen Zeiteinteilung. Sie arbeiten jeweils nur ein paar Stunden an zwei bis fünf Tagen pro Woche. Sie betonen die Vorteile des "freien Straßenstrichs" an der "Kurfürstenstraße": In anderen Städten erhöhe die räumliche Eingrenzung durch Sperrgebietszonen die Macht von Zuhältern (Jaqueline). Georgette, die als Transsexuelle mit einem spezifischeren Angebot weniger auf Sichtbarkeit für einen un-spezifischen Suchverkehr angewiesen ist, betont die angenehme Ruhe, die in klassischen Rotlichtvierteln kaum zu finden ist. In den Berliner Clubs dagegen sei es üblich, etwa ein Drittel (laut Hydra zwischen 40 und 60%) des Einkommens abgeben zu müssen (Steffi). Die "Kurfürstenstraße" hat für die Frauen zudem den Vorteil, dass sie recht flexibel Stammkunden ihre Handynummer geben und zu Hause arbeiten können (Steffi, Nadine) – und das kann, wie mir Nadine halb anekdotisch, halb stolz auf ihre Beziehung erzählt, auch schon mal heißen, dass angesichts der 1-Zimmerwohnung der Freund eine Stunde in der Küche warten muss oder kurzerhand als helfendes Familienmitglied eingespannt wird: "halt 'nen flotten Dreier. Det ham wa och schon gehabt. Da hab' ick echt jestaunt über mein' Freund" (Nadine).

Etwas ungewöhnlicher scheint die Situation einer mexikanischen Migrantin zu sein (Sylvia, ca. 30 Jahre). In Berlin groß geworden, unterstützt sie derzeit ihre bei der Mutter in Mexiko wohnenden Kinder (sieben und 13 Jahre) finanziell, weshalb sie auf ein zusätzliches Einkommen zur Sozialhilfe angewiesen ist. Eigentlich ist sie - wie Julia - Kellnerin, "aber im Winter ist das ganz schlecht". Sie arbeitet erst seit wenigen Monaten hier, zwei- bis dreimal pro Woche, und verdient verhältnismäßig gut: "Wenn man ein bisschen nach was aussieht und gut arbeitet", also etwa sieben Stunden da sei, ließen sich zwischen 100 und 200 Euro pro Nacht verdienen.

Insgesamt variieren die Einkommensmöglichkeiten¹⁴ an der "Kurfürstenstraße" also stark, wobei das Alter der Frauen eine wesentliche Rolle spielt. Entsprechend können nur manche Frauen die Freiheiten für sich nutzen, welche die "Kurfürstenstraße" vor allem bezüglich der Arbeitszeiten bietet. Keine der Frauen jedoch nutzt die Möglichkeit zur Sozialversicherung nach dem ProstG, über welche allerdings auch nur eine Frau informiert ist. Wegen des Bezugs von Transferleistungen, weiterer Jobs oder Schwierigkeiten mit der deutschen Bürokratie ist die Option zudem für die meisten Frauen kaum sinnvoll. Wie gering die Attraktivität angesichts der Stigmatisierung der Sexarbeit ist, zeigt die Aussage von Julia: "Ja, es

¹⁴ Auch die Preise an der „Kurfürstenstraße“ variieren entsprechend um Mittelwerte von 20-25 Euro für "Französisch" (Oralsex) und 30-50 Euro für "Verkehr" (Vaginalsex). Bezüglich der mit Zuhälter arbeitenden Frauen werden (von anderen Frauen) Preise von bis zu 100 Euro für "Verkehr" behauptet (Nadine), was angesichts eines Berliner Durchschnitts von 35 Euro (laut Hydra) allerdings übertrieben scheint. Gerade die Drogenkonsumentinnen (die ich nicht persönlich spreche, da die Form des unbezahlten Straßeninterviews für sie unter dem Druck von Drogen und Polizei eine noch größere Zumutung darstellt als für die anderen Frauen) werden laut ExpertInnen von Kunden teilweise auf 10 Euro heruntergehandelt. Bei einem Einkommensbedarf für Drogen von zum Teil etwa 250 Euro am Tag sei der Tagesablauf entsprechend stark von Drogenkonsum und der dazu nötigen Sexarbeit bestimmt (AG Kurfürstenstraße 2000, Soziologisches Institut der FU Berlin 2003).

gab mal die Idee, dass Prostitution als Beruf 'geoutet' werden sollte, aber das haben sie nicht gemacht, weil dafür waren es zu viele".

In einem scheinen die Frauen, die bereits länger an der "Kurfürstenstraße" arbeiten, recht einig: Früher sei es hier besser gewesen. Seit einiger Zeit hätten sie viel weniger Kunden – so der Tenor der Gespräche. Die Frauen führen dies zum Teil auf die ausländische Konkurrenz zurück: Viele Frauen ohne Arbeitserlaubnis, insbesondere aus Bulgarien, würden sich heute an der Kurfürstenstraße "unter Preis" anbieten (Sylvia, Steffi). Andere nennen als Gründe für die abnehmende Kundenzahl die Euroumstellung (Steffi), ihr eigenes Alter (Lydia) oder (über einen Zeitraum von über 20 Jahren Sexarbeit an der Kurfürstenstraße beobachtet) den technologischen Wandel in Form der zunehmenden Verbreitung von Kreditkarten anstelle von Bargeld (Georgette). Die letzte Frau, die ich interviewe, erklärt schließlich den Rückgang der Zahl der Kunden mit dem Rückgang der Sexarbeiterinnen. Das "Gejammer" der anderen Frauen über die ausländische Konkurrenz fände sie "doof", denn mehr Frauen seien nur gut. Viele und immer wieder neue Frauen seien schließlich interessanter für die Kunden (Nadine). Ob ihre Erklärung für den Niedergang der Kurfürstenstraße die (einzig) richtige ist, muss offen bleiben. Deutlich wird an ihrer Aussage jedoch, dass auch die Sexarbeit ein Gewerbe ist, das von Cluster-Bildung profitiert. Für die Einschränkung der Sexarbeit, die im Laufe der 90er Jahre als Reaktion auf den Boom des Gewerbes im Gebiet um die Kurfürstenstraße stattfand, bedeutet dies: Sie ist also auch für die Sexarbeiterinnen, die nicht verdrängt wurden, zumindest finanziell problematisch.

Sicherheit

In diesem Abschnitt sollen Strategien des Schutzes vor Gewalt vorgestellt werden. Gewalt heißt im Falle der Sexarbeiterinnen nicht zuletzt sexualisierte Formen der Gewalt. Diese kann den Frauen vor allem auf den (Park-)Plätzen widerfahren, wo die sexuellen Dienstleistungen meist im Auto der Kunden angeboten werden, sowie auf dem Weg dorthin oder (weniger wahrscheinlich) in Pensionen.

Sicherheit organisieren die Frauen in unterschiedlicher Weise: Das Spektrum reicht von Frauen, die keine Sicherheitsmaßnahmen ergreifen (Steffi, Julia, Jaqueline, Lydia) oder nur CS-Gas bei sich tragen (Nadine) über Frauen, die sich gegenseitig durch das Notieren von Autonummern schützen (Anna, Silvia, Georgette), bis hin zu zwei Frauen, die durch Zuhälter geschützt werden (Cindy, Katrin).

Im Gegensatz zum Verdienst wird die Sicherheit nicht durch (höheres) Alter, sondern vor allem durch den (prekären) rechtlichen Status der Frauen negativ beeinflusst. So können ältere Frauen sich recht gut (auch allein) behaupten. Unabhängig von der Herkunft geben sie meist an, dass sie "keine Probleme" hätten (Lydia) oder noch keine schlechten Erfahrungen mit Kunden gemacht hätten: "Halt mal welche, die einsilbig waren, aber sonst..." (Steffi). Unter Drogenkonsumentinnen und Minderjährigen sind schlechte Erfahrungen mit Kunden dagegen häufig (ein Drittel von 24 in qualitativen Interviews befragten Mädchen berichten davon, AG Kurfürstenstraße 2000). Von der Polizei haben beide Gruppen angesichts ihrer rechtlichen Situation eher Repressionen als Schutz zu erwarten (vgl. ebd.). Ähnliches gilt auch für illegalisierte Migrantinnen. Für diese Gruppen kehrt sich das von mir in den Gesprächen zum Teil festgestellte positive oder zumindest neutrale Verhältnis der Frauen zur Polizei um: Frauen, die (mit und ohne Zuhälter) als Gruppe organisiert arbeiten, können (unter

Ausschluss bestimmter Gruppen von ihrem Platz) den polizeilichen Schutz für sich nutzen. Entsprechend nehmen sie die Kontrollen der Polizei zwar als lästig, aber nicht als größeres Problem wahr (Cindy, Katrin). Dagegen bedeuten die Polizeikontrollen für einmal wegen Drogenbesitzes registrierte Frauen normalerweise einen Platzverweis. Das erklären sowohl die befragten Polizeikräfte als auch eine Sexarbeiterin, die am "Drogenstrich" arbeitet (Steffi). Von täglichen Kontrollen (Anna), lästigen Taschenkontrollen (Cindy, Steffi) sowie von phasenweise sehr häufigen Kontrollen ("immer vor den Wahlen", Jaqueline) berichten auch andere Frauen. Für sie stellen die Kontrollen jedoch eher kurzfristige Ärgernisse dar. Für begrenzte Zeit schreckten sie die Kunden ab und drückten so auf den Verdienst (Nadine). Die hohe Polizeipräsenz hat also für die meisten Frauen eher negative Auswirkungen.

Eine wesentliche Bedeutung in Hinblick auf die Sicherheit haben Kontakte zu Arbeitskolleginnen. Denn als alleiniger Schutz ist die Polizei in keinem Fall ausreichend. Das zeigt die Geschichte von Julia. Sie hatte sechs Wochen vor dem Interview ein Gewalterlebnis: Mehrere Kunden hatten sie so zusammengeschlagen, dass sie "ganz schlimm aussah". Die spätere Anzeige bei der Polizei habe nichts gebracht, da sie sich an nichts erinnern konnte. Bezüglich des Gewalterlebnisses betont sie: "Das war aber tags", und gibt an, seitdem nur noch abends zu arbeiten. Dies scheint ihr auf den ersten Blick wenig Schutz zu bieten. Allerdings treffe ich sie an ihrem Arbeitsplatz mit einer Bekannten an, die täglich drei Stunden am Abend dort steht. Gerade für Frauen mit wenig Erfahrung in der Sexarbeit sind die Kontakte zu Kolleginnen also wichtig. So lässt auch Silvia - da sie erst kurz als Sexarbeiterin arbeitet - eine Bekannte, mit der sie zusammen arbeitet (Anna), für sich verhandeln und die Situation abschätzen.

Insgesamt arbeiten sechs der befragten Frauen zu zweit (Lydia, Julia, Jaqueline, Silvia, Anna, Georgette). Zwei ältere deutsche Frauen stehen zumindest an einer Stelle, wo sie lose solidarisch mit einigen jüngeren Frauen (z.T. Drogenkonsumentinnen) ein Auge aufeinander haben (Steffi, Nadine). Doch die Arbeitszeiten sind unterschiedliche und nicht immer stehen mehrere Frauen am Platz. Feste Absprachen am Platz beziehen sich meist lediglich auf Preise und die meisten Arbeitskontakte an der Kurfürstenstraße bleiben eher oberflächlich. Dies obgleich die meisten Frauen an den Job als Sexarbeiterin über eine Freundin gelangt sind, also durch eine engere Bekanntschaft (so sechs der hier Antwortenden). Die üblichen, eher oberflächlichen Arbeitskontakte bieten deutlich weniger Schutz als der eher die Ausnahme bildende gegenseitige Schutz per Handy, der in der Einleitung vorgestellt wurde. Dieser erfordert jedoch einen höheren Koordinationsaufwand.

Mehr Spontaneität lassen privatwirtschaftlich organisierte Sicherheitsmaßnahmen zu. Diese wirken jedoch angesichts der Bezahlung sozial selektiv. Eine Sexarbeiterin, die durch professionelle Zuhälter geschützt wird, erklärt: "Wir sind schon gut beschützt" (Cindy). Eine weitere Frau, die ich (da sie ausgerechnet an diesem Abend in der Genthiner Straße, also auf dem "freien Strich" steht) wenig sensibel frage, ob Zuhälter ein "Problem" seien, betont ganz spontan und offensiv, dass diese für sie eine positive Funktion hätten: "Die gucken ja auch!" (Katrin). Mit Zuhälter zu arbeiten, bedeutet für die Frauen vor allem Schutz. Über Arbeitszeiten und Kunden können sie frei bestimmen. So erklärt Katrin (unabhängig von der Frage nach Zuhältern), sie habe entschieden, heute erst später zu kommen. Auch Cindy meint, sie komme, wann sie wolle, und erläutert, wie die Häufigkeit des Arbeitens sich nach ihren Lebensbedürfnissen richtet: Zur Zeit sei sie etwa zwei- bis dreimal pro Woche da, frü-

her (als ihr Bruder noch bei ihr gelebt habe und von ihr finanziell unterstützt worden sei) sei sie öfter da gewesen. Doch die Zugangskriterien – ausreichend Verdienst durch jugendliches Aussehen und recht teure Berufskleidung - erfüllen keineswegs alle Frauen. Sylvia, die Frau aus Mexiko, meint auf meine Nachfrage zu dem in der Nähe liegenden Café, in dem die Zuhälter sitzen: "Die helfen auch gerne". Sie und Anna stünden daher extra in der Nähe. So könnten sie Hilfe erhalten, wenn mal was sei, und sich im Café aufwärmen. "Mit Abkassieren hat das aber nichts zu tun, aber das gibt es auch", meint sie. Andere Frauen stehen explizit, weil sie nicht zahlen mögen, auf dem "freien Strich". So meint Steffi, die die Zuhälter als "das Letzte" beschimpft: "Ich sehe nicht ein, warum, wenn ich hier stehe, irgendeiner daran verdienen soll". Bezahlte Sicherheit ohne Zuhälter können die Frauen auf dem "freien Strich" - sofern sie es sich leisten können – auch in den Pensionen erhalten: Silvia erzählt, sie würde zu ihrem Schutz nicht auf abgelegene Parkplätze, sondern nur direkt gegenüber auf den Mittelstreifen fahren (für "Französisch") und ansonsten (für "Verkehr") ausschließlich in Pensionen gehen. Denn: "Die Pensionäre passen auch auf. Wenn ich mit einem Kunden, den ich nicht kenne, komme, dann sag' ich das dem, und dann hält der mal ein Ohr ran". Sie zahle lieber die zehn Euro für die Pension aus eigener Tasche, und verdiene so nur 40 statt 50 Euro, als zu riskieren, dass etwas passiert.

Frauen mit geringerem Verdienst steht die Option, auf Pensionen auszuweichen, allerdings nur bedingt offen. Entsprechend sind sie die ersten, für die sich räumliche Verdrängung negativ auf ihre Sicherheit auswirkt. Bislang werden die stadtplanerischen Maßnahmen zur Umgestaltung von öffentlichen Plätzen von den Frauen nur als "Randproblem" (Steffi) wahrgenommen – zumindest gegenüber der Abnahme der Kunden oder der befürchteten vollständigen Verdrängung der Prostitution aus dem Gebiet. Auf die sich bereits in vorab geführten informellen Gesprächen¹⁵ herauskristallisierende Frage, ob die Umgestaltung von öffentlichen Plätzen für sie ein Problem sei, meint jedoch Jaqueline: "Ja. Das wird langsam ein Problem, weil man fährt dann immer weiter, und das wird dann auch gefährlich".

Insgesamt zeigt sich, dass die Sicherheit vor Gewalt vom sozialen und rechtlichen Status der Frauen abhängt. Denn die zumindest teilweise privatwirtschaftlich organisierte Sicherheit wirkt sozial selektiv und die Polizei verschärft Ungleichheiten, indem sie manche Frauen eher schützt und andere eher verdrängt.

Professionelle Identitäten

Als letztes Thema sollen die professionellen Identitäten der Frauen zur Sprache kommen. Diese sind an der "Kurfürstenstraße" vor allem von der Stigmatisierung der Sexarbeit und dem Mangel an übergreifenden, kollektiven Strukturen im informellen Gewerbe geprägt.

Die Frauen stehen bezüglich ihres Jobs unter hohem Rechtfertigungsdruck. Mehrfach betonen Sexarbeiterinnen die finanzielle Not bei Arbeitsbeginn (Cindy, Jaqueline, Julia). Sie grenzen sich gegenüber dem negativ konnotierten Verdacht ab, dass sie um des Sexes und

15 Gleich bei meinem ersten Besuch im Sozialprojekt Café OLGA bekomme ich zufällig eine Unterhaltung von zwei Frauen über die "rar gewordenen Plätze" mit (d.h. über die Abnahme abgeschiedener, per Auto zugänglicher Orte, an denen sexuelle Dienstleistungen ausgeführt werden können). Später frage ich gezielt nach. Die Antworten reichen in den vorab geführten Gesprächen von: "Viele Frauen fahren deshalb schon gar nicht mehr auf Plätze draußen oder nur noch für 'französisch' auf den Mittelstreifen", über: "Das wird immer schwieriger", bis zur Aussage einer schwarzen Frau, dass dies für sie kein Problem sei. Auch die späteren Interviews zeigen: Ein allzu großes Problem ist die Verdrängung (bislang) nicht. Für vier der zehn interviewten Frauen ist die im Quartiersmanagementgebiet häufige Neugestaltung von Plätzen (oder von zwei Frauen erwähnt: schon die Abholzung von Büschen) allerdings ein Problem. Zwei fahren ohnehin nur in Pensionen. Eine erklärt, das sei in der Einemstraße ein geringeres Problem als für die weiter hinten (in der Kurfürstenstraße) arbeitenden Frauen.

nicht des Geldes Willen als Sexarbeiterin arbeiten würden: "Manche mögen das ja. Bei mir war das aus der (finanziellen) Situation heraus" (Cindy). Auch das Argument, ohne ihre Arbeit würden mehr Vergewaltigungen stattfinden, kommt zur Sprache (Julia, sowie zweimal im Rahmen der vorab geführten informellen Gespräche), obwohl ich um eine Vermeidung der Moralisierung des Themas bemüht bin.

Angesichts des Stigmas äußern sich die professionellen Identitäten der Sexarbeiterinnen an der "Kurfürstenstraße" vor allem über die Abgrenzung gegenüber anderen Frauen im Gebiet. So höre ich im Rahmen meiner Interviews auffallend oft Sätze wie: "Mit denen haben wir nichts zu tun." (eine autonom organisierte Frau, mit der ich nur ein paar Worte wechsele, über die Frauen, die mit Zuhälter arbeiten), "Ich gehöre eigentlich zu den Frauen hier vorne." (Katrin), "Wir hier haben mit der Polizei keine Probleme." (Cindy), "Die Edelhuren, das sind Abzockerinnen. Die rauben einen auch aus." (Julia), "Das Problem ist der Müll, aber das sind die Drogenabhängigen. Wir, also die, die hier stehen, nehmen die Kondome immer gleich mit." (Cindy), "Die mögen wir nicht, weil die steigen auch schon für zehn Euro ein, aber da kann man nichts machen, das sind zu viele." (Julia über die Drogenkonsumentinnen), "Wohl zu beschäftigt, schön auszusehen." (Nadine, die mich bezüglich meiner fehlgeschlagenen Interviewversuche mit den mit Zuhälter arbeitenden Frauen auf der Kurfürstenstraße tröstet). Es sind Sätze, in denen eine starke Gruppenidentität zum Ausdruck kommt. Diese Gruppenidentität bezieht sich allerdings vor allem auf die Kolleginnen am eigenen Platz oder Frauen in ähnlicher Lage - kaum jedoch auf die gesamte "Kurfürstenstraße". Denn Sexarbeit erfordert die Adaption einer professionellen Identität, die eine Übertretung herrschender sexueller Normen einschließt. Die Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen bietet den Frauen eine Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit gegenüber den negativen Zuschreibungen, die mit der Sexarbeit verbunden sind, teilweise abzuschirmen. Entsprechend erfolgt die Abgrenzung nicht selten in diskriminierender bzw. rassistischer Weise, indem die eigene "Normalität" gegenüber vermeintlich weniger sauberen, drogenabhängigen oder "unter Preis" arbeitenden Frauen hervorgehoben wird. Eher die Ausnahme bilden zwei Frauen, die sich zwar stark gegenüber den professionell gekleideten Frauen abgrenzen, sich jedoch recht tolerant zeigen in Bezug auf den Heroinkonsum: "Wir finden, das muss jede selbst wissen" (Steffi) und bezüglich der illegalisierten Frauen aus Osteuropa: "Man kann ja auch immer was lernen von anderen Frauen" (Nadine).

Trotz der starken Gruppenidentitäten stellt sich das Verhältnis der Frauen untereinander als eher oberflächlich dar. Zwar unterhalten einige Frauen neben den Arbeitskontakten zum gegenseitigen Schutz durchaus auch lose freundschaftliche Kontakte oder kannten sich zum Teil bereits, bevor sie gemeinsam arbeiteten (Jaqueline und Julia sowie Sylvia und Anna). Auch sehe ich gerade in der weniger befahrenen Genthiner Straße häufiger zwei Frauen, die sich unterhalten und so die Zeit vertreiben. Doch auf das Verhältnis zu anderen Frauen angesprochen, heißt es ansonsten eher: "Die Frauen hier halten alle oberflächlich zusammen, wir würden auch keine vertreiben" (Steffi), und: "Man kennt sich" (Nadine, Cindy). Die nur bedingte Solidarität auf der "Kurfürstenstraße" ist vor dem Hintergrund der Hierarchien und der marktvermittelten Konkurrenz um Standorte und um Kunden nicht verwunderlich. Das häufige Verantwortlichmachen der Drogenkonsumentinnen für herumliegende Kondome und die entsprechende Schließung von Plätzen (Julia, Cindy, Georgette) zeigt aber auch, wie die Informalität des Straßenstrichs, also die mangelnde rechtliche Absi-

cherung gegenüber anderweitigen Nutzungsansprüchen, die Spaltung der Frauen bis in die Identitäten hinein verschärft: Denn das Klima der Angewiesenheit auf die Toleranz der AnwohnerInnen (ohne einklagbare Rechte) erschwert es den Frauen zusätzlich einen solidari-schen Umgang zu entwickeln.

Fazit

Sexarbeit hat mit dem ProstG in einer Zeit, in der die informelle Ökonomie wächst und zum Gegenstand politischer Gestaltungsversuche wird, einen neuen bundesrechtlichen Rahmen erhalten. In der Umsetzung wird das Sexgewerbe stellenweise zum Experimentierfeld für die Regulierung informeller Arbeit (etwa der Besteuerung auf Bargeldverkehr beruhender Ge-werbe). Doch im Rahmen der Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse durch bundesweite und lokale Arbeitsmarktpolitiken bleibt Sexarbeit ausgeklammert, und in der öffentlichen De-batte markiert sie die Grenze "zumutbarer" Arbeit. Die gesellschaftliche Verortung von legiti-mem Sex in der Reproduktionssphäre und von Sexarbeit in der Informalität wurde damit erneuert. Die Grenze zwischen Reproduktion und Produktion erweist sich somit in Hinblick auf die Sexarbeit als sehr rigide und wird (trotz de facto massenhafter Unterwanderung) über die Ausgrenzung der Sexarbeit aus beiden Bereichen auf der normativen Ebene bestärkt. Denn die Ausgrenzung von "Liebe als Arbeit" wirkt in beiden Bereichen Norm erhaltend (be-züglich tradierter sexueller und Familiennormen, sowie verstärkt auch bezüglich der positiven Bewertung von Lohnarbeit trotz Prekarisierung derselben) und bestätigt so geschlechtlich kodierte Dualismen von "Arbeit aus Liebe" versus "bezahlte Arbeit".

Für die SexarbeiterInnen bedeutet dies, dass sie nach wie vor in einem zwar traditio-nell stark regulierten, doch durch Sondergesetze stigmatisierten Gewerbe arbeiten, dessen Regulierung noch immer nur zu einem kleinen Teil auf eine positive Gestaltung von Arbeits-bedingungen zielt. Arbeitsrechtlich gehen die neuen Regelungen zudem an den Lebens- und Arbeitsrealitäten der SexarbeiterInnen vorbei, wie sich (auch) an der "Kurfürstenstraße" zeigt. Die Arbeitsbedingungen sind dort weniger von den bundesrechtlichen Regulierungen der Sexarbeit als vom rechtlichen und sozialen Status der Frauen bestimmt. Zum Teil wirken die gleichen Bedingungen (v.a. die hohe Polizeipräsenz), je nach rechtlichem Status (Auf-enthaltsstatus, Drogenkonsum) für oder gegen Frauen. Verdienstmöglichkeiten und entspre-chend auch der Zugang zu privater Sicherheit variieren stark (insbesondere nach Alter und Herkunft), da kollektive (solidarische) Strukturen im hierarchisch und informell organisierten Gefüge weitgehend fehlen. Prägend für die Arbeitsbedingungen ist auch die Funktion, wel-che die Sexarbeit innerhalb der Unterhaltsstrategien der Frauen spielt. Je besser die Frauen durch anderweitige Erwerbsquellen abgesichert sind, desto stärker können sie die positiven Seiten der selbständigen und arbeits- wie steuerrechtlich an der "Kurfürstenstraße" praktisch unkontrollierten Tätigkeit für sich nutzen. Die Arbeitsbedingungen sind also extrem unter-schiedlich und werden keinesfalls allein durch die Form "Straßenstrich" bestimmt.

Anhand der Ausgestaltung des Straßenstrichs zeigt sich die wesentliche Bedeutung, welche die Regulierung auf der lokalen Ebene für die Sexarbeit hat. Ohne Sperrgebietsver-ordnung bietet die "Kurfürstenstraße" relativ große Freiheiten bezüglich Arbeitszeiten und der Wahl von Sicherheitsmaßnahmen. Angesichts der räumlichen Ausweichmöglichkeiten ist die Macht von professionellen Zuhältern gering, und sie haben daher zumindest für die Frauen, die sie schützen, eine positive Funktion. Insgesamt können die Sexarbeiterinnen

sich verschiedene Räume aneignen und für ihre ökonomischen Zwecke nutzen. Gleichzeitig bleiben die Frauen mangels einklagbarer Rechte gegenüber anderweitigen Nutzungsansprüchen auf die Toleranz der AnwohnerInnen angewiesen. Die Informalität spaltet damit die Frauen über die unabgedeckt wirkenden Marktkräfte hinaus durch die permanente Bedrohtheit des Arbeitsplatzes, der von der Akzeptanz im Quartier abhängt.

Insgesamt zeigt die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen, dass es keineswegs die Sexarbeit ist, von der die Zwänge ausgehen, unter denen manche Frauen tatsächlich arbeiten. Die eher liberale Haltung in Berlin sowie die räumlichen Einschränkungen auf der Quartiersebene machen deutlich, dass weniger Einschränkung und Kontrolle durchaus geeignet ist, Arbeitsbedingungen zumindest für einige Frauen verbessern. Eine positive Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und verbesserte soziale Absicherung bleiben aber angesichts der zum Teil sehr schwierigen Arbeitsbedingungen dennoch notwendig. Sondergesetze, die z.T. mit Verweis auf die besondere Schutzwürdigkeit der SexarbeiterInnen, Sexarbeit abweichend von anderen Arbeitsverhältnissen gestalten (statt die soziale Lage der auf die Sexarbeit angewiesenen Frauen zu verbessern), zeigen sich diesbezüglich als wenig geeignet. Noch immer werden Sexarbeiterinnen mittels Verboten (wie im Falle der Drogenkonsumentinnen, Minderjährigen und illegalisierten Migrantinnen) in die Illegalität oder mittels prekärer arbeitsrechtlicher Gestaltung in die Informalität abgedrängt. Gleichzeitig wird Arbeit im Niedriglohnbereich, der einige Sexarbeiterinnen mit ihrer Tätigkeit ganz gezielt entgegen, als Integration gefeiert - statt Arbeit generell so zu gestalten, dass Sexarbeit keiner besonderen Schutzregelungen mehr bedarf.

Literaturangaben

- AG Kurfürstenstraße 2000. Minderjährige Mädchen auf der Kurfürstenstraße, unveröffentlichtes Manuskript (erhältlich unter www.camino-werkstatt.de)
- Alt Vater, E. & Mahnkopf, B. 2002. Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik. Münster.
- Appelt, E. & Sauer, B. 2001. Globalisierung aus feministischer Perspektive. In: ÖZP 2001 (2): 127-136.
- Barry, K. 1995. The Prostitution of Sexuality. The Global Exploitation of Women. New York.
- Bunjes, M. 2004. Anschaffen fürs Stadtsäckel. In: taz Ruhr 19.1.2004.
- Dalla, R. 2002. Night Moves. A Qualitative Investigation of Street-level Sex Work. In: Psychology of Women Quarterly 26: 63-73.
- Eick, V. & Grell, B. 2002. Mit der Sozialen Stadt von Welfare to Work? Zur Rolle von freien Trägern in der neuen Sozial- und Beschäftigungspolitik. In: Walther, Uwe-Jens (Hrsg.) Soziale Stadt - Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur sozialen Stadt?. Opladen.
- Hanochi, S. 1998. Japan und die globale Sexindustrie. In: PROKLA 111: 271-282.
- Hardt, M. & Negri, T. 2002. Empire. Frankfurt a.M.
- Hauer, D. 2004. Die Kollegin vom Straßenstrich. Arbeitsplatz Prostitution und Gewerkschaftsarbeit (Interview mit Peter Bremme und Emilija Mitrovic). In: analyse + kritik 481
- Häußermann, H. & Kapphan, A. 1998. Sozialorientierte Stadtentwicklung. Berlin.
- Helwes, F. 1998. Migration, Prostitution, Frauenhandel. In: PROKLA 111: 245- 269.

- Hoffmann, M. 1994. Bar, Bordell und Bordstein. Die Formen der Prostitution. In: Bauwelt 1994 (13).
- Howe, C. 2003. Was ist denn das für eine Hatz?. In: taz 3.12.2003.
- Hubbard, P. 1999. Sex and the City. Geographies of Prostitution in the Urban West. Adlershot.
- Keim, R. & Neef, R. 2000. Ausgrenzung und Milieu. Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete. In: Harth, A. & Scheller, G. & Tessin, W. (Hrsg.) Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen.
- Lisken, H. & Denninger, E. (Hrsg.) 2001. Handbuch des Polizeirechts. München.
- Massey, D. 1996. Männlichkeit, Dualismen und Hochtechnologie. In: Boudry, P. & Kuster, B. & Lorenz, R. 1999. Heterosexualität, Arbeit und Zuhause. Reproduktionskonten fälschen! Berlin.
- Mayer, M. 2003. Das Potential des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen: am Beispiel territorialer Armutspolitik. In: Brand, U. (Hrsg.) Fit für den Postfordismus? Gesellschaftstheoretische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster (Seitenzahlen nach: www.workfare.ipn.de/regulation.html, Zugriff: 3.11.2003).
- noborder 2002. Campaign to Combat Global Migration Management. IOM Counter-Bulletin. In: <http://www.contrast.org/borders/kein/download/bulletin1.pdf> (Zugriff 15.2.2004).
- Peinl, I. 2004. Transformation von Erwerbsarbeit und Konturen des Geschlechterregimes. In: Baatz, D. & Rudolph, C. & Satilmis, A. (Hrsg.) Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster.
- Roost, F. 2000. Die Disneyfizierung der Städte. Entertainmentindustrie und Stadtentwicklung am Beispiel des New Yorker Times Square und der Siedlung Celebration in Florida. Opladen.
- Ruddick, S. 1992. Das Gesellschaftliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Demirovic, A. & Krebs, H. & Sablowsky, T. (Hrsg.) Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster.
- Sassen, S. 2000. Die informelle Wirtschaft. In: Dies. Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung?. München.
- Schultz, S. 2002. Aufgelöste Grenzen und 'affektive Arbeit'. Über das Verschwinden von Reproduktionsarbeit und feministischer Kritik in 'Empire'. In: Fantômas Nr. 2, 2002.
- Schwarzer, A. 1981. Vorwort. In: Millet, K. Das verkaufte Geschlecht. Die Frau zwischen Gesellschaft und Prostitution. Reinbeck.
- Schwarzer, A. 2003. Jobben in der Grauzone. In: Jungle World 30.7.2003.
- Soziologisches Institut der FU Berlin 2003. Forpra-Studie. Bericht des Forschungspraktikums 'Soziales Quartiersmanagement Schöneberg-Nord'. In: userpage.fu-berlin.de/~brew/pdf-online/Ciuraj_FORPRA-STUDIE.pdf (Zugriff: 11.11.03).
- Sullivan, B. 1995. Rethinking Prostitution. In: Caine, B./ Pringle, R. (Hrsg.) Transitions: New Australian Feminisms. Sydney.
- Wichterich, C. 1998. Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Hamburg.
- Wichterich, C. 2000. Gender Matters. In: Peripherie 77/78: 51-74.
- Young, B. 1998. Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie. In: PROKLA 111: 175-198.

Birgit Dietrich

Time As Money – Zeit als Geld:

Über alternative Tauschsysteme in Berlin und Nordamerika

Abstract (Deutsch)

Diese Studie untersucht jeweils vier Regional- bzw. Zeitwährungen in Deutschland und Nordamerika. Dabei werden diese Alternativwährungen als Teil einer informellen Ökonomie interpretiert. Sowohl die materiellen, als auch die immateriellen von diesen Systemen erhofften Gewinne werden angesprochen, wobei die Frage im Mittelpunkt steht, wie diese Systeme (dauerhaft) funktionieren. Nach einer Beschreibung der zuerst in Nordamerika entstandenen Systeme (Time Dollars, LETS, Ithaca Hours, Scrip) folgt eine Vorstellung des typischen deutschen Tauschring-Modells. In einer explorativen Studie von drei Tauschringen in Berlin (mit Leitfaden gestützten Interviews) werden die beteiligten Akteure und deren Erfahrungen näher betrachtet. Anschließend wird die Einführung einer neuen Lokalwährung in Berlin (Regiogeld) kurz skizziert. Systeme, die neben den ökonomischen auch soziale und/oder ökologische Ziele verfolgen scheinen langfristig am erfolgreichsten zu sein, da sie Personen ansprechen, die diese Anliegen teilen und am Erhalt dieser Systeme interessiert sind.

Abstract (English)

This paper studies four German and four Northern American local and time currencies. Interpreting these phenomena as part of an informal economy, the focus is on both the material and non-material gains promised by these systems. The central question of this paper is how these systems work (in the long run). A discussion of the systems first founded in North America (Time Dollars, LETS, Ithaca Hours, Scrip) is followed by a presentation of the typical German time currency model (Tauschring). An exploratory study (employing interviews) of three time currency groups in Berlin takes a closer look at the participants and their experiences. Also, the introduction of a new local currency in Berlin (Regiogeld) is examined. Systems that consider social and/or ecological concerns in addition to economic aspects seem the most sustainable as they attract people sharing these concerns who take an interest in maintaining and supporting these groups.



1/8 Ithaca Hour

Einleitung

Seit den 1980er Jahren haben sich weltweit Systeme entwickelt, die mittels selbst konstituierter Tauschäquivalente¹ versuchen, soziale und wirtschaftliche Alternativen zu schaffen – lokal begrenzt oder landesweit, mit eigener Papierwährung oder Punktekonto, um Waren oder Dienstleistungen zu tauschen. Im Deutschen werden diese Systeme meistens unter dem Begriff „Tauschringe“ zusammengefasst, wobei jedoch die Unterschiede in den Zielsetzungen ebenso wie den Organisationsformen unberücksichtigt bleiben. Teilweise streben diese Systeme eine Integration in das im jeweiligen Staat herrschende Wirtschaftssystem an, teilweise versuchen sie eine Alternative dazu darzustellen.² Während der Tauschhandel in Wirtschaftskrisen zur primären Einkommensquelle werden kann (wie z.B. in Argentinien³ zu beobachten) stellen die hier vorgestellten amerikanischen und deutschen Systeme mit jeweils lokal begrenzten Gruppen für die Mehrzahl ihrer Mitglieder eine Ergänzung ihrer übrigen Aktivitäten dar.

Verschiedene historische Initiativen werden als Vorläufer heutiger Tauschsysteme betrachtet; so gab es bereits 1832 in London eine von Robert Owen eröffnete „Arbeitsbörse“ (Grünert 1999). Viele lokale Initiativen sind vermutlich aufgrund ihres informellen Charakters nicht überliefert. Auch über die aktuellen Tauschsysteme findet sich bisher wenig wissenschaftliche Literatur, insbesondere kaum vergleichende Studien. In diesem Artikel wird versucht, Entwicklungen sowohl im nordamerikanischen als auch im deutschen Kontext empirisch aufzubereiten, um der Frage nachzugehen, welches Potenzial alternative Tauschsysteme haben und – vor allem – wie und unter welchen Bedingungen sie langfristig funktionieren können. Dabei wird zunächst auf Zeit- und Lokalwährungen im angelsächsischen Raum eingegangen, die soziale Ziele verfolgen und teilweise auch eine grundsätzlich veränderte Wirtschaftsform anstreben. Anschließend werden drei Berliner Tauschringe auf Grundlage qualitativer Interviews analysiert sowie die Einführung einer Regionalwährung in Berlin besprochen. Dabei werden insbesondere die individuellen Motive und Erfahrungen der

¹ Der Begriff „Tausch“ kann sich sowohl auf eine einmalige Handlung zwischen zwei individuellen Partnern als auch auf ausgedehnte Tauschsysteme beziehen sowie den Tauschhandel zwischen Unternehmen bezeichnen. Allgemein wird (Aus-)Tausch als Vorgang verstanden, bei dem Güter und Leistungen zwischen Akteuren getauscht, also wechselseitig übertragen werden. In diesem Sinne gilt jegliche ökonomische (und soziale) Transaktion als „Tausch“. Auf dieser Überlegung fußt beispielsweise die Social Exchange Theory (z.B. Emerson 1976; Homans 1961), mit der ökonomische und soziale Vorgänge mikroanalytisch erklärt werden. Hier geht es jedoch explizit um Formen des ökonomischen Tausches mit Hilfe alternativer Zahlungsmittel.

² Tauschsysteme weisen etliche Ähnlichkeiten mit sog. lokalen Ökonomien auf, die gezielt den Handel von Gütern und Leistungen nach außen begrenzen (sollen), um die lokale Reproduktionsfähigkeit zu stärken (vgl. Birkhölzer 2003).

³ Red Global de Trueque, einer der größten Tauschringe Argentiniens, hat ca. eine halbe Million Mitglieder.

Beteiligten sowie das Zusammenspiel politischer, sozialer und ökonomischer Aspekte der Organisation von Tauschsystemen betrachtet.

Angelsächsische Tauschsysteme

Alternative Tauschsysteme lassen sich in Systeme direkten und indirekten Tausches unterscheiden. Werden Sachen oder Dienstleistungen direkt, d.h. ohne Austauschmittel, übertragen, wird von „barter“ gesprochen. Auf dieser Grundlage haben sich z.B. kommerzielle Barter-Netzwerke, wie die International Reciprocal Trade Association (Seron 1995), etabliert. Im Folgenden soll es jedoch um indirekte Formen des Tausches (im angelsächsischen Raum) gehen, bei denen (alternative) Tauschmittel und Währungen Verwendung finden.

***Time Dollars* (Edgar S. Cahn)**

Das System der *Time Dollars* wurde 1980 von Edgar S. Cahn in Miami (Florida, USA) ins Leben gerufen. *Time Dollars* sind eine Zeitwährung, wobei eine geleistete Stunde einem Servicepunkt entspricht. Prinzipiell können über diese Zeitwährung die unterschiedlichsten Projekte und Leistungen verrechnet werden.

Hintergrund

Edgar S. Cahn und seine inzwischen verstorbene Frau Jean Cahn waren seit den 1960er Jahren als Anwälte für *equal justice*⁴ tätig. Die Cahns waren an der Einrichtung des ersten *neighborhood law office* durch Community Progress Inc. 1962 beteiligt und arbeiteten für die Kennedy-Administration. Durch eigene Krankheit entwickelte Edgar Cahn eine neue Auffassung über die Leistungsfähigkeit von durch die Gesellschaft als nutzlos eingestuften Personen. Jugendliche, die in Konflikt mit dem Rechtssystem geraten sind, und Alte bzw. Kranke, die z.B. Hilfe bei Besorgungen oder Arztbesuchen benötigen, sowie sozial Schwache stehen im Mittelpunkt verschiedener *Time Dollars* Projekte. Neben den hier aufgeführten Beispielen ist auch das von Richard Rockefeller 1998 ins Leben gerufene Maine *Time Dollar Network* (MTDN) zu erwähnen, das exemplarisch die Möglichkeiten dieses Modells für eine Gemeinschaft aufzeigen will. MTDN wird demnächst den Namen New England *Time Exchange Network* (NETEN) tragen, um dem größeren geographischen Anspruch gerecht zu werden.

Jugendgerichte

In den *youth courts* (Jugendgerichte) sitzen jugendliche Laien über jugendliche Straftäter zu Gericht. Die Jugendgerichte wurden aus der Erkenntnis heraus entwickelt, dass Jugendliche mit der Lebensrealität ihrer Altersgenossen besser vertraut seien und so gerechtere Urteile fällen könnten. Zudem helfen die jugendlichen Richter das Rechtssystem zu verbessern, indem sie beispielsweise Informationen über korrupte Vollzugsbeamte weiterleiten, die sie von anderen Jugendlichen z.B. in der Schule erhalten. Die Urteile unterscheiden sich von den üblichen durch erwachsene Richter ausgesprochenen oft auch dadurch, dass versucht wird, die Begleitumstände der Straftat für die Zukunft auszuschließen. Die jugendlichen Richter werden mit *Time Dollars* belohnt; für eine bestimmte Summe erhalten sie gebrauchte Computer, die von Firmen oder Verwaltungsstellen gestiftet werden (Cahn 2000).

⁴ Berücksichtigung sozialer Umstände bei der Rechtsprechung

Schulen

Computer sind ebenfalls ein Anreiz an einem Schulprogramm teilzunehmen, das der in Amerika seit etwa 100 Jahren populären „Big Brother/Big Sister“ Idee entlehnt ist. Während die ursprünglichen *Big Brothers* und *Big Sisters* Erwachsene sind, die sich freiwillig und unentgeltlich bereit erklären, Mentor eines nicht mit ihnen verwandten Kindes zu werden, fungieren hier ältere Schüler als Beschützer und Nachhilfelehrer von jüngeren. Es handelt sich hier vor allem um Kinder aus sozialen Brennpunkten. Dieses Programm soll den älteren ebenso wie den jüngeren Kindern helfen. Die Gewaltbereitschaft gegenüber jüngeren Kindern soll durch die persönliche Bindung insgesamt abnehmen, die Älteren fühlen sich für ihre Schutzbefohlenen verantwortlich und besuchen deshalb selbst die Schule regelmäßiger. Durch die häufigere Anwesenheit im Unterricht verbessern sich auch die Leistungen der Älteren. Neben einem gesteigerten Selbstwertgefühl stellen auch hier gebrauchte Computer einen Hauptanreiz dar. Dabei sollen die älteren nicht nur Mentor für die jüngeren Schüler werden, sondern auch selbst mehr Unterstützung durch ihre Eltern erfahren. Um einen Computer zu erhalten, muss ein Schüler eine bestimmte Summe von *Time Dollars* ansammeln, und ein Erziehungsberechtigter muss einige Stunden in der Schule mitarbeiten.⁵ Hierdurch sollen auch die innerfamiliären Bindungen gestärkt werden (Cahn: 2004).

Fazit

Das System der *Time Dollars* wird mittlerweile durch eine Reihe von Stiftungen und Regierungsstellen unterstützt und wird in verschiedenen Bereichen eingesetzt. Diese Unterstützung ist sicherlich auch auf Cahn's frühere Tätigkeit und Kontakte zurückzuführen. Hier wird besonders deutlich, wie die Entwicklung einer Initiative von Einzelpersonen bestimmt werden kann. Das Konzept der *Time Dollars* ist dem der deutschen Tauschringe sehr ähnlich und könnte auch so angewendet werden. Es gibt jedoch eine erweiterte Herangehensweise, bei der bestimmte Gruppen gezielt eingebunden und mit materiellen Anreizen belohnt werden. Allen Projekten gemeinsam ist, dass die Arbeiten keine spezielle Ausbildung erfordern. Es geht um Leistungen, die von vielen erbracht werden können und bei denen der persönliche Kontakt eine wichtige Rolle spielt. Diese Initiativen allein können die sozialen Probleme nicht lösen, aber vielleicht helfen, das Leben der Beteiligten zu verbessern (Cahn 2004).

LETS (Michael Wade Linton)

LETS (Local Exchange/Employment Trading System) wurde 1983 im kanadischen Comox Valley (British Columbia) von dem aus Großbritannien stammenden Michael Wade Linton begründet. Linton ist Informatiker und Systemanalytiker und bietet über sein Unternehmen Landsman Community Services Ltd. Software zur Verwaltung von LETS an. LETS ist eine virtuelle Währung, kein materialisiertes Ersatzgeld. Für die Mitglieder werden Konten geführt, auf denen Guthaben angespart werden können. Die Verwaltungskosten werden in der LETS-Währung entgolten. Alle Mitglieder haben Einblick in die gegenseitigen Handelsaktivitäten und Guthaben. Es können zinslose Darlehen gewährt werden (Linton 1984).

⁵ In den USA ist es nicht unüblich, dass Eltern in den Grundschulklassen im Unterricht mithelfen.

Hintergrund

Der damals selbst arbeitslose Linton stellte fest, dass die lokale Wirtschaft von der nationalen Währung abhängig war (Meeker-Lowry 1995). Sobald kein externer Zufluss von Geld in eine Gemeinde stattfindet und/oder der Großteil des Geldes der Gemeindemitglieder außerhalb des Ortes ausgegeben wird, ergeben sich innerhalb der Gemeinde wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Effekt ist mit einem zu hohen Außenhandelsdefizit auf Staatsebene zu vergleichen. Auf der lokalen Ebene entstehen Armut und soziale Probleme. Insbesondere in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit, die in geringem Geldzufluss resultiert, ist dieser Effekt schwer umzukehren. Je mehr Unternehmen wegen mangelnder Umsätze vor Ort schließen müssen, desto mehr Kaufkraft fließt aus dem Ort; je mehr Kaufkraft den Ort verlässt, desto mehr Unternehmen vor Ort müssen aufgeben (Linton 1984).

Um diesen Kreislauf zu durchbrechen führte Linton *LETS* ein. Anfangs waren die Konten ohne Limit in Soll oder Haben konzipiert, mittlerweile begrenzen aber meistens ein Limit zumindest das mögliche Soll. Ökologie und Umweltschutz sollen ebenfalls durch *LETS* gewinnen: „*LETS*ystems must become mainstream very soon if we are to have any hope of leaving to future generations a world in which they can even survive, much less thrive“ (Linton & Soutar 1996).

Kanada

Das erste *LETS*, 1983 in Courtenay (Comox Valley, British Columbia) gestartet, war zunächst sehr erfolgreich. Nach einem Jahr wurde von 450 Mitgliedern ein Volumen im Gegenwert von \$10.000 pro Monat erwirtschaftet (Linton 1984). Es folgten etwa 20 weitere *LETS* in Kanada, von denen 1988 jedoch etwa die Hälfte ebenso wie der Modellversuch in Courtenay zusammenbrachen. Ein Grund hierfür ist möglicherweise in der vorausgesetzten Vertrauenswürdigkeit aller Beteiligten zu sehen. Es wurde angenommen, dass niemand dauerhaft mehr Leistungen in Anspruch nehmen als erbringen würde. Ein Missbrauch dieses Systems resultierte in Vertrauensverlust und Rückzug vieler. Zudem waren die Kosten höher als erwartet. Linton (1984) behauptete, nur ein Telefon und ein Computer seien zur Verwaltung nötig. Da aber die Verwaltungskosten nur in der *LETS*-Währung entgolten werden, sind in der Landeswährung entstehende Kosten wie z.B. die Telefonrechnung nicht abgedeckt. Dieses Detail veranschaulicht, dass ein solches informelles Wirtschaftssystem nicht vollends von der formellen Ökonomie abgekoppelt werden kann.

Commonwealth

Währenddessen betrieb Linton die Einführung von *LETS* im übrigen Commonwealth durch Verbreitung von Verwaltungssoftware und Anleitungen. *LETS* begann in Neuseeland 1986, in Australien 1987, und wurde in beiden Ländern von der Regierung unterstützt. Das größte *LETS* der Welt wurde 1994⁶ in den australischen Blue Mountains mit damals 2.000 Mitgliedern und einem Volumen von \$40.000 pro Monat eingeführt. Die Kosten für *LETS* können erheblich sein. Die Regierung von West-Australien investierte \$60.000 in die Entwicklung von *LETS* in New South Wales. Dee Orton erhielt \$45.000, um ein Jahr lang die Weiterentwicklung von *LETS* zu betreuen. An *LETS* beteiligte Unternehmen wurden mit \$40.000 sub-

⁶ Zu dieser Zeit wurden viele Tauschringe in Deutschland gegründet.

ventioniert (Seron 1995). Die australische Regierung (Productivity Commission 2003) bewertet *LETS* als soziales Kapital und ist bestrebt, die Systeme zu unterstützen. Am 1. April 2004 wurde *LETS Australia*, ein australienweites System, ins Leben gerufen.

In Großbritannien (GB) entstanden 1985 die ersten beiden *LETS*. Die Entwicklung verlief zunächst langsam. Nach der Einführung des Netzwerkes *Letslink UK* von Liz Shepard 1991 wurde *LETS* in GB populär. So gab es 1995 bereits 400 lokale Systeme mit insgesamt 20.000 Mitgliedern. Einige der Systeme wurden aus öffentlichen Mitteln gefördert (Seron 1995).

Fazit

LETS ist als alternative Währung konzipiert, mit der z.B. auch Steuern bezahlt werden können. Unternehmen sollen gezielt eingebunden werden (Linton & Soutar 1996). Problematisch ist die Instabilität der *LETS* Systeme, die sich im Zusammenbruch der kanadischen Systeme gezeigt hat. Die von Linton erhoffte Lösung ökologischer Probleme ist fraglich, da nicht jedes „lokale“ Unternehmen auch umweltfreundlich produziert. Problematisch erscheinen auch der weltumspannende Anspruch und der Subventionsbedarf, durch die eine für die meisten Mitglieder nicht mehr zugängliche Entscheidungsebene geschaffen wird.

***Ithaca Hours* (Paul Glover)**

Ithaca Hours wurden 1991 von Paul Glover in Ithaca, New York (Catskil Mountains) eingeführt. Bei *Ithaca Hours* handelt es sich um Papiergeld, das auf Spezialpapier gedruckt wird und relativ fälschungssicher sein soll. Dieses Geld kann wie normales Geld der Landeswährung verwendet werden, damit gemachte Geschäfte sind steuerpflichtig, die Fälschung strafbar.⁷

Hintergrund

Neben seinem Engagement für *Ithaca Hours* und seiner Arbeit als Masseur ist Paul Glover der amerikanischen *Green Party* verbunden, deren Präsidentschaftskandidat er möglicherweise werden könnte.

While Greens are horrified at corporate and consumer destruction of planet and society, our message is primarily confident and affirmative. Greens foster grassroots nonprofit and worker-managed enterprises that repair nature. Greens can govern to rebuild America's cities, such that neighborhoods become energy-efficient; productive of food and fuel; respectful of water; safe and fun to live in. We can restore regional agriculture, rural economies, and habitat. (Glover: Campaign Summary)

Ebenso wie *LETS* wurden *Ithaca Hours* durch eine wirtschaftliche Notlage inspiriert. Die einfache Lösung für den Mangel an US-Dollars vor Ort war das Drucken von eigenem Geld. Im Gegensatz zu *LETS* werden jedoch keine weltumspannenden oder auch nur nationalen *Ithaca Hours* - Systeme angestrebt. Stattdessen soll der regionale Bezug gewahrt bleiben und neue örtliche Systeme begründet werden.⁸ *Ithaca Hours* entstanden aus der Erfahrung eines 1988 gescheiterten *LETS* in Ithaca. Das Papiergeld hat den Vorteil schnelleren und spontaneren Handelns im Vergleich zu dem erforderlichen Abrechnungs- und Verwaltungsaufwand für *LETS* (Ithacahours 2004).

⁷ Im Gegensatz zu Deutschland dürfen in den USA Banken oder Personen eigenes Geld herausgeben, es gilt als *legal tender*.

⁸ Das Starter Kit für ein neues *Ithaca Hours* System kostet \$40.

Verbreitung

Mittlerweile sind 1.500 Personen und 400 Geschäfte in Ithaca als Mitglieder von *Ithaca Hours* registriert, das eigene Branchenbuch umfasst 1.500 Einträge. Es gibt weitere 50 Systeme in Nordamerika. *Ithaca Hours* - Geldscheine können von jeder Person verwendet werden, es gibt jedoch die Option registrierter Mitgliedschaft. Neumitglieder kaufen zwei *Ithaca Hours*⁹ für \$20 beim Eintritt und können alle acht Monate eine weitere *Ithaca Hour* als Anerkennung ihrer Mitgliedschaft erhalten. So wird kontrolliert mehr Geld in Umlauf gebracht. Außerdem werden *Ithaca Hours* in Form von zinslosen Darlehen an Unternehmen in Umlauf gebracht, die ihre Geschäfte nach eigenem Ermessen prozentual in *Ithaca Hours* und/oder Dollars abwickeln können. Der örtliche Vorstand kann Projekte mit Spenden von jeweils bis zu 30 *Ithaca Hours* fördern, diese sollen binnen sechs Monaten ausgegeben oder rückerstattet werden. Seit 1999 existiert ein gewählter Vorstand, der Richtlinien erstellt. Seit 1991 wurden *Ithaca Hours* im Wert von ca. \$10.000 ausgegeben. Da diese ständig in Umlauf bleiben, kann damit ein recht hoher Umsatz erzielt werden (Ithacahours: 2004).

Fazit

Anliegen des *Ithaca Hours* - Systems ist die Stärkung der Wirtschaft vor Ort. Durch kürzere Transportwege kann so auch der Umwelt gedient werden. Zudem zeigen sich gerade auch umweltschonend produzierende Betriebe dem Gedanken aufgeschlossen. Durch den Kauf solcher Produkte wird der Umwelt erneut genützt. Durch den bevorzugten Einkauf lokaler oder regionaler Waren werden einerseits Vermögen in der Region bewahrt und Unternehmen am Leben gehalten, andererseits auch soziales Kapital gebildet, da die Beteiligten einander kennen lernen. Durch die Vergabe von Krediten werden auch Betriebsneugründungen gefördert. Da die einzelnen Gruppen von einander unabhängig bleiben, beeinträchtigen eventuelle lokale Probleme die übrigen Gruppen zunächst nicht, sofern sie nicht strukturell bedingt sind. *Ithaca Hours* können alle Funktionen von Geld übernehmen und, sofern eine Region autark produzieren kann, das Überleben sichern helfen. Waren aus anderen Ländern können so aber nicht beschafft werden. Da zwei Hauptanliegen des Begründers Paul Glover die Stärkung kleiner und Kleinstproduzenten vor Ort und der Umweltschutz sind (Glover 2004), ist der Konsum global gehandelter Waren nicht das Ziel von *Ithaca Hours*.

Scrip

Scrip¹⁰ ist eine noch heute in Amerika verbreitete Form zweckgebundener Lokalwährungen. Am bekanntesten ist das von Geschäften ausgegebene Scrip, das in Gutscheinen mit höherem Nominal- als Kaufwert besteht, d.h. ein Gutschein über \$12 kostet z.B. \$10. So wird der Kundschaft ein Preisnachlass gewährt, während das Geschäft die Einnahmen sicher weiß, da die Kundschaft dieses Geld nicht mehr bei der Konkurrenz ausgeben kann. Dieses System wird auch manchmal von kleineren Geschäften benutzt, um auf eine finanzielle Notlage aufmerksam zu machen. Bekannt ist der Verkauf von Scrip durch Schulen als *fundraiser*, d.h. die Elternschaft kauft Scrip und die Schule erhält vom jeweiligen Geschäft eine Courttage.

⁹ Eine *Ithaca Hour* hat den Wert von \$10, dies entspricht dem Durchschnittsstundenlohn.

¹⁰ Scrip: kurz für „Scripture“

Deutsche Tauschsysteme

Die deutschen Tauschringe¹¹ haben keinen Dachverband. Es gibt aber ein System von Websites, die Adressenlisten, Handbücher, wissenschaftliche Arbeiten und Links zum Thema sammeln und so die Möglichkeit zur allgemeinen Vernetzung schaffen. Die eventuell damit verbundenen Kosten werden von den Aktiven selbst oder ihren Tauschringen getragen. Die jährlichen Bundestreffen, von wechselnden Tauschringen ausgerichtet und für alle offen, dienen der Orientierung in theoretischen Fragen. Es werden Positionspapiere erstellt und Zukunftsperspektiven entwickelt. Daneben dienen die Treffen natürlich auch dem persönlichen kennen lernen. Laut Josella Stolz besteht besonders bei kleineren Berliner Tauschringen ein Interesse an Vernetzung auf Landesebene nach dem Vorbild des Ressourcentauschringes auf Bundesebene. Im Ressourcentauschring können Tauschringe Mitglied werden; die Vorgänge der jeweiligen Mitglieder werden über das Sammelkonto ihres Heimattauschringes abgerechnet. So können Personen aus unterschiedlichen Orten tauschen. Übernachtungsplätze, Leihfahrräder am Urlaubsort u.ä. werden schon jetzt gern nachgefragt. Der Ressourcentauschring stellt eine Vernetzung durch praktischen Austausch dar.

Tauschringe in Deutschland folgen üblicherweise dem Schema einer zeitorientierten Ersatzwährung. Die für andere im Tausch erbrachte Arbeitszeit wird dabei unabhängig von der ausgeführten Tätigkeit immer gleich bewertet und entlohnt. Die Preise für Waren werden individuell ausgehandelt.¹² Die mit Phantasienamen (oft nach dem jeweiligen Ort) benannten Währungen existieren nur virtuell in der Buchführung des Tauschsystems, es wird kein Geld geprägt. Zur Bezahlung erbrachter Dienstleistungen oder gekaufter Waren werden ähnlich dem bargeldlosen Zahlungsverkehr Punkte zwischen den Konten der Beteiligten transferiert. Die Verwaltung der Konten wird von so genannten Aktiven geleistet, die dafür i.d.R. eine Vergütung in der Ersatzwährung erhalten, jedoch kein Geld. Häufig wird ein Mitgliedsbeitrag in der Ersatzwährung (für die Entlohnung der organisatorischen Aufgaben) und auch in der Landeswährung (für Materialkosten, Miete etc.) erhoben. Sowohl im Soll als auch im Haben dürfen die Mitglieder nur eine bestimmte Summe von Punkten ansammeln. Das zeitweise Überziehen der Konten gerade auch bei neuen Mitgliedern ist erwünscht, um das Tauschgeschehen zu beleben; aus demselben Grund dürfen die Guthaben nicht zu groß werden, da das Sparen einen geringeren Tauschumsatz zur Folge hätte (Kleffmann: 2000). Tauschringe funktionieren am besten, wenn die Teilnehmenden sich gegenseitig kennen. Schlechte Arbeit oder Unfreundlichkeit sprechen sich so herum, die Betroffenen werden informell ausgeschlossen, da niemand mehr mit ihnen zu tauschen bereit ist. Diese Art der sozialen Kontrolle wird bei einer zu großen Gruppe nahezu unmöglich. Deshalb erreichen Tauschringe bei etwa 350 Mitgliedern eine kritische Größe. Die Gründe, einem Tauschring beizutreten, sind vielfältig. Für alle der von mir Befragten ist der soziale Aspekt wichtig; die in sie gesetzten wirtschaftlichen Erwartungen können nicht alle Tauschringe gleichermaßen erfüllen. „Etwas ohne Geld zu machen“ wurde häufig als politische Motivation angegeben, da so niemand ausgeschlossen sei (außer denen, die keine Zeit haben).

¹¹ „Tauschringe“ sind die in der Praxis übliche Bezeichnung von alternativen Tauschsystemen oder -netzwerken in Deutschland.

¹² Solange kein Geld fließt, gelten die erbrachten Leistungen als Nachbarschaftshilfe und werden nicht dem steuerpflichtigen Einkommen angerechnet.

In „Geld ohne Zinsen und Inflation“ beschreibt Margrit Kennedy (1990) Tauschringe als mögliche Übergangseinrichtung zu einem Geldsystem ohne Zinsen, das sich an den Wirtschaftsideen Silvio Gesell's orientiert und auch eine Bodenreform beinhaltet. Die sozialdarwinistischen Thesen Gesell's werden jedoch von Kennedy nicht wiederholt. Zudem scheint ihre Auffassung von Tauschsystemen an LETS orientiert. Es überrascht, dass gerade Anhänger dieser Idee dennoch Tauschringe nach dem Time Dollars Model gründeten. Dieser Widerspruch war vielleicht nicht offensichtlich, da in der deutschen Ausgabe des Buches nur unspezifisch von „Tauschringen“ die Rede ist und bei der Neugründungswelle der 1990er Jahre kaum auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden konnte. Auch die Idee an sich begeistert keineswegs alle Tauschringmitglieder:

Die Freiwirte-Bewegung, deren Thesen Kennedy und Creutz vertreten, haben ehrgeizige, makroökonomische Pläne, und die Tauschringe haben sie begrüßt und gefördert. Den Gerechtigkeitsbegriff, der in ihrer Zinstheorie steckt, und ihre volkswirtschaftlichen Thesen muss man natürlich nicht teilen – ich zum Beispiel kann mich durchaus nicht damit anfreunden. Aber nichts wäre verkehrter, als den Kreuzberger Tauschring bloß als Ableger oder Anhängsel der Freiwirte-Theorie zu begreifen. (...) Diese Richtung war es, aus der entscheidende Impulse für die Tauschringe kamen (Hoffmann 1998, S. 43).

Mittlerweile, etwa zehn Jahre nach der Gründungswelle, war den meisten von mir Befragten die Autorin Kennedy ebenso wie ihre Theorien unbekannt. Die damals aktiv an den Gründungen Beteiligten erinnerten sich teilweise noch an sie, ebenso wie an die in den 1990er Jahren populäre Ökofeminismusbewegung um Maria Mies und die Bielefelder Schule. Margrit Kennedy ist kürzlich mit einem neuen Buch zu Regionalwährungen hervorgetreten (Kennedy & Litaer 2004).

Drei Tauschringe in Berlin

Ausgehend von der Vorannahme, dass es sich bei Tauschringen um lokale, eigenständige Initiativen zum Tausch von (hauptsächlich selbst erzeugten) Waren und Dienstleistungen handelt, stand im Mittelpunkt meines Fragenkatalogs die formale Organisation einerseits, die wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung der Tauschringe für die Mitglieder andererseits. War die Bedeutung als soziales Netzwerk entscheidend, oder gaben wirtschaftliche Vorteile den Ausschlag? Hierbei interessierte mich die Dynamik drei größerer Tauschringe mit mindestens 50 Mitgliedern. Die meisten der 26 erfassten¹³ Berliner Tauschringe (TR) haben zwischen 20 und 40 Mitgliedern. Mindestens 50 Mitglieder haben der Friedrichshainer Tauschring, der Tauschring Charlottenburg-Wilmersdorf, die TauschOase Schöneberg, der Kreuzberger Tauschring, der Tauschring Zehlendorf und der Frauentauschring. Der Kreuzberger Tauschring (KTR) ist der erste in Berlin gegründete TR und war mit der höchsten Mitgliederzahl für mich besonders interessant, gefolgt vom zweitgrößten, dem Tauschring Charlottenburg-Wilmersdorf (TCW). Der Frauentauschring (FTR) ist als ein Tauschring nur von und für Frauen nicht örtlich sondern sozial fixiert. Mich interessierte, wie das Erscheinungsbild der TR von diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wurde. Dazu habe ich zwischen Februar und April 2004 insgesamt 19 Leitfadengestützte Interviews mit Mitgliedern dieser drei Tauschringe geführt; die Auswertung erfolgte qualitativ. Sofern es gewünscht wurde, habe ich die Namen der Interviewten anonymisiert (im Text gekennzeichnet), sonst sind die tatsächlichen Namen genannt. Zu erwähnen bleibt noch, dass die meis-

¹³ <http://www.tauschringe-berlin.de>

ten der von mir Befragten, insbesondere Aktive, um eine positive Darstellung ihrer Tauschsysteme bemüht waren. Mitglieder, die mir gegenüber Probleme ansprachen, wurden teilweise daran erinnert, dass das gegenüber Außenstehenden nicht gut sei. Konkrete Probleme wurden oft nur zugegeben, wenn der Tatbestand unbestreitbar war und deutlich wurde, dass ich bereits davon wusste. Die soziale Gruppendynamik ist nicht zu unterschätzen; das Gelingen oder Scheitern hängt oft von einzelnen Personen ab.

Der Kreuzberger Tauschring

Gründung: Februar 1995; Verrechnungseinheit: 20 Kreuzer ~ 1 Stunde; Kontolimit: 1000 Kreuzer im Haben, 500 Kreuzer im Soll; Mitgliedsbeitrag: € 12 + 84 Kreuzer im Jahr; Mitglieder: ~ 350; Gespräche: 10

(1) Geschichte

Der Kreuzberger Tauschring (KTR) war der erste Tauschring, der in Berlin in den 90er Jahren gegründet wurde, und ist mittlerweile der größte und wohl auch einer der bekanntesten Tauschringe der Stadt. Kreuzberg gehört zu den ärmeren Bezirken, ebenso wie der Nachbarbezirk Neukölln, der auch zum Einzugsgebiet des KTR gehört.

Laut Selbstdarstellung („Info-Pack“) wurde der KTR am 27. Februar 1995 im Nachbarschaftshaus Urbanstrasse von einer Gruppe von Personen gegründet, die sich auf dem Kongress „WIRTSCHAFT VON UNTEN“ (31.8.-4.9.1994) in Dessau trafen und vorher schon unabhängig voneinander mit dem Thema LETS beschäftigt hatten. Im November 1994 wurde eine Informationsveranstaltung im Nachbarschaftshaus Urbanstrasse (NBHU) durchgeführt, aus der eine Gruppe von 10 Aktiven hervorging, die die Gründung des KTR betrieben. Von dieser Gründungsgruppe sind noch heute einige Mitglieder im KTR, zumeist allerdings nicht mehr aktiv an der Organisation beteiligt. Einige der Gründungsmitglieder leben nicht mehr in Berlin, andere haben sich neuen Projekten zugewandt.

(2) Anbindung

Der KTR nutzt seit seiner Gründung Räume im Nachbarschaftsheim Urbanstrasse, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Anfangs übernahm das NBHU auch die Telefonkosten für den KTR. Die Präsenz im NBHU mit viel Publikumsverkehr trug zum bekannt werden des KTR bei. Das Büro des KTR ist an zwei Abenden in der Woche geöffnet und in dieser Zeit auch telefonisch erreichbar, sonst schriftlich und per e-mail. Derzeit betreibt der KTR keine Werbung für neue Mitglieder, da bereits eine kritische Größe erreicht ist.

(3) Vernetzung

Der Kreuzberger Tauschring führt die bundesweite Adressenliste der deutschen Tauschsysteme und beteiligt sich an den Bundestreffen, auf denen z.B. gemeinsame Positionspapiere erarbeitet und Zukunftsperspektiven diskutiert werden.

(4) Organisation

An jedem letzten Sonntag im Monat gibt es das „Tauschrausch“ genannte Mitgliedertreffen, das mit kaltem Büffet und Getränken dem direkten Kontakt dient. Gleichzeitig können Mitglieder an Ständen flohmarktähnlich gegen Kreuzer auch Gegenstände anbieten. Angebote und Gesuche erscheinen in der monatlichen Tauschzeitung und können während der Treffen

auch am Schwarzen Brett öffentlich gemacht werden. Die „STRASSENKREUZER“ genannte Zeitung enthält außerdem auch Diskussionsbeiträge zu aktuellen Fragen, Terminhinweise und Anzeigen von Gewerbetreibenden (oft selbst Tauschringmitgliedern), durch die der Druck finanziert wird. Die Zeitung ist für Mitglieder kostenlos und während der Bürozeiten, beim Tauschrausch und auch in einem Secondhandladen erhältlich. Es gibt ein jährlich erscheinendes Branchenbuch, den „Dicken Kreuzberger“, der eine Sammlung aller Angebote und Gesuche darstellt. Zur Zeit ist eine Internetseite im Aufbau, die mit einem Diskussionsforum weitere Austauschmöglichkeiten bieten soll.

(5) Aktive

Zur Ämterverteilung sagt Enrica, eine der Aktiven des KTR: „Wir wollen keine gewählten Vertreter, die Aufgaben werden bei uns (...) nach anderen Kriterien verteilt“, Präsenz und Engagement seien wichtig. Eine konkretere Auskunft wurde nicht gegeben. Arbeitsstunden von Aktiven werden mit dem halben üblichen Kreuzerbetrag pro Stunde entlohnt (bis zu 20 Stunden pro Monat). Es wird darüber hinaus von manchen Personen auch noch mehr Zeit aufgewandt. Organe des Kreuzberger Tauschrings sind laut Selbstdarstellung im „Info-Pack“ Mitgliederversammlung, Aktiventreffen und Arbeitsgruppen (Büro, STRASSENKREUZER-Redaktion, Tauschrausch-Vorbereitung, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederbetreuung/Schlichtung, Solidaritäts- & Zukunftskonto).

Enrica bezeichnete sich selbst im Rahmen einer von ihr durchgeführten Informationsveranstaltung des KTR als „Chefideologin“ („sehr in Anführungsstrichen“, Enrica) und legte ihre persönlichen Anliegen dar, die – wie ihr bewusst ist – mit den allgemeinen Vorstellungen des Tauschrings nicht immer übereinstimmen. So ist Enrica der Ansicht, dass unterschiedliche Arbeiten nicht immer das gleiche Zeitäquivalent als Entlohnung verdienen, da z.B. beim Hüten eines schlafenden Babys noch ferngesehen oder gestrickt werden könnte, während das beim Parkettschleifen kaum möglich ist. Damit stellt sie sich gegen eine der entscheidenden Grundüberzeugungen der deutschen Tauschsysteme (Hoffmann 1998, Kleffmann 2000), dass Arbeitszeit Lebenszeit und als solche in jedem Fall gleich zu bewerten sei. Enrica beschreibt die Zielsetzungen des KTR als „politisch, philosophisch, ökonomisch, ökologisch, sozial“. Jedes Mitglied könne daraus den eigenen Schwerpunkt wählen, manche sähen auch eher pragmatisch die direkten wirtschaftlichen und sozialen Vorteile des Tauschens. Dazu Enrica:

Weil ich ein bisschen, ich sage es in Anführungsstrichen: die „Chefideologin“ bin oder (...) diese Aufgabe übernommen habe, dass die zu mir kommen und sich bedanken, dass ich ihnen... sagen wir so, neue Horizonte eröffnet hätte (...) Manchen gehe ich auch auf die Nerven, das stimmt, aber schon die Tatsache, dass ich jetzt seit 9 Jahren auch immer wieder mit meinen politischen Schwerpunkten kommen darf, ist Beweis der Toleranz, vielleicht. (...) Und natürlich... muss man auch... Rücksicht auf die meisten Mitglieder nehmen, die abstrakte Kategorien vielleicht nicht denken können.

(6) Tausch

Gewerbetreibende können Mitglied im Tauschring werden, ihre Arbeiten sollen aber nur mit Kreuzern bezahlt werden, nicht mit Geld. Allerdings gab ein (noch neues) Mitglied mir gegenüber zu, dem Tauschring in der Hoffnung beigetreten zu sein, Kunden für seinen Umzugsservice zu gewinnen. Die Bezahlung sollte dann in Euro erfolgen. Diese Perspektive wurde aber nur bei abgeschaltetem Tonband und unter vier Augen eröffnet. Mir wurde auch

bei anderen Tauschringen von ähnlichen Fällen berichtet. Wird ein solches Verhalten bekannt, führt es meistens zum Ausschluss.

Dem Kreuzberge Tauschring sind verschiedene Einrichtungen beigetreten, z.B. das Heilehaus¹⁴, wo Tauschringmitglieder sich gegen Kreuzer behandeln lassen können, und der Freiraum Martha¹⁵. So können beispielsweise Plakate für Veranstaltungen der Kirche (Diavorträge, Konzerte) von Tauschringmitgliedern gegen Kreuzer geklebt werden, im Gegenzug können Tauschringmitglieder ihren Eintritt für diese Veranstaltungen mit Kreuzern bezahlen. Mehr als in anderen Tauschringen werden im KTR neben Dienstleistungen auch Waren, teilweise Neuware, angeboten. Unter den angebotenen Dienstleistungen sind neben Esoterischem und Kreativem verstärkt auch praktische Angebote wie Fahrradreparatur und Renovierung zu finden. Solche handfesten und handwerklichen Angebote fehlen in anderen Tauschringen oft. Ein Beispiel für erfolgreiche Partizipation im KTR, die den Lebensstandard verbessern kann, ist Thomas. Thomas wirkt bei der Vorbereitung der Tauschräusche mit, dafür erhält er als Aktiver Kreuzer zur Belohnung. Außerdem repariert Thomas Fahrräder. Für die gesammelten Kreuzer lässt er sich die Haare schneiden und kauft Kleidung. Er beschreibt es als „ein gutes Gefühl“ anderen Mitgliedern helfen zu können, die eine Reparatur ihres Fahrrades sonst nicht bezahlen könnten und wegen hoher Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr auf das Fahrrad als Fortbewegungsmittel angewiesen sind. Thomas freut sich auch über die materiellen Vorteile: „Jetzt habe ich mir beim Tauschrausch einen Tacho für das Fahrrad von meinem Sohn erkreuzert und ein Fernrohr. Das habe ich mir schon immer gewünscht, war aber zu teuer. Jetzt habe ich eins!“.

(7) Fazit

Das vielfältige, auch handwerkliche Angebot könnte ein Grund dafür sein, dass der KTR laut Aussage anderer Berliner Tauschringe an einer Vernetzung mit anderen TR nicht interessiert ist. Der KTR kann autonom viele Bedürfnisse seiner Mitglieder abdecken. Bei Vernetzung mit anderen TR, denen solche Angebote fehlen, könnte eine Mangelsituation entstehen. Durch seine Größe kann der Kreuzberger mehr als kleinere Tauschringe konkrete wirtschaftliche Bedeutung für seine Mitglieder entwickeln, deren aktive und Ruhephasen sich untereinander ausgleichen. So ist immer ein breites Angebot gewährleistet.

Der Kreuzberger Tauschring stellt für seine Mitglieder ein soziales Netz der besonderen Art dar. Der Lebensstandard kann durch konkrete wirtschaftliche Vorteile verbessert werden, die Lebensqualität durch Freundschaften und soziale Kontakte sowie subjektiv durch eine andere, persönlichere Umgehensweise als beim Einkauf im Geschäft, die viele als Bereicherung empfinden. Neben den monatlichen Mitgliedertreffen gibt es weitere Treffen mit Reiseberichten und Vorträgen von Mitgliedern.

Der Tauschring Charlottenburg-Wilmersdorf

Gründung: Oktober 1997; Verrechnungseinheit: 20 Taler ~ 1 Stunde; Mitgliedsbeitrag: € 18 + 60 Taler im Jahr; Kontolimit: 500 Taler im Haben, 300 Taler im Soll; Mitglieder: ~ 130; Gespräche: 4

¹⁴ Das Heilehaus ist eine alternative medizinische Einrichtung.

¹⁵ „Überkonfessioneller Unterstützerverein der evangelischen Marthakirche“

(1) Geschichte

Der Tauschring Charlottenburg-Wilmersdorf (TRCW) wurde als Tauschring Charlottenburg vor Zusammenlegung der beiden Bezirke im Zuge einer Verwaltungsreform gegründet. Die soziale Struktur beider Bezirke ist ähnlich und im Vergleich zu Kreuzberg eher bürgerlich zu nennen. Ein Tauschringmitglied beschrieb die Einzugsgruppe als „Akademiker in der Lebensmitte“ und allein stehende ältere Menschen. Der Charlottenburger Tauschring wurde nach dem Vorbild des Kreuzberger Tauschrings gestaltet. Die Initiative zur Gründung des Charlottenburger Tauschrings ging von nur einer Person aus, die auch heute noch aktiv ist: Josella Stolz. Stolz wurde durch ihre Arbeit im Verband für soziokulturelle Arbeit auf Tauschringe aufmerksam. Der TRCW ist noch heute an den Verband angebunden und hat z.B. kein eigenes Bankkonto sondern nutzt ein Unterkonto des Verbandes, bei dem es sich nach Aussage von Stolz gleichzeitig um den Dachverband aller Nachbarschaftshäuser¹⁶ in Berlin handelt.

(2) Anbindung

Der Tauschring Charlottenburg-Wilmersdorf unterhält ein Büro in der Selbsthilfekontaktstelle SEKIS¹⁷, das an einem Abend in der Woche geöffnet ist. Zusätzlich wurde ein Ladenlokal angemietet, das an einem anderen Abend geöffnet ist. Das Büro dient Verwaltungszwecken, das Ladenlokal der öffentlichen Information und Vorstellung des TR sowie den Gruppenveranstaltungen von Tauschringmitgliedern, wie z.B. den Schreibwerkstätten. Der TRCW ist telefonisch und per e-mail erreichbar.

(3) Vernetzung

Neben den Angeboten der eigenen Mitglieder ist der Charlottenburger Tauschring auch in den bundesweiten Ressourcentauschring eingebunden. Die Angebote und Gesuche anderer Tauschringe erscheinen in den verschiedenen Tauschzeitungen und sind so einem größeren Publikum zugänglich. Besonders Transport- und Übernachtungsmöglichkeiten sowie Urlaubsangebote oder Fahrradverleih für Reisende sind beliebt.

Josella Stolz bewertete eine weitergehende Vernetzung von Tauschringen auch unter dem Gesichtspunkt der schlechten wirtschaftlichen Lage als positiv. Eine Vernetzung wäre besonders für die kleineren Tauschringe mit teilweise unter 20 Personen interessant, da sich so neue Tauschpartner finden ließen. Kontakte bestehen schon, verschiedene Tauschringe sind untereinander durch e-mail-Verteilerlisten und auch persönliche Bekanntschaften vernetzt.

(4) Organisation

Ebenso wie beim Kreuzberger Tauschring gibt es ein monatliches Mitgliedertreffen und Organisationstreffen. Die Struktur wird als basis-demokratisch bezeichnet, d.h. alle Mitglieder können an den Organisationstreffen teilnehmen und abstimmen. Die Aktiven werden mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden gewählt. Die Arbeit der Aktiven wird mit 20 Talern pro Stunde belohnt. Bereiche sind derzeit die Führung von Euro- und Talerkonten, Öffent-

¹⁶ Nachbarschaftshäuser spielen wie z.B. in Kreuzberg, aber auch in anderen Bezirken, eine Rolle für Tauschringe, da sie Räume zur Verfügung stellen und den TR zu größerer Bekanntheit verhelfen können.

¹⁷ SEKIS: Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle in Charlottenburg

lichkeitsarbeit, Erstellung der Tauschzeitung und Schlichtungsstelle für Streitigkeiten zwischen Tauschringmitgliedern.

Auch im TRCW haben Einzelpersonen versucht, im Tauschring neue Kunden zu gewinnen. So bot ein Versicherungsmakler Beratungen im Tausch an, versuchte dann aber, das beratene Mitglied zur Unterschrift eines Vertrages zu bringen, der ihm eine Courtage verschafft hätte. Bei bekannt werden führt solches Verhalten zum Ausschluss.

(5) Aktive

Nachdem Stolz durch Mithilfe beim Aufbau eines Tauschrings im Bezirk Tempelhof Erfahrungen gesammelt hatte, beschloss sie, einen Tauschring in Charlottenburg zu gründen. Mittlerweile nicht mehr beim Verband für soziokulturelle Arbeit beschäftigt, wurde ihr dennoch Zugang zu Materialien gewährt, um Handzettel und Informationsmaterialien für den zu gründenden Tauschring zu erstellen. Die erste Informationsveranstaltung führte Josella Stolz allein durch. Das Projekt wurde im Bezirk durch in Wohnhäusern verteilte Flugblätter und Pressemeldungen bekannt und bekam bald Zulauf von Interessierten. Stolz zur Motivation:

In erster Linie war der Grundgedanke eigentlich Nachbarschaftshilfe. Einfach, weil ich auch finde, dass das Zwischenmenschliche, also im täglichen Leben, immer ärmer wird. Gegen diese Vereinsamung des einzelnen (...) das ist eine andere Solidarität [im TR], sie sind sozialer, sind mehr für's Miteinander, für's Teilen. Und das spürt man.

Auch hier wird die zwischenmenschliche Ebene betont. Es geht nicht allein um die getauschten Waren und Dienstleistungen, sondern um die Wahrnehmung der anderen nicht nur in ihren Funktionen, sondern als Menschen. Oft wurde angeführt, dass aus aktiver Mitgliedschaft im Tauschring neue Kontakte und auch Freundschaften entstehen können.

(6) Tausch

Für manche TR-Mitglieder ist der Tausch rein wirtschaftlich wichtig, da es ihnen an Geld fehlt. Für andere ist der soziale Faktor mitentscheidend: die Person zu kennen, die ihnen hilft. Ein Mitglied des TRCW, das anonym bleiben möchte, aber Wert darauf legt, alleinerziehend und politisch aktiv zu sein, im folgenden Antonia genannt, sagte mir „es ist auch nicht immer eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Kraft“. Im Tauschring helfen sich Menschen gegenseitig in den unterschiedlichsten Bereichen. Durch das soziale Netzwerk könne es leichter fallen, Dienste in Anspruch zu nehmen, als sie zu kaufen oder sich helfen zu lassen, ohne etwas zurückzugeben.

Antonia bezeichnete das Tauschen als „eine dritte Ebene zwischen dem Privaten und dem Beruflichen“ mit eigenen Regeln. Während im Beruf die Erwartungen von Kunden, Kollegen und Arbeitgebern meist klar seien und im Privaten nach den eigenen Vorstellungen gelebt werden könne, gäbe es im Tauschring geschriebene und ungeschriebene Regeln, die einzuhalten seien. Formal betrifft das z.B. die Abrechnung der Taler-Gutschriften und die Einhaltung der Limits bei den Konten, informell die in der Gruppe üblichen sozialen Umgangsformen. Antonia betonte, dass gute Umgangsformen und Pünktlichkeit in Charlottenburg wichtig seien.

Während Josella Stolz die Vielfalt der Angebote im TRCW betonte, bemängelte Antonia die mangelnden handwerklichen Angebote, war aber dennoch mit der sozialen Funktion des Tauschringes zufrieden. Der soziale und wirtschaftliche Aspekt sind auch beim Tausch

selbst verknüpft. So sagte Josella Stolz, dass manche Leistungen lieber im Tauschring als am Markt nachgefragt würden. Teilweise seien Waren so gar nicht käuflich, wie selbstgemachte Marmelade. Zudem bestehe ein Grundvertrauen in die saubere Ausführung von Arbeiten, die zum einen darin begründet liege, dass nur solche Arbeiten angeboten werden sollen, die von der betreffenden Person gerne gemacht werden. Damit gäbe es begründeten Anlass zu der Hoffnung, dass auch sorgfältig gearbeitet wird bzw. die Arbeit gar nicht als solche, sondern als Vergnügen empfunden wird. Zum anderen gewähre die soziale Kontrolle im Tauschring eine gewisse Sicherheit, da Pfusch sich schnell herumsprechen würde.

Für Unstimmigkeiten zwischen Tauschringmitgliedern gibt es die von einer Diplom-Psychologin (auch ein Tauschringmitglied) betreute Schlichtungsstelle. Ein Präzedenzfall in der Tauschringgeschichte wurde von einem Charlottenburger Amtsrichter im August 2002 geschaffen. Da eine passende Werkstatt fehlte, konnte ein Tauschringmitglied einem anderen den versprochenen Schrank nicht bauen, worauf dieses vor Gericht zog. Mit der Begründung, dass auch eine Tauschring-Verabredung nach dem BGB ein rechtswirksamer Vertrag sei, wurde der Beklagte zu einer Schadensersatzzahlung von 180 Talern an die Klägerin verurteilt (Scherer 2002). Die Klägerin ist zwar noch Mitglied im TRCW, soll aber nach Aussage von Stolz isoliert sein.

Stolz bewertete dieses Urteil positiv, weil es eine Anerkennung der Tauschwährung als eigenständige Entität darstellte. Stefan Purwin (Mitbegründer des KTR) schrieb 1998 über das Recht zu tauschen: „Tausch... basiert auf Vertrauen und kann nicht vor Gericht eingeklagt werden“. Auch wenn mit diesem Präzedenzfall die Möglichkeit zum Einklagen geschaffen wurde, wiege der damit verbundene Vertrauensverlust schwer. Der geeignete Weg bei Streitigkeiten gehe über die TR-Schlichtungsstelle.

(7) Fazit

Besonders wurde von allen Mitgliedern, mit denen ich sprach, der soziale Aspekt betont. Obwohl Josella Stolz angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und der Möglichkeiten weiterer Vernetzung mit anderen Tauschringen ein noch größeres Tauschpotenzial sieht, sind die Tauschangebote des TRCW zur Zeit weniger praktisch-handwerklich als künstlerisch-intellektuell orientiert. Die wichtigste Funktion des Tauschrings Charlottenburg-Wilmersdorf besteht momentan darin, als Nachbarschaftshilfeeinrichtung der Anonymität in der Großstadt entgegenzuwirken und durch vielfältige Angebote die subjektive Lebensqualität der Mitglieder zu verbessern.

Im Vergleich zum Kreuzberger Tauschring ist beim TRCW etwas mehr Eigeninitiative notwendig, um die anderen Mitglieder kennen zu lernen. Es gibt zwar ebenfalls ein monatliches Mitgliedertreffen, jedoch keine weiteren Treffen mit Reiseberichten o.ä. wie beim KTR. Es besteht so weniger die Möglichkeit zum unverbindlicheren kennen lernen in einer größeren Gruppe, abgesehen von den monatlichen Mitgliedertreffen. Entsprechend haben manche Mitglieder Schwierigkeiten Kontakte zu schließen. Josella Stolz meint, die einfache Lösung des Problems bestünde darin, in der Tauschzeitung ein attraktives Angebot auszuwählen und die angegebene Telefonnummer zu wählen, dann würden sich Kontakte ergeben. Antonia beklagt dagegen, dass manche Mitglieder nicht den nötigen Mut hätten, um mit Fremden in Kontakt zu treten und sie vielleicht in ihre Wohnung zu lassen. Es wird Selbständigkeit und Eigeninitiative von den Mitgliedern erwartet.

Der Frauen-Tauschring

Gründung: Oktober 1997; Verrechnungseinheit: 1 Perle ~ 1 Stunde; Mitgliedsbeitrag: € 12 + 4 Perlen im Jahr; Kontolimit: 15 Perlen im Soll; Mitglieder: ~ 60; Gespräche: 5

(1) Geschichte

Der FTR wurde von einer Gruppe von Frauen gegründet, die auch in persönlicher Beziehung zueinander standen. Zuala Luschnat ist heute als einziges Mitglied der Gründungsgruppe noch aktiv, einige der anderen leben nicht mehr in Berlin.

Der Frauentauschring wurde mit einer sehr starken politischen Motivation gegründet. Ziel war die Schaffung einer Subsistenzalternative bei zu erwartendem baldigem Zusammenbruch des allgemeinen Wirtschaftssystems. Nach Aussage von Zuala Luschnat wurde der Frauentauschring unter dem Eindruck von Informationsveranstaltungen mit Margrit Kennedy und Maria Mies gegründet. Die Pläne beinhalteten die Erzeugung von Lebensmitteln mit letztllicher Autarkie. Die Prognosen sind nicht so eingetroffen wie erwartet und der Frauentauschring hat sich anders entwickelt. Dazu Zuala Luschnat:

Eine Frau hatte ein Grundstück bei Berlin, da wollten wir eine Werkstatt aufbauen. Wir haben aber immer zu wenig Handwerkerinnen, auch jetzt noch, das hat sich gezeigt. Wenn welche auch beruflich was Handwerkliches machen, die machen das dann nicht auch noch im Tauschring... Man braucht ja auch immer noch das andere als Städter, ganz ohne Geld geht es nicht. Wir können doch nicht alles abdecken. Man muss auch Essen kaufen...

Zwar böten sich Möglichkeiten in der Natur Essbares zu sammeln, das sei aber für die meisten keine Perspektive. So bliebe die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit oder staatlicher Unterstützung. Der Tauschring als soziales Netzwerk behielte seine Bedeutung auch, wenn der Tausch mehr aus geistigen Anregungen oder seelischer Unterstützung als greifbaren Gegenständen besteht, besonders wenn diese Dinge am Markt so nicht erhältlich seien. Die Lebensgrundlage, wie bei der Gründung geplant, stellt der FT für keines seiner Mitglieder dar.

(2) Anbindung

Der Frauentauschring wurde in der Schokofabrik gegründet, einem Kreuzberger Frauenprojekt. Dort werden auch jetzt noch in geringem Umfang Räume genutzt. Das angebundene Schoko-Café ist sonntags geschlossen, so dass die wöchentlichen Informationstreffen für Interessierte in ein Neuköllner Café verlegt wurden. Es gibt sonst keine festen Bürozeiten, der Frauentauschring ist nur per e-mail erreichbar.

Der FTR bezieht sich nicht auf einen bestimmten Bezirk oder Kiez, sondern auf eine bestimmte Gruppe: Frauen. Trotzdem wohnt die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen in Kreuzberg und Neukölln. Etwa 80% der Mitglieder sind Lesben.

(3) Organisation

Früher gab es wöchentliche Treffen, die aber wegen Differenzen und dem Weggang einiger Frauen aus Berlin eingestellt wurden. Zusätzlich zu den Informationstreffen gibt es etwa einmal im Jahr eine Party. In diesem Jahr wollen die beiden Aktiven einen Teil ihres Perlenüberschusses verlosen, um so das Tauschgeschehen anzuregen. Außer dem sonntäglichen Informationsangebot, das abwechselnd von zwei Aktiven betreut wird, gibt es keine regel-

mäßigen Mitgliedertreffen. Hier ist besonders die Eigeninitiative der Frauen gefragt, telefonisch Kontakt aufzunehmen.

Die Aktiven werden nicht gewählt, sondern scheinen jeweils die einzigen zu sein, die sich bereit fanden, die Aufgabe zu übernehmen. Die Bereiche sind Erstellung der Tauschzeitung (unregelmäßig), Kontaktierung der Mitglieder für Treffen oder Nachfrage bezüglich der Angebote für die Erstellung einer neuen Zeitung, Informationsangebot und Verwaltung der Konten.

(4) Vernetzung

Zuala Luschnat erwähnte Überlegungen, den Informationsdienst in verschiedenen Frauenkneipen mit dem Tresendienst zu verbinden und so einen höheren Bekanntheitsgrad zu erzielen. Dabei sollten alle Mitglieder des FTR umschichtig den Dienst übernehmen. Der damit verbundene organisatorische Aufwand stellt jedoch ein großes Hindernis dar. So wird der FTR vorläufig vor allem weiterhin mehr der internen als der externen Vernetzung dienen.

(5) Aktive

Zuala Luschnat, die nach eigenem Bekunden eine zeitlang die „Lokomotive“ war, sieht den Tauschring jetzt entspannter als früher. Anfangs habe es jede Woche Treffen gegeben, bei denen viel politisch diskutiert worden sei, aber das habe sich mittlerweile verlaufen. Auch ohne Treffen werde getauscht, und das sei schon einmal gut, obwohl sie andere Perspektiven für den Tauschring gehabt habe. Luschnat betonte in diesem Zusammenhang, dass es ein Unterschied sei, ob der Tauschring die Lebensgrundlage darstelle oder nur ein „netter Zusatz nebenher“ sei. Auch die allgemein schlechte Wirtschaftslage spiele eine Rolle:

Es wird alles politisch immer enger, die Leute haben weniger Zeit, weil sie ihr eigenes Überleben absichern müssen. Es müsste schon einen Quantensprung geben, damit sich etwas ändert.

Anna, die abwechselnd mit Luschnat den Informationsdienst versieht, gehörte nicht zur Gründungsgruppe des FTR und verband auch keine Subsistenzperspektive mit ihrem Beitritt. Sie betonte, dass die bunte Vielfalt der Angebote schon ein Wert an sich sei, weil sie zeige, was im Leben alles möglich sei. Keine müsse ja einen Dienst in Anspruch nehmen, den sie nicht wolle. Einige Mitglieder probierten im Tauschring auch neue Dienstleistungen aus, denen sie sonst eher skeptische gegenüberstünden, und für die zu bezahlen sie nicht bereit wären. So könnten sie den Zugang zu neuen Erfahrungen finden.

(6) Tausch

Handwerkliche Angebote sind im Frauentauschring rar. Neben klassischen Angeboten wie Sprachkursen überwiegt Kreatives und Esoterisches. Es sind einige esoterische Angebote und Dienstleistungen vorhanden, die so am Markt mit Geld kaum zu kaufen sind, wie der Liebeskummertröstungsdienst oder der Peinlichkeitenbegleitservice. Die soziale Bedeutung scheint hier größer zu sein als die wirtschaftliche – so die Einschätzung der Befragten. Das bunte Angebot kann einzelne Mitglieder ratlos zurücklassen. So sprach Heike (von mir so genannt) vom Phänomen der „Plastikschamanen“, d.h. Personen, die sich nach der Teilnahme an einem Wochenendseminar in der Lage sahen, bestimmte esoterische oder psychologische Dienste selbst anzubieten. Das wird jedoch nicht als großes Problem

angesehen, denn „jede muss wissen, was sie tut“. In diesem Fall, ob sie sich einer bestimmten Person anvertrauen will, oder nicht. Toleranz ist oberstes Gebot und wird durch die sehr seltenen Mitgliedertreffen erleichtert. Jede kann anbieten und nachfragen, was sie mag.

(7) Fazit

Als Subsistenzalternative geplant, konnte der Frauentauschring die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und sowohl innerhalb als auch außerhalb des FTR zu suchen. Die angenommene Vorbedingung des totalen Wirtschaftszusammenbruchs ist so bisher nicht eingetreten. Die aus dem Zusammenbruch folgende Notwendigkeit der Selbstvorsorgung besteht deshalb auch nicht.

Möglicherweise wären dem Frauentauschring in der von den Gründerinnen antizipierten Situation weitere Frauen mit diverseren Fertigkeiten beigetreten. Das derzeitige Tauschangebot ist zum Lebensunterhalt wenig geeignet, die Angebote sind sich teilweise auch zu ähnlich. Die Ausgangsbasis bestand in einer Gründungsgruppe, die in persönlichen Beziehungen zueinander stand, sowie einer klar begrenzten Zielgruppe. Trotzdem hier keine männliche Konkurrenz besteht entsprechen viele der Angebote typisch weiblichen Rollenzuschreibungen: schöngeistig, sozial oder esoterisch.

Da es außer gelegentlichen Partys keinerlei regelmäßige Mitgliedertreffen gibt, hängt es von jeder einzelnen ab, ob und wie sie Bekanntschaften schließt. Die bei einem Tauschangebot angegebene Nummer anzurufen ist die einzige Möglichkeit, andere Mitglieder kennen zu lernen. Gleichzeitig ist damit auch die Möglichkeit gegeben, problematische Kontakte zu vermeiden (sofern die andere Person bereits als nicht-kompatibel identifiziert wurde) und so die von Luschnat angedeuteten Auseinandersetzungen der ersten Zeit über unterschiedliche Auffassungen zu vermeiden. Die jetzige Organisationsform verursacht nur minimale Kosten und geringen Verwaltungsaufwand, da kein Büro unterhalten wird, schafft aber eine Plattform für interessierte Frauen mit genügend Eigeninitiative.

Institutionelle und personelle Verknüpfungen von Tauschringen

Einzelne Personen können eine Vernetzung der Tauschringidee mit anderen Zusammenhängen herbeiführen. So fordert Monika Schillat, Mitglied des TR Marzahn, in einer Dokumentation¹⁸ des Bundestreffens der TR von 2000:

Dieses immense Potenzial an sozialem Kapital, was in TR existiert, lässt sich durch Kooperation mit anderen Einrichtungen sowohl innerhalb des Dritten Sektors als auch in Kooperation mit Unternehmen und Institutionen des 1. (private Unternehmen und Gewerbetreibende vor Ort) und 2. Sektors (hier der lokale Staat, die Kommunalverwaltungen) noch enorm vervielfältigen (Schillat 2000)

Dort wird auch Karl Birkhölzer erwähnt, der ebenso wie der TR Marzahn bei NEST¹⁹ erscheint. Durch NEST soll eine Entwicklungsagentur geschaffen werden, die unterschiedliche soziale Initiativen und wirtschaftliche Einheiten vernetzen soll. Hierzu werden nicht unerhebliche finanzielle Mittel veranschlagt: „Für diesen Prozess sind 1,5-2 Jahre vorgesehen. In dieser Phase werden mindestens 3 Mitarbeiter, d.h. Personal- und Sachmittel in einem Ge-

¹⁸ Im Zusammenhang mit der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie an der Technischen Universität Berlin genannt.

¹⁹ Netzwerk für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie

samtvolumen von je nach Laufzeit zwischen ca. 350 000 und 500 000 EURO benötigt“ (NEST Dokumentation 2004, S. 27).

Zur Zeit ist Birkhölzer durch BEST²⁰ im Quartiersmanagement tätig. Einer der Mitbegründer des Kreuzberger Tauschrings, Stefan Purwin, ist unter den Mitarbeitern von BEST.

Regiogeld

Mittlerweile wird auch im deutschen Raum mit Lokalwährungen experimentiert. So wird beim Modell des Regiogeldes (RG) eine komplementäre Papierwährung ausgegeben. Diese ist nach der jeweiligen Region benannt. Aufgrund der von Amerika verschiedenen Rechtslage wird dieses Geld aber nicht einfach von Privatpersonen aufgelegt, sondern von der Bundesdruckerei hergestellt. Zur Zeit betreiben in Berlin Jonas v. Poser, Dag Schulze und Alexander Woitas die Einführung des „Berliner“. Zweck des Regiogeldes ist es, die lokale Wirtschaft zu stärken, da das RG nur lokal im Umlauf sein kann. Das RG ist gegen eine Gebühr von 5% des Nominalwertes in Euro konvertierbar. Aus dieser Konvertierungsgebühr sollen Projekte gefördert werden. Zur Theoriebildung für das Regiogeld dient Margrit Kennedy (Kennedy & Litaer 2004), die sich schon zu Tauschsystemen geäußert hatte (Kennedy 1989).

Ein Vorläufer dieses Modells war das sog. Notgeld der 1920er und 1930er Jahre. Während der Weltwirtschaftskrise begannen verschiedene Gemeinden, ihr eigenes Geld zu drucken, das meist durch Beschäftigungsprogramme für die arbeitslose Bevölkerung in Umlauf gebracht wurde. Am bekanntesten ist das Experiment der österreichischen Gemeinde Wörgl von 1932 (Kennedy 1992; Senft 1990). Mit dem Notgeld konnten dort auch ausstehende Steuern bezahlt werden. Verschiedene Geschäfte und Unternehmen akzeptierten das Notgeld. Im Unterschied zum Regiogeld wurde das Notgeld in Wörgl zyklisch abgewertet²¹, so dass die Besitzer daran interessiert waren, es schnellstmöglich auszugeben.

Das Notgeldexperiment von Wörgl traf auf drei Vorbedingungen, die so derzeit in Berlin und Deutschland nicht gegeben sind. Erstens, eine instabile Landeswährung. Zweitens, eine Bevölkerung, die größtenteils über keinerlei Vermögen oder Einkommen verfügte. Drittens, Verbreitung der Alternativwährung durch die Gemeindeverwaltung.

Fazit: Es bleibt zweifelhaft, worin der Vorteil des Regiogeldes gegenüber der Landeswährung bestehen könnte, da zunächst Geld in der Landeswährung vorhanden sein muss, das gegen Regiogeld eingetauscht werden kann. Beim Rücktausch muss ein Verlust von 5% in Kauf genommen werden. Das erklärte Ziel, die lokale Wirtschaft vor Ort zu beleben, verlangt bewusste Kaufentscheidungen. Die Bezahlung mit Regiogeld selbst stellt aber für die Beteiligten keinen Zusatzgewinn gegenüber der Bezahlung mit Euro dar. Die erhoffte Wirkung ist, dass wer schon einmal Regiogeld hat, es bei einem lokalen Partner ausgeben wird anstatt es mit Verlust umzutauschen. Wie erfolgreich dieses Projekt ist, wird sich zeigen. Zunächst entstehen Kosten, v.a. für den Druck des Papiergeldes, das von der Bundesdruckerei hergestellt wird. Die Agentur „Zukunftsfähiges Berlin“ fördert die Initiative zum „Berliner“ mit 10.000 Euro (loy 2004).

²⁰ Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie

²¹ Die zyklische Abwertung von Geld wurde schon im Mittelalter praktiziert, z.B. von Heinrich dem Löwen mit sog. Brakteaten.

Zusammenfassung

Sowohl im angelsächsischen Raum als auch in Deutschland haben sich unterschiedliche zeitbasierte Tauschsysteme und Lokalwährungen herausgebildet. Allen hier vorgestellten Systemen gemeinsam ist der lokale Bezug. Bei mangelnden Partizipationsmöglichkeiten am (Welt-)Markt wird so in Selbsthilfe ein eigener Markt geschaffen, der allerdings abhängig von der Zahl der Beteiligten und deren Angeboten ist. Bei der Mehrzahl dieser alternativen Tauschsysteme geht es aber nicht nur um den materiellen Zugewinn durch Tauschhandel, sondern auch um soziale Aspekte und Perspektiven wie z.B. die gleiche Entlohnung aller Arbeit abhängig von der Arbeitszeit, nicht dem Pensum oder der Ausbildung. Bei den untersuchten deutschen Tauschringen ist die Herausbildung eines bestimmten Verhaltenskodex und von Sprachregelungen zu beobachten. Insbesondere bei größeren Gruppen findet eine Sozialisierung der Mitglieder statt, die dem reibungslosen Ablauf und der Stabilität dient. Soziale Kontrolle und informeller Ausschluss derer, die gegen die (ungeschriebenen) Regeln verstoßen, kennzeichnen die Struktur.

Während es sich bei den deutschen Tauschringen um Selbsthilfe bzw. Nachbarschaftshilfe handelt und im geschlossenen System getauscht wird, zeigt das Beispiel der amerikanischen Time Dollars, dass zeitbasierte Tauschsysteme verbunden mit zusätzlichen materiellen Anreizen auch als Instrument zur Lösung sozialer Probleme dienen können. Insbesondere die vorgestellten zeitbasierten Tauschsysteme stellen den Menschen und sein Selbstwertgefühl in den Mittelpunkt; dabei wird davon ausgegangen, dass alle etwas leisten können. In gewisser Weise handelt es sich so auch hier um eine Leistungsgesellschaft. Es geht darum, sich Anerkennung, Selbstwertgefühl, Tauschartikel durch Leistungen zu verdienen. Auch einige der vorgestellten Lokalwährungen verbinden mit dem Ziel der wirtschaftlichen Belebung einer Region weitere Ideale, so gehören der Umweltschutz und die Förderung kleiner Unternehmen zu den erklärten Zielsetzungen von LETS und Ithaca Hours. Bei ausreichend vielen partizipierenden Partnerunternehmen kann durchaus ein gesteigerter Umsatz erreicht werden, allerdings wäre eine völlige Konzentration auf die Ersatzwährung wegen ihrer potenziellen Instabilität fatal.

Der Umsatz und die Art und Menge der getauschten Waren und Leistungen hängen auch, aber nicht nur, von der gewählten Tauschwährung ab. Die Führung von Konten erfordert einen höheren Verwaltungsaufwand, während Papiergeld leichter gefälscht werden kann. Entscheidend für die Ausprägung des Tauschsystems sind aber die Angebote und Erwartungen der Akteure. Die vorausgesetzten sozialen und gesellschaftlichen Ideale ziehen jeweils Personenkreise an, die diese Ideale teilen; Tauschsysteme stellen vor allem auch soziale Netzwerke dar. Als wirtschaftliche Alternative sind Tauschsysteme und Lokalwährungen da besonders erfolgreich, wo die Teilnehmenden durch ihre Partizipation nichts zu verlieren haben, weil sie bereits arbeitslos sind bzw. keine zahlende Kundschaft für ihre Produkte und Dienstleistungen finden können: entweder, weil die potenzielle Kundschaft über kein Geld verfügt, oder weil die Angebote zu ausgefallen sind. Lokalwährungen bieten den Vorteil der Unabhängigkeit von der Landeswährung, andererseits gilt aber eine größere Abhängigkeit von einem kleineren lokalen Personenkreis. In der Entwicklung persönlicher Beziehungen kann auch die Bildung sozialen Kapitals gesehen werden.

Entscheidend für den Erfolg eines alternativen Systems ist die mittel- und langfristige Bereitschaft eines genügend großen Personenkreises zur Mitarbeit. Während die meisten

Systeme anfangs eine einmalige Anschubfinanzierung benötigen, sind hohe Kosten kein Indiz für großen Erfolg. Gerade bei Systemen, die eine Alternative bei wirtschaftlicher Notlage bieten wollen, ist die Abhängigkeit von ständigem Geldzufluss kontraproduktiv. Auch die staatliche Alimentierung bestimmter Systeme und einzelner Personen ist v.a. bei sehr hohen Beträgen kritisch zu sehen, insbesondere wenn gleichzeitig Kürzungen der Sozialausgaben propagiert werden.

Literatur

- Birkhölzer, K. 2003. Formen und Reichweite lokaler Ökonomien. Technische Universität Berlin.
- Burdick, Leslie 1994. Time Dollar: A Reward for Decency - Report from the Field. Time Dollar Network. Washington, D.C. November 1994.
- Cahn, Edgar S. 2000. Is it Time to Close the Prisons. Youth Court: Jury of their Peers. Yes-Magazine, Fall 2000, <http://www.yesmagazine.com/15prisons/cahn.htm> (vom 17.05.2004).
- Cahn, Edgar 2000. No More Throw Away People: The Co-production Imperative. Essential Books.
- Cahn, Edgar 1994. Reinventing Poverty Law. Yale Law Journal, Juni 1994, 2133-2155.
- Cahn, Edgar S. 1999. Time Dollars at Work. <http://www.ndol.org/blueprint/spring99/what-works2.html> (vom 17.05.2004).
- Cahn, Edgar S. 2002. Unleashing Our Hidden Wealth. YesMagazine, Fall 2002, <http://www.yesmagazine.org/23livingeconomy/cahn.htm> (vom 17.05.2004).
- Cahn, Edgar & Rowe, Jonathan 1992. Time Dollars: The New Currency That Enables Americans to Turn Their Hidden Resource – Time – into Personal Security and Community Renewal. Emmaus: Rodal Press.
- Cahn, Edgar S. & Passett, Barry A. 1971. Citizen Participation: Effective Community Change. New York: Praeger.
- Emerson, Richard 1976. Social Exchange Theory. Annual Review of Sociology 2, 335-362.
- Gesell, Silvio 1932. Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Hochheim: Stirn.
- Gesell, Silvio 1920. Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Rehrbrücke b. Berlin: Freiland – Freigeldverlag.
- Goldsmith, Edward & Mander, Jerry 2003. The Case Against the Global Economy: And for a Turn Toward the Local. London: EarthScan.
- Glover, Paul 1995. Grassroots Economics. The People of Ithaca, NY, are Printing Their Own Currency and Building Community and Autonomy. In: Business On A Small Planet (IC#41), S. 30. Context Institute. <http://www.context.org/ICLIB/IC41/Glover.htm> (vom 05.07.2004).
- Grünert, Ch. 1999. Tauschringe – eine effiziente Alternative zum klassischen Markt? in: Historische Entwicklung alternativer Tauschkonzepte. <http://www.tauschring-archiv.de/html/historie.html> (vom 09.05.2004)
- Hoffmann, Günter 1998. Tausche Marmelade gegen Steuererklärung. München: Piper.
- Homans, George 1961. Social Behavior. New York: Harcourt, Brace & World.
- Kennedy, Margrit 1990. Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. München: Goldmann.

- Kennedy, Margrit & Litaer, Bernd A. 2004. Regionalwährungen. München: Riemann.
- Kleffmann, E. 2002. Das Handbuch der Tauschsysteme. Lotte: Tauschring-Archiv.
- Kreuzberger Tauschring & Netzwerk Selbsthilfe e.V. 1998: Ohne Moos geht's los – Tauschring in Deutschland. Berlin: Kreuzberger Tauschring.
- Linton, Michael 1984. The LETSsystem. A Local Currency that Works. In: Governance (IC#7), S. 60. <http://www.context.org/ICLIB/IC07/Linton.htm> (vom 10.06.2004).
- Linton, M. & Soutar, A. 1994. LETSsystem Design Manual v2. <http://www.gmlets.u-net.com/design/home.html> (vom 10.06.2004).
- Linton, M & Soutar, A. 1996. LETSsystem Development Strategy. <http://www.gmlets.u-net.com/resources/letsconnect/issue3/3letsc13.html> (vom 10.06.2004).
- Loy 2004. Mehr Konsum mit "Berliner" statt Euro. Tagesspiegel, Berlin, S. 12.
- Meeker-Lowry, Susan 1995. Communities. The Potential of Local Currency. ZMagazine Juli/August 1995, <http://www.zmag.org/ZMag/articles/july95lowry.htm> (vom 22.04.2004)
- Mies, M.& Shiva, V. 1995. Ökofeminismus. Zürich: Rotpunkt.
- Productivity Commission (Australian Government) 2003. Social Capital: Reviewing the Concept and its Policy Implications. <http://www.pc.gov.au/research/commres/socialcapital/> (vom 22.07.2004)
- Putnam, Robert D. 2000. Bowling Alone. New York: Touchstone.
- Seron, Sidonie 1995. Local Exchange Trading Systems. Faculte de Langues et Communication Departement des Langues Etrangeres Appliquees, Universite de Bourgogne – Dijon.
- Scherer, Herbert 22.10.2002. Währung des Charlottenburger Tauschringes durch Gerichtsurteil offiziell anerkannt, www.stadtteilmfarm.org/forum/021022.herbertsch.rtf (vom 15.07.2004).
- Schillat, Monika 2000. <http://www.tauschring.de/bt2000/Ergebnisse/schillat.html> (vom 15.07.2004).
- Senft, Gerhard 1990. Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das liberäre Modell der Freiwirtschaft. Berlin: Libertad.
- Seyfang, Gill 2003. Debates and Developments. Growing Cohesive Communities One Fa-
vour at a Time: Social Exclusion, Active Citizenship and Time Banks. International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 27.3, September 2003, 699-706.

Links

- Maine Time Dollar Network <http://www.mtdn.org> (vom 17.05.2004)
- Time Dollar Homepage <http://www.timekeeper.org> (vom 17.05.2004)
- <http://www.law.udc.edu/faculty/bios/ecahn.html> (vom 17.05.2004)
- <http://library.wustl.edu/~listmgr/devel-l/Jul1997/0005.html> (vom 18.05.2004)
- http://www.schumachersociety.org/cur_grps.html (vom 18.05.2004)
- <http://www.equaljusticelibrary.org.cnchost.com/aboutlibrary/cahn.asp> (vom 18.05.2004)
- <http://www.ithacanews.org/glover.resume.html>
- <http://www.ithacanews.org/greenpresident.html>
- <http://www.glover-mayor.org/>
- <http://www.ohiogreens.org/elections/glover04.html>
- <http://www.transaction.net/money/ithaca/>

<http://www.tauschring-archiv.de>

<http://www.lets-linkup.com>

<http://www.letslink.uk.net>

NEST Dokumentation <http://www.soziale-oekonomie.de/Innoforum%20Dokumentation.pdf>

BEST Selbstdarstellung <http://www.soziale-oekonomie.de>

<http://www.chasque.net/aharo/trueque/>

<http://www3.plala.or.jp/mig/rgt-uk.html>

Attempting to Humanize the Worksite: Fighting Against Informality

Abstract (Deutsch)

Gewerkschaften schienen bisher klar als Interessensvertretungen von lohnabhängig Beschäftigten in gesetzlich geregelten Arbeitsverhältnissen zu gelten. In Zeiten des sich rasant entwickelnden Kapitalismus, wo allem ein Warencharakter verliehen wird und in welchem Profitsteigerung den gesellschaftlichen Diskurs dominiert, werden erkämpfte Rechte am Arbeitsplatz missachtet. Gerade im Niedriglohnbereich sind diese illegalen Praktiken wie das Überschreiten der gesetzlich geregelten Arbeitszeit zu beobachten. In den USA haben einige Gewerkschaften diese stattfindende Illegalisierung erkannt. Mit einer Veränderung ihrer Organisationsstruktur und dem Entwickeln von Kampagnen versuchen sie, vor allem ImmigrantInnen, die am häufigsten in Niedriglohnbereichen in den Vereinigten Staaten arbeiten, zu helfen. Die von mir durchgeführte Studie untersucht anhand eines Beispiels in einer Großstadt der USA, inwieweit diese Veränderungen auch praktisch stattgefunden haben und welche Strategien von ihnen entwickelt wurden, um die bestehenden Rechte der im Niedriglohn arbeitenden Menschen durchzusetzen bzw. zu erweitern. Schwerpunktmäßig setzt sich dieser Artikel mit der Organisationsstruktur eines Locals auseinander. Von besonderem Interesse war die Wahrnehmung der Mitarbeitenden zur Mitbe- und Bestimmung der Mitglieder über die Vorgehensweisen des Locals. Als Interessensvertretung der Mitglieder und einer Organisation, die einen emanzipatorischen Anspruch vertritt, hielt ich die Überprüfung dieses Ansatzes in der Praxis für ausschlaggebend, um ihre selbst formulierten theoretischen Ansprüche ins Verhältnis zu ihrem praktischen Handeln zu setzen.

Abstract (English)

In this paper, I want to consider theory and practice of a US union which has the goal to improve the working and living conditions of workers in low wage sectors. At first, I will explain the area and its conditions in which this union operates. This area can be described as being part of the formal sector with characteristics of informality. These informalities lead to bad working conditions which are struggled by unions. To check how theory is put into practice, I did a research within this union located around a big US city. After the description of the research field, I will explain the conduction of the study. This is followed by difficulties I had to face during the interviews as well as afterwards during the qualified evaluation. My goal is to show how the union worked and which motivation the union staff revealed relating to mostly advocating immigrant workers. Then, I offer results and conclusions I drew from the study. Finally, I present thoughts on exploring more about how to improve people's working conditions in order to improve living conditions and further thoughts on developing more humanity in society being the overall question which moved me to the study.



Protesters, USA

What this article is about

In this article, I want to draw attention to working conditions in the low-wage sector and union strategies to improve these conditions for the workers who are confronted with them every day. First, I describe the conditions which are officially declared as formal but upon closer inspection at them could be characterized as illegal. Second, I explain the development of union strategies in the United States of America (USA). This is necessary because I move on to describe a study I conducted in the USA. This study is focused on the organization and strategies of a local in a big US city.¹ I consider the organizational structure of a union as decisive for achieving its goal: to improve the working and living conditions of workers. The structure and habits within an organization reflect the degree of democracy and credibility, the match between theory and practice. I present the results and the conclusions I drew from them. In the last section of this article I pose necessary questions which can be researched to answer the question which moved me to do the study: how are unions organized and which strategies are used by unions to improve the working and living conditions of low-wage workers and workers in general?

The apparent paradigm of informality within the formal sector

Informal—in contrast to traditional, formal, regulated—working conditions can have many different faces. While some scholars refer to them as characteristics of the “informal sector”, Altvater and Mahnkopf (2002: 105, 144) argue for a broader definition, connecting informalization to labor law violations, which is then used as a characteristic of “informal work” by Losby et al. (2002). The latter, in fact, describe (legal) activities which violate labor laws as a part of informalization (Losby et al., 2002: 5). This is expanded upon by Altvater and Mahnkopf (2002: 140) who consider anything which does not provide decent work conditions as an informal treatment of workers. Sassen (1997) states that informal ways of work can be found in every size of company (as noted in Losby, 2002: 25); Altvater and Mahnkopf (2002)

¹ A US local is the smallest unit of a union which is regionally limited and has its own constitution often in affiliation to an international (refers to unions in the US and Canada) union.

articulate that several industries also take part in the informalization of working conditions. Losby et al. characterize those industries as ones “where labor laws are poorly regulated or marginally enforced, substantial low wage, low skilled, labor-intensive occupations exist, and unionization is minimal to non-existent” (2002: 28).

With regard to developmental questions, Altvater and Mahnkopf offer the argument that with the development of capitalism—being the dominating economic and social system—privatization, deregulation and neoliberalism favor the establishment of low wage sectors (2002: 111, 119,160). By hiring subcontractors, companies only pay for individual tasks and give away their statutory duties and responsibilities for hired workers. First, they become more flexible; second, they save costs and can blame subcontracted firms for bad working conditions (Altvater; Mahnkopf, 2002: 129, 135; Losby et al., 2002: 12). If one focuses on the workers in this system, one can quickly come to the conclusion that the consequences for them are not altogether positive. Workers often have to face bad working conditions including working at night, poor supervision, obligatory overtime, no or only few benefits, low wages, inadequate health and safety measures, etc. This often leads to physical and psychological damage (Altvater; Mahnkopf, 2002: 105, 144). These “working poor” permanently fear their livelihoods. Additionally, under the US system, only a meager social security system exists, which Altvater and Mahnkopf consider another factor contributing to the willingness of people to work under such indecent and inhuman working conditions (2002: 140). In many industrial nations, including the USA, immigrants constitute the greatest part of the workforce in those low wage sectors, most of whom work in the service sector (Altvater; Mahnkopf, 2002: 120, 127).

Altvater and Mahnkopf (2002: 155) go on to claim that informality is the consequence of structural changes in the economy due to its development which, he stresses, is not an inevitable, naturally occurring development, but one constructed by human beings. This point is very important because it reveals that workers are under pressure and explains why unions need to have the goal of improving working and living conditions. This recognition of the economic actors responsible also offers unions leverage, or at least a starting point, for organizing and emancipating workers through education. This education should aim to show how this development is connected to economic and social systems and why it is not their fault that they find themselves in the conditions in which they are working and living.

Unions can either remain in their traditional roles as co-managers and/or as workforce representatives or they can instead show workers a way of liberating themselves by getting them informed and organized—especially if that means fighting against indecent and inhuman working conditions created by employers.

Managing managers’ tasks or empowering workers?

In the USA three different political strategies have been used by unions in order to promote their establishment. The first one can be called “business unionism”: unions do “arms-length collective bargaining and contract enforcement based on economic power relationships” (Nissen, 2003: 1). For a long time this direction has been the dominant way of union behavior (Robinson, 2002: 223). The second one is named “value-added unionism”. Agents of this theory prefer collaboration with employers because they believe that employers and employees have a common goal: making a company more profitable. If a company wins value, jobs

are safe. A “win-win” situation is assumed (Nissen, 2003: 1). For advocates of this approach, the relationship to managers is close to an equal partnership. The third strategy is termed “social movement unionism”. Unionists and academics who advocate this direction recognized that a conflict of interests exists. Employers who own the means of production focus on making profits. In capitalism, making as great a profit as possible is necessary to avoid being bought up by other firms. In mainstream economic theories, profit has to be realized by reducing labor costs. This is contrary to the interest of workers who want to survive and live a decent life, which they can only accomplish by selling their labor. To achieve their goals, workers have to become stronger in determining the power relationships in the capitalistic structure. The approach is to form alliances with other organizations who share the same targets and have the overall goal to change society (Robinson, 2002: 191). Developing new strategies for organizing campaigns presents an important part of developing this strategy further (Nissen, 2003: 3; Robinson, 2002: 192). These new strategies, like research-based targeting and civil disobedience in connection with other tactics, have also been used in bargaining or contract campaigns, because without them

unions will continue to lose as many new workers as they gain, and newly organized workers will never be able to achieve contractual guarantees for the rights and protections for which they risked so much in the organizing process (Bronfenbrenner; Juravich, 2001: 211-212).

With this approach, workers move in to the center of decision-making. The union becomes their organization again and encompasses all of the characteristics and cultures of workers; not only their problems and fears at the worksite are taken into consideration (Robinson, 2002: 191; Friedman, 2002: 1-2; Levesque; Murray, 2002: 47-58).

Although this approach seems to me to be the most promising one, I should also state that many unions that have taken this approach have shown a lack of resources and of self-reflection necessary to put this theory into practice.

The case study

Reasons for conducting a case study

To prove the theoretically expressed gap between ideal and reality described above, I wanted to study the organization and habits of a “union local” in a major US city². This local is part of a union which specializes in being the advocate of workers in low-wage sectors. Moreover, it often serves a trend-setting function in the US labor movement due to its organizing successes. I decided to apply for an internship there because it seemed to be quite progressive in its organizing methodology, having practiced such principles of the “social movement unionism” approach as worker-centered democracy.

My interest in unions is based on my involvement in union educational work, in which I have been engaged for over three years. During this time, I have had some experience in how unions work and why workers often have to be convinced that a union is the appropriate organization to improve their situation. I gathered information about this US union and its approach to empowering workers. Doing an internship here meant that I had the opportunity

² Due to discriminatory practices against unions in the U.S., I decided to make the local as well as the interviewees anonymous, because I do not want to reveal local strategies or tactics which could be identified by employers.

to participate in some of their actions—and to verify first-hand the information on them I had already received.

A second focus of my attention was what role member education played for the local. This interest arises out of my own educational work in German labor unions and my conviction that full information through analyzing societal conditions and power relationships and then developing opportunities for action can move people to get involved in organizing for change.

Conducting the study

When one of the officials of the local confirmed that I could do the internship starting from the end of July till the beginning of October in 2003, I had to decide how I could measure the issues I was interested in. After having read a number of texts about methodology in social studies, I decided to use semi-structured interviews and observation to find the answers to my questions—with the goal of acquiring qualified evaluation. This practice of getting engaged as a field researcher is a qualitative approach often referred to as participant observation (Spradley, 1980).

When I arrived, I recognized that interviewing workers was hardly possible on account of the fact that, in this local, almost all of the members were immigrants who did not speak English well or were too shy to try. Because I am not able to speak Spanish, Chinese or Arabic, and because the union's staff who were able to speak those languages and who could have had translated during the interviews had no additional time to do me that favor, I was limited to interviewing the staff themselves. The staff group, however, was also limited in the time they were able and willing to spend in with me.

At the end I did seven interviews with different staff members from that local.³ Six out of seven were part of the local's leadership; one person was a staff organizer. One out of the six was employed by a board in which unions and employers acted jointly. This board had established an educational fund, into which money was paid by the employers for worker-training programs. In terms of the content of these programs, the board agreed on English as a second language, computer classes and health and safety trainings. The classes were organized by one of the interviewees. She differed from the other interviewed persons in that she was not paid as a staff member of the union but out of the educational fund financed by the employers. This fact is important for the evaluation of her position when taking her involvement and her own personal risk into consideration. Legally, she was not allowed to have a relationship with the union but nevertheless she tried to collaborate very closely with it. The other staff members who were interviewed had the following responsibilities: research (especially for the research of pension funds), communications, internal and external division⁴, organizing and politics.

Theory and practice of conducting interviews

Getting time for an interview with staff members was not easy, due to their business schedules and their strong commitment to their work.

³ I want to thank everyone who made it possible for me to conduct this research in the U.S. Furthermore, I want to thank everyone of this Local who provided me with information.

⁴ People working in the internal division of this Local are responsible for already organized workers and the solving of their problems. External staff develops strategies and organizes new workers.

At the start of my first interview, I recognized that it would have been better to have used a tape recorder, which I had forgotten to bring, so that I was left to try to write down what they said by hand—a situation which resulted in diminished results from the first interview on.

Another challenge I had to navigate my way round was the perception of me within the local. On the one hand I study journalism, which lead to a mistrust on the part of the staff and restricted the information they were willing to offer. The staff feared that I could reveal strategies to employers which would weaken the local's position. On the other hand I had the feeling that the immigrant workers with whom I painted banners for the demonstrations that took place during a contract campaign⁵, perceived me as a young, white middle-class woman—no one whom they really wanted to get into closer contact with, either due to disconcertment and/or fear or due to disapproval.

The most important issues I had to fight with were my own emotions, expectations, and collected experience, which is a typical situation encountered by participant observers. When I started there, I was enthusiastic about these new forms of building union strength through workers who identify themselves as the organization. Because of my excitement and the information I gathered about this local, I expected to get to know new or renewed strategies which really could have met the criteria I developed through the variety of classes I have run. These requirements—like workers' experience-centered approaches and trying to offer full information and different learning methods—connect the second with the third point: my own union experience. In Germany, I had the impression that people were working with the union because they wanted to help workers recognize their rights and more or less fight for improved working conditions. The catch was that a lot of organization and liabilities were missing due to savings on the wrong ends⁶ and overwork. Contrary to these experiences, I was encouraged by the practices this US local used towards aiding people who face informal—in the sense of ignoring formal standards and laws—working conditions.

All of the difficulties described above were very important to recognize how complex conducting studies really is—how many obstacles exist which have to be overcome when collecting data from the “real” world.

Having collected the fruits in the field—how to peel them to get to the core?

After having spent ten weeks with this local, I learned many things about theory and practice. I wrote down everything I observed in my “scientific diary” and transcribed the notes I had taken during the interviews.⁷

At the beginning, I identified categories in which to organize all of the questions thematically and thus to make them comparable. In order to build these categories it was necessary to make clear and definite limitations. Afterwards, I tabulated them. With this tabulation it became possible to select the answers received and to find similarities. This correlation led me to main points within their statements—both similarities as well as contradic-

⁵ Unions differ between contract and organizing campaigns: The first one is about negotiating about new working conditions after an old contract between the local and the employer has run out. The second one has the aim to win new union members.

⁶ In the last couple of years, German unions have decided to save money through firing staff and closing member educational centers.

⁷ Often, taking notes in diaries (see in more detail, Spradley 1980) is the only way of handling the frequently contradictory roles of being participant and observer at the same time. After the completion of field research, those notes serve as “objective” data which the further analysis can be applied on.

tions. Now I reached the point at which I was able to identify indicators for building theses which would suggest explanations for particular conditions.

Below, I will describe the categories and their limitations. These categories helped to focus on the areas I was curious about—to find out more about the structure of the local, the developed strategies and the participation of its members. Secondly, I will offer the results discovered through correlations between the statements of the interviewees. At the end of each category's findings, I will formulate theses relating to broader conclusions of union behavior and the reasons for it.

Altogether I identified six categories which describe areas in which I was interested. These are:

A) Self-image, self-representation

Special interest is placed on the self-estimation of her/his job within the organization of the local. How strong is the identification of the staff with the members they work for? How does s/he consider his/her position in relation to the members of the local? I will analyze the evaluations of their job responsibilities and the strategies they prefer (performance qualifications, perception of the importance of the field in which s/he works, affiliation to the organization, grassroots or leadership principle).

B) Evaluation of campaigns

The goal is to collect and to explain all the different strategies that are used by this local. The results could shed light on the importance of different fields within a campaign and will perhaps offer a conclusion about their importance within the local itself and the union nationally. Moreover, the different criteria of a campaign shall be assessed, also possibly revealing the overall goal of this local.

C) Organization of the local and of the union

In this category I tried to find out how the local and the union are structured (mutual responsibilities vs. decision-makers, authorities, duties, membership treatment). In regard to the campaign evaluating category, conclusions can be drawn about the goals the union has. In addition, it was of interest how the staff considers the structure and resources of the local as useful for realizing the future union aims. Furthermore, it is interesting to reflect on the contacts that were made by the interviewees to discover alliances within a campaign, providing a look at the strategic part of their way of campaigning.

D) Collaboration within and outside the local

The evaluation of local collaboration is made on two levels: The first one considers how the different parts of the local work together. The second one refers to the collaboration with other locals at the same union and other unions. Here, the inclusion and participation of workers was of particular interest. I wanted to find out if collaboration is only due to a special campaign or if the strategy is more a long-term one having the goal to forge a strong basis of solidarity between workers.

E) Honorary/volunteer principle

With regard to category **D** the position of the workers themselves within the organization “union” is examined. On the one hand, the decision-making of workers due to campaign strategies was of interest. On the other, the possibilities of workers to take part in their own union organization were also taken into consideration.

F) Example on the micro-level: a contract campaign

By having chosen a contract campaign⁸, the realization of the theoretical assumptions relating to self-determination, grass-roots structures and solidarity within the local made by the local staff will be checked. First, I wanted them to have a look at the results and their perception of the degree of satisfaction of the affected workers. Then the decision for supporting the outcome had to be connected to the strategy goals made by the staff.

Squeezing out the juice: Compressing data to describe the situation

Now, I will present the findings of the qualified analysis of each category and the theses which allow conclusions to be drawn on:

A) Self-image, self-representation

All of the people I interviewed were passionate about their job in the union. All of them stressed that the motivation for doing this job was helping workers to realize their rights. Nevertheless, all of them knew of their numerous responsibilities and appeared to be exhausted. Some of them stressed the important differences to other jobs. These differences were the emphasis on social change and the importance of membership, participation, and grassroots decision-making of workers within unions. Only two of the interviewees emphasized the fact that the membership mostly consisted of immigrant workers. It seemed that the other interviewees did not want to attach too much importance to that fact. The enthusiasm that was gained through the opportunity to develop strategies and success due to these developments differed relating to their position and the responsibilities they had within the union. The vice president, who also was the political director of the local, and the employee responsible for communications—both of them union spokespersons—were more convinced that they would achieve their goals than the organizer. The latter had to be at the worksite every day and recognized that without the active involvement of the workers a winning situation would not be developed. Only two of the interviewees (the one responsible for education and the research manager) preferred a grassroots union structure. The rest considered a leadership principle within the membership as the strategy to success. All except the educational manager used the term “we” when they answered during the interview. The goal of “speaking with one voice” seemed to be internalized by the most of the interviewees.

Theses: All of the staff members feel affiliated to the union and recognize the importance of their responsibilities. The fact that this local mostly supports immigrants is not officially stressed by most of the staff. Due to their passion and their goal to improve working conditions for low-wage workers, they tend to try to accomplish more than they really can, which often leads to exhaustion. Moreover, they lose focus on the importance of the workers and internalize the principle of leadership as the only way to organize union success. The

⁸ During my internship, I witnessed negotiations about new working conditions between the local and employers.

time for self-reflection is missing due to the tendency to overwork themselves. The staff with representational tasks tend to overaccentuate their importance by speaking about who works **for** them or how important their position is. All of the staff identify themselves strongly with the union.

B) Evaluation of campaigns

The local differentiates between contract campaigns and organizing (also called strategic) campaigns. The first type of campaign is about winning a new contract because the existing contract will soon run out. The latter one focuses on becoming the advocate of workers—as a possibility of winning new members for the local. The main point of the strategic campaigns was the organizing of new members. The research department played an important role for finding strategic starting points. In the future, the union wants to establish a) databases in each local and b) the practice to use databases for strategic planning. The information on the economic situation in the respective industries, about the workers and their immigrant background to be organized in those same industries was gathered through interviewing workers about their working conditions, their treatment by supervisors etc., and using other information sources like real estate documentation and/or academic papers. The goal was to find out if and how many companies violate laws and the reasons for these violations.

The next step within such a strategic campaign was to consider different approaches: The first approach was to organize the entire industry nationwide—in such a strategy the supervisory staff and the president determine lead locals for each region. The second approach concentrated on companies that do business nationwide. For that, it was necessary to find out about the relationships between subcontractors and parent companies in order to identify correct targets. A third approach focused on a region that has to be organized. The importance of a company in this region was measured by the financial power and/or the number of workers.

Still another approach regarded pension funds. In this local the use of pension funds as part of their organizing strategy was relatively new. In the last three years, a special part of the research department evaluated the structure and the membership of the pension funds. How does this approach function? Should a pension fund have financial relationships to a company with bad working conditions, the union staff contacts, negotiates with and pressures the pension fund managers, trying to get them to use their business relations for the correction of the working conditions by the aforementioned company. The union is able to pressure the pension fund due to the membership of the local members. If the pension fund does not react, the local threatens with massive resignation of the fund members. With this threat, the local can take advantage of competition between the funds and at the same time try to achieve decent working conditions such as a standard of minimum wage and health care.

Relating to pension funds, but not limited to them, lobbying decision makers, and through that, influencing regulatory laws, policies or/and practices was a fifth approach. Nevertheless, lobbying was not done constantly but on an as-needed basis. Two main issues were of importance. The first one dealt with claimed improvements for immigrant workers; the second one worked on getting more rights for unions. I will offer an example for the first issue: The local needed political support for a bill which would allow illegal immigrants to get

a driver's license. The members of the local, often being immigrants, would profit from that bill if it becomes a law. It is much easier to find a job when a person is allowed to drive a car. The local organized staff and cars for workers who wanted to drive to the state capital to convince senators to support the bill. But the gained support by a politician mostly obligated the local to support him/her by convincing members to vote for him/her. Furthermore, the staff often chose potential candidates for political lobbying within the membership by judging them in leadership skills, union experience and engagement. Educating and training such candidates was mainly a theoretically formulated goal. It was only done with members in leadership positions to train them for delivering messages to the media and to the public.

After the strategic approach was chosen, a pre-test—called a blitz—was conducted. Several hired staff went into the worksites and did quick surveys to get the addresses of workers. Afterwards, they visited the workers at home to tell them about the possibilities to improve their working conditions, while trying to evaluate their willingness to organize. This part of an organizing campaign was especially difficult for this local, as they wanted to convince workers that they could improve their working conditions if they stood up for their rights. But due to the fact that many members were immigrants, several difficulties had to be taken into consideration: First, language problems—the union needed to send staff to workers who are able to speak their first language. Second, the anxiety of the Immigration and Naturalization Service (INS): Many companies threaten their immigrant workers with deportation by this federal institution. Third, the so called “college kids” barriers: It is often the case that the staff who contacts workers are white and college graduates—facts which often do not contribute to identifying experiences, appreciation, and enthusiasm of immigrant workers. Fourth, the fear of immigrants that they will lose their jobs due to audits done by employers.

The vision most often used to convince workers to organize was that of reducing the deteriorating competition between companies centered on the wages and working conditions of employees in the industry through a successful struggle. The staff wanted to convey that only through solidarity among workers the last ones can empower themselves.

After having done the blitz, a meeting of the whole staff took place. Campaigning was planned by examining the results and opinions of the surveyors/staff members and evaluating the necessary number of staff members needed; then the division of responsibilities was decided.

The researcher responsible for pension funds noted that the means used were also “pretty standardized” (personal interview, 22 Sept. 2003: 2), like leaflets, demonstrations and pickets. But there was one relatively new tactic which also needed more courage: civil disobedience—like blocking intersections during rush hour. Especially immigrant workers who do not have a legal status take the risk of being deported. One of the interviewees stated that being permanently present at the worksite during demonstrations and pickets and not only distributing leaflets in downtown, demonstrates the power that workers can have and that they can pressure the employers to negotiate over better working conditions.

Arguments, being part of leaflet contents, were chosen by the PR manager. She stated that the plan is to tie what people most care about—which is themselves. If for example the issue is about the rights of doormen and the tenants of a building are to be addressed, people of the research department try to find out how the relationship between doormen and tenants looks like. If there are personal relationships, the slogan would be: “Stand up for your

friend.” If the relationship is without personal bonds, another tie is searched. Maybe the employers of the doormen do not want to continue to pay health insurance for their workers, then the PR manager tries to connect this problem to the problems of the tenants who probably face a similar situation because health insurance contributions paid by employers shrink nationwide. The motto would be: “If you stood up for him, you stand up for yourself.” Pictures on the leaflets showed families with their children. It was especially emphasized that the families are **working** families and that the local could demand justice and support of the public **because** they were **working** families.

Although one of the priorities called for by union leadership was to act as strategically well-organized as possible, the organizer claimed that the local did not provide enough resources to spend much time on spinning and creative planning within small campaigns. He stated that he and the workers with whom he cooperated had done pretty much all of the organizing and campaigning on their own without the support of the local PR manager.

The president of the union, a Latino, engaged in Latino/-a politics and established this policy as an important part of the overall strategy of the local. He also concentrated on campaigns aiding immigrants to get more rights and political power. In these actions he encourages workers and staff to collaborate with other organizations.

“Speaking with one voice” was the message delivered from the management level to the membership. If a political candidate was chosen to be supported during a town hall meeting, all of the locals of the same union in that region had to promote the winner.

In educational programs financed by the employers the approach was a worker-centered one. The workers could determine what they wanted to learn. It was the ideal of the educational manager interviewed to install a union intern committee similar to the COPA committee⁹ in which workers learn to discuss situations at the worksite and develop their own strategies for negotiations with the employers. In class, the immigrants already had the opportunity to learn vocabulary to express themselves and ways of recognizing and acting against labor laws violations. The manager for educational programs applied for state grants to get more finances for educational programs. Although education was a part of the local, the one offered by the staff was either employer-financed or leadership-focused, mostly excluding rank-and-file members from the chance to participate.¹⁰

Theses: The research department represents the most important part of a local because strategic thinking and planning in organizing new members became the focus of the union. With the facts and information found by researchers, the staff can find leverage to move the demands through. Within planning and execution, different approaches and scenarios are used to react flexibly. Due to the cut in educational programs by the union itself and the prioritization of organizing, resources and strategic planning are mostly forged into big campaigns as a starting point for more public support and success. This local decided to speak with one voice using human touch¹¹ issues to embody solidarity and unity. Immigrants prefer to elect immigrants for president of the local, which can offer more credible representation. Educational programs are theoretically an important part of the local, but given the

⁹ Committee on Political Action

¹⁰ Rank-and-file members are members who do not have any special role other than being a member of a union.

¹¹ Human touch issues refer to situations people care about because their emotions are touched—like a family who has three kids and although both of the parents have two jobs they cannot make ends meet.

reality of the staff's working conditions, only few possibilities for qualified educational training can be offered. Collaboration partners are strategically chosen by the staff in reference to the industry and the targets. The media does not show very much interest in union campaigns. Therefore, extraordinary events—like meetings with famous persons like Jesse Jackson—have to be created in order to get media coverage as a means of making an impression on the public. The local used the fact that the membership they advocate works as an argument to convince the public of supporting justice for them. This argumentation is linked to the popular opinion that only people who work and contribute to a society deserve to be supported and are allowed to get justice—to get decent wages.

C) Organization of the local

Although this local was something special for the people interviewed, all of them were convinced that union resources were lacking. The interviewees' focus on the peculiarity of the local differed as soon as the use of the resources was considered. Six out of seven wanted to develop more leadership skills which they considered to be necessary for reaching the main goal of this local—organizing new members. Only the person responsible for educational training offered a different perspective: She strove to achieve totally member-driven educational programs, including doing the negotiating with employers about the financing of and conduction of training programs. To achieve that vision she tried to encourage people in her English and PC-classes to take over more responsibility in developing their own training programs. The political director and the person responsible for communication stated that, at present, most union members have to be convinced to get engaged in achieving potential gains themselves. Three reasons are decisive for that: Firstly, immigrant workers in the low-wage sector work more hours to make ends meet. Time and energy is missing for becoming additionally engaged. Secondly, many of them fear to lose their job or to be deported. Thirdly, some of them believe to become rich if they just try hard enough.

All interviewees stated that the most important steps to achieving the main goal of winning members involved coordination within the local and the systematic development of leadership structures, which would offer the possibility to gain leadership experience and establish potential candidates to be eventually elected into strategically important positions.

These steps reveal the goals and the strategy the local follows: expanding its membership, becoming more powerful and obtaining better working conditions. One step was already taken by the union: They diminished the number of locals in the region in order to become stronger and to enlarge the research and leadership base. Due to hierarchy questions within the local, all of them stated that they are very free in decision-making. But money questions were directed to people at a higher level in the organization. Cooperation was only developed on an “as-needed basis”. Only the research manager expressed the wish to have mutual and constant relationships.

Theses: The staff considers the local to be a progressive union organization, but also reflects on the things necessary to realize the overall goal: increasing the number of members. Although experience in planning strategic campaigns exist, there is not enough time to run each campaign efficiently due to the organization of the local and not enough full-time organizers and too much work for the existing staff. The strategy to get more union members is to develop leadership skills and (through increasing their membership base) to get more

financial resources for organizing and coordinating. This decision excludes a large part of the rank-and-file members. Spending resources in basis education for all members is not their approach to becoming more powerful as a workers' organization. Due to overwork, fear and missing information immigrant workers have difficulties to engage themselves within unions. A broader basis for social change cannot be achieved due to the practice of only developing relationships when they are of use for the union. The organization of the union embodies a top-down principle relating to goals and money—both describing important parts of strategic thinking within this local. These limited resources relativize the decision-making freedom of the non-leadership staff, forcing them into the given top-down concept.

D) Collaboration within and outside the local

The staff and elected leaders on the national level determined the strategic priorities and the amount of money spent in each local. They also decided about the subsidization of anchor locals¹² and state councils¹³. Collaboration within the local mostly took place during meetings and if help was needed in campaigns. One interviewee stated that the exchange of information between different departments has to be cultivated more and the cooperation between the staff needs to be improved. Because there was only one person responsible for PR, some of the minor campaigns had to be run without her professional advice. All of the staff members predominantly worked together with the leading workers they advised during a campaign, a program or within their responsibilities. Ideally, there should be a constant cooperation through the Committees on Political Action (COPAs), but the independent function of these committees had to be improved. Two staff members tried to build up constant relationships outside the union to convey a feeling of confidence between the local and other institutions.

When looking at the collaboration with other locals within the union, the perspective on “speaking with one voice” differs. One interviewee explained that a lot of competition takes place between locals over resources and that due to this competition, close relationships are not built up. Besides, the person interviewed did not believe that the staff has enough extra time to establish such improved contacts. Another interviewee emphasized that this situation is one in progress, because the national union president, as well as the local president, delivered the message that each local of the union has to present the same goals and to show solidarity if a common strategy were to be followed. The educational division focused on creating networks for sharing resources with other locals. Furthermore, they worked together with other educational or health institutions like colleges or labor centers, often on a state-financed basis. Working together with other unions was done on an as-needed basis, for example if the same target is of interest in a campaign. The union with jurisdiction over the largest number of workers in the targeted company determines which route will be taken. Generally, different unions cooperate through the Central Labor Council¹⁴. The PR manager stated that there is less competition between different unions than between different locals, but that does not mean that there were constant or close relationships between unions. Lob-

¹² Locals which are determined to play a leadership role during organizing campaigns.

¹³ State-wide central committees of locals.

¹⁴ The regional central committee of locals.

bying as a tactical measure depended on the target and the necessity of the aid of specific politicians and their opinions about the conflict issue.

Theses: The decisions concerning political directions are made by the president of the national union. Because the national office decides about resource allocations and determines the goals, locals compete against one another over the financial aid they will receive if they succeed. In this manner, the union weakens itself through growing rivalry within the organization. The top-down obligation to “speak with one voice” is not a result of education and political understanding and results in a weakened identification with the idea. Due to limited resources—most importantly staff, time, and money—workers can only get into closer contact to the inner circle of a union if they get involved in union work. Not having enough staff and time are the decisive factors for a lacking cooperation between the local with other union or non-union organizations.

E) Honorary/volunteer principle (only six out of seven respondents¹⁵)

All of the interviewees (six of six) had relationships to active members representing leaders or stewards within the membership. The decisive committee was the Executive Board which consisted of workers elected by the membership. Those members were responsible for conveying information back and forth to the worksites. During a campaign, committees of interested workers were established and coordinated by the staff. Education usually took place during important campaigns. The organizer called it co-determination of the workers who were committed to union work. The political director stated that members are driven to important places where actions planned by staff take place. At the time I was there, the Committee on Political Action was at the beginning of its development and the participants needed education and training in order to become strategically thinking union members. At that time, a structure within the committee was missing. In the educational program, courses focused on setting active participation of workers. The trainees made decisions on everything, from the teacher to the training time, the location and the content of training. Contrary to that member-driven principle, the educational manager criticized the rest of the union structure revealing a top-down structure. The PR manager was not of this opinion. She contended that this local was more grassroots-oriented than others: The workers decided and she had to follow their decision. But she also added that workers should have been provided with enough information to make a qualified decision.

Theses: Due to limited time resources and a small staff, connections to workers are mainly limited to stewards and other leaders within the membership. Reflecting real conditions, the local decides to concentrate on developing the leadership skills of the most active and interested members. The staff hopes that these members stay involved in union work and convey their knowledge to their co-workers. The only two grassroots approaches planned by staff are the Executive Board and the educational classes which are partly open for all workers who are interested. There is a gap, partly owed to missing resources, between the intention of a union run by members to improve their working conditions and the practice that not enough information can be provided.

¹⁵ Because of not having enough time, one of the interviewees had to go earlier. Due to his timetable, there was no other meeting possible to ask the last questions.

F) Example on the micro-level: a contract campaign

In the contract campaign during the summer of 2003, a struggle over poor working conditions took place. After long negotiations, the local won a wage increase but accepted with that the obligation for workers insured by a specified insurance company to contribute a co-payment for medical treatment. All the interviewees were satisfied with the results. Only the head of the research department criticized that the workers still got very little money and had to work very hard. All of them justified the results based on factors like the bad economic situation of the city, state and nation. During the campaign the argument of the bad economic situation was complemented with the fact that employers laid off many workers so that they would not have to pay the same amount of money for insurances. This argument was used to convince members that the union should demand wage increases to achieve comparable wage and insurance standards. One interviewee described the power relationships between employers and workers, as well as the negative image of unions, and justified the negotiation results with comparisons to other unions losing more than the workers here did. Another argument was that 87% of the members that voted for the agreement and thus appeared to be satisfied with the result. But they disregarded the fact that the bargaining committee had tried and had achieved to convince the workers that the offered agreement was the best they could get. The PR manager defended the agreement with the fear of the workers that they could completely lose their health insurance.

Theses: The local needs success in order to be positively portrayed in the media. The positive presentation of the results of union actions is necessary for getting resources from the national offices, growing public support and for winning unorganized workers. The same arguments used before the campaign are later used to prove that the decision not to go on strike, and to accept the company's last offer, was right—this although the danger is given that inequality between the workforce leads to competition between workers.

Can the juice be digested in order to gain vitamins which help to build empowerment?

In the previous section of this article, I presented the research results and tried to describe the situation within this particular local. This local mostly represents immigrants working in the low-wage sector. Although most of the interviewees do not emphasize this fact, they support and initiate a lot of actions concerning immigrant issues. To reach their goal to increase the membership the leadership of the union developed the strategy to speak with one voice. Due to increasing membership numbers to become more powerful the staff of the international union decided to cut educational programs and to invest more money and staff in organizing. This becomes problematic because especially immigrant workers have to deal with special problems during work: They often do not have sufficient language skills and enough information about their rights at the workplace. These are reasons why they often face terrible working conditions. Additionally, professions of immigrants are not legally accepted in the US. The consequence is that they do not have a choice of continuing their profession and have to start in low-wage sectors. Education could be one clue to get more immigrants involved in political union actions. Due to the cuttings the local takes itself opportunities for action. Moreover, the staff themselves stated that they do not offer enough identification potential for immigrant workers because they are mostly white and college

graduates. As the interview results showed even the money for organizing is not enough to really offer enough care and support for the problems of the workers. This also influences the local's theoretical goal to be a grassroots organization. Due to a lack of money they mostly offer education only for workers having leadership potentials. The staff being overworked decides who could fill his/her co-workers with enthusiasm. In practice, the local is a top-down organization referring to campaigns. Another important finding of the research is that the strategy for getting sympathy and understanding by the public of the city, by people who are not affected, is one of using human touch issues. The PR manager uses pictures of families and the stories of them to emotionalize and to grow empathy. But the main used argument stresses that these families are working families. They have earned to be treated fairly. It implies that only people who work have the right to get human treatment. Instead of building up new borders between people who work and people who do not work the questions must be why people are jobless, why people are willing to accept inhuman working conditions, and why other people accept these circumstances and the suffering of people.

Strategies and the will to take risks depend on a) the financial resources the union has, b) lobbying and finding allies and/or c) the public support they can expect. This is one of the main ideas which lead me to the assertion that only the goal of changing societal conditions—economical as well as social ones—together with building a broader basis with other groups wanting that kind of change can establish a constant improvement of working conditions for people. But I have to widen my argumentation for another very important issue: the participation of wage-dependent workers, being more than 70% of all people worldwide. Katherine Sciacchitano states:

Movement building requires understanding how learning and organization takes place at the bottom. This means frontline organizers, educators and labour intellectuals alike beginning a process of open reflection about failures as well as successes...Most of all, it means paying attention to workers'—not just organizers'—accounts of organizing...It also suggests we need to develop and train staff...not just to educate leaders and committee members to mobilize co-workers, but to educate them to develop the group as a whole (2000: 75-81).

This extensive evaluation and evolution of unions as inclusive organizations of people who only own their labor and who will have to sell it to survive if no social security system will support them, can embody strength and with this knowledge can lead to changing power relationships. In this case, the local supports immigrant workers who face a situation determined by missing information (e.g. language, labor laws, deportation laws) and related to that fear. Education being defined as information and methods to process them would especially be necessary for them.

I realized that the decision of this local to educate leaders—workers who are interested in union work and union involvement to win improvements first, because the chance is higher that these workers will work long-term with their union, is one mostly owed to a lack of financial and other resources. Nevertheless, I do not feel comfortable with the thought of establishing a hierarchy being produced and reproduced contradicting the idea of participation and identification of all of the members. Bronfenbrenner and Juravich (2001: 234) express that the danger of such a procedure lays in forgetting "...that the participation of the members, their voices, their stories, and their commitment is what inspires and generates support from other workers and allies around the globe." Immigrant workers in the low-wage sector differ

in their experiences relating to their status. It is necessary to take those differences like fear and a higher exploitation due to that fear into consideration. To fill workers with enthusiasm means to offer them information about their rights and about the possibilities to realize them through their struggles for decent working and living conditions. But it is also necessary to make them feel that **they** can do it. This cannot be achieved by getting them to sign a membership card and only mobilizing them for special actions. This can also not be achieved through only offering education for already active and interested workers. It is important to spread information, exchange, and knowledge during a member's entire membership through local classes. Both multipliers as well as recipients will be trained by this measure. It is necessary to think about alternatives to the situation in which workers are and to search for routes that can be taken for a change. This discussion is sometimes the longer and more controversial way but I am persuaded that this is also the most convincing one.

The alternatives demanded by the staff and the workers brought me to consider the "social movement unionism" approach as the one with the greatest opportunity of change. If there is a conflict of interests between the owners of the means of production and the owners of labor, and the first group has more power in society due to money, due to laws protecting private property, and due to the social convictions that property is the goal to be most achieved, the latter group—the workers—will have to recognize that this relationship of power in society is, looked at it from a historical perspective, unjustified. The workers themselves, no matter which nationality, are the ones who produce wealth, and they themselves will have to fight for the economic and political power so that they can determine their working and living conditions. The manager for educational programs thinks that especially immigrant workers, who have fear due to their status and who are threatened by employers and supervisors, must become organized in a union. The effect is that their strength will grow and the first step is taken to stop the exploitation they face.

Reality is much more difficult than theory in which ideals can simply be thought out. The question of how unions should be able to put resources into organizing new members and offer members constant education which empowers them by overcoming alienation to fight in solidarity for a social change has to be a topic for future research.

Furthermore, it must be researched how consistent relationships with other organizations can be established to form a more stable basis in organizing change. Even though, union resources are limited, the way of social change through education and training, in which different methods of working together can be experienced and discovered, could result in different attitudes and behavior of people and thus will bring forth the chance of fundamental change. When workers learn that they can determine their working conditions and connected to these their living conditions, what should stop their thinking about and yearning for self-determination?

References

- Altvater, E.; Mahnkopf, B. 2002. Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten. Schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 104-163.
- Attleslander, P. 2000. Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin; New York: DeGruyter, 76-79; 150-171; 239-256.

- Bronfenbrenner, K. 2001. Mobilisierungsstrohfeuer. Available from: <<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/organize.html>> [Accessed September 18th, 2002]
- Bronfenbrenner, K.; Juravich, T. 2001. The Evolution of Strategic and Coordinated Bargaining Campaigns in the 1990s. The Steelworkers' Experience. In: Turner, L.; Katz, H. C.; Hurd, R. W. eds. *Rekindling the Movement. Labor's Quest for Relevance in the 21st Century*. Ithaca: Cornell University Press, 211-237.
- Darmiento, L. 2001. Changing the Rules. *Los Angeles Business Journal* [Internet] November Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m5072/45_23/79916137/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Flick, U. 1991. *Handbuch Qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. München: Psychologie-Verlags-Union, 164-169.
- Friedman, T.J. 2002. The Workers aren't Nontraditional—But the Strategy Should Be: U.S. Unions Can Only Reach Low-Wage Workers if They Abandon Old, Exclusive Practices. *Dollar & Sense* [Internet] September-October. Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m2548/2002_September-October/n2724007/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Gindin, Sam 2001. Internationalism Beyond Slogans: Concretizing Working Class Solidarity. Paper presented at the International research Network on Autowork in the Americas (IRNAA), Hamilton, November 9-10, 2001.
- Greven, Thomas 2003. Gewerkschaften in der Globalisierung. Die Herausforderung transnationaler Gewerkschaftspolitik. In: Scharenberg, A.; Schmidtke, O. ed. *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 336-354.
- Greenhouse, S. 2001. Kämpfen die US-amerikanischen Gewerkschaften um ihr Überleben? Bilanz der Organisationskampagnen in der AFL-CIO. Available from: <<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/greenhouse.html>> [Accessed August 19th, 2002]
- Hassan, K. 2000. The Future of the Labor Left. *Monthly Review* [Internet] July. Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m1132/3_52/63858956/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Higgins, G.G. 2000. Are Unions Obsolete? Neuhaus v. O'Connor on Labor. *Commonweal* [Internet] November. Available from: http://www.findarticles.com/cf_0/m1252/19_127-/66965709/p1/article.jhtml [Accessed January 30th, 2004]
- Lerner, S. 2003. *United We Win. A Discussion of the Crisis Facing Workers and the Labor Movement*. Washington, D.C.
- Lévesque, C.; Murray, G. 2002. Local vs. Global: Activating Local Union Power in the Global Economy. *Labour Studies Journal*, 27 (3), 39-45.
- Levine, G. 1998. Overcoming Union Vulnerability. *Bobbin* [Internet] August. Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m3638/n13_v3n/21111947/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Losby, J.L.; Else, J.F.; Kingslow, M.E.; Edgcomb, E.L.; Malm, E.T.; Kao, V. 2002. Informal Economy Literature Review. Working Paper. Available from: <<http://www.fieldus.org/li/pdf/InformalEconomy/pdf>> [Accessed October 20th, 2003]

- Luce, S. 2002. "The Full Fruits of our Labor": The Rebirth of the Living Wage Movement. Labor History [Internet] November. Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m0348/4_43/96737551/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Meuser, M.; Nagel, U. 1991. ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, D.; Kraimer, K. ed. Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 441-471.
- Moody, K. 2001. Mangel an Feindbild? Available from: <<http://www.labournet.de/diskussion-gewerkschaft/erfahrung/moody.html>> [Accessed October 11th, 2002]
- Nissen, B. 2003. What Are Scholars Telling the U.S: Labor Movement to Do? Labor History [Internet] May. Available from: <http://www.findarticles.com/cf_0/m0348/2_44/104970149/print.jhtml> [Accessed January 30th, 2004]
- Panitch, L. 2001. Reflections on Strategy for Labour. Socialist Register, 367-392.
- Robinson, Ian 2002. Does Neoliberal Restructuring Promote Social Movement Unionism? U.S. Developments in Comparative Perspective. In: Nissen, B. ed. Unions in a Globalized Environment. Changing Borders, Organizational Boundaries, and Social Roles. Armonk, New York: M.E. Sharpe, pp. 189-235.
- Sassen, Saskia 1993. Die informelle Ökonomie von N.Y. (U.S.A.). In: Ernst, R.W. et al. ed. Arbeiten und Wohnen in städtischen Quartieren. Birkhäuser, 277-303.
- Scacchitano, K. 2000. Unions, Organizing, and Democracy: Living in One's Time, Building for the Future. Dissent. Spring 2000, 75-81.
- Spradley, James P. 1980. Participant Observation. New York.
- Strohschneider, T. 2002. Von den USA lernen, heißt... Nach dem Niedergang der Aufschwung: Die Unions in den Vereinigten Staaten machen neue Mitglieder mobil. Neues Deutschland [Internet] 11th June, 2002. Available from: <<http://www.nd-online.de/art-print.asp?AID=18629&IDC=3&DB=Archiv>> [Accessed September 19th, 2002]
- Wallbott, H. G. 1991. Analyse der Körpersprache. In: Flick, U. ed. Handbuch Qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie-Verlags-Union, 233-236.
- Wiedemann, P. 1991. Gegenstandsnahe Theoriebildung. In: Flick, U. ed. Handbuch Qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie-Verlags-Union, 441-445.
- Wolf, U. 1999. Der "Erfolg" frisst seine Kinder. Zur Organisationsentwicklungsdebatte in der AFL-CIO. Available from: <<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/afl-cio.html>> [Accessed September 18th, 2002]

Interviewees:

The communications manager, personal interview (25 Sept. 2003);

The director for the internal and external division, personal interview (8 Aug. and 24 Sept. 2003);

The manager for the Educational and Leadership Training Fund, personal interview (29 Aug. and 26 Sept. 2003);

The head of the research department, personal interview (25 Sept. 2003);

The organizer, personal interview (3 Sept. 2003);

The researcher responsible for Pension Funds, personal interview (22 Sept. 2003);

The Vice President—the political director as well, personal interview (10 and 18 Sept. 2003)

AutorInnen-Notizen

Nils Brock studiert am John F. Kennedy Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Literatur. Sein Interesse gilt vor allem lokalen politischen Initiativen und sozialen Bewegungen im urbanen Raum, sowie Migrationsprozessen und der Wahrnehmung des Fremden im transkulturellen Vergleich. Im Moment schreibt er an seiner Magisterarbeit zum Thema „Mexikobilder bei Jugendlichen in Deutschland“ und arbeitet als freier Journalist für zwei Berliner Zeitschriften.

Birgit Dietrich studiert zur Zeit Politik und Soziologie am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. Sie interessiert sich besonders für die innere Struktur und Dynamik sozialer und politischer Bewegungen.

Jenny Künkel studiert Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin. Nach Abschluss ihrer Studienschwerpunkte "Internationaler Kontext" und "Bestandserneuerung" mit Arbeiten über den Übergang zum postmodernen/-fordistischen Städtebau während der spanischen "Transición" und über die räumliche Regulierung der Sexarbeit schreibt sie derzeit ihre Diplomarbeit über Quartiersmanagement. Weitere Themen (wie den Wandel der Stadtentwicklung im Zuge neoliberaler Globalisierung, Gender und selbstbestimmtes Arbeiten/ Leben) diskutiert sie mit der Gruppe neolib.

Stephan Manning ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Im Rahmen des BMBF-Projektes „Grenzen der Entgrenzung von Arbeit“ setzt er sich mit neuen Formen der Erwerbsarbeit auseinander. Dabei gilt sein Hauptinteresse der Organisation von Arbeit in Netzwerken, speziell der Kultur- und Medienbranche. Außerdem beschäftigt er sich mit Fragen der Entwicklungspolitik, nicht zuletzt in der sog. „Ersten Welt“, woraus auch dieses Diskussionspapier entstanden ist. Weitere Infos hier: <http://www.wiwiss.fu-berlin.de/w3/w3sydow/team/manning/manning.htm>.

Margit Mayer lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Amerikanische und Vergleichende Politik, Stadt- und Regionalpolitik, Soziale Bewegungen. Das letzte Forschungsprojekt behandelt die Veränderungen in der lokalen Sozial- und Beschäftigungspolitik (Vergleich Berlin/Los Angeles). Neuere Publikationen: Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege der Ressourcenmobilisierung. Opladen 1997; The German Greens: Paradox between Movement and Party. Philadelphia 1998; Jobwunder USA - Modell für Deutschland? Münster:1999; Urban Movements in a Globalizing World. London 2000. Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~jfkpolhk/>.

Marit Rosol studierte Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin und promoviert derzeit im Graduiertenkolleg „Stadtökologie“ am Geographischen Institut der Humboldt Universität Berlin zu Gemeinschaftsgärten in Berlin. In diesem Zusammenhang besuchte sie im Herbst 2003 während eines Forschungsaufenthaltes community gardens in Toronto, Seattle und San Francisco.

Philippe Schmidt promoviert als Dipl.-Ing. M.Sc. am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar zu den Forschungsschwerpunkten öffentliches Interesse, Bürgerbeteiligung und Ethik in Planung und Architektur. 2001 Projektmitarbeit am Amt für Wohnungsbau- und Stadtentwicklung der Stadt New York (HPD). 2004 Visiting Scholar der Columbia University. Demnächst Veröffentlichung im Tectum Verlag: In the Public Interest: The Voices of Ground Zero. 380 Tage für die „Stadt des 21. Jahrhunderts“.

Annett Schulze studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Derzeit absolviert sie ihre Abschlussprüfungen. Während eines Praktikums bei einer Gewerkschaft im Sommer 2003 in den USA untersuchte sie die Organisation dieser Gewerkschaft und deren Strategien im Kampf um Arbeitsrechte von lohnabhängig Beschäftigten, vor allem ImmigrantInnen aus Latein- und Südamerika, im Niedriglohnbereich.

Julia Schweizer stammt aus Kanada und studiert derzeit Humangeographie an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Ethnologie an der Freien Universität Berlin. Sie schrieb ihre Magisterarbeit zum Thema „Ethnische Ökonomie der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter in Berlin“. Auf Grundlage dieser Forschung entstand auch ihr Artikel für diesen Band.